

# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

68. Sitzung	6. Wahlpe	riode
Mittwoch, 14. Mai 2	014, Schwerin, Schloss	
Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepr	äsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek	(
Inhalt	Beschlussempfehlung und Bericht	
	des Innenausschusses (2. Ausschuss)	
	<ul><li>– Drucksache 6/2951 –</li></ul>	15
Feststellung der Tagesordnung	*	
gemäß § 73 Abs. 3 GO LT	Änderungsantrag der Fraktion	
gomas 3 10 7 1501 0 00 11	BONDING SO/DIE GRONEN	4.5
	– Drucksache 6/2968 –	15
Formality and a state of the st	Marc Reinhardt, CDU	15
Erweiterung der Tagesordnung 4	Susann Wippermann, SPD	
	Peter Ritter, DIE LINKE	
	Wolf-Dieter Ringguth, CDU	
Aktuelle Stunde	Michael Andrejewski, NPD	18
Europa tut gut	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	19
Olafania Davas CDD	4 Beschluss	21
Stefanie Drese, SPD		∠ ۱
Dr. André Brie, DIE LINKE		
Vincent Kokert, CDU		
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1		
Udo Pastörs, NPD1	2	
Detlef Müller, SPD	2 Erweiterung der Tagesordnung	
	gemäß § 74 GO LT	21
	Udo Pastörs, NPD	
Gesetzentwurf der Landesregierung	(zur Geschäftsordnung)	21
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung	Jochen Schulte, SPD	······ - ·
des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes	(zur Geschäftsordnung)	22
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)		
	5 D b.l	00

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN2 Ministerpräsident Erwin Sellering	
zwischen dem Land Brandenburg und dem	Wolf-Dieter Ringguth, CDU	31
Land Mecklenburg-Vorpommern über die	Peter Ritter, DIE LINKE	
Bildung eines Vollzugsverbundes	Heinz Müller, SPD	34
in der Sicherungsverwahrung	Udo Pastörs, NPD	35
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)		
- Drucksache 6/2814		
Beschlussempfehlung und Bericht	Zwischenbericht der Enquete-Kommission	
des Europa- und Rechtsausschusses	"Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern"	
(3. Ausschuss)	– Drucksache 6/2929 –	37
- Drucksache 6/2950	Didoksaciic 0/25/25	07
Stefanie Drese, SPD	Jörg Heydorn, SPD	
Andreas Texter, CDU	Maika Friemann-Jennert, CDU	
Barbara Borchardt, DIE LINKE	Karen Stramm, DIE LINKE	
Michael Andrejewski, NPD	Rainer Albrecht, SPD	
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN24	Stefan Köster, NPD	45
	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	46
Beschluss	Beschluss	48
Gesetzentwurf der Landesregierung		
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag	Tätigkeitsbericht 2013 des	
zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern	Petitionsausschusses (1. Ausschuss)	
und dem Land Niedersachsen über die Änderung	gemäß § 68 der Geschäftsordnung des	
der gemeinsamen Landesgrenze und zur Änderung	Landtages Mecklenburg-Vorpommern	
der Vogelschutzgebietslandesverordnung	Die Tätigkeit des Petitionsausschusses	
(Erste Lesung)	des Landtages Mecklenburg-	
– Drucksache 6/2875 –	Vorpommern im Jahr 2013	
	– Drucksache 6/2930 –	48
Ministerin Uta-Maria Kuder		
	Manfred Dachner, SPD	
Beschluss	Detlef Lindner, CDU	
	Barbara Borchardt, DIE LINKE	
	Nils Saemann, SPD	
	Tino Müller, NPD	
Gesetzentwurf der Landesregierung	Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	53
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur		
Änderung des Nichtraucherschutz-	Beschluss	54
gesetzes Mecklenburg-Vorpommern		
(Erste Lesung)		
– Drucksache 6/2926 –		
	Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten	
Ministerin Birgit Hesse	des Landes Mecklenburg-Vorpommern	
3	19. Bericht des Bürgerbeauftragten gemäß § 8	
Beschluss27	Absatz 7 des Petitions- und Bürgerbeauftragten-	
Beschiuss21	gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern	
	(Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz –	
	PetBüG M-V) für das Jahr 2013	
	– Drucksache 6/2866 –	54
Antrag der Fraktion		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Pürgorhoauftragtor Matthias Cross	EE
Regierungserklärung zur Russlandreise	Bürgerbeauftragter Matthias Crone	ວວ
des Ministerpräsidenten		
– Drucksache 6/2923 –	Beschluss	56

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bahnverbindung Rostock – Berlin – Drucksache 6/2920(neu) –	Antrag der Fraktion der NPD <b>Dem Sanierungsstau ein Ende setzen</b> – Drucksache 6/2938 –87
	Stefan Köster, NPD87, 90
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN57, 66	Dietmar Eifler, CDU88
Minister Christian Pegel	
Dietmar Eifler, CDU61	Beschluss92
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE62	
Jochen Schulte, SPD	
David Petereit, NPD	
David Colores, Fil D	Nächste Sitzung
D 11	Donnerstag, 15. Mai 201492
Beschluss	
Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Verantwortung für die Kompetenzagenturen	
zur Unterstützung besonders benachteiligter	
Jugendlicher übernehmen	
– Drucksache 6/2937 – 67	
Jacqueline Persherdt DIE LINIZE 69 72	
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	
Ministerin Birgit Hesse	
Detlef Lindner, CDU	
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Martina Tegtmeier, SPD	
Udo Pastörs, NPD72	
Beschluss	
Antrag der Fraktion DIE LINKE  Agrarumweltmaßnahmen stärker auf Tierhaltung ausrichten – Umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren unterstützen – Drucksache 6/2935 –	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren der Nutztierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern erhalten und weiterentwickeln	
- Drucksache 6/2919	
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE74, 84	
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 76, 85	
Minister Dr. Till Backhaus	
Stefan Köster, NPD81	
Thomas Krüger, SPD	

Beginn: 10.00 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 68. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Die gemäß Paragraf 73 Absatz 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung im Benehmen mit den Fraktionen geänderte vorläufige Tagesordnung der 68., 69. und 70. Sitzung mit Stand vom 14. Mai 2014 liegt Ihnen vor. Wird der geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 68., 69. und 70. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die 68., 69. und 70. Sitzung die Abgeordneten Torsten Koplin, Dr. Ursula Karlowski und Johann-Georg Jaeger zu Schriftführern.

Sehr geehrte Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserem Kollegen Heinz Müller ganz herzlich nachträglich zu seinem 60. Geburtstag gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Die Fraktion der NPD hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 6/2965 zum Thema "Regierungserklärung zur finanziellen Schieflage der 'P+S-Werften' im Sommer 2011" vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach angemessener Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 2 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**: Aktuelle Stunde. Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema "Europa tut gut" beantragt.

# Aktuelle Stunde Europa tut gut

Das Wort hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Drese.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde "Europa tut gut" ist aktueller denn je. Wir in Mecklenburg-Vorpommern profitieren auf vielfältige Weise von der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU.

(Heinz Müller, SPD: So ist es. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Unter anderem hat unser Land in den zurückliegenden Jahren umfangreiche finanzielle Unterstützung erfahren.

(Stefan Köster, NPD: Aber wie viel haben wir denn netto reingezahlt? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Mit Mitteln aus EU-Strukturfonds wurden zahlreiche Projekte ins Leben gerufen und erhebliche Verbesserungen der Infrastruktur in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Kultur erzielt.

(Michael Andrejewski, NPD: Von unserem eigenen Geld.)

Bei vielen Baustellen in unserem Bundesland kommt aus Brüssel eben nicht nur das Schild am Bauzaun. Mecklenburg-Vorpommern hat seit der deutschen Einheit stark von der EU profitiert.

(Michael Andrejewski, NPD: Besonders von Griechenland.)

Unser Land hat allein in der letzten Förderperiode von 2007 bis 2013 rund 2,65 Milliarden Euro aus Brüssel erhalten.

(David Petereit, NPD: Und wie viel wollen wir zahlen? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Mit diesen Mitteln wurde ein entscheidender Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zur Strukturverbesserung geleistet. Seit 2014 gehört Mecklenburg-Vorpommern auch aufgrund der so erreichten Wirtschaftskraft nicht mehr zu den Regionen, die in die höchste Förderperiode fallen, erhält dennoch weiter finanzielle Mittel von der EU in erheblichem Umfang.

Mecklenburg-Vorpommern hat seit Gründung des Landes von der fortschreitenden europäischen Einigung großen Nutzen gehabt. Das gilt aber bei Weitem nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in einem umfassenden Sinn: Abschaffung der Handelsbarrieren, ungehinderter grenzüberschreitender Verkehr, kultureller Austausch,

(Stefan Köster, NPD: Abschaffen der Souveränität.)

Kooperation bei Forschung und Entwicklung, partnerschaftliche Zusammenarbeit im Ostseeraum,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Freiheit und Frieden mit allen Nachbarn, und dies ist nicht selbstverständlich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Seit über 20 Jahren ist Mecklenburg-Vorpommern an Aufbau und Fortentwicklung der bilateralen europäischen und internationalen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene beteiligt. Unser Bundesland bildet als Ostseeanrainer und mit seiner Grenze zu Polen das Tor zum Baltikum und nach Skandinavien. Durch die geografische Lage ist das Land einer der Knotenpunkte in der Güterverkehrswirtschaft im Ostseeraum. Der Seegüter- wie auch der Passagierverkehr mit den Ostseeanrainerstaaten sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor.

Im Bereich der Gesundheitswirtschaft und der Biotechnologie ist der Ostseeraum eine der führenden Regionen weltweit. Und angesichts der herausragenden Bedeutung des Tourismus spielt für das Land der Ostseeraum auch beim Meeres-, Küsten- und beim Kreuzfahrttourismus

die entscheidende Rolle. Warnemünde ist der deutsche Hafen für Luxusliner geworden.

In dem letzten Europa- und Ostseebericht der Landesregierung wird ausführlich dargestellt, wie sehr unser Land im europäischen und internationalen Entwicklungsgewebe eingebunden ist. Dazu zählen vor allem die umfangreichen und intensiven Kontakte zu unserem Nachbarland Polen. Gerade der Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Vor zehn Jahren trat Polen der Europäischen Union bei. Der Beitritt Polens am 1. Mai 2004 war der Moment, der den Fall des eisernen Vorhangs endgültig markierte. Die EU wurde damals Richtung Osten erweitert und begrüßte zehn neue Mitglieder. Was in den 1950er-Jahren mit sechs Staaten als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hatte, ist heute ein Staatenbund mit 28 Mitgliedern und mehr als einer halben Milliarde Einwohnern.

Dabei gab es auf mancher Seite durchaus Ängste. In den EU-Staaten, nicht zuletzt in Deutschland, fürchtete man, dass polnische Armutszuwanderer den Arbeitsmarkt überfluten würden. Während Arbeitnehmer in den bisherigen EU-Mitgliedsstaaten fürchteten, dass Millionen von Arbeitsuchenden aus dem Osten ihnen den Job wegnehmen könnten,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, so ändern sich die Zeiten.)

fürchteten die Polen, dass reiche Kapitalisten aus dem Westen sich billig Grund und Boden unter den Nagel reißen könnten. Keines dieser Szenarien wurde wahr.

(Heinz Müller, SPD: So ist es. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Heute gehört Polen zu den wichtigsten Partnern Mecklenburg-Vorpommerns. Seit 1991 haben Mecklenburg-Vorpommern und Polen ein enges freundschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis mit einem dichten Netzwerk von grenzüberschreitenden Kontakten aufgebaut.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Zu keinem anderen Land und keiner anderen Region pflegt unser Bundesland so vielfältige und intensive Beziehungen wie zum Nachbarland Polen. Die Osterweiterung 15 Jahre nach dem Fall der Mauer markierte 2004 auch endgültig die Überwindung der Spaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Europäische Union steht für gemeinsame Werte und ist ein langjähriger Garant von Frieden und Freiheit. Gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt, politische Einheit, Demokratie, Nachhaltigkeit und ein gemeinsamer Markt kennzeichnen die EU. Der Integrationsprozess Europas ist ein einzigartiges Beispiel für die friedliche Einigung nahezu eines ganzen Kontinents.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Dass 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges Frieden und Stabilität in der Nachbarschaft der EU keine Selbstverständlichkeit sind, zeigt sich auch zehn Jahre

nach der Osterweiterung. Die Ereignisse in der Ukraine haben Europa in die schwerste Krise seit dem Fall des eisernen Vorhangs gebracht.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Die Entwicklung im Osten und Süden der Ukraine zeigt, wie fragil die Situation ist. Dieser Konflikt wäre noch vor Jahren der Auslöser für einen Krieg in ganz Europa gewesen. Die Krise erinnert uns daran, dass es nicht in erster Linie um Euro und Cent geht. Europa ist Projekt für Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Es geht um die Verteidigung von Werten für die Generation von Menschen, die vieles haben riskieren müssen. Gut ist, dass Europa für uns selbstverständlich geworden ist. Für die Menschen vor 100 Jahren war es noch der Traum von Frieden.

Wir wissen, dass ein Großteil der Herausforderungen und Probleme heute nur noch gemeinschaftlich in der Europäischen Union gelöst werden können. Einzelne Nationalstaaten oder gar Regionen in Europa haben in unzähligen Bereichen nicht das Potenzial, aus eigener Kraft zu wirksamen Lösungen zu gelangen. Das Zusammenwachsen Europas ist für uns in Mecklenburg-Vorpommern tagtäglich spürbar, denn eine wachsende Zahl an EU-Entscheidungen, zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik, der Umwelt- oder der Gleichstellungspolitik, betreffen in ihren Auswirkungen sogar unmittelbar die Bürger hierzulande.

Die Bedeutung der Arbeit der europäischen Institution wird jedoch vielerorts noch unterschätzt. Dagegen werden heute mehr denn je Entscheidungen in Brüssel getroffen, die auch uns in Mecklenburg-Vorpommern direkt oder unmittelbar betreffen. Dabei ist das Europäische Parlament das einzige Entscheidungsorgan der EU, dessen Legitimität unmittelbar auf Wahlen basiert. Das Parlament übt eine Funktion als Kontroll- und Rechtssetzungsorgan im Gefüge der europäischen Institution aus.

(Michael Andrejewski, NPD: Das Scheinparlament.)

Seit 1979 werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt gewählt. Seitdem wurden die Kompetenzen des Parlaments auch stetig vergrößert.

Europa spielt sich nicht fern unseres Alltags ab. Entscheidungen des Europäischen Parlaments haben Konsequenzen für jeden Einzelnen von uns. Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem Jahr wird die EU-Volksvertretung für über 500 Millionen Einwohner in den EU-Mitgliedsstaaten direkt gewählt. In Deutschland findet die Europawahl am 25. Mai statt, gleichzeitig haben wir Kommunalwahlen. Damit können wir viel stärker als bisher darüber mitentscheiden, welche politische Richtung Europa nehmen soll. Es geht um die Frage, welches Europa wir wollen.

Wir wollen ein friedliches Europa. 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs darf militärische Gewalt nie wieder Mittel der Politik werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD) Wir wollen ein Europa, das angesichts des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine auch in Zukunft auf Dialog und Zusammenarbeit setzt. Wir wollen ein Europa, das sich Rassismus, Antisemitismus und Homophobie entgegenstellt

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

und in dem die Reisefreiheit für alle Bürger gilt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind froh, dass die Schlagbäume an den Grenzen verschwunden sind, und wir wollen keine neuen. Wir wollen ein Europa, das sich bei der Flüchtlingspolitik an den eigenen Werten orientiert und sich gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche wehrt. Wir wollen ein Europa, das Verbraucherschutz ernst nimmt und in dem die Daten seiner Bürger geschützt werden. Wir wollen ein Europa, in dem die Banken und Finanzmärkte ihren Anteil zur Beseitigung der Krise beitragen und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Wir wollen ein Europa, in dem es keinen Wettlauf um den niedrigsten Sozialstandard gibt, sondern das Frauen und Männern gleiche Chancen und Rechte gewährt.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai haben wir Bürgerinnen und Bürger zum ersten Mal in der Geschichte der EU die Möglichkeit, unmittelbar Einfluss darauf zu nehmen, wer nächster Präsident der Europäischen Kommission wird.

(David Petereit, NPD: Conchita Wurst.)

Die Menschen sind aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und den demokratischen Kräften im Parlament eine möglichst breite Legitimation für ihre Arbeit zu geben. Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, zur Wahl zu gehen und damit die Demokratie zu stärken, Extremisten eine klare Absage zu erteilen. Die Vision von einem vereinten und friedlichen Europa dürfen wir miterleben, also gestalten wir diesen Prozess auch bewusst. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Um das Wort gebeten hat nun der Ministerpräsident des Landes Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Übernächsten Sonntag sind die Wahlen zum Europaparlament. Das ist auch für unser Land ein wichtiger, ein ganz besonderer Termin. Mecklenburg-Vorpommern ist ein europafreundliches Land, ein Land im Herzen Europas. Wir wissen, was wir an Europa haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir wissen vor allem auch, dass wir der Europäischen Union viel zu verdanken haben. Schon die deutsche Einheit wäre nicht möglich gewesen ohne das Vertrauen, das durch die Einbindung Deutschlands in ein gemeinsames Europa hergestellt worden ist. Und unser Land wäre seitdem nicht so gut vorangekommen, wenn es

nicht die massive Unterstützung durch die EU gegeben hätte.

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

Die Anfänge des vereinigten Europas reichen sehr viel weiter zurück. Europa hat sich in diesem langen Zeitraum sehr positiv entwickelt, wobei vieles von dem, was erreicht worden ist, für uns inzwischen so selbstverständlich ist, dass wir es gar nicht mehr richtig wahrnehmen. Heute können wir von Tallinn bis Lissabon, von Stockholm bis Rom reisen,

(Udo Pastörs, NPD: Wenn man das Geld hat, ja.)

grenzüberschreitend einkaufen, vorwiegend mit einer einheitlichen Währung. Die jungen Leute können in ganz Europa studieren

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

und aus ganz Europa kommen auch junge Menschen zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist eine große Bereicherung für uns alle.

(Michael Andrejewski, NPD: Man kann auch nach Norwegen reisen.)

Die Zusammenarbeit in Europa, die gute Zusammenarbeit mit Polen, mit Dänemark oder Schweden, die ist für uns in Mecklenburg-Vorpommern von großer Bedeutung und hat einen hohen Stellenwert. Europa ist inzwischen einer der großen Wirtschaftsräume der Welt und gerade Deutschland profitiert wirtschaftlich davon, auch wir in Mecklenburg-Vorpommern. Unser Export geht zu 64 Prozent in den europäischen Binnenmarkt, dadurch werden Tausende von Arbeitsplätzen gesichert. Wir haben seit der deutschen Einheit auch deshalb so kräftig aufgeholt, weil wir die finanzielle Unterstützung der EU hatten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zwischen 1991 und 2013 sind aus den Europäischen Fonds rund 7,5 Milliarden Euro in unser Land geflossen. Gelder, die wir zusätzlich zu den Landesmitteln in unsere Infrastruktur, in den Ausbau unserer Universitäten, in Forschung und Entwicklung, in die Sanierung von Städten und Dörfern gesteckt haben. Gelder, mit denen wir unsere Stärken in den Bereichen Tourismus, Land- und Ernährungswirtschaft ausgebaut haben. Gelder, mit denen wir die Gesundheitswirtschaft in unserem Land zu einem wichtigen neuen Wirtschaftszweig entwickelt haben. Und Europa wird auch künftig wichtig für unser Land sein.

Wir sind Teil des Ostseeraumes und das ist eine der wichtigsten Wachstumsregionen in Europa. Die Ostsee ist inzwischen fast ein Binnenmeer der Europäischen Union. Acht Mitgliedsstaaten liegen an ihren Küsten, zudem der wichtige Handelspartner Russland. Die Häfen unseres Landes, in Wismar, in Rostock, in Sassnitz, sind ein wichtiges Bindeglied zwischen dieser dynamischen Region und dem Süden und Westen Europas. Die Ostsee bietet auch eine große Chance für den Bereich der

erneuerbaren Energien. Die Energiewende ist die große europäische Herausforderung und sie bietet gleichzeitig die Chance, Wachstumsmotor für Europa im 21. Jahrhundert zu sein. Daran wollen wir teilhaben, da wollen wir ganz vorne mit dabei sein.

Wichtig für uns ist auch der Wirtschaftsraum Europa. Der steht für gute Arbeit, für soziale Sicherheit, für Freiheit.

(Udo Pastörs, NPD: Für gute Löhne vor allem.)

Das macht Europa einzigartig unter den großen Wirtschaftsräumen der Welt. In Europa organisieren wir wirtschaftlichen Erfolg so, dass möglichst alle Menschen daran teilhaben können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dazu gehört ein Mindestlohn, den es schon in den meisten Ländern Europas gibt und den wir jetzt endlich auch in Deutschland einführen. Dazu gehören verbriefte Arbeitnehmerrechte, starke Gewerkschaften, vernünftige Tarifpolitik. Das alles sind nicht nur Garanten für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für sozialen Frieden, sondern sie stehen auch für ökonomischen Erfolg.

Und Europa sichert die vielfältigen Freiheiten, die wir als Bürger genießen: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, die Sicherung der Grundrechte. Das größte historische Verdienst der EU ist aber, den Frieden in Europa gesichert zu haben. 70 Jahre Frieden in Europa.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, da sollte man gerade in diesen Zeiten mal darüber nachdenken, dass das wichtig ist.)

Ja, dafür hat die EU zu Recht den Friedensnobelpreis bekommen. Die europäische Einigung ist das größte Friedensprojekt aller Zeiten und das soll so bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gerade in den letzten Wochen ist uns allen angesichts der Ereignisse in der Ukraine noch einmal besonders klar geworden, Frieden muss immer aktiv bewahrt werden, Konflikte müssen friedlich gelöst werden. Und da ist meine Sorge, dass der aktuelle Konflikt in Osteuropa sich immer weiter hochschaukelt, dass man sich gegenseitig nur noch als Gegner sieht, dass die Krise sich immer weiter verschärft. Was wir brauchen, ist gegenseitiges Vertrauen. Wir müssen uns auch weiter als Partner begreifen und nicht als Gegner.

Da muss die EU eine wichtige Rolle spielen, das sehe ich genauso wie Außenminister Steinmeier. Die EU muss sich mit ganzer Kraft um Vermittlung und Deeskalation bemühen, sie muss ihr ganzes friedenspolitisches Gewicht für eine gute Lösung einsetzen. Die Weimarer Erklärung der drei Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Polens war dazu sicherlich ein gutes Signal. Einen Runden Tisch einzurichten für Gespräche der Konfliktparteien untereinander, das war überfällig. Auch da geht ein Dank an Außenminister Steinmeier.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, am 25. Mai ist Europawahl. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU hat die Wahl eine ausschlaggebende Bedeutung auf die Frage, wer nächster Kommissionspräsident wird, und damit auch darauf, welche Richtung Europa in den nächsten Jahren nehmen wird. Wir wollen ein Europa, das näher an die Menschen heranrückt, und dazu braucht Europa die öffentliche Wahrnehmung, es braucht die Teilhabe vor Ort. Nur dann wird das Projekt Europa nicht nur Kopfsache, sondern auch Herzenssache sein. Nur dann werden sich die Menschen nicht nur als Bürger Deutschlands, Polens, Spaniens begreifen, sondern zusätzlich als Bürger Europas. Und wenn wir weiter stark und weltpolitisch einflussreich sein wollen, dann geht das nur, wenn sich Europa insgesamt zu Wort meldet, und zwar mit einer Stimme. Das hat die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre noch einmal deutlich unterstrichen.

Meine Damen und Herren, Europa hat gerade uns in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten 24 Jahren große Vorteile gebracht. Unser Land würde nicht dort stehen, wo es steht, ohne die finanzielle Unterstützung der EU und auch nicht ohne den regen Austausch mit unseren Nachbarn, besonders im Ostseeraum. Mecklenburg-Vorpommern wird auch künftig auf die Unterstützung der EU angewiesen sein. Und wir brauchen die EU, weil wir weiter in Frieden und in guter Nachbarschaft leben wollen. Deshalb haben wir – bei allen gelegentlichen Schwierigkeiten – allen Grund,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

gemeinsam für Europa zu werben. Darum bitte ich Sie. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Brie.

**Dr. André Brie**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann eigentlich allem zustimmen, was Frau Drese und der Ministerpräsident gerade gesagt haben. Europa tut tatsächlich gut. Das ist auch natürlich

(Vincent Kokert, CDU: Sieht das der Rest Ihrer Partei auch so, Herr Brie?)

bei meinen Besuchen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gibt es da irgendwelche Zweifel?)

Ich komme auch noch zu anderen Aspekten, die ich erwähnen möchte.

Bei meinen Besuchen in Nord- und Südamerika, Asien, Afrika und Australien habe ich erleben können, dass auch andere Kontinente guttun. Nur – das ist die einzige Differenz, das betrifft die Energiewende und die Rolle Europas dabei – die Antarktis tut offensichtlich nicht gut.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wie ich vorgestern hören und lesen konnte, nimmt dort die Eisschmelze weiter dramatisch zu, sodass eine, ich zitiere, "verheerende Kettenreaktion" drohe. Doch es ist klar, es ist nicht die Antarktis, die nicht guttut,

#### (Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

es ist die weltweite Wirtschafts- und Klimapolitik, die nicht guttut, darunter auch die Unfähigkeit und Unwilligkeit der Europäischen Union und vor allem ihrer Mitgliedsstaaten und der nationalstaatlichen Regierungen, eine gemeinsame und vernünftige Energiepolitik zu entwickeln.

Doch wenn ich beim SPD-Slogan für die heutige Aktuelle Stunde bleibe: Natürlich hat die besondere Verflechtung von griechischer, jüdischer, christlicher und auch islamischer Kultur und Geschichte über Jahrhunderte und Jahrtausende die Kultur und die Geschichte auf diesem Kontinent geprägt. Sie hat uns reich gemacht. In dieser Hinsicht kann man durchaus sagen, dass Europa guttut.

Wenn wir uns aber auch bewusst bleiben, und das ist ja schon erwähnt worden, dass Europa praktisch die ganze Welt kolonisiert hatte und von diesem Kontinent zwei verheerende Weltkriege ausgingen, die gerade auch in Europa entsetzliche Zerstörungen, Elend und Abermillionen Tote, Verstümmelte, Verwaiste bedeuteten, dann wird deutlich, welchen geschichtlich beispiellosen zivilisatorischen Fortschritt die heutige europäische oder genauer gesagt die teileuropäische Einigung nach 1945 bedeutet und wie sehr sie gehütet, gepflegt und verteidigt werden muss.

# (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass mit dem deutschen Nationalsozialismus und seinen grausamen Folgen uns selbst eine bleibende große Verantwortung für ein nicht nationalistisches, nicht rassistisches und für ein friedliches Europa zukommt, werden die demokratischen Fraktionen teilen.

# (Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Doch genau deshalb möchte ich den sozialdemokratischen Slogan "Europa tut gut" so nicht stehen lassen. Ich habe gerade ein neues Buch von Helmut Schmidt gelesen, in dem nicht eine Aktuelle Stunde sondern 66 Jahre über und für Europa deutlich werden. Abgesehen davon, dass der Autor bei vielen Gelegenheiten von 1948 bis heute den allgemeinen Begriff von Europa kritisierte und differenzierte, haben er und sein Verlag das Buch viel bescheidender und genauer "Mein Europa" genannt.

Was die Europäische Union betrifft, hat Helmut Schmidt immer wieder auf die politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen verwiesen, damit Europa guttut. Zu Recht schrieb er auch, ich zitiere: "Europa lebt – aber mir scheint, es lebt von Krisen."

Demokratinnen und Demokraten werden mit Helmut Schmidt auch darauf verweisen, dass diese Krisen, die aktuell Millionen Menschen – ganz besonders junge Menschen – in Griechenland, Spanien, Portugal oder Frankreich unsozial treffen, nicht vorrangig und abstrakt die Folgen einer falschen Politik der Europäischen Union sind. Sie werden sehr konkret von den nationalen Regierungen – nicht zuletzt der deutschen Bundesregierung – verursacht.

Für mich möchte ich betonen, dass zumindest ein Europa guttut, das nicht lediglich eine Freihandelszone ist. Europa muss und kann mehr sein! Europa muss sich für die Menschen einsetzen! Es muss sozial sein! Davon sind wir sicherlich noch ein Stück entfernt.

Es ist richtig, dass diese Aktuelle Stunde, das haben der Ministerpräsident und auch Frau Drese gemacht, genutzt wird, um Menschen zur Europawahl zu initiieren. Es ist wichtig, dass sie verstehen, dass sie mit ihrer Stimme bei der Europawahl etwas bewegen können.

# (Udo Pastörs, NPD: Ha!)

Der Europäische Rat ist sicherlich immer noch das Machtzentrum der Europäischen Union, aber das Parlament spielt eine viel größere Rolle als in der Vergangenheit. Umso unverständlicher ist mir, dass SPD und CDU im Landtag die Transparenz, die wir für das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union gefordert haben, abgelehnt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vincent Kokert, CDU: Bisher war die Rede gut. – Helmut Holter, DIE LINKE: Was Gabriel übrigens jetzt gefordert hat. – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt hätten Sie klatschen müssen.)

Ich bleibe bei meiner Überzeugung, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA große Chancen bedeutet, doch ohne die richtigen Inhalte, Voraussetzungen und Transparenz werde ich es nur ablehnen können. Solange ich keine Inhalte kenne, war ich auch noch nicht bereit, mich der Forderung nach einem Stopp der Verhandlungen anzuschließen.

## (Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich gebe aber Maritta Strasser von der Kampagne Campact recht, die sagte: "Angesichts eines so breiten Themenspektrums und einem so mächtigen Potenzials in so viele Bereiche unseres Lebens einzugreifen, muss die Zivilgesellschaft an diesen Verhandlungen beteiligt werden. Die muss erfahren, was auf dem Tisch liegt." Ich ergänze, dass auch die Wirtschaft, die Kommunen und Verbraucherinnen und Verbraucher in Mecklenburg-Vorpommern einbezogen werden müssen.

#### (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade gefordert: Teilhabe vor Ort für Europa! Das muss auch für diese Verhandlungen gelten. Ich hoffe daher, dass der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister, Sigmar Gabriel, der unlängst in der "Tagesschau" gesagt hat, es müssen so viel Öffentlichkeit wie möglich und Garantie der europäischen Standards durchgesetzt werden, auf die SPD von Mecklenburg-Vorpommern Einfluss hat, sich dort durchsetzt und sie überzeugen kann, sich für die Transparenz auch bei diesen Verhandlungen endlich einzusetzen.

#### (Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Wenn wir, Frau Drese, dafür werben, dass möglichst viele Menschen an diesen Wahlen teilnehmen, übrigens auch an den Kommunalwahlen, dann halte ich das angesichts dessen, was ich erlebe und an Umfragen lese, für ziemlich utopisch. Wir werden leider erleben, dass noch weit weniger Menschen als in der Vergangenheit teilnehmen werden.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Sind Sie Hellseher?)

Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Medien, Sie sollten dann nicht sagen, das ist Desinteresse an Europa. Nach meiner Überzeugung ist es Desinteresse von Menschen an einer Politik über ihre Köpfe hinweg, ob bei Europa-, Kommunal- oder Landtagswahlen.

# (Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unabhängig davon möchte auch ich wiederholen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre eigene Verantwortung haben. Mit dem Wegfall der 3-Prozent-Sperrklausel nimmt ihre Verantwortung weiter zu. Dieser Gewinn für Demokratie schafft eben auch diese Verantwortung. Ob die Europäische Union eine friedliche, soziale, menschliche und tolerante Union bleibt und ist, entscheiden auch die Wählerinnen und Wähler. Letztlich kann man festhalten: Ja, Europa tut gut, aber Europa könnte noch besser tun.

An der HERKULESKEULE in Dresden gab es in den 1980er-Jahren ein Programm mit dem Titel "Auf Dich kommt es an, nicht auf alle". Diese Haltung wünschte ich mir am 25. Mai bei sehr vielen Wählerinnen und Wählern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rudolf Borchert, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste hier heute im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern! Europa zu kritisieren, scheint derzeit irgendwo dem Zeitgeist zu entsprechen. Seit 60 Jahren, seitdem es in dieser Form jedenfalls die Europäische Union gibt,

(Udo Pastörs, NPD: Gibts nicht seit 60 Jahren.)

schlägt ihr auch viel Ablehnung entgegen. Zu träge, zu teuer, zu mächtig, lauten viele Urteile, die leider auch zum Teil von ernst zu nehmenden Politikerinnen und Politikern immer wieder hervorgebracht werden. Da übersehen die Kritiker geflissentlich, dass die Europäische Union ein Erfolgsmodell ist, das weltweit seinesgleichen sucht.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie ist das eigentlich zu erklären, dass wir immer noch mehr Staaten haben, die von außen in die Europäische Union wollen, als wir tatsächlich aufnehmen können? Kann das dann wahr sein, was uns sowohl von ganz links als auch von ganz rechts immer wieder deutlich gemacht wird.

(Stefan Köster, NPD: Die kriegen halt ziemlich viel Geld dafür.)

dass die Europäische Union eigentlich Teufelszeug ist, dass es uns viel besser gehen würde, wenn Deutschland

als alleiniger Nationalstaat in Europa stehen würde, wenn es die D-Mark noch geben würde?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wissen Sie eigentlich, meine Damen und Herren, dass der Euro viel währungsstabiler ist, als es die D-Mark jemals gewesen ist?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Hören Sie auf, immer wieder zu versuchen, uns Sand in die Augen zu streuen und zu sagen, wir führen die D-Mark wieder ein, damit wird alles besser. Deutschland ist der größte Profiteur von der Europäischen Union und von dem Euro.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf aus dem Plenum: So ist es.)

Herr Pastörs, das sollten auch Sie endlich mal begreifen und aufhören, hier so ein Zeug zu erzählen!

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Europäische Union ist vielfach zu kopieren versucht worden, auf der ganzen Welt. Schauen Sie nach Südamerika, da nannte man das Mercosur. Und obwohl die Staaten untereinander eine große Barriere nicht haben, nämlich die Sprachbarriere, weil außer Brasilien alle spanisch sprechen, war es kein Erfolgsmodell, weil man eigene Egoismen nicht zurückgestellt hat. Es ist doch klar, wenn man sich in einem Staatenverbund befindet, dann gibt mal der eine etwas und der andere steckt zurück.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Und wenn Sie dieser Tage in die Ukraine schauen – ich meine, ich hätte auf das Orakel Gregor Gysi auch in Moskau gut verzichten können, aber das lassen wir mal dahingestellt sein –, wenn Sie dieser Tage in die Ukraine schauen, dann sehen Sie doch, wie wertvoll das ist, was die Väter der Europäischen Union vor 70 Jahren – nach zwei verheerenden Weltkriegen, die auch noch von deutschem Boden ausgegangen sind –

(Michael Andrejewski, NPD: Jaja.)

auf den Weg gebracht haben. Alles andere sind doch Kleinigkeiten. Mir passt es auch nicht, dass sich die Europäische Union mit Ölleuchtern auf Restauranttischen beschäftigt, mit Toilettenspülungen. Aber würde ich deswegen das ganze System sofort infrage stellen und die 98 Prozent, die positiv sind in der Europäischen Union, einfach so vom Tisch fegen? Die Einheit der Völker in Europa – was für ein geschichtliches Geschenk!

(Udo Pastörs, NPD: Wo ist die Einheit? Welche Einheit ist das?)

Und wenn wir kurz vor der europäischen Wahl sind, dann kann man nur allen Bürgerinnen und Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern zurufen: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und wählen Sie vor allem nicht die, die eins wollen, nämlich die Europäische Union abschaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

# (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir uns in Mecklenburg-Vorpommern im Osten Deutschlands befinden, wollen wir als Ostdeutsche doch auch mal ein Stück weit dafür dankbar sein, was uns von der Europäischen Union nach der deutschen Wiedervereinigung für ein Vertrauen entgegengebracht und welche Aufbauleistung in unserem Land geleistet wurde. Und wenn Sie immer erzählen, wir haben nur die Steuergelder wiedergekriegt, die wir als Mecklenburg-Vorpommern vorher gezahlt haben,

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und David Petereit, NPD)

dann haben Sie schlicht und ergreifend keine Ahnung,

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dann haben Sie schlicht und ergreifend keine Ahnung, weil wir viel mehr Geld gekriegt haben, als wir jemals eingezahlt haben,

(David Petereit, NPD: Gesamtdeutschland!)

wenn Sie diese billigen Vergleiche immer wieder herbeizitieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir sprechen von Gesamtdeutschland.)

Sehr geehrter Herr Kollege Brie, ich muss Ihnen sagen, ich habe mit der Rede in der Form, wie Sie sie hier gehalten haben, nicht gerechnet. Ich habe gestern Abend – vielleicht wird Sie das freuen, vielleicht auch nicht, ich will es Ihnen aber einfach sagen – einiges von Ihnen, über Sie und auch über Ihre inhaltlichen Thesen zur Europäischen Union gelesen. Und ich muss Ihnen sagen, ich war als junger Mensch ein Stück weit davon beeindruckt, dass Sie als linker Politiker sich vor vielen Jahren auf den Weg gemacht haben und auch in Ihrer Partei für die Europäische Union geworben haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist sein Verdienst.)

Ich will Ihnen sogar abnehmen – auch innerhalb der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern –, dass Sie mittlerweile gegenüber der Europäischen Union eine andere Haltung haben, als das noch vor zehn Jahren der Fall war. Und ich glaube, das geht insbesondere mit Ihnen inhaltlich und auch politisch nach Hause. Insofern kann man heute sagen, dass es von da bis da – bei Herrn Suhr hört es dann dahinten auf – eine große Einigkeit gibt, wenn es um die hehren Ziele der Europäischen Union geht, nämlich den Frieden auf Dauer auf diesem Kontinent zu sichern. Da gibt es eine große Einigkeit und das war heute auch in den Reden zu hören. Das ist ein gutes Signal aus Mecklenburg-Vorpommern für diese europäische Wahl.

Die Menschen haben ein breites Spektrum, zwischen dem sie entscheiden können. Für einen sollten sie sich natürlich nicht entscheiden, aber sie haben ein breites Spektrum der politischen Meinungsvielfalt. Und bitte, liebe Bürgerinnen und Bürger von Mecklenburg-Vor-

pommern, gehen Sie zur Wahl! Wählen Sie das Europäische Parlament, wählen Sie Ihre Vertreter, die wir von Mecklenburg-Vorpommern nach Brüssel entsenden, wir werden sie dort in den nächsten Jahren dringend brauchen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir heute das Bild der Europäischen Union sehen, dann müssen wir natürlich auch speziell auf Deutschland schauen. Und es ist eine Wahrheit: Wir leben in einer der reichsten Industrienationen der Erde. Wir leben in dem Kontinent, in dem der Wohlstand sich im Prinzip bis in die kleinste Keimzelle der Gesellschaft mittlerweile fortgesetzt hat, was nicht heißt, dass wir noch viele Bevölkerungsrandgruppen haben, die man natürlich nicht aus den Augen verlieren darf.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Randgruppen!)

Aber wie ist es eigentlich zu erklären ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, wissen Sie, es gibt ja noch eine große Hoffnung, die sich mit der europäischen Wahl verbindet, nämlich dass Sie keinen Sitz im Europäischen Parlament kriegen und Sie damit nicht mal in den Geschichtsbüchern auftauchen.

(Udo Pastörs, NPD: Wir werden einen Sitz bekommen.)

Vielleicht dadurch, dass Sie endlich im nächsten Jahr verboten werden, das ist der einzige Anstrich, den Sie vielleicht mal in den Geschichtsbüchern haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wollte darauf hinaus, dass die Europäische Union uns nicht nur Frieden sichert, sondern auch Wohlstand.

(Michael Andrejewski, NPD: Auf Pump.)

Wenn Sie sich die anderen Staaten sowohl in Asien als auch in Afrika und vielleicht in Südamerika ansehen, dann haben die alle nur noch ein Ziel: Die wollen nämlich den gleichen Wohlstand erreichen, wie wir ihn in der Europäischen Union haben. Das müssen wir uns immer wieder auf der Zunge zergehen lassen. Welche Rolle spielen wir eigentlich im Kanon der Völker, wenn wir als Deutschland mit rund 80 Millionen alleine dastehen würden? Jetzt sind wir immerhin 500 Millionen, die mit einer Stimme sprechen, wenn es um so wichtige Themen geht, die die Europäische Union behandelt.

Und ist es für uns nicht eher ein Glücksfall der Geschichte, dass es nach den beiden Weltkriegen mutige Männer und Frauen gegeben hat, die sich auf den Weg gemacht haben zu sagen, stellen wir alle nationalen Egoismen zurück.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

besinnen wir uns auf unsere christlich-abendländische Kultur in Europa,

(Stefan Köster, NPD: Und sorgen wir dafür, dass die Deutschen für alles blechen.)

gründen wir die Europäische Union und stellen alles andere zurück? Wir haben vorher gegenseitig aufeinander geschossen, das stellen wir alles zurück, gründen die Europäische Union und sichern damit Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa.

(Udo Pastörs, NPD: Für alle.)

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Erfolgsmodell der Europäischen Union. Das werden wir uns von nichts und niemandem, auch nicht von Ihnen, Herr Pastörs, schlechtreden lassen.

> (Michael Andrejewski, NPD: Das schaffen Sie schon selber. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Es ist und bleibt einer der größten Glücksfälle der Menschheitsgeschichte,

(Udo Pastörs, NPD: Wir beschreiben nur die Wirklichkeit.)

dass von diesem Kontinent, von dem so viel Leid ausgegangen ist, mittlerweile der Frieden ausstrahlt auch in andere Länder.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das ist die gute Nachricht dieser Aktuellen Stunde, meine sehr geehrten Damen und Herren. – Haben Sie vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gerkan.

(Stefan Köster, NPD: Oh Gott!)

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind überzeugt, dass Europa und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union uns in Mecklenburg-Vorpommern guttun. Ich teile hier die Worte unserer Spitzenkandidatin Rebecca Harms, dass die Europäische Union trotz aller bestehenden Probleme und Defizite das großartigste Projekt ist, das dieser Kontinent je gesehen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die heutigen Erstwählerinnen und Erstwähler, wir hörten es bereits, können ohne Grenzkontrollen von Tallin bis nach Lissabon reisen, können in Oxford, Paris oder Wien studieren, und junge Menschen aus der ganzen Europäischen Union sind herzlich willkommen, bei uns im Land zu arbeiten.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Warum nur aus der EU? Warum nicht weltweit?)

Wir profitieren vor Ort zum Beispiel von dem europäischen Binnen- und Arbeitsmarkt, der wirtschaftlichen Kooperation, aber auch dem grenzüberschreitenden Tourismus zwischen Deutschland und Polen sowie über den ganzen Ostseeraum hinweg und auch darüber hinaus.

Doch was mir Sorge macht, ist: Nach dem aktuellen Mecklenburg-Vorpommern-Trend, der letzte Woche veröffentlicht wurde, glaubt nur ein Viertel aller Befragten, dass die Europäische Union für Mecklenburg-Vorpommern eher Vorteile bringt.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Die Mehrheit ist überzeugt, dass sich Positives und Negatives die Waage hält.

(Udo Pastörs, NPD: Dann brauchen wir es ja nicht.)

Das bedeutet in meinen Augen zum einen, dass die Europäische Union mehr Transparenz, mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung braucht,

(Udo Pastörs, NPD: Nachhaltigkeit.)

um die Menschen in unserem Land von einem Besseren zu überzeugen. Das bedeutet aber auch, dass wir als Landtagsabgeordnete noch viel mehr tun müssen, um europäische Politik verständlich zu vermitteln.

> (Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Des Kaisers Kleider besser zu beschreiben.)

Wir dürfen nicht länger die Landes- und Europapolitik gegeneinander ausspielen. Wir brauchen eigentlich noch viel mehr Europa als weniger. Wir brauchen eine europäische Energiewende statt eines Comebacks von Kohle und Atom. Wir brauchen eine europäische Agrarwende statt Genmais und Massentierhaltung. Wir brauchen einen europaweiten Mindestlohn statt Lohndumping und Sozialabbau. Wir brauchen eine europäische Bankenunion, die dafür sorgt, dass Banken in Europa geordnet abgewickelt werden, ohne die Steuerzahler mit Milliardenbeträgen zu belasten. Wir brauchen einen europaweiten Verbraucherschutz statt eines intransparenten Freihandelsabkommens TTIP und wir brauchen einen würdevolleren Umgang mit Flüchtlingen.

Kurzum, wir Bündnisgrüne sind überzeugte Europäerinnen und Europäer und wollen gemeinsam für ein besseres Europa streiten. Und wir brauchen eine stärkere, aber gewaltfreie gemeinsame Außenpolitik. Wir müssen unsere europaweit errungenen Menschen- und Bürgerrechte, unsere liberalen Werte sowohl hier vor Ort als auch international verteidigen. Die sind: Demokratie, Toleranz, Minderheitenschutz, die Gleichstellung von Frauen, die Gleichstellung von Homosexuellen, eine liberale Einwanderungspolitik und eine multikulturelle Gesellschaft.

All das steht leider derzeit in manchen Ländern außerhalb wie innerhalb der Europäischen Union wieder auf dem Spiel. Diese Rechte und Werte müssen wir zum

einen gegen die mancherorts erstarkenden Rechtspopulisten, Nationalisten und Rechtsradikalen verteidigen –

(Stefan Köster, NPD: Oh, oh, harte Worte, ganz harte Worte. – Udo Pastörs, NPD: Oi, oi! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

bei uns vor Ort wie auch europaweit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen daher die europäische Integration, um diesen Konsens nach innen unter den Mitgliedsländern nicht aufzuweichen. Wir brauchen darüber hinaus aber auch einen internationalen Dialog über die Grenzen der Europäischen Union hinaus, der Probleme auf diesem Gebiet thematisiert, anstelle zu verschweigen.

Meine Damen und Herren, eine Delegation des Parlamentsforums Südliche Ostsee reist vom 18. bis zum 22. Mai nach Kaliningrad.

(Udo Pastörs, NPD: Nach Königsberg wahrscheinlich.)

Ich erwarte, dass vor Ort auch eine Aussprache und eine Stellungnahme zu aktuellen politischen Entwicklungen in Russland und seinen Nachbarstaaten möglich sind. Dabei sollten aus Sicht der Bündnisgrünenlandtagsfraktion insbesondere die folgenden Aspekte Berücksichtigung finden: völkerrechtliche Rahmenbedingungen, Souveränität von Staaten, Menschenrechte und deren Einhaltung.

(Stefan Köster, NPD: Fordern Sie das auch für Deutschland?)

Ich bin der Auffassung, dass im Rahmen eines Besuchs in Russland die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Ukraine kritisch angesprochen werden müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das gehört nach meiner Auffassung und nach der Auffassung von den Bündnisgrünen zu einem Dialog auf Augenhöhe dazu, denn ich möchte auch woanders laut und deutlich sagen können: Europa tut gut. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

(Michael Andrejewski, NPD: Europa tut noch viel besser.)

**Udo Pastörs**, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Die Volkskammerreden, die bisher hier gehalten wurden

(Heinz Müller, SPD: Ei, ei, ei! – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, Herr Pastörs! – Zuruf von Torsten Renz, CDU) um des Kaisers neue Kleider wird meine Fraktion natürlich nicht fortsetzen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Surprise, Surprise! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

sondern wir werden darauf hinweisen, dass Europa nämlich nicht guttut, und wenn, werden wir die Frage stellen: Wem tut Europa gut und wem tut Europa weh?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vorab lassen Sie mich bitte sagen,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

man kann das subsumieren in dem Satz: Europa verrät seine Jugend. Alles das, was Sie an Schönwettergeklingel hier eben losgelassen haben, können Sie nicht in Deckung bringen mit der Realität in diesem sogenannten vereinten Europa.

Schauen wir mal auf die Bildungsseite. Hier hörten wir von Frau Drese und auch von anderen Abgeordneten, dass die Jugend jetzt europaweit studieren könne.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, kann sie doch.)

Sie kann es nicht, weil sie erstens das Geld nicht hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hör doch auf!)

und zweitens ist Mecklenburg-Vorpommern ein gutes Beispiel dafür, was zum Beispiel mit spanischen Studenten geschieht, wenn sie nach Mecklenburg-Vorpommern kommen.

> (Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und was mit spanischen Auszubildenden geschieht, wenn sie in dieses Land kommen. Dann finden sie sich in Massenunterkünften wieder, bekommen keine Lehrstelle, bekommen das zugesicherte BAföG und Geld nicht bis zum heutigen Tage,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

geben resigniert auf und wandern wieder ab nach Spanien, wo Ihre EU der spanischen Jugend eine Arbeitslosigkeit geschenkt hat – wenn es guttut –

(Vincent Kokert, CDU: So ein Quatsch.)

von über 50 Prozent der jungen Leute unter 25 Jahren.

(Michael Andrejewski, NPD: Das tut auch gut.)

Das ist ein Faktum.

Dann sprechen wir mal über Frieden in Europa.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Stefan Köster, NPD)

Wir haben in Europa keinen Frieden. Wir haben in Europa einen Finanzkrieg und dieser Finanzkrieg ist ausgelöst worden durch die Gleichmacherei in Ihrem Europa, durch die Einführung einer Gaunerwährung, die Sie Euronennen und auch noch feiern.

(Thomas Krüger, SPD: Pfui Teufel! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Bundesrepublik Deutschland haftet

(Vincent Kokert, CDU: Belegen Sie Ihre Behauptungen auch mal?)

für die Schulden anderer Länder auf Kosten der Zukunft unserer Jugend, im Moment – nur in diesem Sektor – von ungefähr 150 Milliarden Euro. Das ist eine gewaltige Summe, die nie zurückzuzahlen ist von unseren jungen Menschen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wird einfach gedruckt.)

Die EU ist eine Institution, die Deutschland eben nicht bereichert, sondern entreichert, und zwar nicht nur finanziell, sondern auch kulturell und wirtschaftlich. Das ist der Grund – weil diese Probleme von Ihnen nicht angesprochen werden –, das ist der Grund, warum die NPD, Herr Kokert, bei der Europawahl nicht nur einen, sondern mit Herrn Voigt und Dr. Rose unserer Partei,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und wovon träumen Sie nachts, Herr Pastörs?)

und das sage ich Ihnen voraus, zwei Abgeordnete

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wovon träumen Sie nachts?)

als Gegenwehr ins Europäische Parlament entsenden wird.

(Vincent Kokert, CDU: Als Gegenwehr? Das wissen Sie heute schon? Das wissen Sie heute schon? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

weil die Menschen in Deutschland – das sagen die Umfragen – die Schnauze voll haben von Ihren Schönwetterreden.

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Die sehen nämlich die Arbeitslosigkeit, die sehen die Lohndrückerkolonnen aus dem europäischen Ausland,

(Heinz Müller, SPD: Ach, die Geschichten erzählen Sie uns doch seit Jahrzehnten und sie stimmen nicht.)

die sehen die Probleme der Überfremdung in den Städten und die sehen auch ganz genau die ins Kraut schießende Grenzkriminalität

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

an der Grenze zur Volksrepublik Polen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das ist die Wirklichkeit in dieser EU, wo wir als Nationalisten sagen: Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

wir sind für ein Raus aus dieser Gauner-EU

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und für ein friedliches, gemeinsames Europa der Nationen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Detlef Müller.

**Detlef Müller**, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schäme mich für das, was mein Vorredner hier eben vorgetragen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Ja, man muss sich der Wahrheit schämen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist es nicht wert, Detlef. Das ist es nicht wert.)

Ein bisschen, ein bisschen.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich sehr herzlich bei meiner Fraktion zu bedanken, dass sie das Thema Europa hier auf die Tagesordnung gesetzt hat, denn als Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses muss ich schon sagen, insgesamt kommt das Thema Europa hier in diesem Hohen Haus, wie ich finde, doch etwas zu kurz.

Bei uns im Ausschuss ist das Thema Europa sozusagen omnipräsent, und das ist, wie ich finde, auch gut so. Und darum gestatten Sie mir, dass ich einiges aus Sicht des Ausschusses sage. Ich glaube, der Ausschuss ist sozusagen die Schnittstelle zwischen Brüssel und Mecklenburg-Vorpommern. Das zeigt sich daran, dass wir uns im Ausschuss regelmäßig über die aktuellen Themen aus der EU briefen lassen.

(Udo Pastörs, NPD: Briefen!)

Dieses Briefing stellen wir dann auch den Ausschüssen zur Verfügung. Wir splitten es auf nach den entsprechenden Politikfeldern und jeder Ausschuss hat die Möglichkeit, sich damit zu befassen. Und ich will hier ganz klar sagen: Ich würde mir wünschen, dass in den Ausschüssen dieses Briefing noch mehr an Beachtung findet, denn nach meiner Erfahrung sind auch immer Dinge dabei, die für uns hier in Mecklenburg-Vorpommern durchaus interessant sind.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang, mich sehr herzlich bei unserem Leiter des Informationsbüros in Brüssel, Herrn Dr. Boest, und seinem Team zu bedanken für diese umfangreichen und inhaltlich topaktuellen Informationen. Es ist immer wieder sehr bemerkenswert, was Herr Dr. Boest und sein Team da zusammenstellen und was er uns dann auch im Ausschuss vorträgt.

Und weil ich gerade beim Danksagen bin, möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, mich für die gute Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss und der Staatskanzlei

(Udo Pastörs, NPD: Tolle Rede.)

und insbesondere der Europaabteilung zu bedanken. Ich muss sagen, dass wir auch ohne schriftliche Vereinbarung beziehungsweise ohne gesetzliche Regelungen stets von der Staatskanzlei über die europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung informiert werden, und das ist, wie ich finde, auch gut so.

Meine sehr verehrten Damen und Herren ...

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie mal was Substanzielles, Herr Müller!)

Da hatten Sie ja die Gelegenheit, da hatten Sie ja vorhin die Gelegenheit,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

da kam ja nichts, da kam ja nichts,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

da kam ja nichts, da kam ja nichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr bemerkenswert finde ich auch,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

dass wir im Ausschuss die Botschafter in Deutschland haben, deren Länder die jeweilige Ratspräsidentschaft innehaben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In der letzten Woche hatten wir den griechischen Botschafter im Ausschuss. Sie können sich vorstellen, dass das sehr interessant war.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Er hat die Schwerpunkte der griechischen Ratspräsidentschaft vorgestellt und uns auch erste Ergebnisse vorgetragen.

(Michael Andrejewski, NPD: Sehr optimistisch war der.)

Jährlich werden wir im Ausschuss das Arbeitsprogramm der EU-Kommission ausfiltern, gemeinsam mit der Landesregierung die Themen, die unser Land betreffen, und Sie wissen, das läuft ja im Moment in den Ausschussberatungen. Die Ausschüsse haben gegenwärtig das Programm vorliegen.

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie mal was Substanzielles, Herr Müller! Machen Sie mal! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Bringen Sie doch mal einen substanziellen Zwischenruf, Herr Pastörs!

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie mal was, dass die Leute das draußen hören!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment, Herr Müller.

Herr Pastörs, hier vorn ist Herr Müller am Rednerpult.

(Udo Pastörs, NPD: Ich sehe ihn ja.)

Sie können Ihre Zwischenrufe tätigen, aber es darf nicht in einen Dialog oder Monolog ausarten.

(Stefan Köster, NPD: Sagen Sie mal was Inhaltliches, Herr Müller! Oder sind Sie überfordert?)

**Detlef Müller**, SPD: Meine Damen und Herren, bei uns im Europa- und Rechtsausschuss haben wir uns in der letzten Woche im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm mit der Ministerin Frau Kuder über die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft verständigt.

(Udo Pastörs, NPD: Oho!)

Mit hohem Aufwand stellen wir allen Ausschüssen Subsidiaritätsdokumente zur Verfügung, die vom Inhalt her widerspiegeln, welche Gesetze und Verordnungen die EU plant.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Wir hier im Ausschuss haben uns schon einmal zu einer Stellungnahme zu einem Subsidiaritätsdokument verständigt, Herr Köster.

(Stefan Köster, NPD: Wann kommt mal was Inhaltliches, Herr Müller?)

Insgesamt müssen wir aber hier, wie ich finde, noch aktiver werden,

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

denn ich glaube schon, dass gerade diese Subsidiaritätsdokumente auch von immenser Wichtigkeit sind. Häufig wird in der Diskussion die Frage gestellt: Wer ist zuständig, ist die EU zuständig, sind wir zuständig, wer ist zuständig? Diese Dinge müssen geklärt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das finde ich auch.)

Und insofern, finde ich, ist es ganz wichtig, dass wir hier noch aktiver werden. Als Ausschuss zeigen wir aber auch vor Ort in Brüssel regelmäßig Flagge.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Erst im März waren wir wieder in Brüssel und haben dort Kontakte für Mecklenburg-Vorpommern auf-, aber auch weiter ausgebaut. Auch bei diesem Besuch hat sich, wie ich finde, wieder gezeigt, wie wichtig es ist, in Brüssel sozusagen Gesicht zu zeigen.

(Udo Pastörs, NPD: Den Versuch zu machen.)

Denn immer mehr spielt die Musik in Brüssel und wir sollten aufpassen, dass die eine oder andere Melodie aus Mecklenburg-Vorpommern auch dabei ist. Und diese Erfahrung mache ich auch bei ...

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Frau Präsidentin, es ist wirklich schwierig, bei diesen Zwischenrufen sich hier ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dummes Gesabbel, kann man dazu auch sagen. – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Ich versuche es, aber es fällt einem schwer, weil es wirklich ...

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

Also diese Erfahrung mache ich auch bei meiner Arbeit im Ausschuss der Regionen in Brüssel,

(Udo Pastörs, NPD: Ausschuss der Regionen!)

und ich glaube auch, Herr Texter, dass regelmäßige Präsenz eben die Akzeptanz erhöht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Insofern fand ich es gut, und ich glaube, die Entscheidung ist gut, einen Abgeordneten als ordentliches Mitglied beziehungsweise als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss der Regionen für unser Land zu berufen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe an dieser Stelle schon einmal Willy Brandt zitiert, und weil ich dieses Zitat so gut fand, will ich es heute noch einmal wiederholen. Er hat nämlich gesagt, ich zitiere: "Mit den Europa-Verhandlungen ist es wie mit dem Liebesspiel der Elefanten: Alles spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf —"

(Jochen Schulte, SPD: Das stelle ich mir jetzt lieber nicht vor.)

"und es dauert sehr lange, bis etwas dabei herauskommt." Zitatende.

> (Udo Pastörs, NPD: Da kannte er sich ja aus.)

Ich glaube, man kann sagen, obwohl in den letzten 20 Jahren sich vieles zum Positiven entwickelt hat, ein bisschen Wahrheit steckt auch heute noch in diesem Zitat.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Liebesspiel der Elefanten!) Und dennoch, glaube ich, kann man mit Fug und Recht sagen, Europa tut gut, Europa tut Deutschland gut, und viele meiner Vorredner haben darauf hingewiesen, Europa tut insbesondere auch Mecklenburg-Vorpommern besonders gut.

Und darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, werbe ich dafür, dass Sie noch mal in Ihren Wahlkreisen versuchen, die Menschen zu mobilisieren, um zur Europawahl zu gehen, denn wir brauchen ein starkes europäisches Parlament. Wir brauchen ein stabiles Europa und eine zuverlässige Europäische Union. Wie wichtig ein stabiles Europa ist, wird in diesen Tagen auch an den Geschehnissen rund um die Ukraine deutlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges weiter gemeinsam an einem friedlichen, sozialen und demokratischen Europa bauen. Ich bin dabei! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD: Alles, was risikolos ist, da sind Sie vorne dabei.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes, Drucksache 6/2578, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 6/2951. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2968 vor.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/2578 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (2. Ausschuss) – Drucksache 6/2951 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/2968 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Innenausschusses Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegen die Beschlussempfehlung und der Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 6/2951 vor. Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung, Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes, in seiner 60. Sitzung am 29. Januar 2014 in Erster Lesung beraten und an den Innenausschuss überwiesen.

Der Innenausschuss hat zu dem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung durchgeführt und dem Landkreistag sowie dem Städte- und Gemeindetag, dem Landesbeauf-

tragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, dem Zweckverband "Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern", Professor Dr. Werner Jann von der Universität Potsdam, dem Chaos Computer Club, dem Verein der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter, dem Staatsministerium Baden-Württemberg, dem BUND Landesverband Hessen sowie Professor Dr. Jan Ziekow von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer die Möglichkeit gegeben, eine Stellungnahme abzugeben. Wegen der Einzelheiten verweise ich auf die Ausführungen in der Beschlussempfehlung. Ich gehe außerdem davon aus, dass die Ergebnisse der Anhörung in der weiteren Aussprache der Fraktionen genannt und bewertet werden.

Als Ergebnis der Anhörung empfiehlt der Innenausschuss klarzustellen, dass für die Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht die Bekanntmachung im Internet der Bekanntmachungsanforderung genügt, wenn das Ortsrecht eine verpflichtende Veröffentlichung dieser Art vorsieht. Diese Empfehlung fußt auf einem gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen und wurde einvernehmlich angenommen. Die weiteren eingereichten Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konnten keine Mehrheit finden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schlecht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 51. Sitzung am 9. April 2014 abschließend beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und der NPD beschlossen, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes mit der soeben von mir geschilderten Änderung und im Übrigen unverändert zu empfehlen. – Ich bitte Sie daher um Zustimmung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Danke schön, Herr Reinhardt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Wippermann.

Susann Wippermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die öffentliche Verwaltung in Deutschland muss sich den neuen Herausforderungen der Zeit stellen, sei es, um mit der Entwicklung des technischen Fortschritts – und hiermit meine ich die digitale Welt – mitzuhalten oder dem gewachsenen Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Transparenz und Beteiligung an Verwaltungsvorgängen gerecht zu werden. Dieser vorliegende Gesetzentwurf soll Grundlage dafür sein, bereits geltendes Bundesrecht in Landesrecht zu überführen.

So ist es doch natürlich und verständlich, dass der Bürger oder die Bürgerin, die schon seit Jahren ihr Bankkon-

to online führen, in Onlineshops einkaufen oder ihre Bankgeschäfte, ihre Steuererklärung ebenso am PC erledigen, von einer modernen Verwaltung, die sie zu Recht als Dienstleisterin begreifen, erwarten können, dass ihre behördlichen Anliegen mit wenigen Mausklicks bequem von zu Hause aus an die Verwaltung herangetragen werden können. Damit dies rechtssicher vonstatten gehen kann, müssen die rechtlichen Vorschriften für Verwaltungsvorgänge angepasst werden. Dies wollen wir heute tun.

So können als Ersatz für die Schriftform nun auch E-Mails mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zum Einsatz kommen sowie als neu zugelassene Technologie auch die De-Mail mit der Versandoption "Absender bestätigt" und elektronische Formulare mit sicherer elektronischer Identifizierung, wie es mit dem neuen Personalausweis mit der ID-Funktion passieren kann. Weitere sichere Technologien können durch Rechtsverordnungen zugelassen werden. Damit wird der ständigen Entwicklung im IT-Sektor Rechnung getragen.

Eine weitere Änderung im Landesverwaltungsgesetz beauftragt ihre Behörden, die Akten künftig elektronisch zu führen, sofern dies wirtschaftlich ist. Hierbei wird zum Beispiel das Ersetzen des Scannens von Papierdokumenten geregelt sowie eine Ermächtigungsgrundlage für das Vernichten der Originaldokumente geschaffen. Akteneinsicht kann die Behörde durch die Wiedergabe auf dem Bildschirm, die Übermittlung elektronischer Dokumente oder durch den elektronischen Zugriff auf den Akteninhalt gewähren.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Gesetzentwurfs beinhaltet die geänderten Möglichkeiten für Öffentlichkeitsbeteiligung. Dies ist zum einen die Anpassung an die digitale Welt und somit an die Lebenswirklichkeit, indem neben den klassischen öffentlichen Bekanntmachungen in Aushängen oder in Amtsblättern nun auch parallel im Internet veröffentlicht werden soll. Zum anderen wird durch die Eröffnung eine Möglichkeit zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, die vor allem bei zu planenden Großprojekten anzuwenden ist, angestrebt, um durch Transparenz zur Konfliktvermeidung im Vorfeld von Planungen beizutragen und nicht, wie bisher üblich, erst dann, wenn das Kind sprichwörtlich in den Brunnen gefallen ist.

Zusammenfassend: Dieser Gesetzentwurf ist als notwendige Anpassung an die Lebenswirklichkeit zu verstehen und somit als weiterer Baustein für die Umsetzung moderner Verwaltung auch im Blickwinkel einer erwünschten E-Government-Gesamtlösung zu betrachten. Lassen Sie uns den begonnenen Prozess weiterführen und stimmen Sie bitte diesem Entwurf zu! – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für einen Gesetzentwurf, der ursprünglich die Erste Lesung ohne Aussprache durchlaufen sollte, hat der vorliegende Entwurf dann doch noch für eine interessante und aufschlussreiche Debatte im Ausschuss gesorgt. Auch haben die ersten Redebeiträge dieses widergespiegelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Wege der Simultanoder Konkordanzgesetzgebung müssen wir bundesrechtliche Vorschriften in Landesrecht umsetzen. Von erheblicher Bedeutung sei hierbei, dass die Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder im Wortlaut übereinstimmen. Dem dient eine zwischen Bund und Ländern gemeinsam erarbeitete Grundlage und so weiter und so fort. Der Ausschussvorsitzende hat noch mal darauf hingewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für das Innenministerium war diese Simultangesetzgebung sogar ein Wert an sich. Das mag sein, dann erwarte ich aber, lieber Kollege Innenminister, eine derartige Gesetzgebung gesetzestechnisch so abzusichern, dass man als Parlamentarier auch ordentlich damit arbeiten kann, und zwar im Bund angefangen. Extremer Zeitdruck und verantwortungsvolle Gesetzgebung sind nicht automatisch ein Paar Schuhe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dem gemeinsamen Änderungsantrag der demokratischen Fraktionen ist alles gesagt. Der Änderungsantrag meiner Fraktion macht jedoch die Zeitdruckproblematik ganz plastisch deutlich. Der Antrag greift eine konkrete Empfehlung des Landesdatenschutzbeauftragten auf. Alle am Verfahren Beteiligten werden sich erinnern. Darüber kann man sich nun fachlich streiten, ob das zielführend ist oder nicht, nur hatten wir nicht mal die Zeit, uns ausführlich fachlich damit zu beschäftigen.

(Heinz Müller, SPD: Na ja.)

Erstaunt, lieber Kollege Müller, ist man aber, von dem federführenden Ministerium zu hören – Sie werden sich auch erinnern –, dass in der Schnelle der Zeit die Folgen unseres Änderungsantrages nicht abzuschätzen gewesen seien.

(Torsten Renz, CDU: Das kann nicht sein, oder?!)

Das kann nicht sein, Kollege Renz, da muss ich Ihnen inhaltlich voll recht geben. Das kann man nur als Vorwurf verstehen oder auch nicht, aber man muss es zumindest zum Anlass nehmen zum Innehalten und zum Nachdenken bei künftigen Planungen in den Häusern, was Gesetzgebungsvorhaben angeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Zeitdruck holt den Landtag letztlich wieder ein, denn morgen beziehungsweise am Freitag befassen wir uns mit einem Antrag zur IT-Sicherheit und abgestimmten Konzeptionen zwischen Land und Kommunen. Und wenn ich mir einige Stellungnahmen der Anzuhörenden ansehe, dann wurde genau dies thematisiert. Realistisch betrachtet hatte der Innenausschuss aber gar keine Chance, neben der Frage der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung auch diese Probleme vertiefend zu erörtern und sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Interesse der Konkordanz wird der Landtag den vorliegenden Gesetzentwurf, davon gehe ich aus, mehrheitlich verabschieden. Eine parlamentarische Sternstunde war seine Beratung aber nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ringguth.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschussvorsitzende, mein Kollege Marc Reinhardt, hat hier ausführlich vorgetragen, sodass über das, was als Verfahren im Innenausschuss gelaufen ist, nicht mehr allzu viel zu sagen ist. Aber ich will auf das eingehen, was Peter Ritter eben gesagt hat, nämlich, dass die Zeitdruckproblematik und ein ordentliches Gesetz unter Umständen kein ordentliches Paar Schuhe wären. Ich bin mir ganz sicher – und ich sage das auch in aller Deutlichkeit –, dass wir heute ein gutes Gesetz verabschieden – ein Gesetz, das die Verwaltungen in unserem Land in die Lage versetzen wird, gut zu arbeiten, und ein Gesetz, das hat meine Kollegin von der SPD eben gesagt, das deutlich moderner ist als das Gesetz vorher.

Natürlich, das ist richtig: Wir haben den Gesetzentwurf als eine Folge von bundesgesetzlichen Änderungen in etwas ungebotener und etwas unziemlicher Eile besprechen müssen, aber, Peter, ich erinnere daran, dass wir am Abend des 9. April nach einer Sitzung des Landtages sehr intensiv diskutiert haben und, ich glaube, auch zu guten Beschlüssen im Innenausschuss an dem Abend gekommen sind.

Zu dem vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN möchte ich Folgendes sagen: Es ist irgendwie jetzt so Politik bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Saalfeld, dass das, was in Ausschüssen schon abgelehnt wurde, dann im Landtag sozusagen als zweiter Aufguss noch mal verhackstückt wird.

(Heinz Müller, SPD: Da fragt man sich, wozu man dann Ausschussberatungen macht.)

Da fragt man sich wirklich, wozu wir gesprochen haben, denn wir haben uns an dem Abend große Mühe gegeben, Herr Saalfeld, gerade vor dem Hintergrund, den Herr Ritter eben schon erklärt hat, nämlich, dass wir es mit einer Simultan- und Konkordanzgesetzgebung zu tun haben und das ein Wert an sich ist, dass beim Föderalismus in Deutschland Verwaltungsgesetze in den einzelnen Bundesländern einen hohen Grad an Deckung haben und es auch zu dem Bundesverwaltungsgesetz diese klaren Bezüge gibt. Sie haben an dem Abend im Grunde das eingebracht, was Sie jetzt hier wieder tun. Neu ist nur Ihr Punkt 5 mit dieser Entschließung. Darauf gehe ich gleich ein.

Das andere ist, wie gesagt, ein zweiter Aufguss. Dieser Paragraf 25 Absatz 3, den Sie neu fassen wollen, wurde ja eigentlich schon mal im Bundesrat durch Baden-Württemberg eingebracht und dort abgelehnt, und auch dafür gab es gute Gründe. Wir haben das an dem Abend auch abgelehnt, heute werden wir es dann natürlich wieder ablehnen.

Einen richtigen Neuigkeitswert hat dann eine arabische 5. Nach Ziffer 4 wird folgende neue Ziffer II. eingefügt: Wir sollen einer Entschließung zustimmen. Das ist immer schick. Da geht es um Kosten für den Basisdienst TR-ESOR für die Behörden des Landes, der Gemeinden, Ämter und Landkreise sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften. Und, große Überraschung, das Land soll die Sache bezahlen. Das sind immer so die Vorschläge, die von den GRÜNEN kommen.

(Heinz Müller, SPD: Wir haben es ja.)

Das überrascht die Finanzministerin nicht. Das sind immer die Vorschläge. Ich sage Ihnen auch, diesen Vorschlag werden wir ablehnen.

Ich möchte noch mal zum Verfahren kommen, weil das wirklich etwas schnell war. Ich möchte mich einfach mal bedanken. Wir haben ja die Sondersitzung des Innenausschusses am 9. April durchgeführt und die hat natürlich vorher einiges an Terminabsprachen mit Kolleginnen und Kollegen der Opposition bedurft. Und ich muss sagen, das hat alles hervorragend geklappt. Wir haben uns trotz der Kürze der Zeit intensiv miteinander besprochen, das hat hervorragend geklappt.

Ich möchte an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen, auch von der Opposition, und den Mitarbeitern des Sekretariates Danke sagen, denn wir haben das im zeitlichen Rahmen, der uns geboten war, damit eben keine Rechtslücken entstehen – die wären sonst entstanden, wenn wir heute nicht in Zweiter Lesung dieses Gesetz beschließen würden –, geschafft. Ich glaube, das ist trotzdem eine gute Arbeit gewesen, wenngleich die Kritik von Peter Ritter – für mich jedenfalls – durchaus nachvollziehbar ist. Auf andere Dinge, die hier insbesondere von meiner Kollegin von der SPD schon vorgetragen wurden, will ich gern verzichten.

Ich wünsche diesem Gesetz und den Gesetzesanwendern – das sind eben die Verwaltungen, von der kleinen Kommunalverwaltung bis zur großen Bundesauftragsverwaltung, meinetwegen Straßenbauämter oder so – mit dieser neuen Handhabe eine gute Arbeit. Und ich wünsche mir, dass wir heute den Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

aber dem Gesetz so, wie es jetzt vorliegt, unsere Zustimmung geben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Dagmar Kaselitz, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu den Neuerungen im Entwurf zum Landesverwaltungsverfahrensgesetz zählt auch die Verpflichtung der Behörden, auf elektronische Aktenführung umzustellen. Der neue Paragraf 3b bestimmt, die Behörden des Landes sollten, soweit nicht wichtige Gründe entgegenstünden, ihre Akten elektronisch führen. Dazu gehört auch, wie der neue Paragraf 3c festlegt, dass die Originaldokumente nach dem Einscannen vernichtet werden sollen, weil man eine doppelte Aktenführung aus Gründen der erforderlichen Ressourcen vermeiden will – mit einigen Ausnahmen.

Was die Datensicherheit betrifft, so wird auf den Stand der Technik verwiesen, dessen man sich bedienen soll und auf dem man sich befinden soll. Die Fragen sind nur: Reicht der überhaupt aus? Kann sich die Landesverwaltung den leisten und beherrscht sie ihn?

Die gute alte Papierakte mag vorsintflutlich wirken neben schimmernden Computern, aber solange das Behördengebäude nicht abbrennt oder ausgeraubt wird, ist sie sicher, sie verschwindet nicht einfach und sie kann auch nicht so einfach, dass man es nicht merkt, abgeändert werden. Elektronische Akten sind viel leichter zu manipulieren. Zum Beispiel griff im Juli 2011 eine Hackergruppe mit dem Namen "No Name" das BKA, alle Landeskriminalämter, den Zoll und die Bundespolizei an. Diese Behörden mussten sämtliche Server abschalten, die dazu dienten, Schwerstkriminelle und Terrorverdächtige zu observieren. Diese Behörden dürften sich auf dem höchsten Stand der Technik befinden. Selbst die haben das nicht verhindern können. Ein anderes Beispiel: Im Juli 2011 wurde eine Seite der NATO gehackt, oder ganz aktuell: Im April hackten Unbekannte 18 Millionen E-Mail-Konten, davon 3 Millionen in Deutschland. Viele Leute mussten sich neue Passwörter einfallen lassen.

Ohne über spezielles Fachwissen zu verfügen, kann man eines feststellen: Datensicherheit ist schwierig, aufwendig und teuer. Der Gesetzentwurf, der vom Bund kommt und hier umgesetzt werden soll, sieht aber eher so aus, als wenn man sich mit der Umstellung auf elektronische Aktenführung Einsparungen verspricht. Die würden dann allerdings von der Art sein, wie sie ein Motorradfahrer erzielt, der meint, er müsste sich die Anschaffung eines Helms und eines Nierengurts sparen. Das wird er dann irgendwann bereuen.

Auf keinen Fall sollte man neben der elektronischen Verwaltung auf das parallele Führen von Papierakten verzichten, vor allem auch zu Beweiszwecken. Darauf wird ja in der Begründung im Gesetzentwurf Bezug genommen. Wenn die Originalakte vernichtet ist, wie kann ich dann noch beweisen, dass die elektronische Version, die da eingescannt ist, dem Original entspricht? Das ist viel schwieriger, als wenn ich die Originalakte vor mir habe und die untersuchen kann.

Ein ähnliches Problem: Wie kann ich bei einer elektronischen Stimmabgabe ohne Stimmzettel nach der Wahl noch beweisen, dass da irgendetwas nicht richtig ablief? Wenn man sich vorstellt, bei den Kommunalwahlen in der DDR – die letzten, derer jetzt gedacht wird – wäre das schon elektronisch gewesen, wäre es völlig unmöglich gewesen, dort irgendwelche Manipulationen nachzuweisen.

Das heißt ...

(Udo Pastörs, NPD: Auch in Bayern die Fälschungen.)

Ja

Das heißt, vor allen Dingen dieser Verzicht auf Papierakten, die nebenbei zu führen wären, kommt mir doch sehr leichtsinnig vor. Das ist gespart an der falschen Stelle. Wie groß der Leichtsinn und auch die Unterschätzung der Gefahren, die aus dem elektronischen Datenverkehr herrühren, sind, hat man ja gerade beim NSA-Skandal gesehen. Da hätte die politische Führung eben nicht so überrascht sein dürfen, dass das alles möglich war. Frau Merkel war sogar überrascht, dass ihr Handy abgehört wurde. Also ist man offenbar nicht auf dem richtigen Stand der Technik, auch im Geist, und hat davon keine richtige Vorstellung.

Die Papierakten sollten daher nicht verschwinden, sie sollten parallel weitergeführt werden, gerade bei den Gerichten. Denn auch da ist geplant, dass man bis in ein paar Jahren – ich glaube, 2016 – den elektronischen

Datenverkehr hinsichtlich der Akten von Gerichten hundertprozentig durchsetzt, sodass es keine Versendung von Akten mehr gibt, sondern nur noch Datenverkehr. Auch da sind die Gefahren der Manipulation einfach zu groß, wenn man nicht auf dem allerhöchsten Stand der Technik ist – und das heißt NSA. Ich sehe nicht, dass Deutschland so weit ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst festhalten, dass ich das ziemlich lächerlich finde, wenn den GRÜNEN hier vorgehalten wird, dass sie Anträge aus Ausschüssen dem Landtag noch mal vorlegen. Das ist unser gutes Recht. Vor allem ist es dann unser gutes Recht, solange die Ausschüsse in diesem Landtag nicht öffentlich tagen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn wir müssen der Öffentlichkeit darlegen, warum wir diesen Gesetzentwurf ablehnen werden, und zwar aus dem Grunde, dass auf dem Aktendeckel dieses Gesetzentwurfes "Öffentlichkeitsbeteiligung" draufsteht, unten drunter aber keine Öffentlichkeitsbeteiligung zu finden ist. Und genau das dokumentieren wir mit dem Änderungsantrag.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Saalfeld! Herr Saalfeld! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Ei der Daus!)

Machen Sie die Ausschüsse öffentlich und wir brauchen die Änderungsanträge nicht doppelt zu stellen! Das ist mein Angebot an Sie.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, Herr Müller, es ist absprachewidrig,

(Heinz Müller, SPD: Dann brauchen wir Ihre Anträge ja nicht mehr zu beraten. Dann beraten wir sie doch hier, machen wir gerne.)

es ist absprachewidrig, wenn Sie uns jetzt hier per Zwischenruf erklären,

(Heinz Müller, SPD: Machen wir gerne.)

was die GRÜNEN denn überhaupt wollen, warum wir überhaupt Innenausschusssitzungen machen.

(Heinz Müller, SPD: Ja, genau.)

Herr Müller, ich frage mich auch, warum wir Innenausschusssitzungen machen,

(Heinz Müller, SPD: Ja, gut, dann lassen wir das.)

wenn wir Gesetzentwürfe nur noch durchpeitschen.

(Dietmar Eifler, CDU: Die GRÜNEN müssen mal Mehrheiten akzeptieren. Das ist Demokratie.)

Wir hatten eine Absprache zwischen Koalition und Opposition, dass wir uns keine Vorwürfe machen, aber diese Absprache haben Sie jetzt gebrochen.

Ich weiß, wie wir in Zukunft mit Ihren Absprachen umzugehen haben.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bin etwas erregt,

(Heinz Müller, SPD: Blödsinn!)

das haben Sie offensichtlich schon gemerkt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Saalfeld.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, also ein bisschen mehr Disziplin, damit der Redner hier vorne zumindest von uns im Präsidium noch verstanden werden kann.

(Jochen Schulte, SPD: Akustisch oder inhaltlich? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bleibe also dabei: Wo "Öffentlichkeitsbeteiligung" draufsteht, sollte auch Öffentlichkeitsbeteiligung drin sein.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Doch die Landesregierung bietet uns Bürgerinnen und Bürgern den gleichen Etikettenschwindel an, wie es die Bundesregierung zuvor auf Bundesebene getan hat, denn es findet ja einfach nur eine Eins-zu-eins-Übersetzung in Landesrecht statt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist nicht das Informationsfreiheitsgesetz, das ist das Verwaltungsverfahrensgesetz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Ersten Lesung haben wir von den GRÜNEN bereits unsere grundlegende Kritik ausführlich dargelegt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist das Verwaltungsgesetz.)

Leider hat sich zwischenzeitlich in den Ausschüssen, bis auf eine einzige kleine Änderung, die lediglich eine Klarstellung enthält, nichts geändert. Deswegen bleibt unsere Kritik natürlich auch bestehen.

Kommen wir noch mal zum Gesetz mit dem wohlklingenden Namen "Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren". Darin soll angeblich eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung sichergestellt werden. Diese soll laut Gesetzesbegründung in einer möglichst frühen Phase der Planung von Großvorhaben stattfinden und dadurch die Transparenz von Entscheidungsprozessen verbessern und Konflikte vermeiden helfen. Das hört sich

ja alles gut an, das sind wohlklingende Worte, aber um diese Ziele auch wirklich zu erreichen, ist die neue Regelung nach unserer Ansicht nicht ausreichend. Sie ist unzureichend und sie ist viel zu weichgespült.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen das auch begründen. Der Vorsitzende Richter im Bundesverwaltungsgericht, Herr Ulf Domgörgen, trug in der Sachverständigenanhörung des Deutschen Bundestages zu dieser Vorschrift vor, die jetzt hier eins zu eins in Landesrecht übernommen wird, dass diese weit hinter den Erwartungen zurückbleibe, die Politiker auf dem Höhepunkt des Bürgerprotestes um das Projekt "Stuttgart 21" geweckt hätten.

Ich zitiere ihn: "Damals hieß es, man wolle aus dem Protest die 'Lehre' ziehen, Zulassungsverfahren für Großprojekte so auszugestalten, dass die Bürger 'mitgenommen' würden, indem sie früher und besser an der Entscheidungsfindung beteiligt würden. Angesichts solcher Ankündigungen erscheint § 25 Abs. 3 VwVfG-E als denkbar kleinste, unverbindliche und flexible Regelung, als möglichst schadlose 'Soft- und Minimallösung', mit der das Thema – in Reaktion auf die erwähnten Proteste – 'abgearbeitet' ist." Zitatende.

Meine Damen und Herren, also deutlicher und enttäuschter kann sich ein Vorsitzender eines Bundesgerichtes nicht äußern in einer Sachverständigenanhörung.

(Manfred Dachner, SPD: Das ist auch nur ein Mensch.)

Die entsprechenden Änderungsanträge der SPD im Bundestag und des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat fanden leider keine Mehrheit, aber das ist doch auch nicht schlimm, denn in Mecklenburg-Vorpommern können wir es ja besser machen. Wer hindert uns denn daran?

Wir von den GRÜNEN haben Ihnen deswegen heute einen entsprechenden Änderungsantrag vorgelegt, der die Änderungen aus Baden-Württemberg, aus dem Bundesrat aufgreift. Demnach muss der Träger eines Vorhabens die Behörde frühzeitig über die Planungen von Vorhaben informieren, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können. Die Behörde soll darauf hinwirken, dass der Träger eines solchen Vorhabens die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet und ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer auf ein Gesetz vorne auf den Aktendeckel "Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung" schreibt, der sollte dann unter dem wohlklingenden Aktendeckel nicht implodieren. Bisher ist dieses Gesetz aus unserer Sicht ein reiner Etikettenschwindel. Wie gesagt, Sie haben heute die Möglichkeit, das mit diesem Änderungsantrag der GRÜNEN zu ändern.

(Manfred Dachner, SPD: Das ist das Letzte, was wir machen.)

Und bitte, Herr Müller und Herr Ringguth, verstecken Sie sich nicht hinter dem sogenannten Konkordanzprinzip, nach dem die Verwaltungsverfahrensgesetze in Bund und Ländern gleich sein sollten. Die von uns GRÜNEN vorgeschlagenen Abweichungen sind doch so überschaubar und mit wenig Behördenaufwand gut zu handhaben, dass das überhaupt kein Problem darstellt. Diese Abweichung verstößt nicht gegen das Konkordanzprinzip, sondern ergänzt dieses Konkordanzprinzip.

(Heinz Müller, SPD: Danke für die Belehrung.)

Im Übrigen hat sich die Landesregierung bei anderen Konkordanzangelegenheiten ja auch nicht so päpstlich. Was ist denn mit der Beamtenbesoldung? Da geht das Land auch grundlegend eigene Wege, obwohl hier eine konkordante Bezahlung, also gleichwertige Besoldung, zu anderen Ländern und dem Bund angezeigt und von großem Vorteil wäre. Also lassen Sie die Kirche im Dorf! Wir von den GRÜNEN wollen mit dem vorliegenden Änderungsantrag nicht das ganze Landesverwaltungsverfahrensgesetz umkrempeln, sondern nur behutsam ergänzen. Ich bitte hier also um Ihre Zustimmung.

Kommen wir noch mal zum Gesetz zur Regelung von De-Mail-Diensten und zur Förderung der elektronischen Verwaltung. Durch dieses Gesetz soll, wie gesagt, der Rahmen für die De-Mail-Dienste erstellt werden. Die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Verwaltung soll dadurch sicher und rechtsverbindlich werden. Nach Ansicht meiner Fraktion sind die Grundanliegen dieses De-Mail-Gesetzes auch unterstützenswert, aber die konkrete Ausgestaltung wiederum stieß nicht nur bei uns, sondern bei Datenschutzbeauftragten quer durch die Republik auf massive Kritik. Insbesondere fehlt momentan für die De-Mail eine Pflicht zur Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.

Dies wird damit begründet, dass der Provider in jede E-Mail einmal zum Virenscan hineinschauen muss. Das mag sich im ersten Augenblick wirklich sinnvoll anhören, widerspricht aber systematisch dem deutschen Datenschutz. Private Betreiber, wie Telekom, Web.de oder GMX, werden also den Inhalt jeder De-Mail scannen, und das nur, weil offensichtlich die öffentlichen Verwaltungen nicht selbst nach Viren scannen wollen oder können. Ich empfehle daher allen Bürgerinnen und Bürgern, weiterhin den klassischen Papierbrief zu nutzen, wenn es um sensible Daten der Steuerverwaltung und der Sozialversicherung geht.

Außerdem gibt es momentan im Gesetzentwurf eine nicht nachvollziehbare Beweislastumkehr für den Fehlschlag des Zugangs von De-Mail-Nachrichten. Ich hatte das in der Ersten Lesung des Gesetzes schon angemerkt und verweise auf die Ausführungen dort. Es ist unverständlich, warum der Bürger nachweisen muss, dass die E-Mail, die ihm von der Verwaltung zugestellt wurde, auch wirklich angekommen ist. Das Verfahren über das Einschreiben des Einschreibebriefs funktioniert genau andersherum.

Wir von den GRÜNEN möchten die Ziffer 5 unseres Änderungsantrages im Übrigen einzeln abstimmen lassen. Hier handelt es sich um einen sehr sinnvollen Vorschlag des Zweckverbandes "Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern". Der Zweckverband empfahl uns in der Anhörung – Sie können sich sicherlich als Mitglieder des Innenausschusses gut daran erinnern –, zentral für alle öffentlichen Verwaltungen im Land einen Datenspeicher anzulegen, der nach der TR-ESOR-Richtlinie die entsprechenden elektronischen Daten der Bür-

gerinnen und Bürger sicher archiviert. Für alle Kommunen zusammen würden insgesamt

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: 120.000.)

Kosten in Höhe von 120.000 Euro dadurch anfallen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir haben das ja im Innenausschuss herausgearbeitet. Ich halte diesen Vorschlag für sinnvoll und geeignet, die Datensicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Und ich halte diese Kosten auch für einen überschaubaren Betrag. Es ist nicht die Welt – 120.000 Euro, insbesondere, wenn man einen Multimillionenbetrag an Steuerüberschüssen jedes Jahr erwirtschaftet. Ich halte diese Kosten für einen sinnvollen Beitrag, um die IT-Sicherheit im Land zu erhöhen.

Auch mit Blick auf den Antrag der Koalition zur Unterstützung der Kommunen bei der Herstellung sicherer IT-Strukturen, den wir morgen oder übermorgen, ich weiß es jetzt nicht genau, hier in diesem Haus debattieren werden, empfehle ich die Annahme dieses Änderungsantrages, denn damit kann die Koalition beweisen, dass sie nicht nur schöne Sonntagsreden zur IT-Sicherheit und zum Datenschutz hält, sondern dass sie sich auch ganz konkret mit einer überschaubaren Summe den Kommunen anschließt und hilft, wenn es dort um Datensicherheit der Bürgerinnen und Bürger geht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes auf Drucksache 6/2951.

Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/2951 anzunehmen.

Ich rufe auf den Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Zum Artikel 1 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2968, soweit er den Artikel 1 betrifft, vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2968, soweit er den Artikel 1 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2968, soweit er den Artikel 1 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Wer dem Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zuzustimmen wünscht, den bitte ich nun um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Artikel 1 entspre-

chend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 2 und 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 2 und 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 6/2951 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 6/2951 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

An dieser Stelle lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2968, soweit er die Einfügung einer Entschließung in die Beschlussempfehlung beinhaltet, abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, soweit er die Einfügung einer Entschließung beinhaltet, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2968, soweit er die Entschließung betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 6/2965 ein Antrag zum Thema "Regierungserklärung zur finanziellen Schieflage der "P+S-Werften" im Sommer 2011" vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Dringlichkeit gewünscht?

**Udo Pastörs**, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorgänge um die in Insolvenz gegangenen P+S Werften veranlassen die NPD, heute hier einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, weil wir es für dringlich halten, dass wir hier und heute, auch aufgrund der allgemein geforderten Auseinandersetzung im Parlament der anderen Fraktionen, zumindest der Oppositionsfraktionen, über dieses Thema reden.

Es ist deswegen dringlich, weil der Herr Ministerpräsident verdächtigt wird, dass er hier aus wahltechnischen Gründen Gelder hat fließen lassen, die unter zweifelhaften Rahmenbedingungen geflossen sind, und das Parlament

und die Öffentlichkeit ein Recht darauf haben zu erfahren, wie die Finanzströme wann auf welcher Rechtsgrundlage an die Werften geflossen sind. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Bitte schön, Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dringlich ist eine Angelegenheit dann, wenn sie aufgrund von außenstehenden Umständen, die der Antragsteller nicht zu vertreten hat, eine ordnungsgemäße Einreihung in die Tagesordnung nicht ermöglicht. Der dem Antrag hier zugrundeliegende Sachverhalt ist unabhängig davon, wie man ihn bewertet, zumindest den Mittlern des Untersuchungsausschusses und damit auch den Fraktionen dieses Hauses seit April 2013 bekannt, sodass kein Grund dafür vorliegt, hier heute eine Dringlichkeit dieses Antrages zu bejahen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Bildung eines Vollzugsverbundes in der Sicherungsverwahrung, Drucksache 6/2814, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses, Drucksache 6/2950.

Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag
zwischen dem Land Brandenburg und dem
Land Mecklenburg-Vorpommern über die
Bildung eines Vollzugsverbundes
in der Sicherungsverwahrung
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/2814 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses (3. Ausschuss) – Drucksache 6/2950 –

Das Wort zur Berichterstattung hat die stellvertretende

Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Frau Drese.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vor rund einem Jahr, am 24. April 2013, hat der Kollege und Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, Herr

Detlef Müller, an dieser Stelle unsere Beschlussempfehlung zum Entwurf eines Gesetzes zum Vollzug der Sicherungsverwahrung vorgestellt, das wir dann anschließend hier beschlossen haben.

Heute liegt Ihnen auf Drucksache 6/2950 eine weitere Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses zu diesem Themenkomplex vor. Diesmal geht es um den Gesetzentwurf, mit dem die Landesregierung unsere Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Bildung eines Vollzugsverbundes in der Sicherungsverwahrung erhalten will.

Im vergangenen Jahr haben wir mit dem Landesgesetz den rechtlichen Grundstein für den Vollzug der Sicherungsverwahrung gelegt und in diesem Jahr beraten wir über die länderübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen dieses Vollzugs. Das ist letztendlich konsequent, denn schon unser Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz beruht auf einem Musterentwurf mehrerer Bundesländer.

Zur Umsetzung bei uns hat die Landesregierung in der Zwischenzeit mit dem Land Brandenburg einen Staatsvertrag ausgehandelt.

Wir haben diesen Gesetzentwurf vor zwei Wochen im Ausschuss beraten. Dort haben wir uns vom Justizministerium zu den Bedingungen, den Verpflichtungen und den Möglichkeiten, die sich durch diesen Vollzugsverbund in der Sicherungsverwahrung ergeben, informieren lassen. Im Ergebnis sind wir zu dem Schluss gelangt, dass die Umsetzung des Staatsvertrages für unser Land eine kostengünstige Möglichkeit zur Erfüllung des Anspruchs der Sicherungsverwahrten auf wissenschaftlich fundierte Behandlungsmaßnahmen bietet, denn die Sicherungsverwahrten haben, wenn vorhandene standardisierte Maßnahmen nicht Erfolg versprechend sind, einen Anspruch auf individuell ausgestaltete Behandlungsmaßnahmen. Dazu muss qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen, welches in kleinen Einrichtungen nicht umfassend vorgehalten werden kann.

Eine Zusammenarbeit mehrerer Bundesländer nebst jeweiliger Spezialisierung auf einen Teilbereich des Behandlungsspektrums schafft hier deutliche Synergieeffekte und damit eine deutliche Kostenersparnis. Der Staatsvertrag regelt zunächst nur die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und uns, er ist aber offen für weitere Partner.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir als Ausschuss einstimmig die Annahme des unveränderten Gesetzentwurfes. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des Rechts- und Europaausschusses um Ihre Zustimmung zu der vorliegenden Beschlussempfehlung. Die Zustimmung des Landtages ermöglicht eine zeitnahe Umsetzung des Vollzugsverbundes in der Sicherungsverwahrung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Texter.

Andreas Texter, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses liegt vor. Für meine Begriffe – und deshalb, aus diesem einzigen Grund stehe ich hier – gab es eine kleine Irritation, dass trotz des einstimmigen Beschlusses, wie Frau Drese hier vorgetragen hat, im Europa- und Rechtsausschuss den Staatsvertrag einstimmig zu verabschieden, doch irgendwo noch Redebedarf entstanden ist.

Von der CDU-Fraktion gibt es nach den Beratungen zum Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz und zu der Einbringung der Ministerin keine andere Position. Wir werden dem Gesetzentwurf ungeändert zustimmen und werden, soweit es hier irgendwelche Änderungswüsche noch gibt, diese ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ging aber schnell.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Borchardt.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Sicherungsverwahrung ist ein sehr umstrittenes Thema. Das ist uns allen klar. Es geht um formal unschuldige Menschen, die ihre Strafe bereits verbüßt haben und aufgrund einer Prognoseentscheidung als so gefährlich eingestuft werden, dass sie auch künftig auf ihre Freiheit verzichten sollen. So betrachtet ist die Sicherungsverwahrung verfassungsrechtlich ein sehr heißes Eisen. Aber sie ist nun einmal da und dann müssen der Vollzug und seine Begleitumstände vernünftig geregelt werden. Das ist die Ausgangssituation.

Wir haben bereits im Gesetzgebungsverfahren zum Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz kritisiert, dass es sich lediglich um ein "Strafvollzugsgesetz light" handelt. Man hat das normale Strafvollzugsgesetz genommen und es etwas abgespeckt in der Meinung, es würde nun verfassungsrechtlichen Vorgaben genügen. Dass wir diese Auffassung nicht teilen, haben wir in den Debatten zum Gesetzgebungsverfahren schon mitgeteilt. Dem Umstand, dass Insassen im Sicherungsvollzug ihre Strafen schon verbüßt haben und formal als unschuldig gelten, trägt das Sicherungsverwahrungsgesetz nicht wahrlich Rechnung. Das ist das grundlegende Problem. Natürlich kehrt man sich auch, oder besser, vor allem aufgrund des Drucks der Rechtsprechung vom bloßen Verwahrvollzug ab und richtet sich auf mögliche Resozialisierung von Insassen aus. Das ist auch völlig richtig so. Die einzelnen Kritikpunkte in früheren Debatten möchte ich diesbezüglich nicht wiederholen. Dazu kann man gern die Plenarprotokolle nachlesen.

Nun stellt sich bei einem Vollzugsverbund die Frage, ob im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag die jeweiligen Vollzugsgesetze von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nicht identisch oder zumindest ähnlich lauten sollten. Ansonsten bestünde ja die Möglichkeit der Ungleichbehandlung der jeweiligen Insassen.

Meine Damen und Herren, schaut man sich die Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetze von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern an, fällt einem auf, dass der Abschnitt über Disziplinarmaßnahmen im brandenburgischen Gesetz völlig fehlt. Oder man könnte auch sagen, dass er in unserem Gesetz unnötigerweise drinsteht. Wie

man es nimmt, in jedem Fall haben wir das Problem, dass die jeweiligen Vollzugsgesetze in diesem Punkt erhebliche Differenzen aufweisen. Das ist nicht ganz unproblematisch.

Auch auf das generelle Problem der Disziplinarmaßnahmen haben wir in der Debatte zum Gesetzentwurf schon hingewiesen. Diese Regelungen bedeuten eine Schlechterstellung gegenüber in Freiheit lebenden Menschen und in gewisser Weise sogar gegenüber von Strafgefangenen. Wenn ich bedenke, dass der Gefängnisausbruch nicht strafbar ist, hingegen das Entweichen oder das versuchte Entweichen aus dem Sicherungsverwahrungsvollzug mit Disziplinarmaßnahmen geahndet werden, mutet das schon sonderbar an. Diese Regelungen sind unnötig und könnten eigentlich gestrichen werden. Insofern ist das brandenburgische Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz zur Resozialisierung wirklich besser geeignet.

Zum Staatsvertrag selbst lässt sich sagen, dass wir seinen Inhalt begrüßen. Im Gesetzgebungsverfahren hatten wir auch kritisiert, dass der Gesetzentwurf vor Absichtserklärungen strotze und konkrete Lösungskonzepte oder Aussagen zu Mitteln und Personal nicht enthalte. Insofern ist dieser Staatsvertrag natürlich schon etwas konkreter. Er gestaltet den Punkt der therapeutischen Maßnahmen aus. Man bekennt sich zu Behandlungsschwerpunkten im Therapiebereich – für Mecklenburg-Vorpommern ist das der Gewaltbereich – und zeigt auch Möglichkeiten für andere Schwerpunkte auf. Auch das ist vernünftig.

Eine Aufgabenstellung im Therapiebereich führt zu effektiverer Aufgabenteilung und steigert die Resozialisierungschancen. Außerdem können hierdurch finanzielle Mittel eingespart werden, die dann für andere Bereiche frei werden. Das ist insbesondere im Hinblick auf die doch sehr geringe Anzahl von Sicherungsverwahrten durchaus sinnvoll. Man darf nicht vergessen, dass hier bei uns für eine sehr geringe Anzahl von Insassen ein enormer Aufwand betrieben werden muss. Der Staatsvertrag selbst wird aufgrund der gegebenen Umstände deshalb von uns begrüßt. Unsere Fraktion wird zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung, wie sie in dem Staatsvertrag festgeschrieben wird, läuft auf das hinaus, was man hochgestochen einen Paradigmenwechsel nennen kann. Bislang wurden verurteilte Straftäter als Personen betrachtet, die schuldhaft Straftatbestände verwirklicht haben. Wer ohne Schuld handelt, der wird nicht verurteilt und kann danach auch nicht in Sicherheitsverwahrung landen. Der Schwerpunkt bei der Sicherungsverwahrung liegt aber in diesem Gesetzentwurf oder in diesem Vertragsentwurf auf der Therapie.

Es wird das Bundesverfassungsgericht zitiert, das formulierte: Es "(hat) zu Beginn des Vollzugs der Sicherungsverwahrung ... eine umfassende, modernen wissenschaftlichen Anforderungen entsprechende Behandlungsuntersuchung stattzufinden". Das heißt, der Kriminelle als Kranker und die Kriminalität als Krankheit

wie eine Grippe, und das bei Leuten, die eben nicht als psychisch krank eingestuft wurden, denn sonst wären sie ja nicht in Haft gelandet und anschließend in Sicherungsverwahrung, sondern in der Psychiatrie.

Man kann das zwar vertreten, man kann einer Richtung der neurologischen Forschung zustimmen, wonach es keinen freien Willen gebe und alles von Unbewusstem gesteuert würde,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

dann hätte keiner an irgendwas Schuld. Das ist durchaus eine ernsthafte Auffassung, die von bekannten Neurologen vertreten wird, aber dann hätte keiner an irgendwas Schuld. Wenn man diese Meinung teilt, dann müsste man allerdings das Strafgesetzbuch völlig neu gestalten, weil Schuld dort immer noch eine zentrale Rolle spielt, denn ohne Schuld, ohne schuldhaft begangene sehr schwere Straftaten im Vorfeld landet keiner hinterher in der Sicherungsverwahrung. Besser als diese wären nach unserer Überzeugung, wenn man keine in sich widersprüchliche Rechtsordnung wählt, die man dadurch jetzt bekommt, längere Zeitstrafen oder gleich "lebenslänglich" für besonders gefährliche Gewalttäter. Die Sicherungsverwahrung ist eine unglückliche Konstruktion, die in der Tat viele nicht notwendige juristische Konflikte mit sich gebracht hat und noch mit sich bringt.

(Heinz Müller, SPD: Kopf ab ist einfacher.)

Man könnte hier sogar die USA, die Sie ja auch als Führungsmacht der freien Welt so verehren, mal ausnahmsweise als Vorbild nehmen. Dort wird sehr großzügig mit Freiheitsstrafen umgegangen. Da kriegt man schnell mal 15 bis 20 Jahre, aber mit der Möglichkeit, schon nach zwei oder vier Jahren die Strafe zur Bewährung ausgesetzt zu bekommen, je nach Führung. Auf diese Weise hat man die Möglichkeit, einen Straftäter auch schon nach zwei Jahren zu entlassen, wenn man sieht, der führt sich einigermaßen. Wenn er es aber nicht tut, dann bleibt er auch 20 Jahre drin. Das erscheint mir besser als diese seltsame Konstruktion.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Drese.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Durch den Staatsvertrag der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg soll eine Spezialisierung im Hinblick auf die therapeutischen Behandlungsangebote in der Sicherungsverwahrung erfolgen. Konkret bedeutet das eine länderübergreifende Unterbringung von Sicherungsverwahrten in einem Vollzugsverbund mit unterschiedlichen Behandlungsschwerpunkten.

Mit dem im April 2013 beschlossenen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz Mecklenburg-Vorpommern wurden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt und die Leitlinien des Bundes für den Vollzug der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung konkretisiert. Das Gesetz trägt den Anforderungen an eine verfassungsgemäße, einen deutlichen Abstand zum Strafvollzug herstellende und konsequent am Vollzugsziel ausgerichtete Unterbringung in der Sicherungsverwahrung Rechnung, indem es den Vollzug therapiegerichtet und freiheitsori-

entiert ausgestaltet und den Untergebrachten selbst bei langer Dauer der Unterbringung ein Leben in Würde und weitgehender Selbstbestimmung ermöglicht. Zudem erfolgt der Vollzug in einer vom Strafvollzug getrennten Abteilung innerhalb der Justizvollzugsanstalt.

Zur Kritik von Frau Borchardt möchte ich nochmals daran erinnern, im Rahmen der seinerzeit zu dem Gesetzentwurf durchgeführten Anhörung wurden auch Experten aus der Praxis angehört. Dabei wurde zum Beispiel seitens der Anstaltsleitung der JVA Bützow die Aufnahme von Disziplinarmaßnahmen ausdrücklich begrüßt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die Vorschrift bedeute Rechtssicherheit und Berechenbarkeit für die Untergebrachten. Untergebrachte ließen sich oft jahrelang nicht auf therapeutische Maßnahmen ein, was bisweilen zu permanenten Regelverstößen führen könne. Wenn diese Untergebrachten im Gespräch nicht zu einer Änderung motiviert werden können, müsse ein geordnetes Verfahren der Reaktion zur Verfügung stehen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

andernfalls könne sich ein eigenes Bestrafungssystem unter einigen Bediensteten etablieren. Gegen solche Sanktionen bestünde kein Rechtsschutz. Zudem müssen in der Sicherungsverwahrung Verabredungsfähigkeit und Regelbeachtung vermittelt werden. Außerdem gebe es Verhalten, das nicht toleriert werden kann.

Der Staatsvertrag hier soll die länderübergreifende Unterbringung der Sicherungsverwahrten regeln und Spezialisierung bei der Therapie ermöglichen. Die Einrichtung des Landes Brandenburg ist ausgerichtet auf die Behandlung von Sexualstraftätern, soweit sie nicht primär einer Gewaltproblematik unterliegen. Die Einrichtung hält außerdem spezielle Betreuungs- und Behandlungsmaßnahmen für Sicherungsverwahrte mit kognitiven Einschränkungen sowie für lebensältere Sicherungsverwahrte vor. Die Einrichtung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist demgegenüber auf die Behandlung von Sicherheitsverwahrten mit Gewaltproblematik ausgerichtet. Damit kann auch durch die länderübergreifende Verlegung von Sicherungsverwahrten das erfolgreiche Behandlungsangebot sichergestellt werden. Die Koalitionsfraktionen werden aus dem Grund der einstimmig im Europa- und Rechtsausschuss beschlossenen Beschlussempfehlung hier folgen. - Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzende Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Drese hat ja gerade richtigerweise darauf hingewiesen, dass die Beschlussfassung im vorbereitenden Fachausschuss einstimmig erfolgt ist, und insofern wird es Sie nicht überraschen, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier zustimmen wird.

Wir hatten aber sehr wohl eine Diskussion, die schon länger zurückliegt, die mit dem Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz zusammenhängt und in deren Rahmen wir durchaus unterschiedliche Auffassungen hatten, wie dieses Gesetz ausgestaltet werden soll. Frau Borchardt hat darauf gerade pauschal hingewiesen. Ich will jetzt nach den Redebeiträgen, insbesondere dem Beitrag von Frau Drese, darauf auch noch mal eingehen.

Über welche Personengruppe reden wir hier an dieser Stelle? Wir reden über eine Personengruppe, die ihre Strafe verbüßt hat. Wir haben im Augenblick eine Situation, die nicht in diesem Gesetzentwurf in irgendeiner Form geregelt wird, aber im Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz unterschiedlich geregelt ist, in der wir aufgrund der Straftaten, die vorher begangen worden sind, eine Zuordnung nach Brandenburg oder nach Mecklenburg-Vorpommern haben werden, und wir bekommen aufgrund der Landesgesetzlage eine Situation, aus der heraus die Sanktionsmöglichkeiten unterschiedlich gehandhabt werden, weil wir unterschiedliche Länderbestimmungen haben. Das ist in der Tat - da reden wir an der Stelle nicht mehr über Menschen, die ihre Strafe verbüßen, das haben sie getan, sondern die sicherheitsverwahrt werden -, das ist in der Tat eine Ungleichbehandlung, von der wir glauben, und das haben wir auch zum Ausdruck gebracht, dass wir das noch einmal überprüfen sollten.

Da das nicht direkt jetzt mit diesem Gesetzvorhaben in Verbindung steht,

(Stefanie Drese, SPD: Genau.)

kann ich an dieser Stelle schon ankündigen, dass zumindest meine Fraktion noch einmal überlegen wird, inwieweit wir ein Gesetzänderungsverfahren initiieren im Landtag, um hier eine Harmonisierung der Bestimmungen herbeizuführen. Ich kann mir auch sehr gut vorstellen, dass wir möglicherweise einmal prüfen, welche Maßnahmen und welche Interventionen aufgrund der jeweiligen Landesgesetzgebung hier erfolgreicher sind. Ich will in dem Zusammenhang vielleicht nur auf zwei Punkte eingehen, die mir da besonders wichtig erscheinen:

Der erste Punkt ist der Paragraf 17 des Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes. Da geht es gar nicht um die Sicherheitsverwahrten selbst, sondern es geht um sozialtherapeutische Maßnahmen im Angehörigenbereich. Hier reden wir über den kleinen, aber feinen Unterschied, können diese Menschen einbezogen werden oder werden sie einbezogen. Die erste Regelung steht für Mecklenburg-Vorpommern, die zweite Regelung betrifft das Land Brandenburg. Ich glaube, dass das ein wesentlicher Unterschied ist, der der Harmonisierung bedarf.

Und wir reden, das ist gerade schon angesprochen worden, über die Paragrafen 91 bis 94 Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz. An der Stelle reden wir in der Tat über die Sanktionsmaßnahmen. Und da ist für mich überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, warum derjenige, der zufällig, je nach Kategorisierung, nach Brandenburg oder auf der anderen Seite nach Mecklenburg-Vorpommern kommt, hier ein unterschiedliches Interventionsverhalten der entsprechenden Anstalt zu erwarten hat. Das kann ich an der Stelle nicht nachvollziehen. Das ist für meine Begriffe nicht schlüssig. Sinnvoll wäre, das an der Stelle zu harmonisieren.

Wie gesagt, von unserer Seite wird da möglicherweise noch mal eine Initiative kommen. Das hindert uns jetzt nicht, an dieser Stelle diesem Gesetzvorhaben zuzustimmen. Das hat Sinn. Das ist sinnvoll, auch deshalb, weil die Spezialisierung zulässt, adäquater mit den Betroffenen umzugehen. Das war im Ausschuss einstimmig, daher von unserer Seite auch Zustimmung an dieser Stelle. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Bildung eines Vollzugsverbundes in der Sicherungsverwahrung auf Drucksache 6/2814. Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/2950 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Paragrafen 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Paragrafen 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/2814 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/2814 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir uns weit vor der geplanten Mittagspause befinden, würde ich die Tagesordnungspunkte 4 und 5, die ohne Aussprache erfolgen sollen, vor die Mittagspause ziehen wollen. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze und zur Änderung der Vogelschutzgebietslandesverordnung, Drucksache 6/2875.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze und zur Änderung der Vogelschutzgebietslandesverordnung (Erste Lesung)

- Drucksache 6/2875 -

Das Wort zur Einbringung hat die Justizministerin Frau Kuder

Ministerin Uta-Maria Kuder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht erneut um einen Staatsvertrag, und zwar um die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze mit dem Land Niedersachsen. In diesem Bereich soll zum Abschluss gebracht werden das Flurbereinigungsverfahren.

Zu Zeiten der Deutschen Teilung ist das Wege- und Gewässernetz in diesem Bereich so ausgebaut worden, dass es die bestehende Landesgrenze und damit auch die Kommunalgrenzen teilweise durchschneidet. Dies erschwert eine sinnvolle Bewirtschaftung der Flurstücke und führt in der Praxis zu jagdrechtlichen, steuerlichen und subventionsrechtlichen Schwierigkeiten. Mit dem Flurbereinigungsverfahren soll diesem Zustand abgeholfen werden. Die Änderung einer Landesgrenze bedarf jedoch der Zustimmung der beteiligten Länder. Diese Zustimmung muss nach dem Grundgesetz mittels eines Staatsvertrages erteilt werden. Die betroffenen Kommunen, die Gemeinde Vielank und der Landkreis Ludwigsust-Parchim und auf niedersächsischer Seite die Gemeinde Amt Neuhaus und der Landkreis Lüneburg, sind mit der Gebietsveränderung einverstanden.

Nach dem Inhalt des Staatsvertrages soll die Landesgrenze zukünftig in der Mitte eines Meliorationsgrabens verlaufen und damit die natürlichen Gegebenheiten widerspiegeln. Hierzu sollen circa 9 Hektar vom Land Niedersachsen in das Hoheitsgebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern übergehen, im Gegenzug gibt Mecklenburg-Vorpommern circa 13 Hektar nach Niedersachsen ab.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So was.)

Es geht hier wohlgemerkt nicht um eine Änderung von Eigentumsverhältnissen, sondern um die Herstellung eines zweckmäßigen Verlaufs der Landesgrenze. Die übergehenden Gebiete sind unbewohnt. Der Staatsvertrag trifft auch Regelungen zu seiner weiteren Umsetzung, insbesondere über den Austausch der für die Verwaltungen notwendigen Unterlagen und zur Kostentragung von Amtshandlungen, die im Zusammenhang mit seinem Abschluss erforderlich werden.

Die Ministerpräsidenten beider Länder haben den Staatsvertrag im November und Dezember 2013 unterzeichnet. Mit dem Zustimmungsgesetz soll der Staatsvertrag nun in Landesrecht übergeleitet werden. Da es um den Austausch von Hoheitsgebieten geht, ist nach Artikel 47 unserer Landesverfassung die Zustimmung des Landtages in Form eines Gesetzes erforderlich. Außerdem soll mit diesem Gesetz die Vogelschutzgebietslandesverordnung aus dem Jahr 2011 an die geänderte Landesgrenze angepasst werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Mit dieser Landesverordnung sind bestimmte Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern zu europäischen Vogelschutzgebieten erklärt worden, um den Anforderungen der Vogelschutzrichtlinie der EU gerecht zu werden.

In dem von der Grenzänderung betroffenen Bereich befindet sich ein solches europäisches Vogelschutzgebiet. Die entsprechende niedersächsische Regelung tritt hinsichtlich der übergehenden Flächen mit der Gebietsänderung außer Kraft, deshalb muss hier eine Anpassung erfolgen, andernfalls wären die übergehenden Flächen nicht mehr hoheitlich als europäisches Vogelschutzgebiet gesichert.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Unterstützung des Gesetzesvorhabens. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Burkhard Lenz, CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/2875 zur federführenden Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag angenommen durch alle Fraktionen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/2926.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Erste Lesung)

– Drucksache 6/2926 –

Das Wort zur Einbringung hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mich hat neulich auf einer Geburtstagsfeier in einer Kneipe die Vergangenheit eingeholt.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Was?! Haben Sie wieder angefangen mit Rauchen, oder was? – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, nein.

Zur vorgerückten Stunde wurden Aschenbecher auf den Tischen verteilt und es wurde munter drauflosgeraucht. Mein Resultat war, dass ich nach kürzester Zeit dann die Party verlassen habe, weil ich es einfach nicht ertragen konnte,

(Stefan Köster, NPD: Ach, Sie haben doch mitgemacht!)

denn dass Rauchen ungesund ist, brauche ich nicht extra zu betonen. Raucherinnen und Raucher schaden aber nicht nur sich selber, sondern können auch andere schädigen. Deshalb gibt es das Nichtraucherschutzgesetz. Sieben Jahre ist es nun in Kraft und hat sich bewährt. Das hat eine Befragung ausgewählter Institutionen und Verbände des Landes zu ihren Erfahrungen und Problemen ergeben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Ergebnisse zeigen, dass die Akzeptanz für den Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher gestiegen ist. Sowohl Gastronomen als auch Gäste sind in der Mehrzahl froh darüber, dass in Restaurants und den meisten Kneipen nicht mehr geraucht werden darf. Anfängliche Existenzängste der Gastronomen haben sich nicht bestätigt. Dazu hat sicherlich auch die Gastronomiemodernisierungsrichtlinie des Wirtschaftsministeriums beigetragen, die sie bei der Einrichtung eines vollständig abgetrennten Raucherbereichs unterstützte.

Für die Beschäftigten in der Gastronomie stieg das gesundheitliche Wohlbefinden seit 2007 spürbar. Die Zahl der Atemwegserkrankungen und Beschwerden ging zurück, das ergab eine Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums. Auch ist die gemeldete Zahl der Verstöße gering.

Das Gesetz verbietet das Rauchen nicht, sondern schränkt die Möglichkeiten des Rauchens im öffentlichen Raum ein und schafft dadurch eine spürbar gesündere Atmosphäre für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste dieses Landes. Dass dies den Kritikern nicht weit genug geht, dafür habe ich Verständnis. Ich zitiere aber gern den DEHOGA-Chef Dettmann, der das Gesetz einen "gelungenen Kompromiss" nennt, denn genau das ist es, ein Kompromiss zwischen dem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zwischen dem Grundgesetz verankerten Freiheitsrechten und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Aus all den genannten Gründen will die Landesregierung das Nichtraucherschutzgesetz in seiner jetzigen bewährten Form entfristen. Ich bitte Sie herzlich kurz vor dem Weltnichtrauchertag am 31. Mai um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/2926 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss sowie den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause ein. Wir treffen uns in 30 Minuten wieder, das ist um 12.35 Uhr.

Unterbrechung: 12.05 Uhr

Wiederbeginn: 12.40 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Regierungserklärung zur Russlandreise des Ministerpräsidenten, Drucksache 6/2923.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regierungserklärung zur Russlandreise des Ministerpräsidenten – Drucksache 6/2923 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ministerpräsident Erwin Sellering ist Ende April zu einem zweitägigen Besuch nach Sankt Petersburg geflogen, um dort Wirtschaftsgespräche zu führen.

(Vincent Kokert, CDU: Donnerwetter!)

Im Rahmen seines Besuches hat der Ministerpräsident auch an einem als privat bezeichneten Empfang des Erdgaspipelinebetreibers Nord Stream für Exbundeskanzler Schröder teilgenommen, an dem bekanntlich auch der russische Präsident Wladimir Putin teilnahm.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ministerpräsident trat diese Reise zu einem Zeitpunkt an, zu dem Russland gerade nach einem völkerrechtswidrigen Referendum die Krim annektiert hatte. Ministerpräsident Sellering reiste in einer Zeit nach Russland, in der russische Separatisten gerade mehrere OSZE-Beobachter – darunter auch Deutsche – in Geiselhaft genommen hatten und der Öffentlichkeit in einer für mich abstoßenden Form präsentierten.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Der Ministerpräsident reiste ungeachtet aller öffentlichen und internationalen Proteste gegen das vor allem von Wladimir Putin verantwortete völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands in der Ukrainekrise.

Die Landesregierung betrieb eine Politik des "Business as usual", des Weitermachens in einer Zeit, in der das Völkerrecht mit Füßen getreten wurde

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und in der die Europäische Union unter wesentlicher Mitbeteiligung der Bundesrepublik über Sanktionen verhandelte.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, der NDR-Journalist Marcel Güsken kommentierte die Reise des Ministerpräsidenten in den Tagen seinerzeit wie folgt, ich zitiere: "Was für ein verheerendes Signal: Da berät die EU über schärfere Sanktionen gegen Moskau, und am gleichen Tag reist der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern nach Russland, um gut Wetter zu machen."

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auch Journalisten haben nicht immer recht.)

"Damit die Geschäfte besser laufen. Deutlicher kann Sellering kaum zeigen, was für ihn im Zweifelsfall Vorrang hat: Völkerrecht und Demokratie, schön und gut – aber bitte nur, solange es die Wirtschaft nicht stört." Zitatende.

Ich finde, dass dieser Kommentar den Vorgang sehr zutreffend darstellt.

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich.)

Es stellt sich die Frage, an welchen Werten und Leitlinien sich die Politik dieser Landesregierung orientiert. Und wenn wir der Beantwortung dieser Frage nachgehen, so offenbart die Erklärung der Landesregierung zu dieser Reise eine Prioritätensetzung, die wir weder für nachvollziehbar halten noch nachvollziehen können.

Der Ministerpräsident hat die Reise öffentlich damit begründet, und jetzt zitiere ich wieder, "dass gerade in solchen Zeiten, in denen sich die Stimmung aller Beteiligter mehr aufheize als abkühle, man besonnen bleiben müsse und den Dialog suchen müsse."

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig.)

Deswegen sei es wichtig, "den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen".

(Heinz Müller, SPD: Genau so.)

Bis heute, sehr geehrte Damen und Herren, ist aber weder dem Landtag noch der Öffentlichkeit bekannt, ob und wie dieser Gesprächsfaden denn überhaupt genutzt worden ist. Es ist nicht bekannt, ob Ministerpräsident Sellering auch nur ein einziges Wort zur Ukraine, zum völkerrechtswidrigen Vorgehen Russlands und seinerzeit zur Geiselnahme der OSZE-Beobachter verloren hat.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist nicht bekannt, ob der Ministerpräsident die Teilnahme an der privaten Feier dazu genutzt hat, Präsident Putin kritisch auf das Vorgehen Russlands in der Ukrainekrise anzusprechen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Es gibt keine Erklärung dazu, warum der Ministerpräsident an jenem Privatpartyempfang teilnahm und damit als erster Repräsentant unseres Bundeslandes auch den öffentlichen Eindruck erweckte, es sei alles in Ordnung.

Und ich will in diesem Zusammenhang einmal den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung zitieren, das SPD-Mitglied Christoph Strässer, der seinerzeit zu dem Putin-Empfang oder Schröder-Empfang sagte: "Der gewollte Schulterschluss mit Putin gerade jetzt ist eine Provokation. Denjenigen, die in Russland für die Einhaltung der Menschenrechte kämpfen und gegen die aggressive Außenpolitik Putins, muss die demonstrative Umarmung zynisch vorkommen." Und ich glaube, Herr Strässer trifft die Stimmung auf den Punkt, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Karen Stramm, DIE LINKE) Sehr geehrter Herr Sellering, Ihnen muss doch bewusst gewesen sein, dass Sie sich damit in aller Öffentlichkeit instrumentalisieren lassen. Welches öffentliche Bekenntnis geht denn von einem Ministerpräsidenten aus, der an einer derartigen Festivität teilnimmt, ohne öffentlich auch nur ein Wort über jene Krise zu verlieren, die den Frieden in Europa massiv bedroht hat

(Ministerin Heike Polzin: Woher wissen Sie das?)

und nach wie vor massiv bedroht? Sie senden damit deutliche Signale des "Weiter so" und vermitteln den Eindruck,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

als sei alles in Ordnung und man könne so weitermachen wie bisher. Aber es ist nichts in Ordnung in diesem Zusammenhang. Es ist nicht in Ordnung, dass in der Ukraine Menschen- und Minderheitsrechte missachtet werden. Es ist nicht in Ordnung, dass diese Landesregierung den Eindruck erweckt, unser Bundesland könne seine wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland ungeachtet der Krise und der Bedrohung in der Ukraine weiter pflegen, ohne diese auch nur mit einem Wort anzusprechen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht in Ordnung, mit der Aufrechterhaltung des Gesprächsfadens zu argumentieren, wenn dieser nicht gleichzeitig dazu genutzt wird, sich kritisch zum Vorgehen Russlands in der Ukrainekrise zu äußern.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich auch das widersprüchliche Agieren der SPD und der CDU in dieser Frage ansprechen.

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Es ist noch gar nicht so lange her, da hat der SPD-Fraktionsvorsitzende die Reise von zwei Abgeordneten der LINKEN auf die Krim öffentlich als große,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist aber eine andere Qualität gewesen.)

große politische ...

(Vincent Kokert, CDU: Das in einen anderen Kontext zu setzen, Hut ab!)

Lieber Kollege Kokert, in der Tat kann man sich über Qualitäten unterhalten und da ist vielleicht die eine Qualität,

(Andreas Butzki, SPD: Das ist aber ein Vergleich.)

wirtschaftliche Gespräche zu führen im Zusammenhang mit der Krise und das nicht anzusprechen,

(Heinz Müller, SPD: Und die anderen haben sich als Wahlbeobachter bezeichnet.)

sich abends an einer Party zu beteiligen und da auch nichts anzusprechen oder zu verurteilen, dass LINKE quasi ein Referendum absegnen, (Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

was völkerrechtswidrig ist. In der Tat sind das unterschiedliche Qualitäten.

> (Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich wiederhole es noch mal: Es ist noch gar nicht so lange her, da hat der SPD-Fraktionsvorsitzende die Reise von zwei Abgeordneten der LINKEN auf die Krim öffentlich als große politische Dummheit bezeichnet.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wenige Wochen später begrüßt eben dieser Fraktionsvorsitzende die Reise des Ministerpräsidenten zur Putin-Party. Ich bin gespannt, Herr Dr. Nieszery – er ist ja leider nicht da –, ich bin gespannt auf die Erklärung, wie das zusammengehen soll.

(Andreas Butzki, SPD: Sie war von Herrn Schröder und nicht von Herrn Putin.)

Und was macht der Koalitionspartner? Zumindest ist Ihnen ja, lieber Vincent Kokert, die interne Kritikfähigkeit noch nicht so ganz abhanden gekommen.

(Vincent Kokert, CDU: Nun bin ich ja gespannt.)

Immerhin war der Vorstand der CDU-Bundestagsfraktion dazu in der Lage, die Teilnahme Ihres außenpolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion auf der besagten Putin-Party zumindest zu rügen.

(Vincent Kokert, CDU: Ah!)

Hier im Land war von der CDU aber nichts zu hören. Anpassung, Opportunismus scheint auch hier die Leitlinie der CDU-Fraktion zu sein.

(Vincent Kokert, CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Wo waren Sie denn mit Ihren kritischen Worten, sehr geehrte Damen und Herren?

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ministerpräsident hat mit diesem Besuch nicht zum ersten Mal deutlich gemacht, dass diese Landesregierung das Eintreten für das Völkerrecht, für humanitäre und demokratische Werte hintanstellt, wenn es um die wirtschaftlichen Interessen des Landes geht.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Suhr, eine ernsthafte Zwischenfrage: Glauben Sie denn noch, was Sie da sagen?)

Es ist noch nicht mal ein Jahr her, da ist Ministerpräsident Sellering mit einer großen Wirtschaftsdelegation in die Türkei gereist. Die Türkei sollte als Absatzmarkt für Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern gewonnen werden. Besucht wurde auch Izmir, eine Stadt, in der –

vielleicht erinnern Sie sich – die Sicherheitslage seinerzeit als sensibel beurteilt wurde, weil türkische Sicherheitskräfte Demonstrationen und Demonstranten niedergeknüppelt hatten. Viele hatten damals gehofft und erwartet – und wir haben es auch gefordert –, dass der Ministerpräsident diese Menschenrechtsverstöße kritisch anspricht. Aber, Herr Sellering, auch damals war von Ihnen nichts zu hören.

Herr Ministerpräsident, diese Politik der Anpassung, der Vorsicht, des Opportunismus darf sich nicht fortsetzen! Dass man das anders machen kann, dass man das nicht schweigend hinnehmen muss,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

dass man auch öffentlich im Rahmen des Protokolls kritisieren kann, dieses hat kürzlich das Verhalten des Bundespräsidenten in der Türkei deutlich gemacht, der jenseits des Protokolls klare Worte für die Menschenrechtssituation vor Ort gefunden hat.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und wenn man wirtschaftliche Gespräche führt, dann muss man auf der anderen Seite auch klar ansprechen, was die Missstände in einem Land sind. Das haben Sie nicht getan.

(Vincent Kokert, CDU: Deshalb wollen Sie ja die Türkei auch in die EU holen, Herr Suhr.)

Vielleicht haben Sie es im Hintergrund getan. Da bin ich sehr gespannt auf Ihre Erklärung. Ich erwarte hier die Erklärung des Ministerpräsidenten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in Deutschland üblich, dass die Bundeskanzlerin, der Bundeskanzler, dass die Regierungschefs der Länder zu Beginn einer Wahlperiode dem Parlament eine Regierungserklärung abgeben, so, wie sie jetzt hier von mir gefordert wird. Ansonsten geschieht das in wenigen Ausnahmefällen bei besonders wichtigen Themen und bei besonders wichtigen Anlässen.

Ich denke, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie werden verstehen, dass ich der Aufforderung auf Ihren Antrag hin nicht nachkomme, aber ich bin selbstverständlich gern bereit, im Rahmen dieser Debatte ein paar Worte zu meiner Russlandreise zu sagen.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt traditionell über gute Kontakte nach Russland. Manche Verbindungen bestehen schon seit DDR-Zeiten, andere sind in den nun fast 24 Jahren seit der deutschen Einheit neu hinzugekom-

men. Das gilt besonders im Bereich der Wirtschaft. Im Jahre 2013 wurden im Außenhandel mit Russland Waren im Wert von deutlich über 600 Millionen Euro importiert beziehungsweise exportiert. Damit steht Russland an vierter Stelle aller Länder. Außerdem befinden sich einige wichtige Unternehmen in unserem Land in russischem Eigentum. Das gilt nicht nur für die Nordic Werften in Wismar und Warnemünde, künftig auch in Stralsund, sondern zum Beispiel auch für den Holzverarbeiter ILIM TIMBER in Wismar.

Von vitalem Interesse ist der Russlandhandel für den Seehafen Sassnitz. Deshalb setze ich, setzt sich Minister Pegel für einen Ausbau der Fährverbindung von Sassnitz nach Ust Luga ein. Es gibt Kontakte in der Ernährungswirtschaft und in der Gesundheitswirtschaft. Russland wird in der kommenden Woche Partnerland der diesjährigen Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft in Warnemünde sein. Und nicht zuletzt ist Lubmin Anlandepunkt der Ostseepipeline von Nord Stream, die Deutschland in den letzten Jahren verlässlich direkt mit Erdgas beliefert hat und deren Bau und in geringerem Maße auch der Betrieb für Arbeitsplätze bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gesorgt hat. Russland ist also ein wichtiger Handelspartner für unser Land und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Unsere Zusammenarbeit geht natürlich über Wirtschaftskontakte hinaus. Es gibt zum Beispiel sieben Partnerschaften zwischen Schulen hier und dort. Vor allem aber gibt es eine sehr gute Partnerschaft zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Gebiet, also der Region rund um Sankt Petersburg. Und das Ziel der Landesregierung ist klar: Wir wollen diese guten Beziehungen unseres Landes zu Russland in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Aus diesem Grund planen wir für Ende September einen Russlandtag. Das ist genau genommen eine zweitägige Wirtschaftsveranstaltung, auf der wir Unternehmen aus Russland und Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern zusammenbringen wollen.

Darüber habe ich berichtet, als vor einigen Wochen Vertreter der Firma Nord Stream, darunter auch der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder, hier in Schwerin zu Gast waren. Dieser Besuch ist ja nicht unbemerkt geblieben. Wir waren zusammen auch bei den Volleyballerinnen vom SSC.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was er da gestaunt hat!)

Nord Stream hat mich bei dieser Gelegenheit zu ihrem Wirtschaftsempfang zu Ehren des früheren Bundeskanzlers nach Sankt Petersburg eingeladen. Ich habe diese Einladung sehr gern angenommen, weil ein solcher Empfang natürlich eine hervorragende Gelegenheit ist, informelle Gespräche zu führen, an schon bestehende Wirtschaftskontakte anzuknüpfen, für unseren Russlandtag zu werben. Das war das Ziel der Reise und ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Ziel auch erreicht haben. Ich habe jedenfalls in Gesprächen mit dem Gouverneur unserer Partnerregion und auch auf dem Empfang sehr viele positive Rückmeldungen zu unserem Russlandtag erhalten. Darüber freue ich mich. Ich hoffe sehr, dass das eine erfolgreiche Veranstaltung wird. Wir werden alles dafür tun, und ich finde es gut, wenn die Fraktionen den Russlandtag auch durch ihre Anwesenheit unterstützen könnten.

Meine Damen und Herren, das war eine Reise in schwieriger Zeit. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, wie sich der Konflikt um die Ukraine immer weiter hochgeschaukelt hat. Dieser Konflikt beunruhigt viele Menschen in Deutschland, auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Es muss alles getan werden, damit es eine friedliche Lösung gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Als Landesregierung, das muss ich offenbar deutlich sagen, als Landesregierung führen wir keine außenpolitischen Verhandlungen.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist der qualitative Unterschied, Herr Suhr.)

Das tut die Bundesregierung. Und ich muss deutlich sagen, ich bin sehr froh darüber, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister das mit sehr viel Umsicht und Besonnenheit tun.

Allerdings bin ich auch davon überzeugt, dass funktionierende Regionalpartnerschaften wie die zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Gebiet in solch einer schwierigen Situation einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis leisten können. Und auch deshalb war mir die Reise wichtig. Der Gesprächsfaden nach Russland muss gerade auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten bleiben.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und genutzt werden.)

Meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, Ihre Argumente gegen diese Reise überzeugen mich nicht. Ich halte insbesondere Ihre Forderung, dass wir als Landesregierung angesichts der von Deutschland und den anderen EU-Staaten beschlossenen Sanktionen auf eine Pflege unserer Wirtschaftskontakte nach Russland verzichten sollen, für völlig falsch.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das würde bedeuten, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern über die beschlossenen Sanktionen hinausgehen. Ein solches Vorgehen wäre nach außen völlig bedeutungslos, aber es würde nach innen eine fatale Wirkung haben, denn das würde all den Unternehmen im Land schaden, die im Russlandgeschäft tätig sind, und mit ihnen Tausenden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ist ja richtig.)

Deshalb sage ich Ihnen ganz klar: Diesen Weg wird die Landesregierung nicht gehen. Wir setzen weiter auf partnerschaftliche Lösungen. Deshalb bleibt es auch beim Russlandtag.

Und, sehr geehrter Herr Suhr, Sie sehen die Dinge ja auch dann ein bisschen anders, wenn es um den eigenen Wahlkreis geht. Ich kann mich noch gut erinnern, wie Sie vor einigen Wochen kamerawirksam mit dem Fahrrad zum Tor der Werft geradelt sind. (Vincent Kokert, CDU: War das ein Klapprad oder ein normales?)

Dort haben Sie die Landesregierung aufgefordert, die Werft auf keinen Fall zu zerschlagen, möglichst schnell an einen Schiffbaubetrieb zu übergeben, und Sie haben sehr begrüßt, dass wir den Zuschlag für Nordic Yards erteilt haben. Keine zwei Wochen später kritisieren Sie, dass ich in das Land reise, aus dem der neue Investor der Stralsunder Werft stammt, dass ich an einem Empfang der Firma teilnehme, für die er früher gearbeitet hat, dass ich Gespräche führe, in denen ich natürlich auch unser Interesse an russischen Werftaufträgen deutlich gemacht habe.

Meine Damen und Herren, es ist ja bekannt, dass es zum grünen Selbstverständnis gehört, sich über andere moralisch zu erheben. Aber, lieber Herr Suhr, dies ist wirklich eine peinliche Doppelmoral.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wahrscheinlich haben Sie das inzwischen auch selbst gemerkt

(Vincent Kokert, CDU: Das hörte sich nicht so an.)

und deshalb haben Sie sich in Ihrer Rede heute sehr stark auf den Nord-Stream-Empfang konzentriert. Ich habe Ihnen vorhin ausdrücklich dargelegt, warum ich an dieser Veranstaltung teilgenommen habe. Dass Präsident Putin auch unter den Gästen sein würde, stand vorher keineswegs fest, wobei natürlich klar ist: Angesichts des sehr engen Verhältnisses zwischen Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin hat es darüber Vermutungen gegeben. Ich sehe in der Teilnahme von Putin auch überhaupt kein Problem.

Die Bundesregierung hat diesen Empfang genutzt und den deutschen Botschafter extra dorthin geschickt und ihn in einem Vieraugengespräch am Rande der Veranstaltung Präsident Putin ihren Standpunkt, ihre Wünsche übermitteln lassen. Und ich denke, das wäre sicherlich erheblich weniger wirkungsvoll gewesen, wenn sein Gesprächspartner nicht Putin gewesen wäre.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Gerhard Schröder hat die Gesprächsgelegenheit mit Präsident Putin genutzt und sich für die Freilassung der Geiseln in der Ukraine eingesetzt. Inzwischen sind die Geiseln frei und ich bin dem früheren Bundeskanzler sehr dankbar, dass er sein großes Gewicht in Russland und seine guten persönlichen Beziehungen zum russischen Präsidenten auf diese Weise genutzt hat, und ich meine, das sollte auch Anerkennung finden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich bin in den letzten Tagen bei meinen Terminen im Land sehr oft auf die Russlandreise angesprochen worden. Ich habe lange nicht mehr eine solche Resonanz erlebt und ich sage Ihnen, sie war in den allermeisten Fällen eindeutig positiv. Die Menschen wissen sehr wohl, dass man gerade in schwierigen Zeiten miteinander reden muss und dass man Konflikte nur friedlich und nur gemeinsam lösen kann. Ich bin davon überzeugt, diese Reise war wichtig. Es liegt im Interesse unseres Landes, unsere Beziehungen zu Russland in den nächsten Jahren weiter auszubauen, und es ist auch in schweren Zeiten besser, miteinander zu reden, als Brücken abzubrechen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Ringguth von der Fraktion der CDU.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst: Worum geht es? Die GRÜNEN fordern, dass der Landtag den Ministerpräsidenten auffordern möge, eine Erklärung über seine Russlandreise nach Sankt Petersburg vom 28.04.2014 bis zum 29.04.2014 abzugeben. Hintergrund ist die Krise in der Ukraine im Hinblick auf die Teilnahme des Ministerpräsidenten am Empfang der Firma Nord Stream mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin anlässlich der 70. Geburtstagsfeier des Bundeskanzlers a. D. Gerhard Schröder.

Für meine Fraktion, für die CDU-Fraktion stelle ich erstens fest, dass die Pflege der deutsch-russischen Wirtschaftskontakte das zwischen uns, zwischen den Koalitionspartnern vereinbarte Ziel dieser Reise war. Dafür gibt es nachvollziehbare und dafür gibt es auch gute Gründe und auf die werde ich später noch eingehen.

Zum Zweiten stelle ich für meine Fraktion fest, dass den Erklärungen des Ministerpräsidenten, die wir eben gehört haben, aus Sicht meiner Fraktion nichts hinzuzufügen ist. Das gilt insbesondere für den Teil seiner Erklärung, als der Ministerpräsident Herr Sellering deutlich darauf hingewiesen hat, dass Außenpolitik eben gerade nicht das Ziel der Reise war, denn für die deutsche Außenpolitik und das wird doch niemanden überraschen, das wissen alle, das weiß auch Herr Suhr - ist ansonsten das Auswärtige Amt unter Leitung von Walter Steinmeier zuständig und in außenpolitischen Grundsatzfragen, um die es sich hier ohne Zweifel handelt, stimmt es sich eng mit dem Bundeskanzleramt und der Bundeskanzlerin Angela Merkel ab. Und ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass das Außenministerium und das Kanzleramt beim Management der Krise mit Umsicht und einem hohen Grad an Verantwortung ausgezeichnete Arbeit leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Andreas Butzki, SPD)

Das drückt sich doch unter anderem auch darin aus, dass die Kanzlerin und der Außenminister sehr darum bemüht sind, die Gespräche mit den russischen Partnern immer aufrechtzuerhalten. Und es ist allemal besser, miteinander zu reden, miteinander zu sprechen.

Darüber hinaus bin ich fest davon überzeugt, dass die in der Presse viel diskutierten Sanktionen ein wirksames und vernünftiges Mittel sind, um die Krise in der Ukraine zu beenden. Die Sanktionen haben zumindest dazu beigetragen, Herr Suhr, dass die Geiseln, die auch im Antrag der GRÜNEN erwähnt sind, mittlerweile freigelas-

sen wurden. Ich möchte daher im Folgenden kurz auf das Thema Sanktionen eingehen, denn dieses Thema wird auch von den Medien immer wieder, wie ich meine, falsch dargestellt.

Der Erlass der EU-Sanktionen durch die Europäische Union im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik folgt einem zweistufigen Verfahren. Danach erlässt der Rat zunächst einen Beschluss über den Erlass von Sanktionen. Diese können sich gegen einen oder mehrere Drittstaaten sowie gegen natürliche oder juristische Personen sowie Gruppierungen oder nicht staatliche Einrichtungen richten. Dieser Beschluss im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik muss in der Regel einstimmig gefasst werden, er muss auf ein Tätigwerden der EU gerichtet sein und zumindest den Adressaten und die Art der Sanktionen näher beschreiben.

In einem zweiten Schritt erlässt der Rat sodann die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Beschlusses. Der Umsetzungsbeschluss des Rates ergeht auf gemeinsamen Vorschlag des hohen Vertreters und der Kommission mit qualifizierter Mehrheit. Und der Rat hat eben im März 2014 beschlossen, dass sich die Sanktionen gegen Personen richten, die für Handlungen verantwortlich sind, die die territoriale Unversehrtheit,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, und nicht gegen Russland. Das ist qualitativ ein großer Unterschied.)

Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, sowie gegen Personen, die mit diesen verbunden sind. Die Sanktionen richten sich ausdrücklich nicht gegen Staaten, sondern gegen Personen und auch gegen Unternehmen.

Für Interessierte: Die ganze Liste kann man im Internet finden und sich informieren. Insgesamt – auch das ist bekannt – stehen aktuell 61 Personen auf der Sanktionsliste sowie mehrere Unternehmen, etwa ein Gaslieferant mit Lizenzen für Bohrungen im Schwarzen Meer und eine Firma, die ein wichtiges Ölterminal betreibt. Auf der Liste finden sich übrigens nicht nur russische Staatsbürger, sondern auch zahlreiche Ukrainer, zum Beispiel ehemalige Regierungsmitglieder und die Anführer der separatistischen Bewegung in der Ostukraine.

Ich habe die Freilassung der Geiseln unter anderem auf die Wirksamkeit der Sanktionen zurückgeführt und möchte noch ein weiteres Beispiel nennen, nämlich das Beispiel Iran. Wegen des umstrittenen iranischen Atomprogramms verhängte die EU im November 2012 Wirtschafts- und Reisesanktionen gegen den Iran. Diese Maßnahmen haben gewirkt. Der Iran war dann nämlich zu Zugeständnissen bereit und hat sein Atomprogramm deutlich eingeschränkt. Die Anreicherung von Uran auf mehr als fünf Prozent wurde ausgesetzt, ein Teil der Uranvorräte wurde verdünnt. Die IEA-Kontrolleure können nun auch ungestört im Iran arbeiten. Im Gegenzug wurden dann die Sanktionen gegen den Iran gelockert.

Es besteht – und das will ich Ihnen damit sagen – also Grund zu Optimismus, dass die Sanktionen auch in diesem Falle erfolgreich sein werden. Im Übrigen möchte ich betonen, dass in der Presse und auch von politischer Seite vielfach der Eindruck erweckt wurde, Russland und die Europäische Union seien Gegner.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja Quatsch, die sind Partner.)

Das ist natürlich völliger Unsinn und das lässt sich auch belegen. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland sind eng, und zwar seit Jahren, und auch enger, als es die gegenwärtigen Berichterstattungen Glauben machen.

Seit Juli 2007 sind zwischen der EU und Russland ein Visumerleichterungs- und ein Rückübernahmeabkommen in Kraft. Darin sind zum Beispiel Ausnahmen von der Visumspflicht auf vereinfachte Verfahren bei der Beantragung von Visa für bestimmte Personengruppen sowohl aus den Schengen-Staaten als auch aus Russland geregelt. Zudem ist die EU bei Weitem, Herr Suhr, bei Weitem - das ist wichtig und das ist auch vom Ministerpräsidenten noch mal verdeutlicht worden - der wichtigste Handelspartner Russlands. Und auch für uns in Mecklenburg - tradiert schon aus der Zeit der DDR, das ist gesagt worden - gibt es hier zwischen Unternehmen immer noch sehr gute Beziehungen, die sich in der Zeit danach völlig neu angelassen haben oder noch einmal miteinander verstärkt wurden. Etwa die Hälfte des gesamten russischen Außenhandelsvolumens wird mit der EU abgewickelt, ungefähr die Hälfte. Besonders wichtig sind für beide Staaten die Handelsbeziehungen im Energiebereich. Die EU deckt circa 20 Prozent ihres Öl- und circa 45 Prozent ihres Erdgasbedarfs eben mit russischen Lieferungen, Tendenz steigend,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen sind Sanktionen Quatsch.)

und aus der EU werden vorrangig Maschinen- und Transportausrüstungen, Chemikalien, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Textilien nach Russland exportiert. Die EU ist demnach nicht Gegner, sondern Partner Russlands. Aber deswegen schließt die enge Partnerschaft mit Russland die Sanktionen gegen russische Staatsbürger eben nicht aus.

Ich bin mir sicher, dass, wenn die Europäische Union und wir, Deutschland, außenpolitisch sauber und klar Kurs halten, die Krise in der Ukraine überwindbar sein wird. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dafür, dass sich der Landtag mit außenpolitischen und friedenspolitischen Fragen beschäftigt, auch wenn wir vordergründig dafür nicht zuständig sind.

(Vincent Kokert, CDU: Das kann ich mir vorstellen.)

Wir haben in der Aktuellen Stunde heute davon gesprochen "Europa tut gut", wir sind ein Bundesland mitten in Europa, wir sind abhängig von den europäischen Beziehungen. Insofern liegt es doch auf der Hand, dass wir uns auch mit solchen Fragestellungen beschäftigen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Suhr, sage ich jetzt etwas, was ich eigentlich nicht sagen wollte, aber nach Ihrer Rede, in der Art und Weise, wie Sie sie vorgetragen haben, muss ich sagen, hätte ich mir eine solche Kritik an außenpolitischen Entscheidungen auch vor 15 Jahren gewünscht, als unter Bruch des Völkerrechts der Kosovo überfallen worden ist. Das ist ausgeblieben aus nachvollziehbaren Gründen, denn es war ein grüner Außenminister.

# (Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, gegenseitiges Aufrechnen oder einseitige Parteinahme helfen in solchen Fällen nicht weiter und angesichts der seit Wochen andauernden und sich immer weiter zuspitzenden Situation im Konflikt Russland/Ukraine und angesichts der schrecklichen Bilder aus Odessa, angesichts der Toten und Verletzten muss jetzt alles getan werden, dass die Waffen in der Ukraine endlich schweigen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vernunft ist das Einzige, was zählt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ob der vorliegende Antrag und die Wortmeldungen der GRÜNEN-Fraktion zum Konflikt vernünftig sind oder zur Konfliktlösung beitragen, das wage ich zumindest zu bezweifeln.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD: Überhaupt keine Wirkung.)

Ich sehe darin eher ein auf einseitiger Betrachtung basierendes parlamentarisches Säbelrasseln, das keinem nutzt.

Am 05.03. dieses Jahres lesen wir, ich zitiere Herrn Suhr: "Russland-Tag zu diesem Zeitpunkt völlig falsches Signal". Am 28.04. dieses Jahres lesen wir unter der Überschrift, ich zitiere wieder Herrn Suhr: "Russlandreise des Ministerpräsidenten – Verhalten gegenüber Russland unglaubwürdig ... Es passt nicht zusammen, dass Deutschland Sanktionen und die Verstärkung von NATO-Manövern in der Ostsee unterstützt und gleichzeitig deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen gefeiert werden." Zitatende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da scheint in der Tat einiges nicht zusammenzupassen, allerdings in der Argumentationskette der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sanktionen gegenüber Russland sind das Gegenteil von Deeskalation und NATO-Manöver und der Ruf nach Aufrüstung und weiterer Erweiterung des NATO-Einflusses sind keine Einladung an Russland zum Dialog,

# (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

es sei denn, man verfällt wieder in die Logik des Kalten Krieges. Und wenn der oberste Kommandeur des NATO-Bündnisses feststellt, dass sich Russland nicht wie ein Partner verhält, ist das zwar richtig, jedoch nicht verwunderlich. Russland, das wird in diesem Konflikt deutlich, will sich mit aller Deutlichkeit als großmachtpolitischer Akteur in den internationalen Beziehungen zurückmelden. Die neue Militärdoktrin Russlands kopiert dabei in wesentlichen Teilen die der USA.

Die Doktrin "Joint Vision 2020" sieht für die amerikanische Interessenwahrung eine weltweite US-amerikanische Dominanz durch die Fähigkeit zu globalen Militärschlägen vor. Auch wenn Russland nicht annähernd in der materiellen Lage ist, amerikanische Militärressourcen gleichzusetzen, so glaubt es sich dank seines Raketenkernwaffenpotenzials dazu in der Lage, ein gewisses Maß an strategischer Parität halten zu können. Und die Ukraine? Die Ukraine ist im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union längst aktiv in das westliche Militärbündnis eingebunden. Auch unter dem Dach der NATO-Ukraine-Kommission besteht bereits seit 1997 eine weitverzweigte Struktur militärischer Kooperationen. Und auch die militärische Kooperation zwischen der Bundesrepublik und der Ukraine funktioniert bestens.

Im Zeitraum von 2010 bis 2014 wurden 55 Maßnahmen, darunter gemeinsame Ausbildungsvorhaben in Deutschland und in der Ukraine durchgeführt. Die von den USA nach dem Zerfall der Sowjetunion Russland zugesagte Garantie, keine weitere Erweiterung der NATO in Richtung Osten vorzunehmen, ist auch damit längst ad absurdum geführt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, so ist es.)

Und der NATO-Befehlshaber wundert sich dann noch, dass sich Russland nicht wie ein Partner verhält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um Missverständnissen vorzubeugen, Russland und Putin betreiben eine gefährliche Großmachtpolitik. Aber das Muster – und das meine ich mit einseitiger Parteinahme –, das Muster, hier der Friedensnobelpreisträger Obama, dort der Despot Putin, greift nach Auffassung meiner Fraktion nicht, denn die Verurteilung von Großmachtpolitik erlangt erst dann Glaubwürdigkeit, wenn sie aufhört, einseitig und selektiv zu sein.

### (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb greifen auch der Antrag und die Argumentation der GRÜNEN zu kurz, dort fährt man nicht hin, mit denen redet man nicht. Was ist das für ein Politikansatz? Nein, "Dialog statt Konfrontation" ist das Gebot der Stunde. Der Antrag und die Argumentation der GRÜNEN greifen auch vor dem historischen Hintergrund des Konflikts zu kurz. Auch darüber sollte man vielleicht eine Minute nachdenken, bevor man einen solchen Antrag stellt.

Gestatten Sie mir deshalb einen Blick zurück: Im Dezember 1991 besiegelten der Präsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, Boris Jelzin, der Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, und der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Republik Weißrussland, Stanislaw Schuschkewitsch, das Ende der UdSSR. Noch bevor damals der noch amtierende Präsident der UdSSR, Michail Gorbatschow, von diesem völkerrechtlich fragwürdigen Beschluss erfuhr, wurde US-Präsident Bush senior unterrichtet, der diesen Schritt logischerweise begrüßte. Das allerdings ist zu vernachlässigen. Viel wichtiger ist die Tatsache, dass mit diesen Beschlüssen, die im Dezember 1991 gefasst wurden, eine Reihe von Fragen eben nicht gelöst wurden und damit neue Konflikte heraufbeschworen wurden.

Zum Beispiel das Problem der Altschulden der UdSSR, die zu diesem Zeitpunkt rund 70 Milliarden Dollar be-

trugen, blieb ungeklärt und wurde der Russischen Föderation, heute Bestandteil dieses Konfliktes, allein aufgebürdet. Die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in den Unionsrepubliken wurden nicht geregelt, Willkür wurde Tür und Tor geöffnet. Die Krim wurde der Ukraine zugeschlagen, es gab Streit um die Grenzen zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken und auch in ihrem Inneren: Grusinien, Georgien, Abchasien und Südossetien, Moldawien, Transnistrien, Ukraine, Krim, Russland und Tschetschenien und so weiter und so weiter. Eigenen Machtinteressen folgend wurde ein Land in ein Desaster gestürzt und die Folgen dieses Desasters müssen wir heute auch in Europa ausbaden.

US-Präsident Clinton erklärte dazu auf einer Tagung der NATO-Stabschefs am 25. Oktober 1995, ich zitiere: "In den letzten zehn Jahren hat die Politik gegenüber der UdSSR und ihren Verbündeten überzeugend die Richtigkeit des von uns eingeschlagenen Kurses zur Beseitigung einer der stärksten Weltmächte und eines sehr starken Militärblocks bewiesen." Zitatende. Nachlesen können Sie dies alles in dem Buch "Mein Chef Gorbatschow" von Nikolai Ryschkow, der von 1985 bis 1991 Ministerpräsident der UdSSR war.

Wenn man sich mit diesem Konflikt beschäftigt und wenn man Kritik an einer Reise des Ministerpräsidenten unseres Landes übt, muss man sich auch mit diesen Tatsachen auseinandersetzen, um nicht einseitig zu wirken. Man fährt nicht dorthin, man redet nicht mit denen oder wie die GRÜNEN-Europaabgeordnete Harms es unverantwortlich findet, nein, das ist kein Angebot zur Konfliktlösung und Ihre Kritik am Ministerpräsidenten auch nicht.

Der Ministerpräsident hat daher recht, als er am 26.04. erklärte: "Ich halte es für wichtig, gerade in schwierigen Zeiten den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen". Zitatende. Und der gescholtene außenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, sagt in einem Zeitungsinterview am 2. Mai, ich zitiere: "Die Alternative zum Reden ist Schießen", Zitatende.

(Gelächter bei Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und weil dem so ist, Herr Saalfeld, was ich überhaupt nicht lustig finde und schon gar nicht lächerlich, will ich noch mal darauf hinweisen, dass es bei den Geiseln, um die es geht – und die Geiselnahme verurteile ich –, um keine OSZE-Geiseln ging, sondern es waren Militärbeobachter, die dort unterwegs waren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das muss man alles mal benennen und nicht einfach darüber hinweglächeln und den Ministerpräsidenten aus Unkenntnis auf historische Dinge hier kritisieren. Und weil dem so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich,

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vernunft ist das Einzige, was zählt, und Ihr Antrag ist kein Beitrag zu einer vernünftigen Lösung in diesem Konflikt. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorsitzende der SPD-Fraktion in diesem Hause, Herr Dr. Norbert Nieszery, ist leider erkrankt. Er kann deshalb heute, morgen und auch übermorgen nicht an der Sitzung des Landtages teilnehmen. Ich würde gern die Gelegenheit nutzen, ihm von dieser Stelle aus baldige und vor allen Dingen vollständige Genesung zu wünschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie mich hier mit Beifall unterstützen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, Sie nicht, und ich glaube, das würde Norbert Nieszery auch sicherlich nicht gut finden, wenn Sie ihm noch zuklatschen, Herr Pastörs. Das haben wir nicht nötig, aber bei den Demokraten ist das guter Stil, und ich freue mich, dass ein solcher guter Stil hier stattgefunden hat.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, Norbert Nieszery ist nicht anwesend, kann nicht anwesend sein. Er hat aber zu diesem Tagesordnungspunkt einen Redebeitrag vorbereitet und mich gebeten, diesen Redebeitrag hier vorzutragen. Dieser Bitte komme ich selbstverständlich gern nach, und in diesem Sinne:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann ich bis auf die Begründung respektieren. Selbstverständlich können die GRÜNEN in Bezug auf die Russlandreise des Ministerpräsidenten anderer Auffassung sein. Einige Punkte möchte ich aber in aller Deutlichkeit klarstellen: Natürlich fand diese Reise in enger Abstimmung mit der Bundesregierung und der Deutschen Botschaft in Russland statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, seien Sie versichert, die Staatskanzlei ist durchaus in der Lage, eine solche Reise gewissenhaft und kompetent vorzubereiten. Damit ist auch klar, dass Ministerpräsident Sellering nicht gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gehandelt hat, wie ihm dies mehrere selbstberufene Kommentatoren unterstellt haben. Allein diese Anwürfe sind aberwitzig.

Ministerpräsident Sellering ist nach Sankt Petersburg in die Partnerregion von Mecklenburg-Vorpommern gereist. Er ist dort zu Gesprächen mit dem Gouverneur des Leningrader Gebiets, Alexander Drozdenko, sowie mit dem Bevollmächtigten des Präsidenten der russischen Föderation für den Nordwestbezirk, Wladimir Bulawin, zusammengetroffen und er hat an einem Wirtschaftsempfang der Firma Nord Stream zu Ehren des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder teilgenommen. Sinn und Zweck seiner Reise war es also, Wirtschaftskontakte zu knüpfen und zu vertiefen. Mir erschließt sich nicht, was daran kritikwürdig sein soll.

Sie werden mir ja wohl zustimmen, wenn ich diese Kontakte und Gespräche des Ministerpräsidenten als außenpolitisch unbedenklich, aber wertvoll für die Wirtschaft unseres Landes bewerte. Und bei aller Kritik an den

derzeitigen außenpolitischen Verhaltensweisen Putins gilt spätestens seit den Erfahrungen im Kalten Krieg, es ist immer besser, in einer angespannten Lage miteinander zu reden, als den Kontakt abzubrechen. Ich plädiere daher auch entschieden dafür, die Kontakte nach Russland aufrechtzuerhalten und sogar zu intensivieren, anstatt in eine trotzige Verweigerungshaltung zu verfallen.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern hat ein hohes Interesse daran, die Wirtschaftskontakte zu seinen Partnern im Ostseeraum zu pflegen und auszubauen. Russland ist von jeher ein wichtiger Partner für uns. Erst vor wenigen Tagen hatte Yusufov, ein Russe, den Zuschlag für die Volkswerft in Stralsund erhalten. Dazu haben auch Sie, Herr Suhr, die Landesregierung mehrfach aufgefordert. Er ist damit an drei Werftstandorten in unserem Land aktiv und sorgt für viele qualifizierte Arbeitsplätze.

Unser Ministerpräsident ist ausschließlich den Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet und diese Interessen hat er in Russland überzeugend vertreten. Gespräche und Kontakte sind elementare Formen der Diplomatie und der Verständigung, krawallige Sprüche und altkluge Reden dagegen sind völlig kontraproduktiv.

Ich glaube ja, dass nur ein kleiner Teil der Reise des Ministerpräsidenten für diese künstliche Aufregung hier sorgt, nämlich die Teilnahme an dem Wirtschaftsempfang der Firma Nord Stream zu Ehren des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Auch hier gibt es einiges geradezurücken. An dem Empfang haben neben Ministerpräsident Sellering viele weitere Personen teilgenommen, unter anderem mehrere deutsche Politiker und der deutsche Botschafter. Wenn sich dann durch die nicht vorhersehbare Teilnahme von Herrn Putin die Möglichkeit ergeben hat, diesem die Sichtweise und Sorgen der Deutschen nachdrücklich näherzubringen, umso besser. Solch ein direkter Kontakt ist meiner Meinung nach viel zielführender als Muskelspielchen und Drohgebärden via Presse, Funk und Fernsehen.

Meine Damen und Herren, uns alle treibt die Angst vor einem ausufernden bewaffneten Konflikt in der Ukraine um. Die Situation ist so beunruhigend wie seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Allerdings warne ich davor, jetzt in altes Ost-West-Denken zurückzufallen und zu glauben, mit markigen Sprüchen sei dem Konflikt beizukommen. Notwendig sind vielmehr intensive Gespräche. Ich schließe mich daher den Forderungen von Bundesaußenminister Steinmeier nach einem intensiven Dialog auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene uneingeschränkt an.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Hier liegt für mich der Schlüssel zu einer schnellen und friedlichen Beilegung des Konfliktes.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein letztes Wort an Sie richten bezüglich des Vergleiches mit der Reise von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE auf die Krim. Ich glaube schon, dass es ein Unterschied ist, ob hier zwei Abgeordnete einem Akt, der als Referendum bezeichnet worden ist, der aber international zu Recht nicht anerkannt wird, den Schein von Legitimität verleihen wollen. Dieses zu vergleichen mit der Reise des Ministerpräsidenten, der im Interesse unseres Landes unsere Interessen ver-

tritt, das allerdings ist unerträglich, und das weise ich entschieden zurück. – Ansonsten bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wirtschaftliche Vernunft gebietet auch, dass man Dinge ins Verhältnis setzt. Das heißt also, dass man eine nüchterne Analyse vornimmt, inwieweit man mit ausländischen Wirtschaftspartnern Kontakt pflegt in einer Situation, die allgemein gefordert gebietet, den Kontakt abzubrechen. Ich spreche von der Forderung, der indirekten Forderung und immer lauter werdenden Forderung der Amerikaner, jeglichen Kontakt, sogar über das Maß der von den Amerikanern gebieterisch geforderten Sanktionen hinaus zu erweitern, mit Russland nicht weiter wirtschaftliche Beziehungen zu pflegen oder diese stark einzuschränken.

Der Konflikt in der Ukraine hat seine Wurzeln auch, weil wir in der Ukraine eine sogenannte "Orangene Revolution" erlebten. Und wie es dazu gekommen ist, das werden einige von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch sehr wohl in Erinnerung haben. Durch ganz massiven Einfluss US-amerikanischer Interessen wurde die sogenannte "Orangene Revolution" bewerkstelligt, nicht nur in diesem Land. Und wer sich die Äußerungen aus den Reihen der auch jetzt noch großen Mitspieler Tymoschenko und so weiter einmal anhört, der wird erstarren, mit welchen brutalen rhetorischen Sprüchen diese in den letzten Wochen und Monaten regelrecht diesen Konflikt angeheizt haben.

Was die GRÜNEN hier als Letztes tun sollten: sich als moralische Instanz zu generieren, denn wie schon angesprochen war es Ihre grüne Ikone Joschka Fischer, der laut geschrien hat, Bomben auf Belgrad, meine sehr verehrten Damen und Herren, der erste völkerrechtswidrige Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Und wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Suhr, und einseitig die russische Seite verurteilen und als Vehikel benutzen wollen, dass der Ministerpräsident an einer Feier teilgenommen hat oder versucht, wirtschaftliche Kontakte zu verbessern, dann ist das mehr als heuchlerisch und verräterisch.

Ich bin hier nicht ans Rednerpult gegangen, um die Position des Ministerpräsidenten zu vertreten.

(Tilo Gundlack, SPD: Das wäre auch nicht nötig.)

Ich habe hier die Position einer nationalistischen Partei in Deutschland zu vertreten, der NPD. Wir unterhalten nämlich relativ gute Kontakte nicht nur zum rechten Sektor, sondern ich persönlich auch zu Vertretern der Swoboda, seit vielen Jahren übrigens.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Und ich weiß, dass gerade diese Nationalisten, diese Freiheitsnationalisten immer mehr merken, dass sie ausgenutzt worden sind, dass sie in eine Falle gelockt worden sind, ganz massiv von der EU und mit ganz massiver Unterstützung der Amerikaner. Das wird den Kämpfern des Majdan-Aufstandes immer bewusster und Sie werden sich wundern, welche Entwicklung in der Ukraine in den nächsten Monaten eventuell vor sich gehen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich vergleiche – und nicht nur ich – die Situation der Russen auf der Krim auch mit der Situation der Sudetendeutschen in den späten 30er-Jahren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh Gott!)

Und stellen Sie sich einmal vor, die Amerikaner wären, sagen wir mal, auf Hawaii, weil das so nah bei Amerika liegt, dieser Bundesstaat, in eine Situation gekommen wie die Russen auf der Krim, dann hätten Sie sich hier nicht hingestellt und hätten die Amerikaner gescholten, die das eh nie tun bei ihren verbrecherischen Kriegen, die nach dem Kriege mehr- und zweistellig zu konstatieren sind, die unglaublichen Opfer, dann hätten Sie hier entweder geschwiegen oder Sie hätten den Kotau gemacht und die amerikanische atlantische Karte gespielt.

Wir von der NPD tun das nicht. Wir sagen, wirtschaftliche Beziehungen zu Russland sind eminent wichtig. Wir wissen, dass 40 Prozent unserer Energieversorgung mehr oder weniger von Russland abhängt, und wir begrüßen eine russisch-deutsch-europäische Achse.

(Vincent Kokert, CDU: Sie wollen doch von Europa nichts wissen, Herr Pastörs.)

Schon wir haben vor mehr als 15 Jahren klar die Losung ausgegeben, dass wir eine Achse Moskau-Berlin-Paris wünschen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wer diese Achse nicht wünscht, das sind ganz klar die Amerikaner. Und wenn Sie das "Handelsblatt" von letzter Woche Dienstag oder Mittwoch lesen, dann werden Sie feststellen, dass die Amerikaner ihr Gas, ihr Schiefergas als Waffe einsetzen und den Konflikt mit Russland sogar noch anheizen wollen, um ihre Riesenressourcen nach Europa zu verkaufen. Jede Gaslieferung aus Russland, die nicht mehr in Europa anlandet, ist für die Amerikaner blankes Geld wert. Das ist auch ein Aspekt dieses Konfliktes und den bitte ich, nicht außer Acht zu lassen.

Wir sind dafür, dass die Ukraine ihren Weg selbstbestimmt findet. Das ist natürlich nur möglich, wenn sich sowohl Russland, aber auch die EU und vor allen Dingen die Vereinigten Staaten nicht doppelzüngig an dieser sogenannten Friedensmission, die ja geplant ist, beteiligen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war in der Tat eine interessante Debatte, weil Sie alle-

samt den Versuch gemacht haben, von dem abzulenken, worauf wir in unserem Antrag einen großen Wert gelegt haben. Und in der Tat, Herr Müller, das kommt nicht im Antragstext zum Ausdruck, sondern in der Begründung.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Um im Antragstext eine Regierungserklärung zu einem, wie ich glaube, durchaus sehr wichtigen Thema zu fordern, muss man, glaube ich, hier keine Kritik üben. Und ich will es deshalb in vier Punkten einmal ganz deutlich klarstellen.

Der erste Punkt: Sie haben hier unterstellt, mit unserem Vorgehen wollten wir erreichen, dass die Gespräche mit Russland vonseiten Mecklenburg-Vorpommerns abgebrochen werden – mitnichten. Es ist auch nicht so, wie Sie unterstellen, wir wären für einen kompletten Abbruch der Beziehungen vor dem Hintergrund der Ukrainekrise. Es ist auch nicht so, dass wir der Auffassung sind, nun müsste die Landesregierung außenpolitische Verhandlungen führen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es ist auch nicht so, dass Sie überhaupt einen Antrag gestellt haben.)

Nein, auch das ist an der Stelle nicht so.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Aber, lieber Kollege Ringguth, das, was wir mit unserem Antrag wollten und was man, glaube ich, sowohl aus dem, was ich hier gesagt habe und vorgetragen habe, wie auch, was wir in diesem Antrag begründet haben, was wir wollen und wozu wir aufgefordert haben, weil dass diese Landesregierung bei einem solchen Besuch eine Haltung zeigt und nicht stillschweigend über das hinweggeht, was von uns allen besorgniserregend in der Ukraine gesehen wird

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und auch nicht ohne Weiteres darüber hinweggeht, welche Rolle Wladimir Putin und die russische Regierung in diesem Zusammenhang spielen, dazu ist kein Wort gesagt worden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und das war der Kernpunkt unserer Kritik.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und es war ein untauglicher Versuch, uns zu unterstellen, dass das mündet in völligen Abbrüchen von Verhandlungen oder Gesprächsbereitschaften oder Ähnlichem. Es ist auch der untaugliche Versuch, und das müssten Sie wissen ...

(Vincent Kokert, CDU: Bisher sind Sie ganz schön untergegangen mit Ihrer Argumentation.)

Es ist auch der untaugliche Versuch, das müssten Sie wissen, dass wir darauf hingewiesen haben, und zwar auch auf Bundesebene, dass die Strategie, die die Europäische Union, aber die auch die Bundesregierung fährt, von uns im Grundsatz getragen wird. Natürlich wird von uns getragen,

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich.)

dass die Gespräche weitergeführt werden,

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

und es wird von uns auch getragen, dass gleichzeitig deutlich gemacht wird, und zwar immer wieder,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass dieses völkerrechtswidrige Verhalten dort beendet wird und dass die Rolle Russlands immer wieder kritisiert wird. Genau das haben Sie sein lassen und das ist der Kernpunkt, den wir gefordert haben und wo wir das Verhalten der Landesregierung kritisieren.

(Heinz Müller, SPD: Und dafür wollen Sie eine Regierungserklärung? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und da hat mich an der Stelle, Herr Müller, auch nicht verwundert, dass sich der Ministerpräsident, der sich ja hier geäußert hat – dafür danke ich –, schlicht und ergreifend weggeduckt hat,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

weil er hier in seinem Beitrag nicht mit einem einzigen Wort Kritik geäußert hat an dem Wirtschaftspartner Russland bezogen auf die Ukrainekrise.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Genau das wäre unsere Erwartung gewesen, dass das einmal passiert. Und genau das ist ja auch öffentlich und von unserer Seite kritisiert worden. Sie machen so weiter, als wenn es das überhaupt nicht gäbe. Und da muss ich mir hier anhören "Doppelmoral"!

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ministerpräsident ist ein öffentlicher Repräsentant, der öffentliche Repräsentant dieses Bundeslandes.

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Und es ist nicht so, dass wir in irgendeiner Form im luftleeren politischen Raum stehen

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und einfach so tun können, als könnten wir so weitermachen, als wäre da nichts geschehen. Von uns in der Politik und vom ersten Repräsentanten dieses Bundeslandes erwarte ich, dass er sich zu einer so weitreichenden Frage äußert, insbesondere dann, wenn er das Land besucht, welches in dieser negativen Art und Form an diesem Konflikt beteiligt ist. Das erwarte ich einfach. Das haben Sie nicht gemacht im Rahmen Ihrer Reise, Herr Sellering, und das haben Sie auch heute nicht gemacht. Und das ist der Kernpunkt der Kritik.

Ich will in dem Zusammenhang, weil ich vorhin auf unseren Bundespräsidenten eingegangen bin, einmal zitieren,

was er im Zuge seines Besuchs in der Auswertung formuliert hat zu seinen Äußerungen dort, die ja auch von der dortigen Regierung hart kritisiert worden sind. Er hat sich geäußert, Zitat, man müsse selbst "bei Staatsbesuchen auf Missstände aufmerksam machen" können, denn für ihn seien die "Sicherung der Mindeststandards bei Menschenrechten"

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es war nur kein Staatsbesuch.)

"und Rechtsstaatlichkeit" der "Hauptbeweggrund in der Politik", und dies müsse er "auch im Ausland vertreten können". Nichts anderes hätte ich vom Ministerpräsidenten erwartet, weil sich darin eine Haltung, eine politische Haltung wiederfindet, die ich ausdrücklich begrüße und die ich auch hier in dieser Landesregierung mir wünsche, dass ich sie wiederfinde. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hat erklärt, dass sie ihren Antrag zurückzieht.

> (Beifall Udo Pastörs, NPD – Jochen Schulte, SPD: Das hätten sie vielleicht mal eher machen sollen.)

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7**: Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern", Drucksache 6/2929.

Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" – Drucksache 6/2929 –

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vorsitzende der Enquetekommission Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das ist natürlich nicht ganz einfach, wenn man nach einem aktuell weltpolitisch besorgniserregenden Thema zu einem Tagesordnungspunkt reden muss, der sich dann auf Mecklenburg-Vorpommern reduziert und sich eher mit Sachfragen auseinandersetzt. Es geht um den Zwischenbericht der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern", und jeder von uns weiß, dass die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern stark altert.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

1991 waren wir das jüngste Bundesland, heute sind wir auf dem Weg zum ältesten Bundesland. Bis 2030 wird ein Drittel der Bevölkerung in unserem Land älter sein als 65 Jahre.

Diese Tatsache haben die Koalitionspartner SPD und CDU zum Anlass genommen, sich in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf zu verständigen, eine Enquetekommis-

sion einzusetzen, die sich mit dem Thema "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" beschäftigt. Dem ist der Landtag in seiner 8. Sitzung am 01.02.2012 gefolgt. Er hat einen Beschluss gefasst und diese Kommission eingesetzt und er hat ihr den Auftrag erteilt, konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wie das Thema "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" behandelt werden soll

In 22 Sitzungen hat sich die Kommission intensiv mit dem Thema beschäftigt. Wir haben Inhalte identifiziert, die wir für wesentlich erachten. Das ist das Thema "Wohnen im Alter",

#### (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wohnberatung.)

das ist das Thema "Pflege und Gesundheit", das ist das Thema "Mobilität", das ist das Thema "Bildung und Arbeit", das ist das Thema "Bürgerschaftliches Engagement/Gesellschaftliche Teilhabe" und das ist das Thema "Infrastruktur". Wir haben uns auf eine Arbeitsweise innerhalb der Kommission verständigt. Wir haben Grundlagenexpertisen in Auftrag gegeben, wir haben uns mit Bevölkerungsprognosen und der Mittelfristigen Finanzplanung beschäftigt, wir haben uns intensiv auseinandergesetzt mit Raumkategorien des Landesraumentwicklungsprogramms und wir haben Anhörungen durchgeführt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben ganz schön viel getan.)

Ja, haben wir gemacht, Frau Gajek.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Der vorliegende Zwischenbericht ist das Ergebnis einer intensiven Abstimmung innerhalb der Kommission. Deswegen gilt mein Dank allen Kommissionsmitgliedern für die konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Enquetekommission und mein Dank gilt insbesondere auch dem Enquetekommissionssekretariat für die professionelle Unterstützung in der Kommissionsarbeit.

## (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 28.03.2014 ist der Zwischenbericht in der Kommission verabschiedet worden. Ich kann an dieser Stelle sagen, das war für uns eine Nagelprobe, denn wir hatten uns innerhalb der Kommission dazu verständigt, einen konsensorientierten Arbeitsansatz zu verfolgen, das heißt, wir wollten letztendlich zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Ich kann an dieser Stelle sagen, dass ist uns auch gelungen, denn der Zwischenbericht ist mit lediglich einer Gegenstimme der NPD-Fraktion, ansonsten mit Zustimmung verabschiedet worden.

# (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, das ist eine gute Leistung, die zeigt, dass die demokratischen Parteien innerhalb dieses Landtags bei diesem wichtigen Thema an einem Strang ziehen und gemeinsam in eine Richtung gehen können. Das ist kein Selbstverständnis.

Wir haben innerhalb der Kommission für das Themenfeld "Wohnen" konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Diese Handlungsempfehlungen konzentrieren sich auf fünf Schwerpunkte: Das ist einmal eine flächendeckende, mobile Wohnberatung, das ist die Förderung alternativer Wohnformen, die Einführung eines sozialraumorientierten Quartiers-, Stadt- und Dorfmanagements, die Schaffung von weitgehend barrierefreiem Wohnraum und einem barrierearmen Wohnumfeld sowie die Verbesserung der Verzahnung der Wohnungsbauförderung mit der Städtebauförderung und anderen Fördermöglichkeiten, die sich mehr auf das Wohnumfeld konzentrieren. Nähere Ausführungen dazu, denke ich, werden meine nachfolgenden Kolleginnen und Kollegen machen.

Aber ich möchte noch ein Stück weit darauf eingehen, in welchem Spannungsfeld wir uns bei dieser Kommissionsarbeit befinden. Wir haben auf der einen Seite den Auftrag, Vorschläge für die Versorgung einer älter werdenden Bevölkerung in den Themen zu formulieren, die wir uns gestellt haben.

#### (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Anteil der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern wird nicht immer so hoch bleiben. Ab 2035 wird sich die Bevölkerungspyramide wieder normalisieren, weil die Älteren dann einfach nicht mehr in dem Umfang da sein werden. Das heißt, wir müssen auf der einen Seite die Frage erörtern, was muss man tun, um diese älteren Menschen in geeigneter Art und Weise zu unterstützen und ihnen weiterzuhelfen, wir müssen auf der anderen Seite aber auch zur Kenntnis nehmen, dass das, was wir an Geld ausgeben, nachhaltig eingesetzt werden muss.

#### (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Das heißt also, wir müssen die Gelder möglichst dahin bringen, wo wir davon ausgehen können, dass auch ab 2035 diese Investitionen nicht verloren sind. Das heißt, man muss sich konzentrieren.

Und der nächste Punkt, der für uns zu beachten ist, ist natürlich die Tatsache, dass die finanziellen Möglichkeiten von Mecklenburg-Vorpommern auch eher zurückgehen werden. Wenn man sieht, was in der politischen Diskussion ist zum Thema Länderfinanzausgleich, zum Thema EU-Strukturfonds, zum Thema Solidarpakt,

### (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tja.)

dann weiß man, dass die künftigen finanziellen Möglichkeiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern eher zurückgehen werden. Sie werden sich mit Sicherheit nicht
verbessern. Deswegen tragen wir eine große Verantwortung, diese Dinge klug miteinander in Verbindung zu
bringen und so zu verzahnen, dass wir hier möglichst
effizient und effektiv zu ordentlichen Lösungen kommen.

Ich kann nur noch mal sagen, die Atmosphäre und die Arbeitshaltung in der Enquetekommission sind so, dass ich davon ausgehe, dass man das wirklich bewerkstelligen kann, dass man wirklich zu guten Vorschlägen kommen kann. Und wenn Sie sich die Arbeitsergebnisse zum Thema Wohnen ansehen, dann sind da, denke ich, gute Vorschläge dabei, wo wir uns als Mitglieder der Enquetekommission versprechen würden, dass diese

Dinge sich auch perspektivisch im Regierungshandeln wiederfinden.

Abschließend bleibt mir nur, den Antrag zu stellen, dass hier der Zwischenbericht für erledigt erklärt wird, und ansonsten bedanke ich mir für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Altwerden ist nichts für Feiglinge", den Spruch von Joachim Fuchsberger fand ich passend, um sich den Themen der Enquete umfassend zu nähern, und das müssen wir alle, so, wie wir hier sitzen, persönlich und politisch.

Die Enquetekommission hat sich darauf verständigt, die aus dem Einsetzungsauftrag resultierenden Themen zu beraten: Wohnen im Alter,

#### (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alter und Gesundheit, Pflege/Mobilität im Alter, Bildung und Arbeit, Bürgerschaftliches Engagement/Gesellschaftliche Teilhabe sowie Infrastruktur. Für jedes Themenfeld gibt es eine verabredete Herangehensweise. Nach der Festlegung der im Themenfeld zu bearbeitenden Fragestellungen und der Einbeziehung der Ministerien wurden Grundlagenexpertisen zum jeweiligen Thema in Auftrag gegeben. Nach der Auswertung und gegebenenfalls Anhörung auf der Basis der Grundlagenexpertise erfolgte anschließend die Konsensbildung und Beschlussfassung mit Vorschlägen für Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen zum jeweiligen Teil des Berichtes.

Der vorliegende Zwischenbericht umfasst neben der Bestandsaufnahme zur Lebenssituation Älterer das Thema "Wohnen im Alter". Da haben sich sehr spannende Details herauskristallisiert, das geht aus den Papieren deutlich hervor. Aus ihnen wurden die Empfehlungen zum Handeln entwickelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte eins gleich vorwegstellen: Der vorliegende Zwischenbericht ist ein gelungenes Ergebnis engagierter fraktions- übergreifender Arbeit. Allen, die sich hier eingebracht haben, möchte ich auch sehr herzlich danken.

Der Landtag hat der Einsetzung einer Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" fraktionsübergreifend zugestimmt. Seitdem hat die Enquetekommission 22-mal getagt. Aus verschiedenen Grundsatzpapieren ist ein gemeinsamer Bericht entstanden.

Meine Damen und Herren, wir haben der medialen Berichterstattung entnehmen können, dass die außerparlamentarische Opposition das Gutachten kritisiert. Es könnte sein, dass dies daran liegt, dass die außerparlamentarische Opposition bei der Anfertigung des Gutachtens weitestgehend außen vor war. Ich sage bewusst "weitestgehend", weil der Kommission ja auch Mitglieder

angehören, die wiederum nicht dem Landtag oder auch gar keiner im Landtag vertretenen Partei angehören.

Wenn man sich nicht nur die komprimierten Handlungsempfehlungen anschaut, sondern in die Gutachten und Analysen schaut, erkennt man sehr wohl den Handlungsbedarf. Ganz kurz, Herr Heydorn hat das eben auch schon angesprochen: Wir bewegen uns derzeit im Spannungsfeld provokanter Äußerungen von etwa Professor Klingholz über Entleerung der Fläche und berichten über viele Initiativen, die bereits jetzt modellhaft im Lande vollzogen werden, um dem entgegenzuwirken. Es gibt durchaus schon Modelle, die wir in Regionen mit besonderer demografischer Herausforderung weiter beispielgebend etablieren können und wozu die Verantwortungsträger sensibilisiert sein müssen. Nur auf Hilfe zu warten, wird nicht reichen. Ich denke auch, dass die spezielle außerparlamentarische Kritik ins Leere geht.

Der vorliegende Zwischenbericht ist ein Kompass, er zeigt, in welche Richtung sich die Landespolitik orientieren sollte. An dieser Orientierungshilfe haben mehrere Fraktionen mitgearbeitet und diese Fraktionen vertreten unterschiedliche Interessen, mithin gegebenenfalls auch unterschiedliche Interessengruppen. Dass es aber dennoch gelingt, in gemeinsamer harter Arbeit zu einem Konsens zu gelangen, halte ich für ein gutes Zeichen einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie. Das sage ich auch deswegen, weil Sie hierzu ja in dieser Sitzungswoche noch einen eigenen Tagesordnungspunkt haben.

Natürlich führt diese Konstellation auch dazu, dass in dem Bericht der eine oder andere Konjunktiv auftaucht, und dennoch ist es an vielen Stellen gelungen, einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nicht immer das Nonplusultra, ne?)

an den sich sehr konkrete weitere Initiativen anschließen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns etwas konkreter werden: Der CDU-Fraktion war es ein Herzensanliegen, dass der Hinweis auf die Tatsache, dass Wohnungsmärkte regionale Märkte sind, die sich hinsichtlich des Preisniveaus und der Leerstandsquote voneinander unterscheiden, in den Zwischenbericht implementiert wird, und zwar an sehr prominenter Stelle gleich zu Beginn der Handlungsempfehlungen. Damit hat sich die Enquetekommission auf den Argumentationsstrang der CDU-Fraktion im Bereich der Wohnungsmarktpolitik verständigen können.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Na ja, da machst du es dir ein bisschen einfach.)

Noch immer gibt es bei uns in Mecklenburg-Vorpommern einen erheblichen Wohnungsleerstand, sehr unterschiedlich über das Land verteilt. In Neubrandenburg betrug die Zahl leer stehender Wohnungen laut Bericht der Arbeitsgemeinschaft mecklenburgisch-vorpommerscher Wohnungsunternehmen Ende des Jahres 2011 4,68 Prozent. Aktuell liegen wir bei der Neubrandenburger NEUWOGES bei knapp 6 Prozent, in Stralsund waren es hingegen 8,33 Prozent und in Greifswald genau 3,08 Prozent. Diese unterschiedlichen Wohnungsmärkte in Mecklenburg-Vorpommern werden gleich zu Beginn

der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission gewürdigt. Das ist vor allem deswegen sinnvoll, weil sich daran verschiedene Forderungen anschließen.

Bleiben wir zunächst beim Leerstand. Der Zwischenbericht spricht sich etwa gegen die Vereinheitlichung der Städtebauprogramme "Stadtumbau Ost" und "Stadtumbau West" aus. Diese Forderung ist alles andere als ein mageres Ergebnis, sie trägt nämlich der speziellen Situation in Mecklenburg-Vorpommern und in den neuen Ländern Rechnung. Hintergrund ist eine besondere Herausforderung in den neuen Ländern, nämlich die Notwendigkeit des Rückbaus. Zahlen, die solche Notwendigkeit belegen, hatte ich einleitend genannt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die kennen wir auch.)

Solche Zahlen, die im Wesentlichen noch die Hypothek der missglückten DDR-Wohnungspolitik sind, lassen sich auch in anderen neuen Bundesländern finden.

#### (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit einem klaren Votum gegen die Vereinheitlichung der Städtebauprogramme "Stadtumbau Ost" und "Stadtumbau West" sprechen wir städtebauliche, aber auch wohnungswirtschaftliche Aspekte an. Der "Stadtumbau Ost" steht für die Anpassung an die demografischen und strukturellen Veränderungen der Gesellschaft. Diese Veränderungen bleiben aktuell und deswegen sollte das Programm nicht vereinheitlicht werden, denn wir sind der Auffassung, dass wir weiterhin auf die Reduzierung des Angebotsüberhanges setzen müssen. Dies trägt dem Bevölkerungswandel in Mecklenburg-Vorpommern Rechnung. Dabei geht es auch um die nachhaltige Aufwertung und Stabilisierung von Stadtquartieren.

Ziel ist es, den Strukturwandel der ostdeutschen Städte weiterhin umfassend zu unterstützen und den Wohnungsmarkt zu konsolidieren. Wir wollen die Stärkung unserer Innenstädte, wir wollen erhaltenswerte Stadtquartiere, dafür brauchen wir weiterhin gezielte Aufwertungsmaßnahmen. Wir können einen Beitrag zur Stabilisierung der städtischen Wohnungsmärkte durch den Rückbau leer stehender und dauerhaft nicht mehr benötigter Wohngebäude leisten.

Wir hatten hierzu unter anderem die NEUWOGES aus Neubrandenburg in der Kommission zu Gast. Bleiben wir beim Neubrandenburger Beispiel. NEUWOGES spricht aktuell von einem Leerstand von circa sechs Prozent. Die WIMES-Gutachten eines Rostocker Instituts, auf die sich NEUWOGES beruft, prognostizieren einen weiteren Demografieknick. Wenn wir also heute nichts tun, sind wir allein in Neubrandenburg sehr schnell wieder bei einer Leerstandsquote, die an die zehn Prozent reicht. Für Neubrandenburg bedeutet dies laut WIMES-Studie einen Überhang von tausend leer stehenden Wohnungen bis 2025. Deswegen ist es wichtig, dass die Enquetekommission sich gegen eine Vereinheitlichung von "Stadtumbau Ost" und "Stadtumbau West" ausspricht. Die Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern und in den neuen Ländern waren, sind und bleiben schlicht andere als in den alten Bundesländern.

> (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich darf es nicht nur um Rückbau gehen. Bleiben wir beim Demografieknick. Eines ist doch ganz klar: Quantitativ sinkt der Bedarf an Wohnungen in den allermeisten Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, qualitativ aber steigt er mit einer älter werdenden Bevölkerung.

Im Zuge der Verhandlungen zum aktuellen Doppelhaushalt Ende 2013 hat die CDU-Fraktion das Programm "Lifte und Fahrstühle, barrierearmes Wohnen" initiiert. Zu Wochenbeginn wurden die Richtlinienentwürfe durch das Wirtschaftsministerium auf den Weg gebracht. Es können Wohnungen in allen Grund-, Mittel- und Oberzentren saniert werden, die vor 1990 gebaut wurden. Das Wichtigste: Barrierereduzierender Umbau kann für Eigennutzer oder Mietwohnungen gefördert werden.

Auch dem erhöhten Sanierungsaufwand in innerstädtischen Altbauquartieren wird Rechnung getragen. In Zukunft stehen Darlehen von bis zu 43.200 Euro je Wohnung zur Verfügung und die Nachrüstung von Mietwohnungen mit Personenaufzügen soll künftig mit höheren Darlehen von bis zu 60.000 Euro unterstützt werden. Das gilt dann auch für Aufzüge, deren Haltepunkte auf Zwischengeschossen liegen. Das Land stellt 11 Millionen Euro für die Sanierung von Wohnungen bereit, davon 6 Millionen Euro als Darlehen und 5 Millionen Euro als Zuschüsse.

Wir freuen uns über diesen Beitrag zur Verbesserung der Wohnqualität in Mecklenburg-Vorpommern, gerade weil er dem Wohnen im Alter Rechnung trägt. Wir wollen einen langen und zufriedenen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit sichern, dabei sind wir auf einem guten Weg.

Wir haben bereits im November 2013 darauf hingewiesen, dass die beträchtlichen Investitionskosten bei Aufzügen nicht auf die Mieten umgelegt werden sollten. Barrierearmes Wohnen bleibt so für die Mieterinnen und Mieter bezahlbar. Diese Forderung war auch Ergebnis der Anhörung zur Thematik "Wohnen im Alter" im Wirtschaftsausschuss. Wir freuen uns über die Umsetzung durch das Wirtschaftsministerium. Und, Frau Lück war daran beteiligt, die Initiative der CDU-Fraktion und des Wirtschaftsministeriums wird auch im Zwischenbericht gewürdigt. Neben der Evaluation empfiehlt die Enquetekommission eine Verstetigung des Engagements des Wirtschaftsministeriums. Das zeigt, wir sind auf dem richtigen Weg. Diese eindeutige Handlungsempfehlung sollten wir im Nachgang auch nicht kaputtkritteln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Hinweis, dass der Haushaltsgesetzgeber im nächsten Doppelhaushalt den zweckgebundenen Einsatz der Kompensationsmittel des Bundes in Erwägung ziehen könnte, ist geeignet, in der nächsten Legislatur eine Förderkulisse zu schaffen, die es dem Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus ermöglicht, evaluierte und gegebenenfalls verstetigte Projekte ausreichend gegenzufinanzieren. Diese Forderung taucht ja an nicht so prominenter Stelle des Zwischenberichtes auf, nämlich auf Seite 46.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, ob die außerparlamentarische Opposition, die den Zwischenbericht kritisierte, den Zwischenbericht überhaupt bis Seite 46 gelesen hat. Spätestens hier hätte ihr aber doch auffallen müssen, dass die Kommission nicht nur konkrete Vorschläge gemacht hat, sondern sogar poten-

zielle Deckungsquellen nennt. Das sind üblicherweise die Anforderungen, die man an einen Landtagsantrag stellt.

Konkrete Vorschläge finden sich aber auch an vielen anderen Stellen. Denken Sie an den Hinweis, dass wirksames sozialraumorientiertes Dorf-, Stadt- und Quartiersmanagement Unterstützung durch hauptamtliche Strukturen braucht!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die aber verstetigt werden müssen.)

Denken Sie an die Empfehlungen der Landesbauordnung und den Hinweis, dass der Zielkonflikt zwischen der möglichst unkomplizierten Etablierung alternativer Wohnformen und den berechtigten Anforderungen an den Brandschutz und die Personenrettung praktikabel zu lösen ist! Das ist doch erkennbar ein Plädoyer für wirtschaftlich tragbare Rechtsgrundlagen bei Gebäuden mit Nutzungseinheiten, etwa zum Zwecke der Pflege oder zur Betreuung von Personen mit Pflegebedürftigkeit beziehungsweise Behinderung, deren Selbstrettungsfähigkeit eingeschränkt ist. Damit stärken wir doch die alternativen Wohnformen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Na ja.)

Schon dieses Beispiel zeigt übrigens, die Kritik an mangelnder Präzision der Handlungsempfehlungen, auch im Sondervotum der GRÜNEN, das ja insbesondere auf alternative Wohnformen abstellt, geht fehl.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen jetzt an mehreren Beispielen deutlich gemacht, dass die Ergebnisse der Enquetekommission auf mittlere Sicht einen verlässlichen Kompass für die Landespolitik liefern können. Wie bereits angedeutet, schließt der Zwischenbericht auch sogenannte Sondervoten ein.

Vielleicht noch zum Sondervotum der LINKEN, ich wiederhole es gern noch einmal: Der Wohnungsmarkt ist eben auch ein Markt. Bestimmte Begriffe wirken investitionsfeindlich. Wir aber sagen, sozial ist, was Wohnraum schafft. Dafür brauchen wir investitionsfreundliche Anreize.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Mietpreise in Mecklenburg-Vorpommern sind mieterorientiert. Mieterorientiert bedeutet nichts anderes, als dass sich die Mieten in den meisten Regionen unseres Landes auf niedrigem Niveau bewegen, und das lässt sich anhand sehr konkreter Zahlen auch belegen. Im ehemaligen Landkreis Uecker-Randow liegt der Mietpreis knapp über 4 Euro netto kalt je Quadratmeter. Ähnlich gestaltet sich die Situation in den ehemaligen Landkreisen Demmin, Mecklenburg-Strelitz, Nordvorpommern oder Ostvorpommern. Zugegeben, in unseren beiden Unistädten ist die Situation eine etwas andere,

(Heinz Müller, SPD: Deutlich.)

dennoch ist Mietraum in Mecklenburg-Vorpommern, ob in Rostock oder Anklam, bedeutend kostengünstiger zu haben als beispielsweise in Ballungszentren wie Berlin, München oder Hamburg.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das gehört zur Wahrheit dazu. Ganz grundsätzlich müssen wir also auch die Kirche im Dorf lassen.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Wo es aber wirklich zu Herausforderungen kommt, hat das Wirtschaftsministerium bereits mit der Mietrechtsnovelle aus 2013 die Möglichkeit, mit Rechtsverordnung gegebenenfalls regional gegenzusteuern. Unstrittig ist auch, darauf habe ich eingangs hingewiesen, dass im Zuge der Inanspruchnahme etwa des Liftprogramms die beträchtlichen Investitionskosten nicht auf die Mieten umgelegt werden sollen. Deswegen machen wir das ja und so fordert es auch die Enquetekommission.

Zum Sondervotum der NPD möchte ich nur sagen, Ihr Votum macht erkennbar,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ignorier es!)

dass Sie sich überhaupt nicht in die Enquetekommission eingebracht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sagte eingangs, die CDU-Fraktion steht zu dem vorliegenden Papier, auch weil wir an vielen Stellen wichtige eigene Forderungen konsensieren konnten.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und gebremst habt ihr, ne?)

Einige wichtige Aspekte habe ich Ihnen vorgetragen. Wir sind allerdings nicht der Auffassung, dass dieses Papier der Weisheit letzter Schluss ist, vielmehr bedarf es zu geeigneten Zeitpunkten nun auch entsprechender Anschlussinitiativen. Hierfür möchte ich zu gegebener Zeit werben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Stramm von der Fraktion DIE LINKE.

Karen Stramm, DIE LINKE: Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Enquetekommission! Ich freue mich, dass wir, die Mitglieder der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern", dem Landtag heute den ersten Zwischenbericht zur Thematik "Wohnen im Alter" vorstellen können. Dieser Bericht legt erstmals Zeugnis ab über die Arbeit der Kommission seit Einsetzung im Februar 2012 und bietet mir die Möglichkeit, mich hier an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Beteiligten für die konstruktive und fachlich versierte Zusammenarbeit zu bedanken. Besonderen Dank möchte ich all denen sagen, die sich als nicht parlamentarische Mitglieder, teilweise sogar ehrenamtlich, mit ihrem Fachwissen in die Arbeit der Enquetekommission eingebracht haben und auch weiterhin einbringen werden. Ohne ihre fachliche Beratung, ihr persönliches Engagement und ernsthaftes Interesse an der zukünftigen Ausgestaltung der Lebensbedingungen und -verhältnisse für eine alternde Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern wäre die inhaltliche Auseinandersetzung in unseren gemeinsamen Sitzungen sicher nicht so konstruktiv und vielschichtig. Danke für ihre hilfreichen Hinweise, fürs Nachhaken und Mitgestalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch die Linksfraktion hat sich stets intensiv mit den verschiedenen Fragestellungen und Problemen der Enquetekommission befasst und sich aktiv in die Diskussion eingebracht. Uns ging es und geht es dabei neben der Sensibilisierung der Menschen für die Problemstellungen, die sich mit dem demografischen Wandel für unser Land ergeben, insbesondere auch um das Ringen nach den besten Lösungen für die Menschen im Land. Dies kann nur in einem dynamischen und mutigen Wettstreit der Ideen geschehen. Über ein wenig mehr Mut bei der inhaltlichen Ausgestaltung und Formulierung der Handlungsempfehlungen des Zwischenberichtes hätten wir uns daher sehr gefreut.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wir auch.)

Der vorliegende Zwischenbericht zum Themenfeld "Wohnen im Alter" umfasst neben grundsätzlichen Betrachtungen zur aktuellen Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern und den gemeinsam getragenen Handlungsempfehlungen daher auch die weiter reichenden Sondervoten der Oppositionsfraktionen. Einig sind sich alle demokratischen Kommissionsmitglieder darüber, dass selbstbestimmtes Wohnen im Alter und aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für ein würdevolles Altern wichtig sind und deshalb auch ermöglicht werden müssen.

Die im Bericht formulierten Empfehlungen zeigen auf, wie dieses unterstützt und abgesichert werden kann. Die vorgelegten Empfehlungen sind das Ergebnis intensiver sachlicher Auseinandersetzungen. Sie sind ein guter, aber eben auch nur ein Kompromiss,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der kleinste, wie Frau Friemann-Jennert sagt, der kleinste.)

den wir als Linksfraktion selbstverständlich mittragen. Trotzdem gelten unsere Vorstellungen über die einvernehmlich festgelegten Handlungsempfehlungen hinaus.

Folgende Positionen meiner Fraktion, die sich im Sondervotum der Linksfraktion detailliert nachlesen lassen, möchte ich an dieser Stelle nochmals zum Ausdruck bringen:

Die Bezahlbarkeit von Wohnungen muss angesichts bestehender und zunehmender Altersarmut mehr in den Fokus gerückt werden. Eine Voraussetzung ist, dass die Wohnraumförderung des Landes ausreichend ausfinanziert wird. Hierfür stehen Mecklenburg-Vorpommern jährlich gut 21 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung. Angesichts des großen Investitionsbedarfes reicht es jedoch nicht, lediglich im nächsten Doppelhaushalt den zweckgebundenen Einsatz der Kompensationsmittel des Bundes in Erwägung zu ziehen. Vielmehr muss das Land diese Mittel, die es noch bis 2019 erhält, vollständig zweckgebunden einsetzen und darüber hinaus auch einen eigenen Beitrag leisten.

Die Kompensationsmittel des Bundes erhält das Land in Form von Zuschüssen. Nur wenn das Land diese auch

als Zuschussförderung im Rahmen des jährlichen Landesprogramms zur Wohnraumförderung ausreicht, gelingt es, umlagebedingte Mietsteigerungen abzufedern. Eine Zuschussförderung muss zumindest ab einer festzulegenden Förderhöhe stets zu sozialen Bindungen wie Mietpreis und Belegung führen, denn Zielgruppe der sozialen Wohnraumförderung sind insbesondere Haushalte, die sich am Markt nicht selbst angemessen mit Wohnraum versorgen können. Diese Bindungen sollten etwa nach dem Potsdamer Modell flexibel gestaltet werden, das heißt, nicht an eine bestimmte Wohnung gebunden sein.

Wir schlagen zudem vor, die im Sondervermögen "Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern" angesparten Mittel in Höhe von über 50 Millionen Euro als revolvierenden Fonds zur Darlehensförderung als Landesbeitrag zur sozialen Wohnraumförderung zu nutzen. Auch ist nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand die Fortsetzung der Bundesförderung mindestens bis zum Jahr 2030 zwingend notwendig. Dafür muss sich das Land einsetzen, denn weitere Aufgaben wie die Sicherung bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraums für alle Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung und zur Einsparung von Energie und mehr Energieeffizienz sind ebenfalls zu erfüllen.

Sehr geehrte Damen und Herren, am vergangenen Montag ist das Landesprogramm zur Wohnraumförderung in Kraft getreten. Demnach wird das Land in diesem Jahr eine halbe Million Euro weniger für die Wohnraumförderung ausgeben als in der Vergangenheit. Für das vollmundig angekündigte Zuschussprogramm zur Nachrüstung mit Aufzügen, Liften und anderen Hubsystemen fehlt immer noch die Förderrichtlinie.

(Torsten Renz, CDU: Wer hat das denn so vollmundig angekündigt?)

Damit wird das mit 5 Millionen Euro ausgestattete Programm in diesem Jahr nicht mehr voll wirksam. Es ist zu erwarten, dass nur gut die Hälfte der bereitstehenden Fördermittel für die Modernisierung und Verbesserung der Barrierefreiheit bestehender Wohnungen zum Tragen kommt. Von einer Strategie des Landes "Wohnen mit Zukunft" kann so keine Rede sein. Wir werden diese Entwicklung auch in der Enquetekommission genauestens beobachten und in unserer Arbeit weiter thematisieren

Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft sind die Verbesserung und das Erreichen von Barrierefreiheit nicht nur für Seniorinnen und Senioren, sondern für alle Menschen notwendig. Deshalb fordert die Linksfraktion, dass Barrierefreiheit bei allen Neubauten ein selbstverständliches Kriterium werden muss, das in der Landesbauordnung seinen konkreten Niederschlag findet.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die Formulierung, "die Regelungen zum barrierefreien Bauen" in der Landesbauordnung "der Fassung des" entsprechenden "§ 50 ... der neuen Musterbauordnung weitestgehend" anzupassen, lässt Interpretationen zu. Die geltende Landesbauordnung geht in Teilen über die Regelung der Musterbauordnung hinaus. So liegt die Zulässigkeit von Abweichungen zur Herstellung der Barrierefreiheit stets im Ermessen der Bauaufsichtsbehörde und nicht beim Bauherrn. Diese Regelung darf nicht

kippen. Sie muss weiterhin Bestandteil der Landesbauordnung bleiben und ist deshalb auch im Sondervotum meiner Fraktion verankert.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich wünsche uns für die Zusammenarbeit in der Enquetekommission weiterhin konstruktive Auseinandersetzungen und gutes Gelingen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Albrecht von der Fraktion der SPD.

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Zwischenbericht der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" wurde mit nur einer Gegenstimme durch die Kommission bestätigt, das heißt, die demokratischen Fraktionen sind sich im Großen und Ganzen einig über die Analyse der Situation und die zu ergreifenden Maßnahmen. Das ist gut, denn der Bericht macht deutlich, dass wir vor großen Herausforderungen stehen

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, das wussten wir schon vorher.)

Im Ergebnis empfiehlt die Enquetekommission "Maßnahmen in folgenden fünf Handlungsfeldern:"

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Gajek, hören Sie doch erst mal zu!

- "- flächendeckende, mobile Wohnberatung,
- alternative Wohnformen,
- sozialraumorientiertes Quartiers-, Stadt- und Dorfmanagement,
- Schaffung von (weitgehend) barrierefreiem Wohnraum und Wohnumfeld,
- Städtebauförderung.

Für die Umsetzung der sich aus diesen" fünf "Handlungsfeldern ergebenen Aufgaben soll" die "Förderung neben den investiven die nicht-investiven Maßnahmen stärker in den Fokus nehmen."

Ich möchte, bevor ich im Einzelnen zu den Inhalten des Zwischenberichts komme, drei Punkte hervorheben, die für die SPD-Fraktion von besonderer Bedeutung sind:

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nun bin ich gespannt.)

Erstens. Wir brauchen mehr altersgerechten Wohnraum.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wissen wir auch.)

Das haben die Gutachten, die die Enquetekommission in Auftrag gegeben hat, gezeigt und darauf hat die Regierungskoalition auf Initiative der SPD-Fraktion schon reagiert, (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich denke, das war die CDU?! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

indem sie für das Zuschussprogramm "Lifte und Fahrstühle, barrierearmes Wohnen" 10 Millionen Euro in den Doppelhaushalt 2014/2015 eingestellt hat.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: War das nicht die CDU? – Peter Ritter, DIE LINKE: Das war die CDU.)

Damit können Fahrstühle und Lifte sowie die Reduzierung von Barrieren im Bestand der Wohnungsunternehmen und im selbstgenutzten Wohnungseigentum

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da müssen wir doch jetzt erst mal drüber abstimmen. Wer wars denn, die CDU oder die SPD?)

auch im ländlichen Raum als Zuschuss gefördert werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und nun streitet ihr euch darum, wer es war, ne? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir müssen uns nicht streiten, wir wissen, wer es war.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Jaja.)

Wir kennen die Initiatoren, haben wir doch mehrmals erwähnt.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Na, wer wars denn?)

Zweitens.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da müssen wir noch mal eine Kleine Anfrage stellen, wer das war.)

Angesichts der Haushaltslage und der zu erwartenden Einnahmen des Landes können wir uns zukünftig keinesfalls leisten, dort Geld auszugeben, wo kein seniorengerechtes Wohnumfeld vorhanden sein wird.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Barrierefrei.)

Das Resultat wäre dann später: leer stehende gut sanierte Wohnungen. Daher dürfen wir nur dort fördern,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, wir haben auch genug junge Menschen mit Behinderung.)

wo langfristig eine infrastrukturelle Versorgung älterer Menschen sichergestellt ist. Voraussetzung für eine Förderung könnte langfristig beispielsweise ein sozialraumbezogenes integratives seniorenpolitisches Gesamtkonzept sein.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Intergenerativ. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und drittens. Wir dürfen nicht nur in Beton investieren. Als Anpassungsmaßnahmen an den demografischen

Wandel müssen wir in die Köpfe, in alternative Organisationsformen der Daseinsvorsorge, in Beratungen und ins Ehrenamt investieren.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Verstetigung.)

Dort, wo endogene Entwicklungspotenziale vorhanden sind, müssen diese gefördert werden. Für das Arbeitsfeld "Wohnen im Alter" schlagen wir beispielsweise Wohnberatung und ein Stadt-, Dorf- und Quartiersmanagement vor

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Verstetigt das!)

Meine Damen und Herren, aus dem sehr lesenswerten Analyseteil des Zwischenberichtes möchte ich an dieser Stelle nur einige Fakten vorstellen, um die eingangs erwähnten großen Herausforderungen für den Bereich "Wohnen" zu umreißen.

In der Anhörung der Kommission zur Einkommens- und Vermögenssituation Älterer wurde das derzeitige Ausmaß von Altersarmut diskutiert. Klar ist, dass aufgrund sinkender finanzieller Leistungsfähigkeit der Bevölkerung in Zukunft immer mehr ältere Menschen nicht in der Lage sein werden, eigene Vorsorge zu treffen.

(Torsten Renz, CDU: Na, da haben wir ja die Sozialministerin im Bund.)

Da es mehr Hochaltrige geben wird, wird auch die Zahl der Mobilitätseingeschränkten und der Pflegebedürftigen steigen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es fehlen aber jetzt schon Wohnungen, in denen diese Menschen selbstständig leben beziehungsweise zu Hause versorgt werden können. Eine Schätzung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe für die Enquetekommission geht davon aus, dass derzeit für diesen Personenkreis circa 35.000 Wohnungen fehlen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Perspektivisch 53.000.)

Bis 2030 wird diese Zahl noch einmal deutlich steigen, Frau Gajek.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Auf 53.000.)

Genau.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Unser Ziel für dieses Themenfeld "Wohnen im Alter" ist – und ich glaube, auch das ist Konsens hier im Haus –, dass Senioren ein langes selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglicht werden soll. Zur Erreichung dieses Ziels sind drei Hürden zu überwinden. Neben dem Mangel an barrierefreiem Wohnraum sind dies

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Versorgung.) ein fehlendes seniorengerechtes Wohnumfeld und mangelndes Problembewusstsein beziehungsweise fehlende Informationen. Zu allen drei Bereichen enthält der Bericht erste Maßnahmenempfehlungen:

Erstens. Schaffung von barrierefreiem Wohnraum

Die Wohnsituation für ältere Menschen hat sich in den letzten Jahren unter anderem durch umfassende Investitionen im Rahmen der Städtebau- und Wohnraumförderung verbessert. Insbesondere durch das seit 2002 aufgelegte Programm "Stadtumbau Ost" wurde auf die spezifischen Herausforderungen ostdeutscher Länder eingegangen. Die derzeitige Wohnsituation älterer Menschen ist in Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Barrierefreiheit nicht zufriedenstellend.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, durch die Anpassung in der Landesbauordnung müssen Regelungen für den Neubau von barrierefreiem Wohnraum geschaffen werden. Auch darf der Ausbau alternativer Wohnformen nicht behindert werden. Das heißt, für besondere Wohnformen müssen geeignete Rechtsnormen entwickelt werden, um die berechtigten Anforderungen an den Brandschutz und die Personenrettung praktikabel zu lösen. Weiter muss die Konzentration der bisherigen Wohnbauförderung insbesondere auf dem Umbau zu weitgehend barrierefreiem Wohnraum liegen. Die Nachhaltigkeit der Investitionen ist ebenso sicherzustellen wie die Einbeziehung der Städtebauförderung.

Zweitens. Seniorengerechtes Wohnumfeld

Eine barrierefreie Wohnung alleine reicht jedoch nicht aus.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee, man lebt auch vor der Tür.)

Das Leben von Seniorinnen und Senioren soll sich ja nicht nur in der eigenen Wohnung abspielen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, man lebt auch vor der Tür.)

Es bedarf auch eines seniorengerechten Wohnumfeldes.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quartiersmanagement.)

Viele Elemente eines solchen seniorengerechten Wohnumfeldes wird die Enquetekommission erst in den kommenden Sitzungen beraten. Dazu gehören unter anderem der ÖPNV, die Pflege, Nahversorgung et cetera.

> (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Siehe Südbahn! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Infrastruktur.)

Klar ist aber jetzt schon, dass für viele alltägliche soziale Probleme Vor-Ort-Lösungen gefunden werden müssen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ländlicher Raum. Älter werden.)

Dazu möchten wir flächendeckend Kümmerer, ähnlich dem Quartiersmanagement der sozialen Stadt, einführen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber die müssen finanziert werden, und zwar stetig.)

die Angebote zusammen durchdenken, vernetzen, abstimmen und dafür sorgen, dass alle an einem Strang ziehen.

(Torsten Renz, CDU: In die gleiche Richtung vor allem.)

Ja, auch in die gleiche ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und Mitmachzentralen reichen dafür mittlerweile nicht.)

Wie in vielen anderen Bereichen sind hier neben hauptamtlichen Mitarbeitern auch freiwillig Engagierte gefragt. Daher benötigen wir eine landesweite Engagementsstrategie.

An dieser Stelle möchte ich auf die in Planung befindliche Ehrenamtsstiftung der Landesregierung hinweisen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, da bin ich jetzt gespannt!)

welche gerade kleinen Vereinen, Initiativen und Gruppen vor Ort hilfreich zur Seite stehen wird.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war aber gestern anders zu hören.)

Drittens. Die fehlende Information, das mangelnde Problembewusstsein:

Dieser Mangel kann erstens durch die Einführung einer flächendeckenden Wohnberatung auf zwei Ebenen abgebaut werden, so zum Beispiel durch unabhängige, aufsuchende mobile Wohnberatungsstellen im ganzen Land. Diese beraten dann zu den baulichen Maßnahmen, zu Finanzierungsmodellen und zur Ausstattung in der Häuslichkeit. Die SPD-Fraktion schlägt vor, diese an die bereits im Land bestehenden Pflegestützpunkte als erste Anlaufstelle anzudocken –

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

zurzeit ist zum Beispiel diese Stelle in der Hansestadt Rostock beim Bauamt angesiedelt und in der Stadt Schwerin ist die Handels...,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Handwerkskammer.)

Handwerkskammer der erste Anlaufpunkt -

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber es geht doch um Dezentralisierung.)

und zweitens, eine Koordinierungsstelle auf Landesebene einzurichten.

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Unabhängig.)

welche unter anderem die Bewusstseinsbildung, die Information, die Vernetzung und die Fortbildung involvierter Akteure steuert.

Zusammenfassend kann man, glaube ich, feststellen, dass wir mit dem Zwischenbericht einen Meilenstein erreicht und ein gutes Ergebnis vorzuweisen haben. Für die intensive Arbeit an dem Zwischenbericht möchte ich mich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich beim Vorsitzenden der Kommission Herrn Jörg Heydorn und bei den Mitarbeitern des Enquetekommissionssekretariats bedanken. Es ist aber auch deutlich geworden, dass noch eine Menge Arbeit auf uns wartet, die wir gemeinsam, hoffentlich genauso konstruktiv wie bisher, erledigen werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, da freue ich mich drauf.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

**Stefan Köster**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss diese Feiertagsstimmung leider beenden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Och!)

"Blechen wir für total unsinnige Gutachten?", so fragt der "Nordkurier" in seiner Ausgabe vom 9. Mai 2014 zu Recht. In dem Artikel, der sich mit dieser Enquetekommission auseinandersetzt, wird unter anderem ausgeführt, Zitat: "Experten können Steuerzahler-Geld mit Gutachten und Analysen verdienen." Zitatende. Und weiter heißt es dort: "Trotz erheblicher Mehrausgaben für die Ausstattung der Kommission werden leider nur Allgemeinplätze kommuniziert." Zitatende.

Es ist richtig, dass die NPD-Fraktion inhaltlich den Zwischenbericht ablehnt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und nie mitgearbeitet hat.)

Bekanntlich habe ich im Namen meiner Fraktion zum Zwischenbericht der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" ein Sondervotum abgegeben. Hauptgrund des Sondervotums ist die absolut gegensätzliche Auffassung unserer Fraktion zur Arbeit der Enquetekommission.

(Jochen Schulte, SPD: Ich dachte, zum Älterwerden.)

Angesichts der erschreckenden Zahlen, die das Statistische Bundesamt bereits am 10. Oktober 2012 mit seinem Statistischen Jahrbuch 2012 der Öffentlichkeit bekannt gab, beantragte die NPD-Fraktion im Oktober 2012 erneut, dass sich das Augenmerk der Kommission auch auf die Punkte Familien- und Geburtenförderung richten muss.

(Heinz Müller, SPD: Mutterkreuz.)

Dieses umfangreiche, aber für die Existenz unseres Volkes wichtigste Thema

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, jetzt geht das wieder los!) ist untrennbar verbunden mit der Zielstellung "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern".

(Beifall Tino Müller, NPD)

Deutschland vergreist und hat europaweit mittlerweile die älteste Bevölkerung. Hinzu kommt, dass die Bundesrepublik Deutschland bezogen auf die Bevölkerung insgesamt mit 8 Kindern je 1.000 Einwohner die niedrigste Geburtenrate weltweit aufweist. Nur im Vatikan dürfte sie vielleicht noch geringer sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war ja ein Gag jetzt, ehrlich! Da falle ich ja vom Stuhl. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Aus Sicht der NPD-Fraktion muss sich die Enquetekommission daher zwingend neben der sehr wichtigen Sicherstellung des Lebens in Würde im Alter auch mit der Familien- und Geburtenförderung auseinandersetzen und Lösungsvorschläge erarbeiten. Andernfalls verkommt die Enquetekommission aus unserer Sicht zu einem Kaffeeklatsch ohne messbare Verbesserungen für alle Generationen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Ja, und was haben Sie dann? Nichts!)

Diese Ziellosigkeit wird auch im Zwischenbericht der Enquetekommission mehr als deutlich. Vor allem die im Zwischenbericht der Enquetekommission vorgeschlagenen Maßnahmenempfehlungen sind ein Beleg für die Orientierungslosigkeit der Verantwortlichen in den jeweiligen Landesregierungen seit 1990, also seit der sogenannten Wende.

(Rainer Albrecht, SPD: Seit 1990? Sie reden doch dummes Zeug.)

So soll unter anderem eine mobile Wohnberatung, deren Ausgangspunkt die Pflegestützpunkte im Land sein sollen.

(Rainer Albrecht, SPD: Waren Sie denn schon mal in einem Pflegestützpunkt?)

grundlegende Voraussetzung für einen langen und zufriedenen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit sowie im vertrauten Wohnumfeld sein.

Aus Sicht der NPD-Fraktion ist allerdings die Aufrechterhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum Garant eines lebenswerten Wohnumfeldes für alle Generationen. Darüber hinaus umfassen die Maßnahmenempfehlungen Wunschvorstellungen für ein altersgerechtes Wohnen der Zukunft, die mit der Wirklichkeit schwer in Einklang zu bringen sein werden. Nicht die scheinbar unzureichende Barrierefreiheit des Wohnraumes stellt für viele Senioren ein Problem dar, vielmehr ist es die Barriere der immer schlechter werdenden Versorgungs- und Mobilitätsstruktur, die vielen Senioren ein Leben in Würde erschwert.

Der Politik der unterschiedlichen Landesregierungen in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten ist es zu verdanken, dass es gerade der älteren Generation hier im Land immer schwieriger gemacht wird, in den kleinen Gemeinden des Landes ein unbeschwertes Leben ohne Einbußen der Lebensqualität zu führen. Der Rückbau der Infrastruktur, beispielhaft seien hier nur der mangelhafte

öffentliche Personennahverkehr, die Unterfinanzierung der häuslichen Krankenpflege und der Ärztemangel genannt, der einhergeht mit der Konzentrierung auf die Mittelzentren, führt für viele Senioren zu einer Minderung der Lebensqualität. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Infrastruktur auch im ländlichen Raum als zwingende Pflichtaufgabe der Landespolitik würden nicht nur zur Beibehaltung einer hohen Lebensqualität führen, sondern sind aus Sicht der NPD-Fraktion die grundlegende Voraussetzung für einen langen und zufriedenen Lebensabend in der eigenen Häuslichkeit sowie im vertrauten Wohnumfeld.

Für das Miteinander der Generationen und den scheinbar beabsichtigen Zweck, die Qualität des Wohnens im Alter mindestens beizubehalten oder gar noch zu erhöhen, sind aus Sicht der NPD-Fraktion weitreichendere Maßnahmen zwingend erforderlich. Der Rückgang der Einwohnerzahl und die langen Fahrwege zur Arbeitsstätte führen dazu, dass das Miteinander der Generationen immer schwieriger zu vereinbaren ist. Aus diesen Gründen haben wir von der NPD-Fraktion von Beginn an gefordert und auch beantragt, dass sich das Augenmerk der Kommission auch auf die Punkte Familien- und Geburtenförderung richten muss. Sie haben diese Ergänzung, die der Enquetekommission einen nachprüfbaren Auftrag gegeben hätte, bekanntlich abgelehnt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass sich die Politik neben der sehr wichtigen Sicherstellung des Lebens in Würde im Alter auch mit der Familien- und Geburtenförderung auseinandersetzen und Lösungsvorschläge erarbeiten muss. Nur das Zusammenwirken beider Lösungsziele gewährleistet unserer Meinung nach auch im hohen Alter einen langen und zufriedenen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit sowie im vertrauten Wohnumfeld.

Die Enquetekommission, wie sie gegenwärtig geprägt ist und unter den gegebenen Umständen, ist ein reines Papier- und Bürokratiemonster, ein Gesprächskreis, der den Bürgern keine Verbesserung bringen wird. Aus diesem Grunde lehnen wir von der NPD-Fraktion diese Enquetekommission.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, dann bleiben Sie doch fern!)

wie sie gegenwärtig gefasst ist, ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf aus dem Plenum: Die ist schon ganz aufgeregt gewesen.)

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich glaube, Herr Köster, so überflüssig Ihr Beitrag eben war, so überflüssig haben Sie sich bislang auch immer in der Enquetekommission engagiert,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

wenn man davon reden kann.

(Julian Barlen, SPD: Aber der war doch gar nicht da!)

Genau.

(Heinz Müller, SPD:
Die ganze Fraktion ist überflüssig. –
Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Also ich möchte auch auf ein paar Punkte eingehen. Vieles ist bereits gesagt worden. Auch mein Dank gilt a) dem Sekretariat und b) den Sachverständigen und Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien.

(Andreas Butzki, SPD: Und dem Vorsitzenden, dem kann man auch mal Danke sagen.)

Wie Sie wissen, waren wir am Anfang skeptisch, haben einen Änderungsantrag eingebracht, um die intergenerativen Zusammenhänge noch mal mehr in den Fokus zu setzen. Das ist abgelehnt worden, aber – und das ist gerade bei den Gutachten von Professor Dehne und Frau Kremer-Preiß bewusst geworden – wir müssen eben den demografischen Wandel weiter sehen, weiter sehen als eine älter werdende Generation, die häufig, so kommt es mir vor, nur als ein – in Anführungsstrichen – Klotz am Bein gesehen wird.

22 Sitzungen – das haben wir ja von Herrn Heydorn erfahren – waren es und ich denke gerade an die vielen Stunden des Verhandelns und des Auslotens: Was ist uns wichtig? Vieles ist hier benannt worden, wie die Novellierung der Landesbauordnung und das Sondervotum der LINKEN, aber ich möchte auf ein paar Punkte noch mal konkreter zu sprechen kommen, weil die bislang doch nicht so beleuchtet wurden.

Die Wohnberatung – Herr Albrecht hat das eben gesagt, wir haben uns dazu, ich denke, fast einstimmig positioniert –, die Wohnberatung ist ein wichtiges Element. Sie haben mich ja vorhin dazwischenrufen hören "Verstetigung". Ich denke, wenn wir das ernst nehmen für unser Bundesland, für eine Wohnraumplanung, -gestaltung und Barrierefreiheit, dann brauchen wir eine Wohnberatung, die insbesondere Menschen dahin gehend berät, wie kann ich den Wohnraum gestalten, wie kann ich ihn barrierefrei gestalten. Und natürlich habe ich die Hoffnung, dass dieses eine generationsgerechte Entwicklung ist, dass eben auch jüngere Menschen mit einer Behinderung, die eine barrierefreie Wohnung brauchen, dieses Angebot wahrnehmen.

Gleichwohl ist die Wohnberatung insofern noch mal interessant, dass es auch die energetische Beratung gibt, denn – und das ist insbesondere deutlich geworden beim Gutachten von Frau Kremer-Preiß – es geht eben nicht nur um die Miete, sondern auch um steigende Betriebskosten. Insofern ist es noch mal wichtig zu schauen: Was haben denn Aspekte wie Energieversorgung, Wärme, Abwasser, Wasser für eine Bedeutung, wenn wir unser gesamtes Land sehen? Ich glaube, wir brauchen eine ressortübergreifende Engagementsstrategie, und das ist ein weiterer Punkt in der Wohnberatung. Denn diese soll zukünftig ja dezentral untergebracht werden, ne, Herr Albrecht?

(Rainer Albrecht, SPD: Jawoll.)

Dezentral und ehrenamtlich, das heißt, wir haben auf oberster Ebene die Landeskoordinationsstelle, die unabhängig ist, und darunter haben wir perspektivisch die 18 Pflegestützpunkte. Darum haben wir sehr gestritten, und Sie wissen, dass ich manche Punkte nach wie vor kritisch sehe.

(Heinz Müller, SPD: Das tut uns aber leid.)

Und wir haben in das Gutachten mit reingebracht, in den Zwischenbericht, dass es ein Interessenbekundungsverfahren gibt, nämlich zu fragen, wer kann diese dezentrale Wohnberatung machen, wo wir eben schon Beratungsstellen im Land haben, die vielleicht auch perspektivisch eine andere Ausrichtung bekommen. Hier muss konsequent weitergebildet werden. Das darf keine Eintagsfliege werden, wenn wir das ernst nehmen. Hier muss aber nicht nur weitergebildet werden in Fragen der Technik und der Energieversorgung, sondern jedes Gespräch, jede Beratung werden immer davon begleitet sein, dass ältere Menschen auf diese Gespräche zu sprechen kommen. Sie brauchen dann eben Empathie.

Wir Bündnisgrüne haben ein Sondervotum eingebracht, und es ist ja hier mehrfach genannt worden: alternative Wohnformen. Vielleicht, um noch mal eine Zahl zu nennen, es gibt im Land zehn alternative Wohnformen. Die Frage ist, und das ist auch vorhin benannt worden, wie definiere ich "alternative Wohnformen"?

(Rainer Albrecht, SPD: Richtig.)

Das sind eben nicht nur Wohnformen, wo vielleicht Henning Scherf in einer WG wohnt – das ist ja ein Beispiel, was wir immer hören –, sondern vielleicht auch, Dörfer zukünftig wieder zu beleben, Zuwanderung, Menschen mit Migrationshintergrund, alte Menschen, junge Menschen, die in einem Ort selbstbestimmt alt werden wollen.

Gerade das Gutachten und der Vortrag von Professor Klingholz, die ja in der Enquetekommission doch zu einigen lauten Diskussionen geführt haben, haben noch mal eines gezeigt – und ich denke, das ist ja auch das, was hier in der Debatte immer wieder gesagt wurde –: Vielfalt. Wir müssen uns ernsthaft in der Enquetekommission damit auseinandersetzen: Vielfalt versus Gleichwertigkeit, was heißt das? Barrierefreiheit, Barrierearmut sind wichtig, aber, und da gebe ich Herrn Albrecht recht,

(Beifall Andreas Butzki, SPD – Rainer Albrecht, SPD: Danke.)

dass nämlich das Wohnen in den eigenen vier Wänden eins ist, aber wir sind alle soziale Wesen, ob Alt oder Jung, Mann oder Frau, wir brauchen andere Menschen. Und dieses ist in der Enquetekommission noch mal sehr schön herausgearbeitet worden, dass nämlich gerade alternative Wohnformen im Gemeinwesen eine große Bedeutung haben und meines Erachtens auch zukünftig bekommen werden. Wir haben uns, wie gesagt, dafür eingesetzt, hier die alternativen Wohnformen noch mal zu konkretisieren mit Beratung, Anschubfinanzierung und Begleitung.

Aber lassen Sie mich noch abschließend etwas zum Miteinanderumgehen in der Enquetekommission reflektieren. Ich habe ja vorhin Frau Friemann-Jennert gehört, die meinte, also die Landesbauordnung hat man uns zu verdanken. Auch Herr Albrecht hatte das beansprucht.

(Rainer Albrecht, SPD: Die Landesbauordnung habe ich nicht beansprucht.)

Ich denke, die Aufgabe der Enquetekommission ist, in die Perspektive bis 2030 zu gucken.

(Rainer Albrecht, SPD: Das Zuschussprogramm jawoll, das ja.)

Wir haben die Aufgabe, in der Enquetekommission ressortübergreifend zu diskutieren, und natürlich so, wie Hannah Arendt es mal gesagt hat: "Denken ohne Geländer". Und da habe ich einen Wunsch an die beiden Regierungsfraktionen: Seien Sie so emanzipiert, dass Sie, auch wenn vielleicht von Ihrer Landesregierung und den Landesministerien Ängste da sind,

(Andreas Butzki, SPD: Das ist auch Ihre Landesregierung! Unsere Landesregierung! – Jochen Schulte, SPD: Wie? Was? Ich soll emanzipiert sein?)

man vielleicht nicht mutig genug ist – lassen Sie uns daran arbeiten!

Gerade der Bereich "Wohnen" hat uns doch gezeigt, und ich glaube, das ist eindrücklich von allen gesagt worden, es geht eben nicht nur um das Wohnen, es geht eben auch darum, in der Region, egal wo, wohnen zu bleiben. Und, liebe Maika Friemann-Jennert, weißt du noch, bei der Diskussion mit Herrn Klingholz, der immer meinte, ich komme dann mit der Abrissbirne, wie wir alle dagesessen haben und gesagt haben: Oh Gott, müssen wir jetzt bestimmen, wo abgerissen wird oder nicht?

Also noch mal: Wir werden die Frage der Versorgung haben. Wir werden die Frage der Mobilität haben. Wir haben immer wieder begleitend die Frage der Barrierefreiheit, und da ist natürlich perspektivisch zu fragen: Was nützt mir ein Bahnsteig – wir haben gerade die Diskussion um die Südbahn –, der barrierefrei ist, aber es fährt kein Zug mehr oder kein Bus?

(Rainer Albrecht, SPD: Ein Bus fährt da.)

Oder was mache ich, wenn ich in Lübz wohne und vom Dorf komme, vom Bus aber bis zum Zug 600 Meter über Kopfsteinpflaster gehen muss und gar nicht hinkomme wegen der Taktzeiten? Was heißt es perspektivisch mit einer zunehmend älteren Bevölkerung, die möglicherweise an Demenz erkrankt? Wie kann ich bestehende betreute Wohneinrichtungen mit Demenz-WGs verbinden? Wie kann ich vielleicht auch landwirtschaftliche Genossenschaften damit verbinden? Das wären Wünsche, die ich hier noch mal äußern möchte.

Und ein letzter Wunsch – wir haben hier das Sozialhilfefinanzierungsgesetz diskutiert zum Ausbau der ambulanten Pflege –, ich habe einen Wunsch, den äußere ich hier und hoffe, wir werden uns dem auch in der Enquetekommission noch mal annehmen: Es sollten 1,5 Millionen Euro eingesetzt werden, um hier eine demografische Entwicklungsstrategie aufzubauen. Ich kann nur appellieren, lassen Sie uns das Projekt des demografischen Wandels gemeinsam angehen! Lassen Sie uns, auch, wenn wir erfahren, dass andere Gutachten sagen, dass die Ergebnisse, die wir jetzt im Zwischenbericht hatten, vielleicht nicht weitgreifend sind, den Mut haben, die Gedanken wieder aufzuführen! Vielleicht können wir dann am Ende nicht nur

10 alternative Wohnprojekte haben, sondern 100, die wir hier im Land haben, und sagen, dass es schön ist, in Mecklenburg-Vorpommern zu leben, denn ich lebe gerne hier.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist unbestritten.)

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Aussprache ist seitens des Vorsitzenden der Enquetekommission beantragt worden, den Zwischenbericht der Enquetekommission auf Drucksache 6/2929 verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beratung des Tätigkeitsberichtes des Petitionsausschusses gemäß § 68 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern – Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2013, Drucksache 6/2930.

Tätigkeitsbericht 2013 des
Petitionsausschusses (1. Ausschuss)
gemäß § 68 der Geschäftsordnung des
Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Die Tätigkeit des Petitionsausschusses
des Landtages MecklenburgVorpommern im Jahr 2013
– Drucksache 6/2930 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses Herr Dachner. Bitte schön.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich, dass ich Ihnen als Vorsitzender des Petitionsausschusses heute über dessen Tätigkeit im Jahr 2013 berichten kann.

Der Tätigkeitsbericht wurde abschließend im Petitionsausschuss beraten und liegt Ihnen mit der Drucksache 6/2930 vor, sodass ich davon ausgehe, dass ich mich hier auf wenige Zahlen und Fakten beschränken kann. Zuvor gestatten Sie mir jedoch, dass ich mich bei den Mitarbeiterinnen der Petitionsverwaltung unter Leitung von Frau Berckemeyer recht herzlich bedanke für ihre konstruktive und fleißige Arbeit.

Nun zum Bericht. Die Bürgerinnen und Bürger haben im letzten Jahr 826 Eingaben an den Petitionsausschuss übergeben. Das sind 159 Petitionen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. 43 Petitionen waren darunter Sammelpetitionen. Gerade bei Gesetzesänderungen und -initiativen, die eine Vielzahl von Menschen betreffen, kommt es zu diesen Sammelpetitionen, wo sich zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und es dem Landtag zur Kenntnis zu geben.

So protestierte zum Beispiel eine Bürgerinitiative mit 185 Bürgerinnen und Bürgern gegen die Ausweisung eines geplanten Gebietes für Windkraftanlagen. In einer anderen Sammelpetition forderten 79 Bürgerinnen und Bürger, bei der Ausweisung neuer Eignungsgebiete für Windkraftanlagen früher, schneller, umfassender beteiligt und auch informiert zu werden. Neben diesen Sammelpetitionen gegen die Auswirkungen der Energiewende gab es auch eine Reihe von Sammelpetitionen, die sich gegen die geplante Gerichtsstrukturreform im letzten Jahr richtete. Hier schlossen sich 739 Bürgerinnen und Bürger an, die sich auch für die Erhaltung der alten Gerichtsstandorte einsetzten.

Einer Vielzahl anderer Petitionen schlossen sich 6.194 Bürgerinnen und Bürger an. Sie richtete sich gegen die im öffentlichen Vergabeverfahren getroffene Entscheidung, zukünftig anstatt der OLA ein anderes Unternehmen mit dem Personenschienenverkehr zu beauftragen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, haben im letzten Jahr 9.771 Bürgerinnen und Bürger einzeln oder auch in der Gemeinschaft Petitionen an den Landtag gerichtet. Ich glaube, das ist eine sehr eindrucksvolle Zahl, die beweist, wie wichtig den Bürgerinnen und Bürgern das Petitionsgrundrecht ist.

Der Petitionsausschuss hat im letzten Jahr dem Landtag vier Beschlussempfehlungen und vier Berichte übergeben, in deren Folge 553 Petitionen abschließend bearbeitet wurden. 68 davon wurden in Gänze im Interesse der Bürgerinnen und Bürger geklärt und bei einer Vielzahl anderer Petitionen konnten Kompromisse geschlossen werden. So sei von mir hier ein Beispiel genannt:

Ein Petent forderte über ein Jahr lang oder suchte zumindest über ein Jahr lang die Möglichkeit, den Tod seines Bruders amtlich beurkunden zu lassen. Ich muss vielleicht dazusagen, sein Bruder war auf einem Segeltörn im Südpazifik, ist dort verstorben und musste aufgrund der Umstände im Südpazifik beigesetzt werden. So haben das die Mitsegler, die vier, bei der Staatsanwaltschaft auch bezeugt, sodass in der Folge das von Amts wegen eingeleitete Ermittlungsverfahren eingestellt wurde. Aber die Erteilung dieser Sterbefallanzeige, die für die Beurkundung des Todes wichtig war, hat die Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil zur Bestattung keine amtsärztliche Todesanzeige beziehungsweise kein Totenschein vorlag.

Nun könnte man sarkastisch fragen: Wo gibt es im Südpazifik einen Hausarzt? Aber vielleicht ist hier Sarkasmus gar nicht angebracht. Jedenfalls wandte sich der Bürger dann mit einem Antrag an das Amtsgericht, um ein Aufgebotsverfahren zum Todesfall zu eröffnen. Dieses wurde auch abgelehnt, weil das Amtsgericht richtigerweise der Auffassung ist, dass dieser Antrag beim Gericht nur für Verschollene aufgenommen wird, und verschollen war dieser Bürger nicht. Also wandte er sich dann an das Seemannsamt in Bremen. Doch das Seemannsamt in Bremen war auch nicht zuständig, weil es nur die Toten auf Handelsschiffen beurkundet. Es blieb ihm nur der Weg übrig, noch mal zu dem Standesamt zu gehen, in dessen Einzugsbereich der Bruder bis zum Tode wohnhaft war. Dieses Standesamt war auch nicht zuständig. Um aus diesem Behördendschungel herauszufinden, wandte er sich dann an den Petitionsausschuss.

Im Zuge des Petitionsverfahrens stellte sich heraus, dass dafür das Standesamt I in Berlin zuständig ist. Allerdings

war Voraussetzung, dass hier eine Sterbefallanzeige entweder durch den Schiffsführer oder durch die Staatsanwaltschaft vorliegt,

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja wie bei Asterix in Rom: Gehen Sie in Zimmer 1 und dann gehen Sie in Zimmer 2 ...)

aber die Staatsanwaltschaft hatte ja damals diese Anzeige nicht aufgenommen. Somit mussten der Schiffsführer und die Besatzung durch dieses Standesamt noch einmal kontaktiert werden. Die Anzeige wurde dann aufgenommen, die Beurkundung auch, das Petitionsverfahren wurde abgeschlossen.

Im Zuge dieses Petitionsverfahrens hat dann aber das Bundesinnenministerium das Personenstandsgesetz dahin gehend verändert, dass zukünftig alle Toten auf offener See durch dieses Standesamt beurkundet werden, und nicht nur die auf Handelsschiffen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Also ich will nur sagen, es ist sicherlich nicht einfach, sich in so einer außergewöhnlichen Situation zurechtzufinden. Aber was ich unerträglich finde, ist, dass man Bürger von einer Behörde in die andere schickt, anstatt sie tatkräftig zu unterstützen. Bürgerfreundlichkeit, denke ich, ist sicherlich etwas anderes.

Der Petitionsausschuss hat weiterhin 17 Petitionen an die Landesregierung und an die Fraktionen überwiesen mit dem Ziel, entweder Gesetzesänderungen oder -initiativen zu erreichen oder auf besondere Petitionen aufmerksam zu machen. Hier sei wieder ein Beispiel gestattet.

So ist zum Beispiel der Paragraf 4 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags noch einmal in Bezug auf die Erweiterung der Befreiungstatbestände für Wohngeldempfänger zu überdenken. Wir glauben, dass gerade Wohngeldempfänger, denen es nicht so gut geht, vom Rundfunkbeitrag auch freigestellt werden könnten. Andererseits, glaube ich, ist es gut, wenn die Politik noch einmal ihre Forderung überdenkt, von den Menschen zu erwarten, dass sie mobil sind und flexibel am Arbeitsmarkt, dass sie aber dann, wenn sie am Wohnort keinen Arbeitsplatz, keine Arbeit finden, eine Zweitwohnung nehmen müssen und dafür ein zweites Mal Rundfunkbeitrag zu zahlen haben. Das halten wir für überdenkenswert.

Das Gleiche gilt noch einmal für die Fraktionen und die Landesregierung, nachzudenken über die Rahmenbedingungen der Rundfunkanstalten, die Satzungen der Rundfunkanstalten, die ab Ende 2014 zulassen, dass private Adressen aufgekauft werden können. Das halten wir zusammen mit dem Landesdatenschutzbeauftragten für bedenklich.

Ich denke, meine Damen und Herren, die weiteren Beispiele finden Sie in dem Bericht, der Ihnen vorliegt. Insofern glaube ich, dass die Beispiele, die ich genannt habe und die Sie dort finden, Aufschluss geben darüber, wie die Menschen reagieren – gerade bei Sammel- und bei Massenpetitionen – auf politische Entscheidungen. Aber auch Einzelpetitionen machen deutlich, dass Petenten das Recht und auch die Möglichkeit haben, sich mit ihren persönlichen Problemen an ihre Volksvertreter wenden zu können.

Abschließend sei mir gestattet, mich noch einmal bei allen Mitarbeitern des Ausschusses zu bedanken für ihre fleißige, konstruktive, sicherlich auch streitbare Zusammenarbeit. Ich bitte um Zustimmung zu dem Tätigkeitsbericht des Ausschusses. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Dachner.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Lindner von der CDU-Fraktion.

**Detlef Lindner**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie haben es schon von meinem Vorredner gehört, dass im Vergleich zum letzten Jahresbericht die Zahl der eingegangenen Petitionen gestiegen ist, was ein deutliches Signal dafür ist, dass der Petitionsausschuss von den Bürgern unseres Landes noch bewusster als Schlichter zwischen Politik und Bürger wahrgenommen wird.

Meine Damen und Herren, die Themen der 826 Petitionen waren wieder einmal vielfältig und haben das Leben in Mecklenburg-Vorpommern widergespiegelt. Die Schwerpunkte lagen vor allem in den Bereichen der kommunalen Angelegenheiten, des Sozialrechts, der Bildungspolitik, des Steuerrechts und des Strafvollzugs. Bei den Sammelpetitionen stachen insbesondere folgende Themenschwerpunkte hervor: die Ausweisung von Windkrafteignungsgebieten, die Gerichtsstrukturreform und die Personenbeförderung im Schienenverkehr.

Ich möchte gern auf zwei Themenbereiche eingehen, die mir persönlich aufgefallen sind. Dies betrifft zum einen die kostenlose Fahrradmitnahme in den Regionalzügen. Gleich mehrere Petenten forderten, die kostenlose Fahrradmitnahme in Regionalzügen auch nach dem Jahr 2012 zu ermöglichen. Bis dahin gab es eine Vereinbarung zwischen der Bahn und dem Land, dass Inhaber von Jahreskarten der Deutschen Bahn Fahrräder kostenlos mitnehmen können. Die Bahn hatte diese Vereinbarung aufgekündigt beziehungsweise nur zu erheblich schlechteren Konditionen fortsetzen wollen. Bereits bei der Anhörung haben die Vertreter des Energieministeriums verdeutlicht, dass das Land die Idee der Fahrradmitnahme begrüße, aber wegen der Haushaltslage zunächst nicht fortsetzen könne.

Da die kostenlose Fahrradmitnahme gerade für Pendler in einem Flächenland außerordentlich wichtig ist, wurde die Petition an die Landesregierung überwiesen, damit das Thema nicht aus dem Fokus gerät. Wir werden gerade im Interesse der Pendler in unserem Land das Gespräch mit dem Verkehrsminister suchen und erneut Verhandlungen mit der Bahn anregen.

Meine Damen und Herren, es gab noch eine weitere Petition, die ich besonders erwähnen möchte. Sie betraf die Einrichtung von Pflegestützpunkten in Mecklenburg-Vorpommern. Die Konzeption sieht vor, dass Pflegestützpunkte als erste Anlaufstelle für Pflegebedürftige und deren Angehörige unabhängig und trägerübergrei-

fend beraten sollen. Sie koordinieren alle für die Versorgung und Betreuung wesentlichen pflegerischen und sozialen Unterstützungsangebote und stärken so die ambulanten und teilstationären Angebote. Der Petent forderte die Umsetzung dieses noch jungen Konzeptes in Mecklenburg-Vorpommern.

Nach den seinerzeit geltenden rechtlichen Vorgaben sollte in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Landkreis mindestens ein Pflegestützpunkt aufgebaut werden. Nach der damaligen Kreisstrukturreform – 12 Landkreise und 6 kreisfreie Städte – wären das 18 Pflegestützpunkte gewesen. Mittlerweile gibt es in unserem Land 13 Pflegestützpunkte. Der Kreisgebietsreform wurde insoweit Rechnung getragen, als es jetzt mehr Pflegestützpunkte in den einzelnen Kreisen gibt. Darüber hinaus gibt es Außenstellen und zusätzliche auswärtige Sprechtage in den Regionen. Dies ist ein guter und weiter ausbaufähiger Ansatz.

Meine Damen und Herren, die Pflegestützpunkte erfordern einen hohen Personalaufwand. Die Kommunen sind deshalb dauerhaft auf die finanzielle Unterstützung des Landes angewiesen. Die Kommunen vertrauen auf die Zusage des Sozialministeriums, dass die Finanzierung langfristig bestehen bleibt und sie so Planungssicherheit haben, denn, meine Damen und Herren, Pflege kennt keine Betreuung nach der Haushaltslage, sondern muss sich immer nach dem Bedarf richten. Insoweit begrüße ich es außerordentlich, dass sich nach der Anfangsförderung auch die Anschlussförderung ergeben hat – im Interesse der Pflegebedürftigen, der Angehörigen sowie der Kommunen. Es ist wünschenswert, dass die Finanzierung der Pflegestützpunkte langfristig gesichert wird.

Meine Damen und Herren, das waren nur zwei der zahlreichen Themen aus der Arbeit des Petitionsausschusses im letzten Jahr. Diese wie auch alle anderen Petitionen zeigen, wie wichtig die Arbeit des Petitionsausschusses als Anlaufstelle für alle Bürger ist. Die CDU-Fraktion wird dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Jochen Schulte, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt der Jahresbericht des Petitionsausschusses des Landtages zur Beschlussfassung vor. Wir alle wissen, dass die Behandlung von Petitionen eine eigenständige Aufgabe des Parlamentes ist. Leider steht sie nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, was ich sehr bedauere. Immerhin werden durch die Petitionen Beziehungsfelder zwischen Wählerinnen und Wählern und dem Parlament zum Ausdruck gebracht. Dieses öffentliche Interesse zeigt sich auch in der Darstellung des Petitionsausschussberichtes für das Jahr 2013 in der Presse.

Wenn Sie sich heute den Pressespiegel angeguckt haben, dann ist es sehr dürftig, was diesbezüglich zum Bericht des Petitionsausschusses gesagt wird. Das hört sich an wie eine Kritik an der Presse, soll es einerseits auch sein, aber es ist auch Kritik an uns allen. Wie gehen

wir als Parlament mit dem vorliegenden Petitionsbericht letztendlich um? Wie ernst nehmen wir ihn – das sieht man zum Beispiel auch an der Teilnahme hier im Parlament – und was bedeutet er für uns?

Meine Damen und Herren, das Petitionsrecht stärkt aber auch die Beziehungsfelder von Regierung und Parlament im Zusammenhang mit dem eigenständigen Kontrollrecht. Nicht zuletzt wird durch Petitionen und ihre Bearbeitung durch den Petitionsausschuss das bereits gestörte Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung wiederhergestellt. Gerade diesbezüglich gibt es aus meiner Sicht sehr positive Beispiele, die sich auch in diesem Bericht des Petitionsausschusses wiederfinden.

Betrachtet man den Jahresbericht unter diesen Gesichtspunkten, so ist aus meiner Sicht festzustellen, dass sich nach wie vor viele Bürgerinnen und Bürger an den Petitionsausschuss wenden und von ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen – die Zahlen wurden vom Vorsitzenden genannt – und dass viele Bürgerinnen und Bürger eine konkrete Petition einreichen, wenn sie mit einer Entscheidung des Parlamentes nicht einverstanden sind und die persönlichen Auswirkungen zu spüren bekommen. Also, wie im Bericht festgestellt, das Petitionsrecht wirkt wie ein Seismograf. Im Berichtszeitraum war dies deutlich zu spüren im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Rundfunkänderungsstaatsvertrages und der darin enthaltenen Bestimmung zum geräteunabhängigen Beitrag.

Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger machen aber auch von ihrem Petitionsrecht Gebrauch, um sich in politische Debatten über Vorhaben der Regierung und des Parlamentes einzubringen. Im Berichtszeitraum diesbezüglich im Zusammenhang mit der Gerichtsstrukturreform oder der Festlegung von neuen Windeignungsgebieten, um nur zwei Beispiele zu nennen. Diese Tendenz, schaut man sich die Berichte der letzten Jahre an, nimmt zu, und ich finde, das ist gut so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Petitionsausschuss hat sich im Jahr 2013 nicht nur einmal damit auseinandersetzen müssen, wie wir mit Petitionen umgehen, die ein konkreter Petent, ein einzelner an unseren Ausschuss schickt. Dieser Petent nutzt die Möglichkeit des Petitionsrechtes, um auf Probleme aufmerksam zu machen, die er der Presse entnimmt, ohne konkret zu beschreiben, wie er das Problem lösen möchte. Auf diesbezügliche Nachfragen antwortet er nicht. Schreiben des Petitionsausschusses werden offensichtlich ignoriert. Durch sein persönliches Verhalten bindet er viel Arbeit des Ausschusssekretariates und der Ministerien und somit auch Zeit, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Bearbeitung von Petitionen benötigen, wo Betroffene ganz ernsthafte Probleme haben.

Ich finde es gut und richtig, dass sich der Petitionsausschuss koalitionsübergreifend oder fraktionsübergreifend dazu verständigt hat, wie wir zukünftig mit diesen Petitionen umgehen, ohne das allgemeine Petitionsrecht für die Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Aber an die Adresse des Petenten sei gesagt, es ist nicht gut, dass er in dieser Art und Weise das Petitionsrecht aus meiner Sicht ein Stückchen weit missbraucht. Er tut dem Petitionsrecht im Allgemeinen nicht gut, aber auch seinen eigenen Petitionen, die er an einer oder anderer Stelle ernsthaft meint. Also vielleicht – wir haben ja schon ver-

sucht, ihn einzuladen, wir haben Briefe geschrieben, wir haben uns persönlich an ihn gewandt – von dieser Stelle einen Appell an den Petenten, dass er zukünftig mit dem Petitionsrecht doch ernsthafter umgehen sollte.

Meine Damen und Herren, zu Beginn meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass das Petitionsrecht auch einen Beitrag leistet, um das leider bereits gestörte Verhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Parlament beziehungsweise der Regierung oder der Verwaltung wiederherzustellen. Dieses gestörte Verhältnis bezieht sich zum Teil auf Unverständnis über konkrete Bescheide der Verwaltung. Sie resultieren daraus, dass die Behörden sich leider nicht immer als Dienstleister gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verstehen. Sie resultieren aber auch daraus, dass leider nicht immer die vorhandenen Ermessensspielräume, die in den Gesetzen durchaus vorhanden sind, zur Lösung eines Problems genutzt werden. Erst durch das Wirken des Petitionsausschusses ist es teilweise gelungen, dass es zu einer Lösung kommt.

Der Anspruch an die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, wenn wir zum Beispiel Beratungen mit Regierungsvertretern durchführen, ist eigentlich aus unserer Sicht, dass einerseits offene Fragen noch mal geklärt werden, aber andererseits auch gemeinsam gesucht wird, wie man ein konkretes Problem, ein bestimmtes Problem lösen kann.

Die Beispiele, die wir nennen können, wo es im Nachhinein zu einer Lösung gekommen ist, will ich an der Stelle nicht aufzeigen. Ich will aber darauf aufmerksam machen, dass es, glaube ich, gut ist und richtig wäre, dass sich die entsprechenden Behörden, bevor sie in den Ausschuss kommen beziehungsweise ihre Stellungnahmen abgeben, gemeinsam darüber verständigen, wie es im Interesse des Bürgers zu einer Einigung, einem Kompromiss beziehungsweise der Lösung eines Problems kommen kann.

Auf der anderen Seite sage ich aber auch, und das will ich hier deutlich machen, dass ich teilweise sehr unzufrieden damit bin, wie Ministerien beziehungsweise Verwaltungen mit dem Petitionsausschuss umgehen. Wir haben im letzten Berichtszeitraum acht Sitzungen zur Lösung eines bestimmten Problems durchgeführt, an denen Regierungsvertreter teilgenommen haben, die kommunalen Vertreter teilgenommen haben, der Bürgerbeauftragte, der in diesen Prozess involviert war, teilgenommen hat. Hier geht es um den Verandenstreit in der Stadt Rostock-Warnemünde.

Wir haben gemeinsam versucht, Lösungen zu finden. Wir haben die Fragen angesprochen, ob denn diese, ich sage mal, harten Maßnahmen, die dort teilweise durch die Stadtverwaltung Rostock auf den Weg gebracht worden sind, nicht zurückgenommen werden können, ob nicht durch das Innenministerium in Bezug auf die Entscheidung im öffentlichen Interesse eine andere Lösung herbeigeführt werden könnte zugunsten der Petenten – nichts war möglich. Auch die Empfehlung des Bürgerbeauftragten in Bezug auf die Stadt Rostock fand kein Gehör.

Wir haben also die Petition abgeschlossen, weil wir den Petenten nicht helfen konnten. Umso unverständlicher ist es, dass wir im Jahr 2014, zu Beginn des Jahres 2014 dann von der Stadtverwaltung zu hören bekommen beziehungsweise aus der Presse erfahren, dass mit Unterstützung des Innenministeriums jetzt ein Kompromiss gefunden wurde im Interesse der Besitzerinnen und Besitzer von Veranden in Rostock.

Ich glaube, das ist ein Beispiel, wo wir sehr viel Kraft investiert haben, gemeinsam mit dem Bürgerbeauftragten eine Lösung zu finden, wo es aber offensichtlich keinen Weg gegeben hat und erst im Nachhinein – viel später – dann eine Lösung gefunden wurde.

(Minister Lorenz Caffier: Das ist schön.)

Das ist schön, dass wir eine Lösung gefunden haben, Herr Caffier, aber ich sage Ihnen, die Lösung hätte auch im Jahr vorher in den acht Beratungen gefunden werden können. Und wenn wir uns die Fragen,

> (Minister Lorenz Caffier: Da war die noch nicht bereit, die Stadt. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

die konkreten Fragen an Ihr Ministerium genau angucken, liefen die genau darauf hinaus, inwieweit Sie der Stadt als oberste Aufsichtsbehörde,

(Minister Lorenz Caffier: Die Stadt war aber nicht bereit.)

inwieweit Sie als oberste Aufsichtsbehörde die Ermessensspielräume auch gelten lassen.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluss sagen, dass wir gemeinsam daran arbeiten sollten, und zwar Regierungskoalition, Opposition und die Regierung selbst beziehungsweise auch die kommunalen Verwaltungen, dass wir im Interesse der Petenten Lösungen finden. Und ich sage es hier ganz bewusst: Wenn wir heute feststellen, dass ungefähr 15 Petitionen im Interesse der Petenten zu 100 Prozent gelöst werden konnten und wir einige Kompromisse gefunden haben, heißt das natürlich auf der anderen Seite auch, dass die Verwaltungen im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis von Gesetzen beziehungsweise Verordnungen arbeiten. Auch das sei an dieser Stelle gesagt, denn das kommt manchmal aus meiner Sicht zu kurz.

Unsere Fraktion wird dem Bericht des Petitionsausschusses zustimmen und ich hoffe, dass wir das auch gemeinsam tun. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saemann von der SPD-Fraktion.

Nils Saemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst erst mal recht herzlich bedanken für die ausführliche Darstellung, die Frau Borchardt hier gemacht hat.

Ich möchte ergänzend hinzufügen, dass auch in diesem Berichtszeitraum unheimlich viele Beschwerden, Petitionen und Belange von den Bürgern aus Mecklenburg-Vorpommern an den Petitionsausschuss herangetragen worden sind, wo sehr, sehr auffällig ist, dass es viele Sammelpetitionen gab. Der Kollege Dachner hat in seinem Bericht schon darauf hingewiesen. Ich möchte das jetzt auch dabei belassen und nicht groß auf diesen Bericht eingehen.

Schwerpunktmäßig waren nach wie vor die Problematiken: nicht nur die Hinweise auf eine Korrektur von Windeignungsgebieten, sondern unter anderem auch Änderungen in bautechnischen Vorhaben im kommunalen und privaten Bereich, die auf Straßen und Festgebäude bezogen waren. Darauf möchte ich jetzt auch noch mal ganz kurz eingehen.

Mit einer ganz besonderen Eingabe wandte sich eine Bürgerinitiative zum Beispiel gegen die von einem Energieunternehmen geplante Errichtung eines Erdgasuntergrundspeichers in einem Salzstock. Es wurde auf Ersuchen des Petitionsausschusses um eine ausführliche Stellungnahme vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung gebeten. Das Ministerium teilte mit, dass das betreffende Energieunternehmen bereits an mehreren Standorten erfolglos nach positiven Bedingungen für die Errichtung eines Untergrundwasserspeichers gesucht habe.

Vom zuständigen Bergamt wurde auf Grundlage des Bundesberggesetzes lediglich die Erlaubnis erteilt, an diesem strittigen Standort eine Tiefengrundstrukturuntersuchung für die Eignung als Untergrundspeicher für Erdgas vorzunehmen. Das Ministerium wies ausdrücklich darauf hin, dass im Rahmen der Erkundungsarbeiten ein Beweis angetreten werden muss, welcher beinhaltet, dass eine grundsätzliche Eignung des Untergrundes für das anstehende Vorhaben bestünde. Im Rahmen des Verfahrens sollte auf Antrag die Öffentlichkeit mit einbezogen werden. Es wäre weiterhin zu untersuchen, ob mögliche Umweltauswirkungen auch die Beeinträchtigung anderer öffentlicher Interessen zur Folge habe.

Festgestellt wurde, dass es im naturschutzrechtlichen Bestimmungsrahmen erhebliche Defizite gab. Der betreffende Salzstock liegt in einem ökologisch sehr sensiblen Gebiet. So wären verschiedene Schutzgebiete nach nationalem, europäischem sowie internationalem Naturschutzrecht betroffen. Die stärksten Probleme lägen darin, dass der Standort des Vorhabens an einen Nationalpark und ein Vogelschutzgebiet grenze. Weiterhin ist ein kleiner Teil der Region zum UNESCO-Welterbe erklärt.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz schloss sich in seiner Stellungnahme den Ausführungen des Energieministeriums an. In einem weiteren Verfahren wurde vom Energieministerium mitgeteilt, dass der potenzielle Anlagenbetreiber keinen weiteren Antrag auf Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis stelle, und somit kann man sagen, dass es weiterhin ein kleiner Erfolg auf diesem Gebiet gewesen ist.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Erwähnenswert ist auch, dass in diesem Berichtszeitraum sehr viele Beschwerden und Eingaben aus dem sozialen Bereich in den Petitionsausschuss gelangten. Durch meine Vorredner wurde auf einiges schon hingewiesen. Ich möchte das noch ein bisschen ergänzen.

Wenn man anhand der eingegangenen Petitionen aus dem sozialen Bereich eine Feststellung trifft, ist es immer wieder auffällig, dass viele Bürger Beanstandungen aus den Bereichen "Versorgung und Pflege älterer Menschen", aber auch "Verbringung und Betreuung von Kindern" haben. Ganz besonders wird hier auf verwaltungstechnische Unebenheiten hingewiesen. So gibt es auch einige Beschwerden von Interessengemeinschaften privater Träger, wo die Berechnungen und Auszahlungen von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beanstandet wurden. Der Petitionsausschuss holte hierzu von mehreren Ministerien Stellungnahmen ein. Immer wieder wurde auf die kommunale Selbstverwaltung und die damit verbundenen Problematiken hingewiesen. Es wurde angemerkt, dass das Sozialministerium keinerlei Rechte habe, in die Entscheidungshoheit der kommunalen Träger einzugreifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich noch einmal die sehr gute Zusammenarbeit hervorheben und bedanke mich recht herzlich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die SPD-Fraktion wird somit dem Bericht des Petitionsausschusses zustimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Tino Müller von der NPD-Fraktion.

**Tino Müller**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ob Gerichtsstrukturreform oder Rundfunkgebühren, die Misswirtschaft Ihrer Politik trat auch im Jahr 2013 zutage. Richteten 2012 noch 667 Bürger ihre Eingaben an den Petitionsausschuss, so stieg die Zahl im vergangen Jahr auf 826.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Bei 43 der vorgenannten 826 Petitionen handelte es sich um Sammelpetitionen. Neben 783 Einzelzuschriften nutzten im Jahr 2013 in 43 Fällen insgesamt 8.988 Bürgerinnen und Bürger auf diese Weise ihr Petitionsrecht. Somit machten 9.771 Bürger im vergangenen Jahr von ihrem Recht Gebrauch, teils einzeln und teils in Gemeinschaft Vorschläge, Bitten und Beschwerden an den Petitionsausschuss des Landtages zu richten.

Wie ich bereits erwähnte, bildete unter den Petitionen die Gerichtsstrukturreform einen großen Kritikpunkt. So erreichten 15 Sammelpetitionen mit insgesamt 753 Unterschriften sowie 43 weitere Einzelpetitionen den Landtag. Mit der Reduzierung der Amtsgerichtsstandorte trägt die Landesregierung zur weiteren Verödung ganzer Landstriche in unserem Land bei.

Demmin ist beispielsweise so eine Stadt, die durch die Reformwut schwer gezeichnet ist. Zuerst wurde ihr der Status einer Kreisstadt aberkannt, nun folgt mit der drohenden Schließung des Amtsgerichtes der nächste Hammer. Die negativen Folgen für die städtische Infrastruktur bedürfen wohl keiner näheren Erläuterung. Doch es ist egal, wohin man schaut, ob Ludwigslust, Neustrelitz oder Ueckermünde, der Reform- und Sparhammer der Landesregierung schwingt kreuz und quer durchs Land.

Neben der Gerichtsstrukturreform beschäftigten den Petitionsausschuss auch weiterhin zahlreiche Eingaben, die sich gegen den geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag richteten. Dabei begründeten die Petenten ihre Beschwerden gegen die Einführung der Haushaltsabgabe, die sie vor allem damit untermauerten, dass sie entweder gar kein Empfangsgerät oder nur ein Radio besitzen würden und bisher keine oder nur eine geringere Rundfunkgebühr bezahlt hätten. Immer wieder wurden in diesem Zusammenhang auch die Kriterien der Ausnahmeregelung thematisiert, die in der aktuellen Gesetzeslage viel zu unklar geregelt sind. Ob bei Beziehern von Wohngeld oder bei Studenten, die aufgrund der Überschreitung der Förderhöchstdauer kein BAföG mehr erhalten und zur Zahlung des Rundfunkbeitrages verpflichtet sind, die Ungerechtigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch die Gesetzesblätter.

Meine Damen und Herren, die NPD-Fraktion hat hier im Landtag mit dem Antrag "Schluss mit der Abzocke bei den Rundfunkgebühren – 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag aufkündigen!" auf Drucksache 6/1657 Fakten geschaffen. Durch unsere Initiative wäre es zu einer erheblichen Entlastung der Bürger unseres Landes gekommen. Mit Ihrem Handeln, unsere Forderung mit Nein zu quittieren, offenbarte sich wieder einmal Ihre volksfeindliche Politik.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Das musst du gerade sagen! Das musst du gerade sagen, du bist volksfeindlich! Du!)

Zum Wohle der Bürger in diesem Land arbeiten und handeln, diesem Anspruch werden Sie nicht gerecht. Es ist daher nicht verwunderlich, dass unsere Landsleute immer mehr den Glauben an Ihre Politik verloren haben.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vielen Dank für Ihre nicht vorhandene Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der vergangenen Landtagssitzung haben wir uns hier im Plenum mit dem Quartalsbericht des Petitionsausschusses befasst. Heute ist der Tätigkeitsbericht des Ausschusses für das Jahr 2013 auf der Tagesordnung.

Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger an den Petitionsausschuss sind so vielfältig wie das Leben selbst. Sie reichen auf einer weiten Palette von sehr persönlichen Themen bis hin zur Positionierung zu aktuellen politischen Entscheidungen. Letztere erfolgt häufig als Sammel- oder Massenpetition, also als gemeinsam vorgetragenes Anliegen vieler in dieser Frage gleichgesinnter Bürgerinnen und Bürger.

Ein solcherart an den Petitionsausschuss zur Befassung übermitteltes Thema war im vergangenen Jahr die Gerichtsstrukturreform, die sehr viele Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes bewegt und gegen die sich viele wenden. In den insgesamt 43 Einzelpetitionen und 15 Sammelpetitionen wurde unter anderem die

Gefahr eines erheblichen Verlustes an Bürgernähe als Folge der Gerichtsstrukturreform thematisiert. Das laufende Volksbegehren verdeutlicht, dass das Thema noch immer aktuell und das letzte Wort noch lange nicht gesprochen ist.

Meine Damen und Herren, Sorgen, Anregungen, Argumente der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen ernst genommen werden. Ein Gremium, das sich dieser Aufgabe widmet, ist der Petitionsausschuss. Ich möchte hier ausdrücklich noch einmal seine hohe Bedeutung für die politische Diskussion und die Bürgerbeteiligung betonen und ich möchte an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang auch noch einmal die Forderung meiner Fraktion nach der Prüfung der Einrichtungsmöglichkeit einer öffentlichen Petition bestärken.

Nachdem wir uns auf Initiative meiner Fraktion im Petitionsausschuss im Rahmen eines fachlichen Austauschs bereits einmal mit dem Thema befasst und darauf verständigt haben, die Diskussion konstruktiv weiterzuführen, bin ich guter Hoffnung, dass wir gemeinsam zu einem Ergebnis kommen werden, das für die Bürgerinnen und Bürger ein Plus an Beteiligung und Mitbestimmung beinhaltet. Denn die öffentliche Petition, wie sie bereits im Bundestag und auch in mehreren Landtagen existiert, ist ein geeignetes Instrument, um Themen von gesellschaftlicher Relevanz stärker in den Fokus zu rücken und um demokratische Meinungsbildungsprozesse zu befördern. Das erzeugt einen deutlichen Zuwachs an Transparenz und an aktiver Bürgerbeteiligung.

Selbstverständlich sind im Vorfeld organisatorische, technische und datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen zu klären. Auch die Frage, wie weitreichend die öffentliche Petition in unserem Bundesland gefasst werden soll, wird zu diskutieren sein. Die Bandbreite reicht von der Kenntnisnahme über die Möglichkeit der aktiven inhaltlichen Diskussion in entsprechenden Foren bis hin zur Eröffnung der Mitzeichnungsmöglichkeit. Durch die Tatsache, dass heute schon Petitionen an den Ausschuss online eingereicht werden können, ist die erste technische Grundlage, die erste Hürde also für die Fortentwicklung hin zur öffentlichen Petition bereits geschaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, von diesem Diskurs zurück zum Grundsätzlichen, zu einigen ganz konkret im vergangenen Jahr im Ausschuss bearbeiteten Themen. Ich möchte insbesondere auf solche Bürgeranliegen eingehen, bei denen wir eine Überweisung an die Landesregierung und/oder die Fraktionen erwirkt haben, dies allerdings verbunden mit der klaren Aussage, dass wir uns auch bei anderen, im Tätigkeitsbericht explizit nicht enthaltenen Petitionen für eine Überweisung starkgemacht haben, was aber keine Mehrheit fand.

Zur Thematik "Kostenlose Fahrradmitnahme" haben wir schon etwas gehört im Schienenpersonennahverkehr, im Schienenverkehr, und dafür werden wir uns weiterhin starkmachen.

Ein weiteres Thema, ganz kurz, "Verbot von Hybridrassen in der Hühnermast". Der Petent kritisiert die tierquälerischen Zustände in der deutschen Hühnermast und fordert ein Verbot der gängigen Zuchtpraxis sogenannter Hybridrassen, die einen Verstoß gegen Paragraf 11b des Tierschutzgesetzes bedeutet. Wir Bündnisgrünen sind der Auffassung, dass bisher kein ausreichender Schutz für Nutztiere existiert

(Jochen Schulte, SPD: Gibt es denn eine Petition der Nutztiere?)

und dass die Haltungsbedingungen in der Landwirtschaft an die Bedürfnisse der Tiere angepasst werden müssen. Das Verbot von Qualzuchten sollte in der Landesverfassung verankert werden. In diesem Sinne haben wir uns für eine Überweisung der Petition an die Landesregierung ausgesprochen, der auch gefolgt wurde.

In Bezug auf das Thema "Internetanbindung und -ausbau im ländlichen Raum" konnten wir hingegen keine Überweisung erwirken. Das hindert uns aber nicht daran, dass wir Bündnisgrünen uns auch weiterhin dafür einsetzen, den Breitbandzugang als Bürgerrecht zu gewährleisten. Der flächendeckende Zugang zum schnellen Internet ist noch immer keine Realität in unserem Bundesland. Vor allem in ländlichen Räumen klaffen erhebliche Lücken im Breitbandnetz. Wir Bündnisgrünen verstehen die Möglichkeit der Internetnutzung als Element der Daseinsvorsorge und setzen uns deshalb für einen zügigen Ausbau ein.

Wir Bündnisgrüne werden dem Bericht selbstverständlich zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist seitens des Vorsitzenden und Berichterstatters beantragt worden, dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses auf Drucksache 6/2930 zuzustimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit wurde dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses auf Drucksache 6/2930 zugestimmt, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Gegenstimmen und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Die Beratung der Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern – 19. Bericht des Bürgerbeauftragten gemäß § 8 Absatz 7 des Petitionsund Bürgerbeauftragtengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2013, das ist die Ihnen vorliegende Drucksache 6/2866.

Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern 19. Bericht des Bürgerbeauftragten gemäß § 8 Absatz 7 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) für das Jahr 2013 – Drucksache 6/2866 –

Ich eröffne die Aussprache.

Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraf 86 unserer Geschäftsordnung beantragt, dem Bürgerbeauftragten im Rahmen der Aussprache das Wort zu erteilen. Und das Wort hat jetzt der Bürgerbeauftragte unseres Landes Herr Crone. Das Podium gehört Ihnen.

**Bürgerbeauftragter Matthias Crone:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ihnen liegt der 19. Jahresbericht des Bürgerbeauftragten für das Jahr 2013 vor. Ich danke für die Gelegenheit, diesen Bericht vor diesem Hohen Haus einführen zu dürfen.

Es passt gut, wenn ich diese Einführung im Anschluss an die Debatte über den Bericht des Petitionsausschusses geben darf, denn es geht ja immer um die Ausübung des Grundrechtes, sich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung oder die Behörden oder eben an den Bürgerbeauftragten zu wenden. Von diesem Recht wurde in meinem Zuständigkeitsbereich im Jahr 2013 noch ein wenig mehr Gebrauch gemacht als 2012, nämlich in 1.551 Fällen. Der Anteil der Fälle aus dem Sozialbereich ist leicht auf 52 Prozent gestiegen. Das ist unter anderem auf einen signifikanten Anstieg der Eingaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zurückzuführen.

In 425 Fällen ging es um Fragen rund um die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosengeld II, trotz zurückgehender Arbeitslosigkeit. Der Bürgerbeauftragte hat ja, wie Sie wissen, in sozialen Fragen einen gesetzlichen Auftrag, der es ihm ermöglicht, auch gegenüber Behörden und Einrichtungen zu handeln, die nicht der Aufsicht des Landes unterstehen, zum Beispiel der Bundesagentur für Arbeit. Und hier ist es in einem Punkt sogar gelungen, die Zahlungspraxis der Bundesagentur beim Arbeitslosengeld II für ganz Deutschland zu verändern.

Seit 2013 erhalten alle Arbeitssuchenden in Deutschland ihre Grundsicherung für den Monat November rechtzeitig im Voraus, wie es das Gesetz verlangt, auch dort, wo die Banken am 31. Oktober wegen des Reformationstages nicht arbeiten, also in den ostdeutschen Ländern. So können Probleme mit dem Kontostand am Monatsersten für die Betroffenen vermieden werden und mancher kann so auch nun den Reformationstag unbeschwerter feiern. Darüber darf ich mich auch als Katholik vielleicht ein wenig freuen.

(Marc Reinhardt, CDU: Unbedingt, Matthias, unbedingt!)

Dieses Beispiel mag zeigen, meine Damen und Herren, dass der Gesetzgeber gut daran getan hat, in die Aufgabenstellung des Bürgerbeauftragten auch den weit gefassten sozialen Schwerpunkt zu legen.

Meine Damen und Herren, Struktur und Darstellung des Jahresberichtes lehnen sich an die Vorjahre an. Entsprechend dem Wunsch des Landtages sind auch die im Jahresbericht 2012 aufgeführten nicht abgeschlossenen Petitionen aktualisiert und im Ergebnis dargestellt worden. Weiter sind die Belange von Menschen mit Behinderung in diesem Bericht nicht mehr nur unter dem Kapitel Sozialpolitik dargestellt, sondern wie es der formalen Zuständigkeit auch entspricht, im jeweiligen Fachkapitel. "Inklusion, Teilhabe der Menschen mit Behinderung" ist ja auch ein Thema, das alle Lebensbereiche betrifft.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige übergreifende Themen aus der Arbeit des letzten Jahres hervorheben.

Erstens die überlangen Verfahrensdauern. Sie haben nach meinen Erfahrungen und nach den Eingaben zugenommen. Das betrifft zunächst direkt die Petitionsverfahren. Hier muss ich feststellen, dass Antworten von Behörden im Petitionsverfahren häufiger nicht fristgemäß oder sogar erst nach förmlicher Mahnung erfolgen. Schlimmer sind aber die mangelnden Reaktionen gegenüber den Bürgern im Verwaltungsverfahren selbst. Gerade in den mir vorgetragenen Fallgruppen wiegt es schwer, wenn Bescheide auf sich warten lassen, denn die Bescheide betrafen zum einen die Arbeit einiger Jugendämter.

Eltern beschwerten sich massiv über mehrmonatige, teilweise über ein Jahr andauernde Bearbeitungszeiten. In den meisten Fällen wurden Anträge auf Befreiung der Elternbeiträge und zu den Verpflegungskosten verzögert bearbeitet. Die Folgen der langen Bearbeitungsdauer waren Kündigungsandrohungen der Kindertageseinrichtungen oder Kündigungen durch die Essensanbieter, weil ja Sozialleistungsempfänger in aller Regel ausbleibende Leistungen nicht aus eigener Kraft auffangen können.

Beschwerden gab es in auffallender Weise auch bei den Versorgungsämtern, die durch die ungeklärte Aufgabenzuordnung zwischen Land und Landkreisen und durch Personalkürzungen deutlich längere Bearbeitungszeiten benötigten als zumutbar.

Mit überlangen Verfahrensdauern haben wir es mittlerweile in sehr vielen Verwaltungsbereichen, auch in obersten Landesbehörden zu tun. Für die Betroffenen entsteht dabei, das weiß ich aus den Gesprächen, oft ein Empfinden der Ohnmacht und Hilflosigkeit, das dann auch in Resignation, in Wut oder in destruktive Haltung gegenüber dem Staat umschlagen kann.

Über die Gründe dieser langen Bearbeitungsfristen könnte man lange sprechen. Bei einer knapper werdenden Personalbesetzung müssen wir jedenfalls sehr darauf achten, dass die gestellten Verwaltungsaufgaben von dieser Besetzung auch tatsächlich erledigt werden können. Und wir müssen darauf achten, das spiegelt das Petitionsgeschehen auch wider, dass wir die Verwaltungen dort nicht allzu sehr von den Menschen entfernen, wo sie von ihrer Aufgabe her nahe bei den Menschen bleiben müssten.

Damit bin ich zweitens bei den Sorgen im ländlichen Raum. Bestimmte Probleme im ländlichen Raum liegen in der Natur der Sache, aber man muss sie nicht noch künstlich vergrößern, sondern, darum geht es hier, in Politik und Verwaltung klug mit ihnen umgehen. Das gilt etwa für die Baugenehmigungsbehörden. Gerade im Außenbereich kommt es auf Umsicht in der Genehmigungspraxis an. Wer will denn ein altes Bauerngehöft beispielsweise unterhalten, wenn schon die Genehmigung eines Carports ein Riesenproblem wird? Hier waren erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Baugenehmigungsbehörden im Umgang mit den Bürgern festzustellen. Offenbar gibt es sehr differierende Anschauungen darüber, wann ein Bauvorhaben im Außenbereich öffentliche Belange beeinträchtigt und wann nicht.

Andere Probleme des ländlichen Raumes betrafen die Raumordnung, die gesundheitliche Versorgung, den fehlenden Ausbau oder den Abbau von Infrastruktur, die Schulwahl, die Mobilität bei ausgedünntem öffentlichem Personennahverkehr. Natürlich muss es immer darum gehen, Lösungen im Rahmen des Möglichen für die Lebenssituation im ländlichen Raum zu finden. Es kann und soll nicht darum gehen, überzogene Anspruchshal-

tungen zu kultivieren, und darum geht es den meisten Petenten auch gar nicht.

Das gilt auch für ein anderes Thema in der Fläche, die Schülerbeförderung. Damit bin ich beim dritten Punkt. Wie schon im Vorjahr haben die Regelungen zur Schülerbeförderung bei der Ausübung der Schulwahlfreiheit zu Unverständnis und Unmut bei den Eltern geführt, soweit die Landkreise nicht freiwillig die Einschränkungen des Schulgesetzes im großen Maß auffangen. Auch wurde kritisiert, dass in den kreisfreien Städten selbst bei langen Schulwegen kein Anspruch auf Beförderung oder auf Erstattung von Fahrtkosten besteht. Selbst beim Besuch der örtlich zuständigen Schule ist das nicht der Fall.

Wir haben es hier mit gesetzlichen Regelungen zu tun, die rechtlich zwar zulässig sein mögen, die von den Menschen aber in der Konsequenz nicht nachvollzogen werden können. Warum führt der Wohnsitz in einer kreisfreien Stadt zu einer völlig anderen Regelung der Schülerbeförderung als in einer kreisangehörigen Stadt? Oder warum führt die Ausübung der Schulwahlfreiheit zu der Konsequenz, dass Eltern im Extremfall – und den gibt es in einem Landkreis – sämtliche Kosten der Beförderung selbst tragen müssen? Die Regelungen werden – nicht zu Unrecht – als ungerecht empfunden.

Hier sehe ich in den Beratungen noch Diskussionsbedarf, hier ist einiges plausibler und stimmiger zu machen. Schon der König Salomo schrieb: "Gerechtigkeit erhöht ein Volk", und ich darf hinzufügen: und stärkt das Vertrauen in die Demokratie. Die Demokratie lebt ja davon, dass sie ihre Entscheidungen nachvollziehbar macht und möglichst viele Menschen mitnimmt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Salomo war klug und reich. Aber ob wir auch so reich sind?)

Über das Ausmaß des Reichtums im alten Israel können wir dann noch mal intensiver sprechen, Herr Abgeordneter.

Mein vierter Punkt ist: die Menschen mitnehmen. Je größer, je komplexer das politische Vorhaben, desto wichtiger ist dies, glaube ich. Das gilt für die Raumordnungsvorhaben, das gilt für Windeignungsgebiete, bei Naturschutzprojekten, das gilt aber auch für den Rundfunkbeitrag. Wir wissen alle, richtige Ansätze können durch mangelnde Bürgerbeteiligung oder durch rigides Durchziehen im Einzelfall oder ein Übermaß in der Zumutung dramatisch an Zuspruch verlieren. Ich sehe meine Aufgabe auch darin, Defizite an diesen Stellen beseitigen zu helfen und die Menschen selbst mitzunehmen. Das gelingt im Einzelfall durchaus, wie Sie dem Bericht entnehmen können. Aber manchmal müssen wir natürlich auch über die Regeln nachdenken.

"Die Menschen mitnehmen", im Wortsinn ist das ja ein existenzielles Anliegen für viele und besonders für Menschen mit Behinderung, und das ist mein fünfter Punkt. Dieses Anliegen, mitgenommen zu werden, erfüllt sich im Wortsinne derzeit für Rollstuhlfahrer auf einer Bahnstrecke im Land nur sehr bedingt. Wir hörten das auch in der vorherigen Debatte. Da dort veraltetes Zugmaterial übergangsweise im Einsatz ist, kommt es jetzt darauf an, dass wenigstens der Mobilitätsservice der Deutschen Bahn funktioniert. Das ist leider nicht immer der Fall. Als Bürgerbeauftragter gebe ich mich nicht damit zufrieden, wenn Rollstuhlfahrer wegen solcher Mängel nicht an

einem Tag Verwandtenbesuche von Rostock nach Neubrandenburg mit dem Zug erledigen können.

Ich bin froh, dass wir im Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention klar festgelegt haben, dass künftig Verkehrsleistungen im Schienenverkehr nur an Anbieter mit barrierefreien Zügen vergeben werden. Und ich bin froh, dass im Aktionsund Maßnahmenplan der Landesregierung auch an anderen Stellen die Barrierefreiheit, nicht die Barrierearmut, Förderkriterium ist. Das sind ja die konkreten Punkte, die bei der Umsetzung der Konvention entscheidend sind, aber die sollten dann auch gelten und müssen durchgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, die Behindertenrechtskonvention hat eine ganz neue Dynamik in die Politik und auch in das Bewusstsein unserer Gesellschaft gebracht, was die Teilhabe der Menschen mit Behinderung angeht. In der Umsetzung der Konvention stehen wir erst am Anfang. Das gilt für die Bedarfsplanung bei der Behindertenhilfe, das gilt für die Inklusion in der Schule und in der Arbeit, das gilt für die Barrierefreiheit.

Viel, sehr viel ist noch zu tun, und gerade dies ist für die Arbeit des Bürgerbeauftragten eine besondere Herausforderung. Ich werde diesen Prozess mit Hingabe und auch Hartnäckigkeit begleiten. Die Menschen dieses Landes sollen wissen, dass sie auch in diesen Anliegen einen Helfer haben, der sie in Schwierigkeiten nicht alleinlässt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Hinweise und Anregungen meines Jahresberichtes zu beraten, zu wägen und, wo es möglich ist, aufzugreifen für die politische Gestaltungsarbeit. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Ja, auch ich danke Ihnen, Herr Crone, für den engagierten Beitrag und schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 6/2866 zur federführenden Beratung an den Petitionsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Finanzausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Agrarausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Energieausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bahnverbindung Rostock – Berlin, Drucksache 6/2920(neu).

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bahnverbindung Rostock – Berlin – Drucksache 6/2920(neu) –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Suhr von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jürgen Suhr**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Herr Crone, der Mobilitätsservice der Bahn funktioniert an unterschiedlichen Stellen nicht. Auch in den Fernverkehrszügen gibt es immer diese netten Mitteilungen, dass man dann umbuchen muss, weil gerade mal der Wagen eines wahrscheinlich veralteten Wagenparkes wieder nicht funktioniert und insofern nicht behindertengerecht ausgestattet ist. Also da gibt es, glaube ich, auf der Strecke viel Nachholbedarf, viel Entwicklungsbedarf, viel Fehlerbehebungsbedarf und ich kann mir vorstellen, dass Sie davon auch eine Menge abbekommen. Aber damit sind wir hier auch mitten im Thema, nämlich bei der Frage: Wie gestalten wir oder welchen Einfluss nehmen wir auf das Bahnangebot im Land und welchen Einfluss nehmen wir auf eine sehr bedeutende Verbindung im Land, nämlich die Verbindung Berlin-Rostock oder Rostock-Berlin, wie auch immer man das benennen will?

Aber bevor ich ganz konkret auf diese Verbindung komme, möchte ich zumindest an einem Punkt mal aufzeigen, wo wir große Einigkeit haben. Ich glaube, wir haben große Einigkeit – ich gucke mal den Verkehrsminister an – bei der Frage, dass es unser gemeinsames Interesse ist, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, vom Auto auf die Bahn umzusteigen als umweltverträgliches Verkehrsmittel. Ich glaube, dass es unser gemeinsames Interesse ist, von der Bahninfrastruktur her ein möglichst optimales Angebot vorzuhalten, weil es für uns wirtschaftspolitisch auch eine große Bedeutung hat. Immerhin hat sich beispielsweise bei dieser Frage Berlin–Rostock oft die Industrie- und Handelskammer zu Rostock eingeschaltet, was ihre Aufgabe ist aus einer wirtschaftspolitischen Interessenlage heraus.

Und ich glaube, dass wir auch eine große Einigkeit haben in der Einschätzung, was denn ein Bahnangebot tatsächlich attraktiv macht. Da sind wir bei der gerade von Herrn Crone angesprochenen Frage des Service. Der Service muss stimmen, die Angebote müssen so da sein, wie sie quasi bezahlt auch zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir sind aber auch auf der Ebene, dass wir erwarten, dass es eine gute Vertaktung gibt. Die Bahn muss konkurrenzfähig sein zum Individualverkehr. Ich muss von A nach B in einer Zeit kommen, die möglichst schneller ist als die Zeit, die ich mit dem Auto beanspruche, und mein Weg dorthin darf nicht geprägt sein von vielen Umsteigestationen, wo ich an den Bahnhöfen – manchmal auch wenig gut ausgebauten Bahnhöfen – stundenlang warten muss.

Ein zentraler Punkt natürlich ist die Frage der Geschwindigkeit. Wie schnell bin ich auf einer Bahnstrecke unterwegs, mal unabhängig von den Umsteigenotwendigkeiten, die ich da zu erwarten habe? Wie schnell komme ich von A nach B und tue ich das in einer Zeit, die wirklich konkurrenzfähig ist? Deshalb hat mich, das ist viel kritisiert worden, auch wirklich sehr gefreut, dass der Ausbau der Strecke Berlin-Rostock mit einer Stundengeschwindigkeit bis zu 160 Stundenkilometer in Angriff genommen worden ist. Es hat eine Menge Kritik gegeben, weil 850 Millionen Euro investiert worden sein sollen, aber ich halte das verkehrspolitisch für sinnvoll und erforderlich. Ich weiß an dieser Stelle, das werden wir wahrscheinlich nachher in der Debatte noch vom Verkehrsminister hören, dass es nicht nur die Geschwindigkeit war, sondern dass es selbstverständlich auch um die

Achslasten ging, die dort zukünftig bewegt werden können, dass vor dem Hintergrund Seehinterland die Anbindung der Häfen dort im Auge war, also der Güterverkehr durchaus einen relevanten Punkt darstellte bei der Entscheidung, diesen Bereich auszubauen. Und ich weiß auch, dass diese Bahnstrecke natürlich Bestandteil des transeuropäischen Netzes ist, damit im Fokus ist und damit eine ganz besondere Rolle spielt.

Jetzt, nach einem fast abgeschlossenen Ausbau der Strecke müssen wir zur Kenntnis nehmen, wenn wir das einmal seriös und nüchtern prüfen: Was hat denn das alles für den Bahnreisenden - ich gehe jetzt mal bewusst nicht auf den Güterverkehr ein und bitte auch Herrn Pegel, das vielleicht nachher nicht zu belasten, sondern mich interessiert der Personenverkehr an dieser Stelle an Verbesserungen gebracht? Und da kommen wir zu einem relativ nüchternen Ergebnis und dieses nüchterne Ergebnis ist, wir haben zukünftig einen Intercity-Express, der an den Tagesrandlagen sich zwischen Rostock und Berlin bewegt und der in der Tat deutlich schneller unterwegs ist. Das ist ein Zugpaar, allerdings auch nicht unter den zwei Stunden, wie schon mal vonseiten der Deutschen Bahn propagiert, sondern im Augenblick mit einer Zeitdauer von 2 Stunden und 11 Minuten. Aber immerhin ist das ein absolut konkurrenzfähiges Angebot und wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die ansonsten auf dieser Strecke verkehrenden - ich gehe jetzt nicht auf die Wochenendanbindungen ein mit den verlängerten IC und so weiter - durch das Land beziehungsweise den Bund, Stichwort regionalisierungsmittelfinanzierten Regionalzüge schlicht und ergreifend fünf Minuten schneller sind. Da, glaube ich, muss man sich nicht wundern, wenn auch in der Öffentlichkeit die Frage nach der Berechtigung von Investitionsausgaben in Höhe von 850 Millionen Euro gestellt wird.

Unser Antrag zielt – ich hoffe, Sie haben ihn so gelesen – nicht darauf ab, jetzt herzugehen und sich kritisch mit der Landesregierung auseinanderzusetzen, sondern verstehen Sie ihn als konstruktiven Antrag, weil wir der Auffassung sind, wir können schlicht und ergreifend nicht hinnehmen, dass es dabei bleibt. Und wenn ich jetzt einmal zitieren darf aus Schreiben, die die DB an unterschiedliche Personen gesandt hat, beispielsweise an den zuständigen Senator für Bau und Umwelt in der Hansestadt Rostock, Holger Matthäus, oder ein ähnlich lautendes Schreiben an Frau Dr. Griefahn von dem Unternehmen AIDA Cruises ...

(Heinz Müller, SPD: Nee, die ist bei der SPD.)

Nee, die ist nicht von den GRÜNEN, die ist eher bei Ihnen. Aber manchmal denkt sie grün, Herr Müller,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Jaja.)

das muss Sie nicht beunruhigen.

Da will ich Ihnen mal aus beiden Schreiben ein Zitat vorlesen, wie gesagt unterschrieben von Herrn Dr. Trittin, der dazu Stellung nimmt, wie sich das dort entwickeln wird. Ich beginne mit dem Zitat, weil damit deutlich wird, dass sich nichts wesentlich verändern wird. Aussage, Zitat: "Eine Angebotsausweisung des Fernverkehrs zwischen Rostock und Berlin wird auf absehbare Zeit unter anderem wegen des anhaltenden Fahrzeugengpasses nicht möglich sein. Zudem war die bisherige Inanspruch-

nahme der Fernverkehrszüge zwischen Rostock und Berlin in den letzten Jahren eher verhalten. Von der Reisezeitverkürzung erhoffen wir uns eine Belebung" – damit meint er wahrscheinlich den ICE – "der Reisendennachfrage und werden perspektivisch Chancen für mögliche Angebotsausweisungen prüfen."

Wenn man sich das mal auf der Zunge zergehen lässt, dann sagt die Bahn - mal unabhängig davon, dass sie vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, ihren Fahrzeugpark zu erneuern, derzeit nichts machen kann, so, wie sie sagt -, wir belassen das eben letztendlich bei diesem Angebot, schneller wird nur der ICE, und nur, wenn wir aufgrund der Tatsache, dass der schneller wird, eine erhöhte Nachfrage wahrnehmen, dann sind wir bereit, darüber zu reden und nachzubessern. Da weiß doch heute jeder, worauf das hinausläuft. Da weiß doch heute auch jeder, dass es dazu in den nächsten Jahren keine Veränderung geben wird. Und ich finde, an dieser Stelle dürfen wir uns damit nicht begnügen. Wir sollten an dieser Stelle ein Fass aufmachen und uns das Angebot der Deutschen Bahn, und zwar insbesondere in der Komponente Fernverkehr, auch mal in der Gesamtheit ansehen, und da werden wir auf eine ganze Reihe von Unsinnigkeiten stoßen.

Wir haben im zweiten Punkt des Antrages auch die andere große Fernverkehrsverbindung angesprochen, Hamburg–Rostock–Stralsund, dann weiter teilweise auf die Insel Rügen, wo Sie für den normalen Fahrgast unsinnige Taktungen erfahren, wie, alle zwei Stunden fährt ein IC, das auch noch zu unregelmäßigen Zeiten, alle zwei Stunden fährt ein Regional-Express, aber beide Züge fahren teilweise eine Viertelstunde, teilweise eine halbe Stunde hintereinander her.

(Jochen Schulte, SPD: Halbe Stunde.)

Völlig unsinnig aus meiner Sicht und überhaupt nicht nutzungsgerecht und überhaupt nicht dazu geeignet, dass jemand, der beispielsweise in Hamburg, Schwerin und Rostock zu tun hat, dann über ein regelmäßiges Angebot bereit ist, sich darauf einzulassen, mit der Bahn zu fahren. So, sehr geehrte Damen und Herren, bekommen wir keine zusätzlichen Nutzer auf die Bahn und schon gar nicht zusätzliche Nutzer weg von der Straße auf die Bahn.

Ich möchte zum Ende meiner Einbringung noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Wir hatten letzte Woche ein Gespräch mit der IHK zu Rostock, die dies Ihnen gegenüber, also allen demokratischen Fraktionen gegenüber auch moniert hat, und noch mal die wirtschaftspolitische Dimension des derzeitigen Zustands und der Aussicht, dass sich da nichts verbessern wird, aufzeigt. Auch hier zitiere ich aus dem Schreiben, das Sie wahrscheinlich, zumindest die verkehrspolitischen Sprecher und wirtschaftspolitischen Sprecher, alle kennen. Ich will es hier aber auch noch mal deutlich öffentlich sagen: "Ein deutlicher Schwerpunkt für das Land Mecklenburg-Vorpommern muss auf die Entwicklung schneller und attraktiver Verbindungen auf den Hauptachsen im Bahnverkehr gelegt werden, um eine gute Erreichbarkeit unseres Bundeslandes z. B. auch für den Tourismus-, Berufspendler- und Geschäftsreiseverkehr sicherzustellen. Für die Regiopol- und Tourismusregion Rostock ist ein gutes Angebot auf den Hauptachsen Hamburg-Schwerin-Rostock-Stralsund und Rostock-Berlin ein entscheidender Standortfaktor und wichtige Grundlage für die weitere positive Entwicklung. Nur wenn es gelingt, die Nachfrage ... durch ein gutes Angebot wieder signifikant zu steigern, könnte langfristig die Perspektive eröffnet werden, wieder zusätzliche Fernverkehrszüge zu generieren."

Ich bin der Auffassung, das erreichen wir nur, indem wir den Zustand, so, wie er sich im Augenblick darstellt, schlicht und ergreifend nicht hinnehmen. Ich finde, das ist eine gemeinsame Aufgabe von Opposition und Regierung, an dieser Stelle alle Stellschrauben in Bewegung zu setzen, damit sich das verändert, weil es darf sich in zwei, drei oder fünf Jahren nicht mehr die Frage stellen, ob die 850 Millionen im Wesentlichen für die Tonne waren, ob man sie hätte anders einsetzen können oder ob man damit eine Annahme des Bahnangebotes über gutes Angebot generieren kann, was dann zu den Zielen, die ich am Anfang genannt habe, beiträgt, nämlich mehr Menschen dazu zu motivieren, dass sie die Bahn nutzen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Burkhard Lenz, CDU)

#### Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Pegel. Bitte.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag, wenn Sie mir erlauben zu versuchen, ihn knapp zusammenzufassen, lässt sich knapp zusammenfassen mit dem Hinweis, das Bahnangebot – da schauen Sie auf mehrere Strecken, aber schwerpunktmäßig auf eine – auf der Strecke zwischen Rostock und Berlin soll besser werden. Sie gucken aber auch auf eine ganze Menge landespolitische Aufgaben, die Ihnen so missfallen, und dazu würde ich mich insbesondere gern äußern, auch wenn ich parallel schauen will, wie wir gemeinsam an die Bahn herantreten.

Ich habe gerade vor zwei Wochen ein Gespräch beim Bahnvorstand, Herrn Grube, gehabt. So ganz einfach betrachten wir nicht die Chancen mit der wirtschaftlichen Brille und dann scheinen unsere Relationen eben nicht das zu bringen, was die IHK Rostock verspricht. Der ICE, so sagt uns die Bahn, hat eine Auslastung unter 80 Personen, und wer weiß, dass 400 Personen da reinpassen, der kann sich an zwei Fingern abzählen, dass das mit der Wirtschaftlichkeit auf der Strecke für die Bahn aus Sicht der Bahn nicht ganz einfach ist.

Grundsätzlich bin ich aber von Ihrem Wunsch gar nicht so weit entfernt, in der Tat. Wir haben es ja auch in Ihrer Einbringung angenommen, mehr wäre natürlich wünschenswert, und wenn wir auf den großen Strecken, auf den großen Magistralen gucken, dann geht es zum Teil auch darum, dass natürlich Stundentakte wünschenswert wären, insbesondere ein saubereres Vertakten von Schienenpersonennahverkehr, also Regional-Expressen, die wir bestellen, und dem Fernverkehr, den Sie angesprochen haben.

Die Bundesbahn macht uns das leider nicht ganz leicht. Das, was wir bemühen können, versuchen wir gern, aber es gelingt auch nicht, jährlich alles umzustricken. Auch das gehört dazu. Denn wir haben wiederum mit unserem Regionalverkehr vor allen Dingen die Aufgabe, Regionalverkehr mit all seinen Anforderungen zu gewährleisten, und dazu gehört dann, dass wir uns vor allen Dingen auf Schulanfangszeiten, auf typische Berufsanfangszeiten einstellen und dass wir auch eine Vertaktung mit diesen Landesinteressen vornehmen.

Und, meine Damen und Herren, die Landesregierung trägt in diesem dünn besiedelten Bundesland, weil hier ganz schwerpunktmäßig Rostock eine Rolle spielt in Ihrem Antrag, eine Verantwortung nicht für die großen Metropolen allein, sondern für das gesamte Land, auch und gerade in seiner Fläche.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Und deswegen machen wir die Südbahn dicht.)

Das haben wir hier auch schon diskutiert, Herr Ritter, an anderen Stellen, wir tragen Verantwortung für das finanziell Verantwortbare. Ich bitte insbesondere, das haben Sie dankenswerterweise getan bei dieser Diskussion, auch im weiteren Verlauf konsequent zwischen den beiden Aufgabenträgern zu unterscheiden, nämlich die Länder oder das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern für den Schienenpersonennahverkehr, zu gut Deutsch die Regional-Expresse, die Straßenbahnen, die S-Bahnen, und auf der anderen Seite den Fernverkehr, da kennen Sie den Hauptverantwortlichen, den Primärverantwortlichen, dann haben wir den InterConnex noch, aber weitgehend ist es ein einzig großer Verantwortlicher.

Bei der Finanzierung müssen wir uns unbedingt auf unsere Aufgaben besinnen. Das ist auch eine der Fragen, die bei dem von Ihnen angesprochenen Warnemünde-Express eine Rolle spielten. Schon für unsere eigenen Aufgaben – darüber haben wir in der Vergangenheit diskutiert, gerade bei der Südbahn, die Sie eben angesprochen haben - sind die Mittel knapp und zwingen uns zum genauen Austarieren der verschiedenen Wünsche und Bedürfnisse, die im Land bestehen. Deshalb können wir uns nach Einschätzung der Landesregierung eben nicht erlauben und nicht mehr weiter erlauben, dass wir faktisch Fernverkehr finanzieren und der Bahn Aufgaben abnehmen. Dies ist ausdrücklich nicht unsere Aufgabe. Und genau dieser Fernverkehr, nichts anderes als dieser Fernverkehr ist der hier angesprochene Warnemünde-Express. Die Zuständigkeit für solche Fernverkehrsangebote ist klar geregelt und genau dahin würden wir es auch gern mit deutlichen Worten zurückgeben wollen. Beim Land auf jeden Fall liegt dieser Fernverkehr nicht, der der Warnemünde-Express in seiner jetzigen Ausgestaltung ist.

Ich will aber den Antrag – und da erlauben Sie mir, dass ich die Chance nutze – auch gern zum Anlass nehmen, mal etwas zum Angebot Rostock–Berlin insgesamt zu sagen. Hier sind in der Vergangenheit verschiedene Bedürfnisse genannt, verschiedene Aufbauwünsche geäußert worden, also beispielsweise bitte einen Waggon mehr an die Regional-Expresse, damit sehr volle Züge etwas entlastet werden, bitte ein Spätangebot auf der Strecke Berlin gen Rostock.

Jetzt darf ich mal ganz offen formulieren: Ich habe die Pressearbeit zu diesem Antrag zur Kenntnis genommen, da kam ich aus dem Staunen offen eingestanden nicht mehr heraus angesichts dessen, was ab Oktober dieses Jahres, ab Dezember Realität sein wird. Wir bestellen als Bundesland künftig deutlich mehr Züge als bisher, meine Damen und Herren. Montags bis freitags haben wir bisher acht Züge von Rostock nach Berlin und acht Züge von Berlin nach Rostock bezahlt, künftig zehn in beide Richtungen, zehn je Richtung. Am Wochenende haben wir bisher sieben bezahlt in jede Richtung, künftig werden es neun sein. Dabei - das will ich gern der Ehrlichkeit halber deutlich sagen - hat es bisher einen völlig aus dem Takt laufenden, von der Bahn selbst betriebenen Regional-Express gegeben, der hat mit unserer Finanzierung nichts zu tun und fügt sich auch in unser Taktmuster überhaupt nicht ein. Den wird es künftig nicht mehr geben, aber wir haben immer noch eine Verbesserung: unter der Woche neun auf zehn, am Wochenende acht auf neun - unterm Strich also eine erkennbare Verbesserung. Ich bin ja auf Knien dankbar, dass wir nicht zwölf Züge künftig bestellt haben. Da wird man vermutlich von der Einstellung auf dieser Strecke sprechen. Wir haben das Angebot Rostock-Berlin ausgebaut.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ergebnis – davon bin ich überzeugt – kommt es aus Sicht der meisten Fahrgäste nicht auf den einzelnen Zug an und dessen Namen, sondern es kommt für die Fahrgäste darauf an, wie das Gesamtpaket des Verkehrsangebotes ist, weil ich mich darauf einrichten kann, ob ich überhaupt in den Zug steige, ob ich überhaupt eine Chance habe, dann zurückzukommen. Diese Fragen spielen eine Rolle. Ab dem Fahrplanwechsel 2015, stattfindend am 14.12.2014, tritt in diesem Teilnetz Nord-Süd, das ist das, dieser Zweistundentakt mit entsprechend zehn Zugwagen in Kraft.

Das bisherige Angebot wird, wie eben im Detail dargestellt, deutlich ausgebaut, was sich in circa 20 Prozent mehr Fahrleistungen je Jahr auswirken wird. Es wird insbesondere die genannte Spätverbindung, Ankunft in Rostock wird 1.30 Uhr sein, bereitgestellt werden. Insgesamt haben wir zurzeit round about pro Jahr 790.000 Zugkilometer, die wir auf dieser Strecke bezahlen. Künftig, nach dem Fahrplanwechsel, werden wir 950.000 haben, von 790.000 auf 950.000. Ich finde, ein Angebot klein zu schrumpfen, sieht anders aus.

Auch der Wunsch nach mehr Wagen, der geäußert worden ist, den ich gut verstehen kann, wird erfüllt. Künftig wird ein fünfter Waggon an den Regional-Expressen hängen. Damit ist nach unserer Einschätzung tatsächlich ein ausreichendes und bedarfsgerechtes und im Vergleich zum Istzustand auch deutlich verbessertes Mobilitätsangebot auf dieser Relation angeboten. Ich gestehe aber eines ein, das richtet sich auf den Rostocker Hauptbahnhof. Aber, meine Damen und Herren, wer nach Berlin fährt, der erwartet auch nicht, dass der ICE einen an der S-Bahnstation rausschmeißt, sondern wir stellen uns schon darauf ein, dass ich auf einem Hauptbahnhof ankomme, und wir bieten dann in Rostock - und das zeichnet Rostock gegenüber allen anderen Städten in diesem Land aus - ein herausragendes S-Bahn-Angebot nach Warnemünde an, einen 7,5-Minuten-Takt. Ich finde, das ist verkraftbar, wenn ich als Gast nach Rostock Hauptbahnhof komme und dann nach Warnemünde weiter will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich eines deutlich unterstreichen: Wir organisieren Schienenpersonennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern für die Menschen im Land, und zwar im ganzen Land. Und wir machen das, gemessen an unseren Möglichkeiten, nach meiner tiefen Überzeugung sehr solide. Der Warnemünde-Express ist im Kern ein ausdrücklich touristisches Fernverkehrsangebot und genau deshalb möchten wir ihn an die Bahn zurückspielen. Mit wenigen Zwischenhalten kommt man mit diesem Warnemünde-Express im Übrigen Samstagmorgen hin und Sonntag Abend zurück, außer in der Hauptsaison, da fährt er am Samstag- und Sonntagmorgen hin und abends zurück mit wenigen Halten von Berlin nach Rostock. Da geht es vor allen Dingen um wenige Zwischenhalte und dadurch erreiche ich die Geschwindigkeit.

Wir haben den Regionalverkehr sicherzustellen und deshalb haben wir uns eben für dieses "Mehr an Regional-Expressen, aber weniger an dem Warnemünde-Express" entschieden, denn wir wollen gerade auch die Fläche nach Rostock hin erschließen. Das ist unser Job im Personennahverkehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der zweite Punkt fordert mich zu einem gewissen Widerspruch heraus: trotz Streckenausbaus kein deutlicher Zeitgewinn. Da sind wir uns aber an der Stelle einig, das ist vor allem eine Frage des Schienenpersonenfernverkehrs, denn da würde sich der Zeitgewinn ausspielen lassen. Nur dort ergeben sich deutliche Zeitgewinne. Ich bin ja dicht bei Ihnen, dass die Anbindung im Fernverkehr unbefriedigend ist, gar keine Frage, aber unsere Möglichkeiten außerhalb von Protest und freundlichen Gesprächen sind da leider knapp bemessen. Wir sind nicht Mitgesellschafter und wir haben 1994 mit der Bahnreform eine gewisse Entscheidung getroffen, die dann auch diese Aufsplittung in Fernverkehr und Nahverkehr mit sich bringt.

Mit dem Ausbau der Strecke ist in der Tat im Regionalverkehr eine Zeitersparnis von zehn bis zwölf Minuten möglich, nicht deshalb, weil diese Züge nicht schneller fahren, sondern weil wir mit einer Vielzahl von Zwischenhalten diese Geschwindigkeit nicht ausschöpfen können, und das – noch mal – ist auch nicht unser Job. Das sind Regionalzüge, die sollen die Fläche erschließen. Ich bin nicht dafür da, auch, aber nicht nur, Rostock zu erschließen. Und da bitte ich um Nachsicht. Da gucken wir auch auf die vielen kleineren Gemeinden, die entlang dieser Strecke liegen.

Und, meine Damen und Herren, es gelingt durch den Ausbau, das wird gern übersehen, sogar künftig zwei Halte mehr einzulegen, und zwar Halte, die deutlich gewünscht waren. Darüber hinaus wächst – und das ist uns wesentlich – der Spielraum bei Umsteigezeiten. Auch das kommt den Fahrgästen im Regionalverkehr deutlich zupass. Wenn es künftig zu Verspätungen kommt, werden die sich wesentlich problemloser rausfahren lassen. Wir werden also deutlich besser als bisher die Anschlusssituationen sicherstellen können. Auch darauf ist es uns angekommen. Also Sie haben mit Kratzeburg und Langhagen zwei Halte mehr und Sie haben insbesondere eine Verbesserung bei den Anschlusssicherheiten, die bisher in dieser Weise nicht gewährleistet werden konnten.

Ein letzter Punkt, ich will ihn trotzdem betonen, Sie haben gesagt: "Lassen Sie es sein!" Für uns ist das bedeutsam. Dieser Ausbau hat eben nicht nur den Zweck

gehabt, im Schienenpersonenfernverkehr Geschwindigkeit zu holen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nicht nur.)

Ja, Sie baten mich ja sozusagen: "Sagen Sie gar nichts dazu!"

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nee, nee, nee!)

Okay, dann habe ich Sie missverstanden.

Gleichwohl gehört das auch dazu und es gehört vor allem auch zur wirtschaftlichen Notwendigkeit in diesem Land, dass wir die Schwerlastmöglichkeiten dieser Schienenverbindung im Übrigen mit einem namhaften Teil dieser über 800 Millionen Euro verbessert haben. Gerade das hat einen Großteil der Untersuchungen im Untergrund erforderlich gemacht und wir haben jetzt die Möglichkeit, im Hafen Rostock, wenn das letzte kurze Stück Kavelstorf-Überseehafen gewährleistet ist, deutlich besser auf diesem Güterverkehr und schwere Lasten zu transportieren. Das wird dem Hafen Rostock Vorteile bringen. Uns fehlt das letzte kurze Stück. Dass das zeitnah kommt, davon gehe ich fest aus. Die Bahn hat uns auch da ein deutliches Versprechen gegeben.

Zu guter Letzt gibt es eine etwas pauschalierte Argumentation in Ihrem Antrag, wir würden überall nur noch Einsparungen vornehmen. Ich würde dem gern auch noch mal entgegentreten und versuchen, darauf hinzuweisen, was wir ein Stück weit im Regionalverkehr in diesem Land leisten.

Natürlich würden wir uns über die ICE hinaus gern mehr Fernverkehr wünschen, Intercitys wären wünschenswert auf allen Relationen. Aber weil Sie es angesprochen haben, Stralsund: Natürlich helfen wir auch dort schon beim Fernverkehr Rostock-Stralsund, denn Sie dürfen als Pendler mit Ihrem Regionalverkehrsmonats- oder -jahresticket die Intercitys nutzen, und das lässt sich die Bahn von uns bezahlen, meine Damen und Herren.

Und es gibt ganz böse Unkenrufe, ich will mich dem nicht anschließen, die behaupten, wenn die Bahn diese Zusage von uns nicht hätte, dass auch die regionalexpressbevollmächtigten Fahrgäste im Intercity zusteigen dürften, weil wir Geld drauflegen, da gibt es böse Unkenrufe, die behaupten, dann würde die Bahn vermutlich diese Relation ab Rostock gar nicht mehr befahren. Dem will ich mich nicht anschließen, aber ich glaube zumindest, dass wir damit diese Relation stärken, und dass wir damit auch ein Zugangebot Richtung Stralsund und Greifswald, Richtung Rügen ermöglichen für den klassischen Regionalpendler, was die Wettbewerbsfähigkeit auf diesen Relationen erhöht.

Und zu guter Letzt, meine Damen und Herren, will ich die wiederholt schon hier geäußerten Hinweise noch einmal auf den Tisch bringen. Wenn wir es gemeinsam erreichen, dass zum Jahresende die uns jährlich zur Verfügung gestellten Regionalisierungsmittel, deren feste Aufteilung über 20 Jahre am Ende dieses Jahres ausläuft, wenn es uns gelingt, diesen Anteil zu halten im Länderwettbewerb, dann hätten wir schon riesig was gewonnen. Da sind wir beide in unseren Parteien noch fleißig gefordert, denn das sind momentan in der Ver-

kehrsministerkonferenz viele rot-grüne Bundesländer, die uns das deutlich und ausdrücklich streitig machen. Übrigens mit ausdrücklichem Dank an den Kollegen in Baden-Württemberg, der sich ganz deutlich anders positioniert hat.

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

auch das ein grün-rotes Land, dafür war ich sehr dankbar. Wie die meisten anderen Bundesländer haben wir gemeinsam noch einen Beschluss vor uns.

Und wenn es nicht gelingen sollte, zum Jahresende diesen Anteil, den wir haben, zu halten, dann werden wir nicht mehr die Diskussion führen, was können wir alles lieber nicht an kleineren Dingen tun - Südbahn schmerzt, gar keine Frage, auch beim Warnemünde-Express mag man diskutieren -, dann diskutieren wir wirklich über das Eingemachte. Wir reden über einen beinahe dreistelligen Millionenbetrag, den wir im Extremfall verlieren könnten. Wir haben 240 Millionen Euro, die wir im Jahr in den Regionalverkehr hineingeben. Und wenn sich das um 80 bis 90 Millionen Euro reduzieren würde im Worst-Case-Szenario, dann reden wir hier über wirklich bittere, tränentreibende Dinge, und dann könnten wir nicht mal mehr das, was der Fernverkehr uns zum Teil nicht ermöglicht, mit Regionalverkehr kompensieren, sondern dann sind wir auf einer Vielzahl von Strecken wirklich bitter dran.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist zurzeit unser Hauptaugenmerk tatsächlich auf die Sicherung dieses Anteils gerichtet. Im Fernverkehr bin ich gern an Ihrer Seite, wenn es darum geht, Gespräche zu führen. Aber noch mal: Die Bahn ist seit 1994 auf einem klaren Aktiengesellschaftskurs. Wenn wir nicht deutliche Nachfragen feststellen können, wird es aus Sicht der Bahn immer wieder schwer sein, Fernverkehr anzubieten. Ich bin dicht bei Ihnen, ich sehe uns in der Pflicht, aber diese Pflicht können wir leider nur formulieren, wir können sie nicht unmittelbar mit Hebeln durchsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Minimalziel ist momentan also, in erster Linie den Status quo bei den Finanzen zu halten. Das sehen wir zurzeit als unsere Hauptaufgabe im Regionalverkehr. Wenn uns das gelänge, dann wäre für die nächsten Jahre schon einiges erreicht, weil wir dann gerade auch die eben genannten deutlichen Verbesserungen ab Dezember 2014 auf der Relation Berlin–Rostock fortsetzen könnten. Andernfalls wären wir im gesamten Land mit einem Erdbeben befasst in Sachen Regionalverkehr. Ich hoffe, dass uns das erspart bleibt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

**Dietmar Eifler**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein klein wenig überrascht war ich schon, Herr Suhr, wie Sie Ihren Antrag versucht haben, doch ein Stück weichzukochen. Sie sagen, kritisch ist er ja gar nicht und wir wollen das ja mitnehmen. Wenn man den Antrag aber liest, ist da sehr, sehr viel Kritik drin. Und nach den Worten von Minister Pegel ist, glaube ich, jedem hier im Haus klar, dass man Ihrem Antrag gar nicht zustimmen kann.

Ich will aber trotzdem ganz konkret noch auf diese kritischen Punkte eingehen, und zwar, mit dem, was auch schon angesprochen worden ist, bezieht sich der Antrag nur auf ein Segment der Bahnstrecke Rostock-Berlin, nämlich auf den Schienenpersonennahverkehr. Rostock ist in die TEN-Achsen mit aufgenommen worden. Es ist für die Existenz und für den Bestand des Hafens außerordentlich wichtig und es geht auch vordergründig um die Hafenhinterlandanbindung. Genau dieses transeuropäische Netz, was auch nur ein Zweig ist, der nach Rostock über Rostock-Malmö dann nach Skandinavien führt, ist für die Wirtschaft und für den Hafen außerordentlich wichtig. Das betrachten Sie in Ihrem Antrag gar nicht.

Natürlich ist das eine gewaltige Summe von 840 Millionen etwa, die in die Bahnstrecke investiert worden ist, aber genau nicht aus dem Grund, um die Geschwindigkeit zu erhöhen, sondern um die Achslast zu erhöhen. Und wenn heute zwischen Kavelstorf und dem Hafen Rostock die Strecke noch nicht so ausgebaut ist, so heißt das ja nicht, dass die Achslast nicht gefahren werden kann. Sie kann nur nicht so schnell gefahren werden.

Vor wenigen Tagen – ich glaube, vorgestern auf der Branchenkonferenz der Logistikwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern – hat der Minister Pegel sehr deutlich beim Parlamentarischen Staatssekretär und Koordinator der Bundesregierung für maritime Wirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, bei Herrn Beckmeyer, dafür geworben, auch dafür noch Geld bereitzustellen, um diesen letzten Abschnitt für die Wirtschaftlichkeit der Strecke auszubauen.

Also nur betrachtet auf den Schienenpersonennahverkehr ist das zu kurz gesprungen. Es ist richtig gewesen, dass die Strecke ausgebaut worden ist. Der Ausbau ist seit wenigen Wochen, Monaten beendet. Nun muss man natürlich diese vorhandenen Infrastrukturen nutzen und Angebote unterbreiten. Wie das in der Wirtschaft, wie das auf dem Markt ist, da regiert ja auch die Nachfrage. Und wenn wir hier permanent dieses Angebot versuchen schlechtzureden, dann wird es auch keine Nachfrage geben.

Die Fahrzeiten: Ich habe mich mit den Fahrzeiten sehr gründlich auseinandergesetzt. Da gibt es also die reine Fahrzeit des ICE und des Regionalverkehrs, wenn wir ihn durchfahren lassen würden ohne die Haltepunkte.

(Jochen Schulte, SPD: Ja, das tut er aber nicht, Herr Kollege.)

Das ist ja genau der Umstand. Welche Aufgabe erfüllt der ICE also überörtlich, überregionale Verkehre oder Regionalverkehr? Da werden Sie erstaunt sein, die Fahrzeiten sind gleich. Sie unterscheiden sich in wenigen Minuten zwischen dem Regionalverkehr und dem ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja klar, das ist aber keine neue Erkenntnis.)

Wenn ich acht oder neun Haltepunkte im Regionalverkehr bediene, so sind das in der Sache Sicherheitsaspekte – schon ein Halt dauert etwa sieben Minuten –, so muss der Regionalverkehr länger dauern bis nach Berlin als der ICE. Das ist eine vollkommen normale Sache.

(Minister Dr. Till Backhaus: So was nennt man logisch.)

Wenn wir aber davon reden, das ist unattraktiv, wir fahren zu lange, der Regionalverkehr ist zu lange, ja, dann müssen Sie auch sagen, liebe Menschen, die ihr in dem Flächenland Mecklenburg-Vorpommern wohnt, ihr sollt da nicht mitgenommen werden. Das sind aber nicht Ihre Ausrichtungen. Deshalb ist auch Ihr Argument nicht richtig, was Sie hier vortragen, die Strecke sei unzulässig und ungenügend ausgebaut.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das ist typisch GRÜNE.)

Und um auch auf die Frage der IHK einzugehen, ich habe mit der IHK gesprochen. Die IHK hat natürlich gesagt, ja, wir wollten schon anregen, dass wir jetzt, wo wir die Infrastruktur haben, sie auch nutzen können. Das ist, glaube ich, aus den Ausführungen von Minister Pegel deutlich geworden, dass man daran arbeitet. Es sind aber auch natürlich diese Eckpunkte genannt worden, wo es kritisch ist und wo man also sehr, sehr lange die dicken Bretter bohren muss. Und das wird nicht von heute auf morgen geschehen.

(Marc Reinhardt, CDU: Auf keinen Fall, Dietmar.)

Richtig, Marc.

Alles in allem sollten wir davon wegkommen, Infrastruktur, die wir in unserem Land schaffen mit viel, viel Geld – die ist teuer –, schlechtzureden. Das dient unserem Land nicht und das dient auch nicht den Interessenten, die überlegen, ich fahre doch mit dem Zug. Und wenn ich dann höre, ich fahre zu lange, dann kommt das einfach nicht an. Das sollten wir für die Zukunft nicht tun.

Wir werden uns ja in den nächsten Tagen mit der Verkehrsinfrastruktur, mit der Ausfinanzierung – Minister Pegel hat das ja auch so teilweise angerissen in Bezug auf die Regionalisierungsmittel, die Diskussion, die ansteht – hier noch befassen. Und ich denke, nach all dem, was ich hier vorgetragen habe, haben Sie Verständnis dafür, dass meine Fraktion Ihrem Antrag nicht zustimmen wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Eine Vorbemerkung zu Herrn Eifler: Was die Hafenhinterlandanbindung betrifft, da sind wir eigentlich gleicher Meinung: Die ist ganz, ganz wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Ob wir von diesen 300 Millionen, die da jetzt sozusagen neu aufgelegt werden sollen, als Land was abbekommen, das werden wir erst noch sehen. Da werden harte Verhandlungen notwendig sein.

In der letzten Charge haben wir nichts gekriegt. Also insofern ist das im Prinzip alles wirklich noch offen.

Auch als weitere Vorbemerkung – zwei Unterschiede zu dem, was Sie gesagt haben in Ihrer Einbringungsrede, Herr Kollege Suhr – will ich hier noch deutlich machen: Mein Glaube daran, dass die Landesregierung wirklich mehr Menschen in Busse und Bahnen bringen will, ist nachhaltig erschüttert, und deshalb hält sich meine Nachsicht mit der Landesregierung auch in Grenzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut. – Jochen Schulte, SPD: Sie sollen es auch nicht glauben, Sie sollen es wissen.)

Der vorliegende Antrag der GRÜNEN unter dem sehr verkürzenden Titel "Bahnverbindung Rostock-Berlin" hat wieder die Situation im Schienenpersonennahverkehr und im Schienenfernverkehr in und nach Mecklenburg-Vorpommern im Blick. Um es gleich vorwegzusagen, Sie werden sich bestimmt nicht darüber wundern, dass auch meine Fraktion die gegenwärtige Situation des Nah- und Fernverkehrs auf der Schiene hierzulande unbefriedigend findet, besser gesagt, ungenügend findet und für die zukünftige Entwicklung nichts Gutes befürchtet. Es gibt nach unserer Auffassung nur wenige, um nicht zu sagen, kaum Anzeichen dafür, dass es Besserung geben könnte. Besserung heißt, ein besseres Angebot mit höherer Qualität. Besserung heißt, das ernsthafte Bemühen, die Spirale aus Abbestellung, Taktausdünnung und immer weniger Fahrgästen und dann wieder neuen Abbestellungen zu durchbrechen, gerade, wenn es um die Fläche des Landes geht.

Leider erweist sich auch hier wieder, dass die Landesregierung immer die gleichen Argumente vor sich her trägt. Für den Fernverkehr auf der Schiene sind wir nicht zuständig und außerdem haben wir für den Schienenpersonennahverkehr nur eine unzureichende finanzielle Ausstattung, für die auch der Bund verantwortlich ist.

(Heinz Müller, SPD: Aber wenn das doch wichtig ist, dann dürfen wir das doch auch mehrfach sagen dürfen.)

Ehrlich gesagt, ich kann diese Litanei, weil sie keine Lösung bedeutet, Herr Müller, schon gar nicht mehr hören.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Aus Sicht meiner Fraktion und nicht nur aus meiner ganz persönlichen Sicht ist das ein sehr bequemer Weg, für den sich das Verkehrsministerium entschieden hat.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Es wirkt gleichzeitig wie ein Freibrief für künftige Streckenstillegungen, Abbestellungen und Taktausdünnungen.

(Jochen Schulte, SPD: Frau Kollegin, was würden Sie denn machen?)

Was mich persönlich aber am meisten enttäuscht, Kollege Schulte, ist,

(Jochen Schulte, SPD: Jetzt würde ich doch mal gern einen Vorschlag von Ihnen hören, wie aus 240 Millionen vielleicht 300 Millionen werden. – Zuruf von Heinz Müller, SPD) dass die Regierungsfraktionen vor wenigen Wochen einen Antrag einbringen, der eine Umkehr in der Verkehrspolitik fordert, weil die Energiewende ohne die Verkehrswende nicht machbar ist, und nichts in dieser Richtung unternehmen beziehungsweise von der Landesregierung erwarten.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Von Ankündigungen, wie sie hier der Minister jetzt gemacht hat, zu zusätzlichen Zügen wussten wir nichts. Ich bin mir auch nicht sicher, woher wir das hätten wissen können. Also in der Öffentlichkeit ist das jedenfalls nicht bekannt gegeben worden. Wenn es denn so ist, dass mehr Züge bestellt werden, dann freuen wir uns darüber.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist ja schon mal ein Fortschritt. Und wenn Sie sich freuen, ist das immer ein Fortschritt, Frau Kollegin.)

Das will ich denn hier auch sagen, das ist doch schon mal ein Fortschritt aus Ihrer Sicht.

Die angekündigte Nichtwiederbestellung des sogenannten Warnemünde-Express an den Wochenenden ist ja trotz dieser Ankündigung nur ein weiteres Kapitel im verkehrspolitischen Trauerspiel dieses Landes.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, der Zug wird auch von Menschen aus Berlin und Brandenburg genutzt. Es ist kein reiner Regionalverkehr. Aber kann das wirklich Begründung dafür sein, den Zug einzustellen? Das ist ja einer, der stark genutzt wird. Also das Argument der mangelnden Inanspruchnahme gilt hier nicht. Eigentlich hätte ich sogar einen Aufschrei des für den Tourismus zuständigen Wirtschaftsministers erwartet, bringt doch genau diese Verbindung viele Touristen aus Berlin und Brandenburg in unser Bundesland. Aber: nichts gehört!

Weniger als die Hälfte der Berliner Haushalte verfügt über ein eigenes Auto und dieser Trend nimmt gerade unter jungen Berlinerinnen und Berlinern zu. Wollen wir nicht, dass die weiter nach Mecklenburg-Vorpommern kommen für einen Wochenendtrip?

(Jochen Schulte, SPD: Machen Sie doch einen Vorschlag, wie wir das machen!)

Für mich ist das widersinnig. Es ist verkehrspolitisch wie wirtschaftspolitisch falsch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Ich bleibe dabei, den Zug einzustellen ohne adäquaten Ersatz, ist falsch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl.)

Dafür muss eine Lösung gefunden werden.

(Heinz Müller, SPD: Wenn man das mit Bussen anbietet, ist es auch nicht recht.)

Dass die auf die Geschwindigkeit von 160 Kilometern pro Stunde ausgebaute Strecke zwischen Berlin und Rostock kaum Auswirkungen auf die Reisezeit hat, dass das Angebot auf der Strecke nicht besser geworden ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn das Schröder wüsste!)

ist nicht nur unzureichend, sondern ein Armutszeugnis. 850 Millionen Euro wurden hier verbaut.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nur der ICE kommt jetzt ein bisschen schneller vorwärts. Und wie oft fährt der? Umso wichtiger wäre es doch, ein Angebot wie den Warnemünde-Express, der weniger hält, also nicht so viel Zeit für Haltepunkte braucht, aufrechtzuerhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es dauert ...

(Jochen Schulte, SPD: Aber Sie wollen schon, dass die Menschen in diesem Land von einem Ort zum anderen kommen?!)

Die Regionalzüge gibt es ja trotzdem noch.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist der Sinn von durch das Land bestelltem Schienenpersonennahverkehr und nicht der Sinn, Berliner in unser Land zu bringen. Dafür sind Regionalisierungsmittel nicht da.)

Deshalb sagte ich ja, dafür müssen Lösungen gefunden werden, Herr Schulte.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment, Frau Dr. Schwenke.

Bitte keine Dialoge, Herr Schulte. Sie haben auch noch Redezeit.

(Jochen Schulte, SPD: Ich höre hier zumindest zu. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ehrt Sie.)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Jedenfalls, um es noch mal zu sagen: So richtig zu feiern gibt es nichts. Auch wir wissen, dass wir riesige Probleme im Bahnbereich haben, die zu lösen eine Menge Geld kostet. Patentrezepte gibt es dafür nicht und Kompromisse sind unausweichlich, auch das wissen wir. Und natürlich kennen wir auch die besonderen Herausforderungen eines dünn besiedelten Flächenlandes, wie Mecklenburg-Vorpommern es nun einmal ist, gerade, was den öffentlichen Verkehr angeht. Aber erstens kann die Lösung nicht darin bestehen, in der Fläche immer weniger öffentliche Angebote zu unterbreiten, und zweitens ist das doch eine Herausforderung für besondere Kreativität und Innovationsgeist, um in Zusammenarbeit mit Kreisen, kreisfreien Städten und in harten Verhandlungen mit Bund und Bahn neue Wege zu gehen.

Wir brauchen dringend Wege, die den Schienenpersonennahverkehr und den Fernverkehr attraktiver machen, dazu hat Kollege Suhr einiges gesagt. Wir müssen verhindern, dass sich die Bahn aus der Fläche zurückzieht! Wir brauchen ein neues Konzept, bei dem Verkehrspolitik in unserem Lande ganzheitlich denkt und bei dem die Daseinsvorsorge im Mittelpunkt steht.

(Jochen Schulte, SPD: Und wie sieht das aus?)

Gutachten, die uns beweisen sollen, dass Investitionen in die Bahn viel Geld kosten und deshalb nicht möglich sind, helfen uns jedenfalls nicht weiter.

Allen Beteuerungen der Landesregierung, mehr Menschen in Bus und Bahn bekommen zu wollen, kann ich einfach nicht mehr Glauben schenken. Ich habe es schon gesagt, die tatsächliche Politik spricht eine andere Sprache. Und so wird Sie sicherlich auch nicht verwundern, dass wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

**Jochen Schulte**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Kollege Suhr, ich bin Ihnen ja vom Grundsatz her dankbar, dass Sie den Antrag heute hier eingebracht haben, nicht, weil ich jetzt in der Sache die Auffassung teile oder die Problembeschreibung sogar noch, aber die vielleicht doch etwas dünnen Lösungsansätze nicht richtig nachvollziehen konnte. Vom Grundsatz her finde ich es deswegen schon gut, weil wir haben in diesem Landtag dreimal über den Erhalt der Südbahn diskutiert. Wenn es nach den Oppositionsfraktionen gegangen wäre, dann hätten wir dreimal das Geld hier im Land, jedes Mal um die 10 Millionen, dafür ausgegeben, dass wir diese Südbahnstrecke erhalten. Und heute ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Einmal hätte gereicht, einmal hätte gereicht.)

Das war jetzt ironisch gemeint, Herr Kollege Ritter. Also das ist mir schon klar, dass einmal reicht.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber der Punkt ist, das Interessante an der Sache ist, das gleiche Geld, das Sie im Grunde für die Südbahn ausgeben wollten, wollen Sie jetzt auf der anderen Seite für die Verbindung Rostock-Berlin ausgeben.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Woraus entnehmen Sie das denn?)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen ja damals schon gesagt – Herr Minister Pegel hat es eben noch mal in seiner Rede deutlich gemacht –, dass wir in einer Situation sind, in der wir uns im Grunde der Frage stellen müssen, wie wir den Bestand vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel auch in der Zukunft überhaupt erhalten können, und bedauerlicherweise nicht in der Situation sind, wie wir möglicherweise bestimmte Angebote einfach ohne, dass wir wissen, woher wir das Geld nehmen, dann entsprechend erweitern können.

Frau Kollegin Schwenke, das Geplänkel eben zwischen Ihnen und mir ist ja nicht bös gemeint, wir kennen uns ja auch, aber eins muss man ganz offen sagen: Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir möchten eine Verbesserung des Verkehrsangebotes,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann ist das legitim.)

dann müssen Sie auch sagen, wo Sie das Geld hernehmen. Weil wenn wir die 242,7 Millionen, wenn ich das richtig im Kopf habe, nehmen, dann ist hier in Mecklenburg-Vorpommern die Situation anders als in vielen anderen Bundesländern so, dass fast ausschließlich diese Gelder tatsächlich für den SPNV verwandt werden. Wir haben, was zum Beispiel die Managementkosten angeht, hier in Mecklenburg-Vorpommern einen der niedrigsten Sätze innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den verschiedenen Ländern. Da gibt es Länder, zum Beispiel Hessen, die geben ungefähr 10 Prozent ihrer Regionalisierungsmittel für die Managementkosten allein aus. Hier sind es, glaube ich, irgendwo bei 1,5 Prozent, wenn ich die Zahl jetzt richtig im Kopf habe.

Das heißt, wir gehen schon verantwortungsbewusst mit dem Geld um, aber trotzdem ist der Fakt, auch das muss man ganz einfach sehen, einfach der, dass vor dem Hintergrund des Bedarfes – und da habe ich ja gar keine andere Auffassung als Sie, Herr Kollege Suhr, oder Sie, Frau Kollegin Schwenke – das zur Verfügung stehende Geld nicht reicht. Dann kann man sich natürlich hinstellen – das kritisiere ich hier auch ganz deutlich – und sagen, ich möchte trotzdem mehr haben. Aber dann muss man auch sagen, wo das Geld herkommen soll.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann lassen Sie uns jetzt mal auf diesen Punkt kommen – ich will jetzt nicht auf die 800 Millionen eingehen, die tatsächlich für den Ausbau der Strecke ausgegeben worden sind, da ist nämlich tatsächlich ein Großteil dieser Gelder deswegen aufgewandt worden, weil es nicht um den Personenverkehr ging, sondern um den Güterverkehr, den lassen wir mal einfach außen vor –, sprechen wir einfach über die Strecke Rostock–Berlin. Wir könnten auch Hamburg–Berlin nehmen. Wir könnten auch Stralsund über Neustrelitz nach Berlin nehmen, es ist völlig egal.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das nehmen wir nicht.)

Doch, es ist in einem Punkt egal.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Neubrandenburg ist aber eine einzige Katastrophe.)

Herr Ritter, es ist in einem einzigen Punkt egal, alle diese Strecken sind vom Grundsatz her keine Nahverkehrsstrecken. Das muss man einfach mal so sehen. Wenn Sie die entsprechenden gesetzlichen Gegebenheiten durchgehen, dann ist das eine ganz einfache Definition: Alles, was über 100 Kilometer Entfernung geht, alles, was mehr als eine Stunde Fahrtdauer hat, ist nach der gesetzlichen Definition Fernverkehr. Und da brauchen wir jetzt gar nicht darüber zu diskutieren, ob wir 2 Stunden 20 oder 1 Stunde 50 fahren. Wenn Sie von Hamburg nach Berlin fahren, dann sind Sie über eine Stunde unterwegs, selbst mit dem ICE. Also sind das vom Grundsatz her Fernverkehrsstrecken. Nur das Problem ist, der Bund hat 1992 eine Grundsatzentscheidung getroffen. Er hat gesagt, es interessiert uns alles nicht mehr, was in den Ländern stattfindet, wir privatisieren die Deutsche

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war die falsche Entscheidung.)

Herr Kollege Ritter, darüber müssen wir jetzt in diesem Moment ... Lassen Sie mich das zu Ende bringen!

Wir haben die Entscheidung getroffen, die Bahn wird privatisiert und die Länder sind für den Nahverkehr zuständig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, schönen Dank auch!)

Im Nachhinein – das ist die unternehmerische Entscheidung der DB gewesen und dafür kann man nicht mal die DB als Unternehmen kritisieren, weil die am Ende des Geschäftsjahres einfach nach der Bilanz gucken – haben wir die Fernverkehrsstrecken, die es bis dahin noch gegeben hat, zum Beispiel Rostock–Berlin, da hat sich die DB hingestellt und gesagt, die rechnen sich für uns nicht und weil sie sich für uns nicht rechnen, fahren wir sie nicht mehr.

Das Land hat jetzt im Grunde eine Alternative gehabt und hat gesagt, fahren wir da überhaupt keinen Verkehr mehr, dann bleiben die Leute halt hier im Land beziehungsweise sie können nicht in dieses Land reinkommen mit der Bahn. Oder wollen wir das mit Nahverkehrsmitteln? Im Grunde wollen wir das dann entgegen der eigentlichen ursprünglichen Konzeption entsprechend mit den Regionalisierungsmitteln finanzieren. Und da taucht einfach das Problem auf, dass über die Jahre die Finanzierungsmittel für die Länder – und das ist nicht nur ein Problem in Mecklenburg-Vorpommern – immer knapper geworden sind. Das wird auch in den kommenden Jahren so sein. Es ist im Endeffekt völlig egal, ob wir auf den Königsteiner Schlüssel, ich habe das in der letzten Landtagsdebatte ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und das nehmen wir so widerstandslos hin oder hauen wir auf den Tisch und sagen, so gehts nicht weiter?)

Lassen Sie mich doch zum Ende kommen, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ich höre ja zu. Ich höre ja zu bei meinem Kollegen.)

Das ist ja nett von Ihnen.

Ich habe das auch in der letzten Landtagsdebatte gesagt, das kommt gar nicht darauf an, ob wir auf den Königsteiner Schlüssel zurückfallen, da fehlen uns 90 Millionen. Es kann auch sein, dass wir eine andere Schlüsselverteilung haben, da fehlen uns vielleicht 40 oder 50 Millionen. Wenn es sehr gut läuft und die entsprechenden Mittel aufgestockt werden, bleiben wir vielleicht sogar da, wo wir es haben. Es wird trotzdem in der Zukunft nicht reichen, um die Verkehre in der Istsituation aufrechtzuerhalten. Das muss man ganz deutlich sagen.

Es gibt eine einzige Möglichkeit, Herr Kollege Ritter, um aus diesem Dilemma für dieses Bundesland herauszukommen. Und es ist nicht nur ein Dilemma für Mecklenburg-Vorpommern, es ist sogar ein Dilemma für die bevölkerungsstarken Länder wie Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg. Wir müssen dahin kommen, dass wir den Bund dazu bringen, so, wie es vor 1992 gewesen ist, dass wir sagen, es gibt ein Minimum an Fernverkehrsangeboten, das als Daseinsvorsorge des Bundes gewährleistet wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na ja.)

Lassen Sie mich, lassen Sie mich zum Ende ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann machen wir doch mal einen gemeinsamen Antrag für die nächste Landtagssitzung.)

Ich möchte dazu noch was sagen, weil nur unter dieser Voraussetzung, Herr Kollege Ritter,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

nur unter dieser Voraussetzung werden wir dann dazu kommen, was Herr Minister Pegel auch gesagt hat, dass wir die Regionalisierungsmittel dieses Landes tatsächlich für den Nahverkehr in diesem Land aufwenden können.

Ich will jetzt Herrn Kollegen Eifler nicht zu nahe treten mit seinen Rechenbeispielen über die Fahrgeschwindigkeit von Regional-Expressen und ICE. Die fahren alle auf der Strecke nur 160, weil sie auf der Strecke nicht schneller fahren dürfen. Deswegen ist die Fahrzeit auch nicht unterschiedlich. Das Problem sind die Halte, und zwar nicht hier im Land, sondern im Raum Berlin/Brandenburg. Das macht es so unattraktiv. Und das wird sich nur ändern, wenn es Fernverkehr ist.

Aber um das noch mal ganz deutlich zu sagen, Herr Kollege Ritter, auch auf den Hinweis, den Sie eben gegeben haben, das ist ja nun kein Thema, das wir jetzt dankenswerterweise nur wegen dieses Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diskutieren, sondern ich habe persönlich das schon mit Kollegen aus den anderen Landtagen, gerade letzten Monat, im April in Hannover diskutiert, und ich kann das an dieser Stelle auch sagen: Meine Fraktion beabsichtigt, gemeinsam mit anderen Landtagsfraktionen - und ich hoffe, dass das klappen wird, gemeinsam mit der Eisenbahnergewerkschaft, EVG, weil die haben nämlich auch ein Arbeitnehmerproblem, das dahintersteht, weil je mehr Nahverkehr reduziert wird, umso größer ist natürlich auch die Gefährdung von Arbeitsplätzen im Gesamtkonzern DB - in der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit der EVG eine Initiative zu starten, dass tatsächlich hier der Bund sich in die Pflicht nimmt, Daseinsvorsorge im Fernverkehr wieder umzusetzen. Das ist die einzige Chance, die dazu beitragen kann, dass wir hier zu einer Entspannung der Situation kommen werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Kollege Suhr, gegen die Problembeschreibung, die Sie gemacht haben, will ich ja gar nichts sagen, aber der Lösungsansatz kann nicht sein, dass wir uns hier im Landtag hinstellen und sagen, wir wünschen uns einfach eine bessere Leistung, weil da muss man auch ganz offen sagen, diese bessere Leistung lässt sich momentan nicht durch das Land finanzieren. Und wenn Sie nicht, wie das vielleicht früher in einzelnen Gegenden der Welt üblich war, einfach zusätzliches Geld drucken, dann werden Sie in Mecklenburg-Vorpommern nicht die Chance haben, tatsächlich hier entsprechend mehr Finanzen einzusetzen.

Deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Antrag, die Problembeschreibung, dagegen will ich gar nichts sagen, aber es reicht nicht, ein Problem zu beschreiben, Herr Kollege Suhr. Man muss dann zumindest ansatzweise eine Lösung formulieren, und das fehlt mir sowohl bei Ihren Ausführungen als auch bei den Ausführungen der Frau Kollegin Schwenke. Meine Fraktion wird

vor diesem Hintergrund diesen Antrag hier heute ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Petereit.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schön, dass Sie von den GRÜNEN noch gemerkt haben, dass die Bahnverbindung nach Berlin und nicht nach Schwerin geht. Dass Sie den Antrag dennoch mit falschem Kurs abgegeben haben, zeigt deutlich, dass es Ihnen nicht um die Sache geht, sondern dass es Ihnen allein darum geht, sich auf Kosten des SPNV zu profilieren. Denn wenn es nach Ihnen ginge, das haben wir ja alles schon gehört, dann hätte angeblich jedes Dorf seinen Bahnhof, der mehrmals am Tag angefahren wird. Dort ständen überall E-Bikes, die man sich kostenlos ausleihen kann, und im Zug gibt es auch noch kostenloses WLAN.

Sie wollen darüber hinaus in Ihrem Antrag mal wieder jede Menge feststellen, und vielleicht werde ich das hier auch noch erleben, dass irgendwann dieser Feststellungswahn mal ein Ende hat, denn entweder soll das Offenkundige festgestellt werden oder es soll irgendeine subjektive, parteipolitisch gefärbte Meinung zur Tatsache erhoben werden. Das können Sie ja alles in den Antrag schreiben, aber dann in die Begründung, denn da gehört es auch hin. Das Feststellen ist ja wohl der fruchtloseste Beschluss, den der Landtag überhaupt fassen kann. Politische Signale können Sie durch Begrüßen oder Verurteilen setzen, aber nicht durch Feststellen. Mit einer Feststellung sind keinerlei Handlungsmaßnahmen verbunden, das ist nur übliches Blabla, also eine der Ursachen, warum Politik so furchtbar spannend von den Menschen im Land verfolgt wird.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dann gehen Sie doch nach Hause!)

Dass Ihr Antrag inhaltlich nichts an Substanz zu bieten hat, das sollte Ihnen spätestens nach der Antwort des Ministers klar geworden sein. Insofern kann ich mir den ganzen Rest hier sparen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Legen Sie am besten noch Ihr Mandat nieder!)

Und Sie sollten Ihren Antrag zurückziehen, denn zustimmen kann man dem nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzende Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir zukünftig auf diese Art und Weise die Redebeiträge der NPD immer so reduzieren können, dann wäre ich für eine Fortsetzung dieses Verfahrens ausdrücklich.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jochen Schulte, SPD: Ein guter Vorschlag, eine gute Idee, ja.) Ich will zwei Anmerkungen machen. Zum einen möchte ich zunächst auf Herrn Eifler reagieren, der ja gesagt hat, hören Sie auf damit, die Bahn, den ÖPNV oder SPNV schlechtzureden. Ich glaube, das ist in der Tat eine unterschiedliche Auffassung und unterschiedliche Einschätzung zu der Frage, wie man denn dieses Thema befördern kann. Herr Schulte ist auch darauf eingegangen, dreimal haben wir über die Südbahn gesprochen. Er hat damit gleich Geldausgaben verbunden, die er dreifach erhöht hat.

Das ist in der Tat ein Unterschied zwischen Oppositionsfraktionen und regierungstragenden Fraktionen. Ich glaube, dass die Frage, dass wir es hier thematisieren und dass wir deutlich machen, was wir politisch wollen – und da sind wir ja, glaube ich, gar nicht von der Zielsetzung her so auseinander –, dass das durchaus ein geeignetes Mittel ist, Druck aufzumachen, nämlich immer wieder öffentlich zu thematisieren, dass wir uns ein anderes Angebot wünschen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ja, deshalb habe ich, Herr Schulte, Sie sprechen den richtigen Adressaten an, vorhin auch sauber auseinandergehalten, zumindest habe ich den Versuch gemacht: Fernverkehr und Regionalverkehr. Das ist für mich alles an der Stelle Prognose, ich gehe auch gleich noch auf diese 250 Millionen ein, aber definitiv finde ich, an der Stelle können wir vom Selbstverständnis her über das Thema "Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenpersonennahverkehrs" gar nicht oft genug reden und uns immer wieder deutlich machen, das, was wir hier haben, reicht nicht und muss verbessert werden.

Und da habe ich in der Tat, Frau Schwenke, meinen Optimismus noch nicht aufgegeben, weil das so ein Thema ist, wo ich glaube, zumindest von den Fensterreden her

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, genau, vom Fenster.)

haben wir eine ähnliche Ausrichtung,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

und bei der Frage, was passiert jetzt an welcher Stelle, und da kommt es gleich bei der Abstimmung, finde ich auch, können wir doch mal gucken, ob dieses Angebot ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich finde übrigens, das ist im Vergleich zu anderen Anträgen extrem, Herr Eifler, extrem freundlich formuliert, der Antrag. Also ich habe jetzt gerade noch mal auf Ihre Anmerkungen hin geguckt, wo sind denn hier die großen Knackpunkte. Die habe ich jetzt nicht gefunden. Ich hoffe nicht, dass Sie damit den Anspruch erheben, dass wir noch sensibler mit Ihnen umgehen.

(Jochen Schulte, SPD: Immer, immer.)

Aber die großen Kritikpunkte waren hier, glaube ich, nicht drin, sondern in der Tat haben wir Missstände festgestellt – da sind wir, glaube ich, sehr einvernehmlich –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, der Landtag stellt fest, die Koalition ist gut. – Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

und wir haben auf der anderen Seite Forderungen formuliert, von denen ich finde, dass sie im Antrag auch sehr konkret formuliert sind. Aber ich gebe Herrn Pegel durchaus recht, wir hatten dieses Thema auch letzte Woche in Erfurt im Rahmen der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden aus den Bundes- und Länderparlamenten. In der Tat, die Frage, was passiert mit dem öffentlichen Nahverkehr, wird eine relevante sein, da wird es um Verteilungskampf gehen, möglicherweise auch um die Frage der Auseinandersetzung. Aber Sie als SPD haben eher gefordert, ob man insgesamt die Mittel aufstocken kann.

Auch das ist ja der Punkt, der, glaube ich, sehr relevant ist, wenn man darüber nachdenkt, ob man den Anteil zumindest für Mecklenburg-Vorpommern halten kann. Ich sage aber auch gleichzeitig, wenn wir es hier nicht versäumen, immer wieder zu thematisieren und immer wieder Forderungen zu artikulieren, dann wird es nicht leichter, das durchzusetzen. Und die Frage ist, ob das Engagement – da hoffe ich, dass Frau Schwenke falschliegt – der Landesregierung ein ehrliches ist und dass wir das in der Tat gemeinsam vorantreiben, weil wir haben hier eine gemeinsame Interessenlage.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann müssen wir mal eine Wette abschließen.)

Ich will auch anmerken an dieser Stelle, ich habe ja nicht untersagt, über den Güterverkehr zu reden, sondern nur gesagt, das ist ein Aspekt. Der andere Aspekt ist der Personenverkehr. Und es freut mich, auch das war für mich neu, dass es da offensichtlich ein erweitertes Angebot auf dieser Strecke gibt. Das wussten wir an dieser Stelle nicht. Aber ich sage gleichzeitig, worüber wir hier geredet haben, war die Frage, ob man das beschleunigen kann. Das ist sicherlich eine Frage der Anzahl der Haltepunkte, überhaupt keine Frage, aber es ist auch eine Frage, worauf die Knoten denn ausgerichtet sind. Und die sind im Moment auf die Metropolen ausgerichtet. Da sind durchaus Spielräume drin, weil Sie als Bahnnutzer auch im Status quo sind. Natürlich stehen Sie an dem Bahnhof X oder Y länger als die zwei Minuten, die zum Ein- und Aussteigen eigentlich ausreichen müssten, sondern da wird halt abgewartet, bis die Anschlüsse passen und so weiter. Und auf diese Art und Weise summiert sich das. Natürlich können Sie jemandem nicht vermitteln, warum der die Bahn nutzen will, obwohl es theoretisch die Strecke vom Potenzial her hergeben würde, wenn er gleichzeitig in der Geschwindigkeit ankommt, die mit dem Auto nicht konkurriert oder nur gleichwertig ist. Das ist der Punkt, glaube ich, woran man arbeiten muss.

Unser Ansatz an dieser Stelle ist, dass wir gesagt und gefordert haben, lasst uns da gemeinsam Druck machen. Das will ich noch mal ausdrücklich als Angebot hier artikulieren.

#### (Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und als wir letzte Woche bei der Industrie- und Handelskammer waren – Kollege Jaeger hat mich gerade noch mal darauf aufmerksam gemacht –, hat zumindest die IHK zu Rostock gesagt, na, wie ist es denn, wenn wir mal dahingehen und einen runden Tisch machen und darüber reden, wer kann denn welche Rolle aufmachen, um da Druck zu machen. Das ist noch mal ausdrücklich als Angebot an dieser Stelle artikuliert.

Jetzt habe ich nicht die Illusion, dass der Landtag, dass CDU und SPD von ihrer sonstigen Praxis, alles abzulehnen, was von der Opposition kommt, abweichen, aber ich will hier zumindest den Versuch machen: Lassen Sie uns doch diesen Antrag in den Ausschuss verweisen und darüber reden, was man gemeinsam machen kann! Der ist so friedfertig formuliert, dass es eigentlich gehen müsste.

(David Petereit, NPD: Der ist schlecht.)

Was Sie für schlecht oder für gut halten, Herr Petereit, interessiert mich nun gar nicht. Und wenn Sie irgendwas für schlecht halten, dann glaube ich, dass das eher darauf hindeutet, dass das eine gewisse Qualität hat. Aber das ist eine andere Sache.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Also ich stelle hiermit den Antrag, unseren Antrag in den Verkehrs- und Energieausschuss zu verweisen und dort gemeinsam darüber nachzudenken, wie man das mit Leben füllen kann, wie wir politischen Druck hinkriegen. Und da teile ich, was der Minister sagt, im absolut entscheidenden Jahr, in dem es in der Tat darum geht, wie die finanziellen Mittel aussehen werden, um zukünftig noch einen Nahverkehr hier anzubieten, der seinen Namen auch verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2920(neu) in den Verkehrsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsantrag zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2920(neu) mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2920(neu) in der Sache. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2920(neu) bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**: Beratung des Antrages der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Verantwortung für die Kompetenzagenturen zur Unterstützung besonders benachteiligter Jugendlicher übernehmen, Drucksache 6/2937.

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Verantwortung für die Kompetenzagenturen zur Unterstützung besonders benachteiligter Jugendlicher übernehmen

Drucksache 6/2937 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte meine Rede mit zwei Zitaten beginnen. Das eine lautet: "Die Landesregierung bewertet die Wirksamkeit und die Ergebnisse der Kompetenzagenturen in Mecklenburg-Vorpommern positiv". Das zweite: "Die Landesregierung setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Kompetenzagenturen mit dem Schwerpunkt der sozialpädagogischen Betreuung junger Menschen im Rechtskreis des SGB II in gemeinsamer Finanzierung zwischen der Bundesagentur für Arbeit, den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und dem Land gefördert werden können." Zitatende. So hieß es noch in der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage vom 12.09.2013, zu finden auf der Drucksache 6/2115.

Das war ein richtiges und wichtiges Bekenntnis seitens der Landesregierung für die Kompetenzagenturen in Mecklenburg-Vorpommern - damals. Denn die Kompetenzagenturen helfen Jugendlichen bei der beruflichen Orientierung und Alltagsbewältigung und wir alle wissen, wie wichtig und unverzichtbar diese Aufgabe ist, um den Jugendlichen bestmögliche Startbedingungen und Chancen für ihre berufliche und persönliche Entwicklung zu geben. Allein in der Zeit vom 1. September 2008 bis zum 31. August 2011 konnten so 5.176 Jugendliche und junge Erwachsene in Mecklenburg-Vorpommern durch die Beratung und das Case-Management passgenaue Hilfen erhalten. Doch obwohl alle im Land die Arbeit der Kompetenzagenturen als positiv eingeschätzt haben, sowohl die Landesregierung als auch die Regierungsfraktionen von SPD und CDU, waren Sie, meine Damen und Herren, bisher nicht dazu bereit, Ihren Worten auch Taten folgen zu lassen.

Ihre Untätigkeit hat ganz praktische Auswirkungen auf die Kompetenzagenturen in Mecklenburg-Vorpommern. Gab es bis zum Auslaufen des Bundesprogrammes "JUGEND STÄRKEN" am 31.12.2013 in Mecklenburg-Vorpommern noch zehn Kompetenzagenturen, so gibt es mittlerweile nur noch vier Kompetenzagenturen im Land, die in bewährter Form arbeiten. Sie finanzieren sich aus Restmitteln vom Bund, von den Landkreisen und/oder Kommunen. Hier zu nennen sind die Kompetenzagenturen in Schwerin, Wismar, Neubrandenburg und im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Im Landkreis Rostock ist die Jugendberufsagentur in diesem Jahr an den Start gegangen. Die anderen Kompetenzagenturen arbeiten nur noch eingeschränkt, so in Wolgast, haben eine ganz andere Struktur oder wurden ganz geschlossen, wie zum Beispiel die Kompetenzagentur in Pasewalk.

Sie sehen, mit den bereitgestellten Restmitteln des Bundes konnten noch einige Kompetenzagenturen ihre Arbeit fortsetzen, dies jedoch nur noch bis zum 30.06.2014. Das ist leider die bittere Realität. Das bedeutet auch, dass viele Jugendliche im Übergangssystem nicht mehr die Unterstützung bekommen, die sie benötigen, und das führt vor allem bei den betroffenen Jugendlichen zu Vertrauensabbrüchen.

Die Gründe dafür, dass nur noch ein kleiner Teil der Kompetenzagenturen in Mecklenburg-Vorpommern arbeitet, liegen zum einen ganz klar darin, dass das Bundesprogramm "JUGEND STÄRKEN", aus dem die Kompetenzagenturen zum Großteil finanziert wurden, zum 31.12.2013 auslief und es zum Dezember 2013 Unsicherheiten gab, wie es nun mit der Finanzierung weitergehen soll. Zum anderen lag es aber auch ganz klar an dem Verhalten beziehungsweise Nichthandeln der Landesregierung und der Regierungsfraktionen von SPD und CDU.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist eine ganz unsachliche Behauptung.)

So wurde während der Haushaltsberatungen im zweiten Halbjahr 2013 der Haushaltstitel "Jugendberufshilfe", aus dem die Kompetenzagenturen seitens des Landes mitfinanziert wurden, durch die Regierung zunächst ganz gestrichen. Das muss man sich mal vor Augen halten: Zu der gleichen Zeit, wo die Landesregierung auf meine Kleine Anfrage antwortet, dass die Kompetenzagenturen positiv zu bewerten sind, streicht sie auf der anderen Seite die finanziellen Mittel im Landeshaushalt! Widersprüchlicher geht es aus meiner Sicht nicht mehr. Es ist einfach nur paradox. Ein solch widersprüchliches Verhalten kann man sich nicht erklären. Und das, finde ich, geht zulasten der Jugendlichen in diesem Land. Nur auf Druck der Opposition konnte während der Haushaltsberatungen dieser Haushaltstitel im Parlament auf 50.000 Euro aufgestockt werden.

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Viel Kampf!)

Die Verzögerungstaktik der Landesregierung und der Regierungsfraktionen von SPD und CDU war aber auch in der Oktoberlandtagssitzung letzten Jahres zu erkennen, wo LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag "Kompetenzagenturen sichern" aufgesetzt hatten. Trotz ihres positiven Bekenntnisses bereits im Vorfeld lehnten sie unseren Antrag ab – wieder ein nicht zu erklärendes Verhalten.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das erkläre ich Ihnen nachher. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das Bundesfamilienministerium hatte glücklicherweise im Dezember 2013 bis zum 30.06.2014 den Einsatz von ESF-Restmitteln für die Kompetenzagenturen bewilligt. Das vorgesehene Folgeprogramm "JUGEND STÄRKEN im Quartier" soll zum Ende des vierten Quartals 2014 beginnen, so die Bundesregierung auf Nachfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Somit bestehen für die Übergangsphase vom 1. Juli 2014 bis zum vierten Quartal 2014 finanzielle Unsicherheiten, wie die noch bestehenden Kompetenzagenturen in Mecklenburg-Vorpommern gesichert werden können.

Allen noch tätigen Kompetenzagenturen ist gemein, dass sie spätestens ab dem 1. Juli 2014 keine Finanzierung mehr erhalten werden, auch nicht aus den Restmitteln der ESF-Förderperiode 2007 bis 2013. Die Zukunft ist also höchst ungewiss und es ist fraglich, ob die noch verbleibenden Kompetenzagenturen die Übergangsphase zum Folgeprogramm des Bundes überhaupt und, wenn ja, wie überstehen können, denn brechen Strukturen erst einmal zusammen und gehen eingearbeitete Fachkräfte verloren, ist ein nahtloses Anknüpfen an einmal Dagewesenes nicht mehr möglich. Wie gesagt, es müssen Fachkräfte gefunden werden, es müssen Netzwerke neu aktiviert und geknüpft werden. Das ist kein

nachhaltiges Handeln! Es ist dringend erforderlich, die Zeit bis zum Start des Folgeprogramms finanziell zu überbrücken. Darauf zielt unser Antrag.

Die Landkreise und kreisfreien Städte, aber auch das Land stehen gemäß Paragraf 82 Absatz 2 SGB VIII in der Verantwortung, die Arbeit der verbliebenen Kompetenzagenturen als wichtige Angebote der Jugendhilfe zu sichern. Und das ist auch nichts anderes als das, was Minister Brodkorb letztes Jahr in der Aussprache zu unserem Antrag zugesichert hat, indem er sagte, ich zitiere: "Sollte der Bund ... ESF-Mittel für eine Übergangsfinanzierung der Kompetenzagenturen bis zum neuen Programm "JUGEND STÄRKEN plus" – das war der damalige Arbeitstitel des Folgeprogramms "JUGEND STÄRKEN im Quartier" – "zur Verfügung stellen, wird das Sozialministerium Wege und Möglichkeiten suchen, einen solchen zeitlich befristeten Übergang gemeinsam mit den Kreisen zu unterstützen." Zitatende.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, die in der Übergangsphase über eine Finanzierung von Bund und Kommunen hinaus noch fehlenden Mittel aus dem Landeshaushalt bereitzustellen. Zudem soll die Landesregierung mit dem Bund, den Landkreisen, den kreisfreien Städten, den Kommunen und den Trägern Gespräche über die Weiterarbeit und Finanzierung der Kompetenzagenturen führen.

Die Koalitionäre im Bund haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Kompetenzagenturen fortzuführen, also wäre es auch im Sinne der Landesregierung, alles dafür zu tun, damit die Kompetenzagenturen erhalten bleiben und nahtlos weiterarbeiten können. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In der Antwort auf die von Frau Bernhardt bereits zitierte Kleine Anfrage hat die Landesregierung ausführlich Stellung genommen zur Zukunft der Kompetenzagenturen und ihre Arbeit positiv bewertet. Deshalb werde ich an dieser Stelle nur kurz den gegenwärtigen Sachstand ausführen.

Für das erste Halbjahr 2014 haben vier von zehn Kompetenzagenturen Anträge zur Mitfinanzierung ihrer Tätigkeit bis zum Ende der Bundesförderung am 30.06.2014 gestellt. Die vier örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe werden für ihre Kompetenzagenturen in Schwerin, Mecklenburgische Seenplatte, Ludwigslust-Parchim und Vorpommern-Greifswald noch im Mai Zuwendungen erhalten. Ein fünfter Antrag für eine weiterentwickelte, ausgebaute Kompetenzagentur im Landkreis Rostock befindet sich gegenwärtig noch im Abstimmungsprozess. Das heißt als Fazit, alle Träger, die Mittel beantragt haben, werden diese auch erhalten.

Auf Bundesebene laufen zurzeit die Vorbereitungen für die neue ESF-Förderperiode, deshalb wissen wir noch relativ wenig über das neue Bundesprogramm "JUGEND STÄRKEN". Wir sind aber dazu mit dem Bundesfamilienministerium im Gespräch, und ich versichere Ihnen, dass ich das, was ich in der Vergangenheit getan habe, auch zukünftig tun werde: mich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass wir schnellstmöglich hier ein Anschlussprogramm erhalten. Der Beginn des Interessenbekundungsverfahrens für die Jugendämter und die damit verbundene Veröffentlichung der Förderrichtlinie ist uns dabei jedoch noch nicht bekannt, deshalb rechne ich im Moment nicht mit einem Programmbeginn vor Ende des vierten Quartals.

Klar ist aber, die vier beziehungsweise gegebenenfalls fünf übergangsfinanzierten Kompetenzagenturen können kein zweites Mal aus Restmitteln des Bundes-ESF finanziert werden, deshalb schwebt uns folgende Lösung vor: Die noch bestehenden Kompetenzagenturen sollten in Abstimmung mit den im Aufbau befindlichen Jugendberufsagenturen beziehungsweise Arbeitsbündnissen sowie den arbeitsmarktrechtlichen Akteuren so profiliert und neu bestimmt werden, dass sie als sozialpädagogische Dienste für junge Menschen mit mehrfachen Problemlagen und arbeitsmarktrechtlichen Hemmnissen aufsuchend tätig werden können. Auch dazu laufen die Gespräche.

Sie sehen also, dass wir uns unserer Verantwortung sehr wohl bewusst sind und diese auch gerne übernehmen möchten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lindner.

**Detlef Lindner**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Bernhardt, ich könnte Ihnen heute dasselbe erzählen, was ich schon am 15. November 2013 getan habe,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Super!)

aber das lasse ich lieber. Ich glaube, das ist nicht zielführend.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wäre auch ein Armutszeugnis.)

Aus diesem Grund möchte ich trotzdem noch mal einiges erörtern.

Frau Gajek, schön zuhören!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wäre ein Armutszeugnis, wenn Sie das noch mal sagen würden, weil das eine andere Herausforderung ist.)

Ohne die enorme Fachlichkeit der Menschen, die eine solche Begleitung umsetzen, wäre ein solches Erfolgsmodell in unserem Land nicht möglich gewesen. Wenn ich den Abschlussbericht zugrunde lege, dann bin ich mehr als beeindruckt.

(Udo Pastörs, NPD: Ich auch, und wie! – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Lediglich in elf Prozent der Fälle konnten die bis dahin vorhandenen Probleme nicht abschließend gelöst werden. Das, Frau Bernhardt, hatte ich auch schon im November gesagt.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen Folgendes feststellen: Es handelt sich um eine Aufgabe des Bundes

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Na klar.)

Das neue Programm muss sich natürlich vom alten Programm etwas unterscheiden,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil wir nur noch Projektitis haben, oder?! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

weil sonst der Projektcharakter wegfallen würde.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Haben Sie ein Landesprogramm "Jugendberufshilfe"? – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem neuen Programm sollen der Empfängerhorizont und das Personal erhalten bleiben und die Finanzierung liegt natürlich auch in der Hand des Bundes.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Es ist einigermaßen unseriös, so zu tun, als könne das Land mal einfach an dieser Stelle einspringen, Frau Bernhardt.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Dann machen Sie Druck in Berlin bei der Kanzlerin! Das ist doch Ihre Parteifreundin. Sie müssen jeden Tag da sein! – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir haben die Chance, ...

Herr Ritter, hören Sie zu!

... wir haben die Chance, dass gerade die Sicht unseres Landes Gehör findet, denn schließlich ist die zuständige Ministerin im Bund bestens im Bilde,

> (Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unsere ehemalige Sozialministerin.)

woran es mangelt und wie dringlich die Probleme in diesem Land sind.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Es wird noch nicht mal gesagt, wie die Kompetenzagenturen arbeiten.)

Meine Damen und Herren ...

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Frau Bernhardt, Sie haben doch gerade von der Ministerin gehört, was alles unternommen wird

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja jetzt.)

und dass noch kein Antrag abgelehnt wurde von den Kompetenzagenturen, die einen Antrag gestellt haben.

Aber, meine Damen und Herren, was ich besonders fragwürdig finde, ist der Umgang mit der Regierungskoalition.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Seit wann?)

Sie beißen uns in die Hacken,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was!)

drängen ohne vernünftige Lösungsansätze,

(Peter Ritter, DIE LINKE: In die Kniekehlen, nicht in die Hacken. Besser in die Kniekehlen.)

nur um Stimmung und Meinung zu machen.

(Andreas Butzki, SPD: In die Waden!)

Ich kann das natürlich verstehen,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD, Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

aber nicht akzeptieren, denn Sie spielen mit den Gefühlen und den Ängsten,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

die Sie angeblich stärken wollen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Och nö!)

Das, meine Damen und Herren, gefällt mir nicht, und Ihr Populismus ist an dieser Stelle unanständig.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, Herr Lindner!)

Wir bieten mit Gesprächen und Aufbau in den Dringlichkeitssituationen die erforderlichen seriösen Lösungen an. Sie schaffen nur Meinung, die aber kann auch kippen, gute Lösungen nicht. – Wir lehnen Ihren Antrag ab.

> (Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Och nee! Da sind wir jetzt aber überrascht!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

(Zuruf aus dem Plenum: Jetzt gehts los.)

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, ruhig.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ach, Herr Lindner, Sie sind immer wieder genial. Also manchmal denke ich auch, das ist einfach die Aufgabe der Opposition, der Regierung ein bisschen in den ...,

(Detlef Lindner, CDU: Da haben wir nichts dagegen.)

ich werde das Wort jetzt nicht sagen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

aber sie im Grunde genommen ein Stück weit zu treiben. Und gerade bei der Frage der Kompetenzagenturen – ich erinnere mich auch an die Debatte –, da war es verdammt ruhig hier, weil wieder einmal klar wurde, Projekte sind immer nur zeitlich begrenzt und auch Kompetenzagenturen sind es.

Ich möchte aber noch mal zwei Punkte hervorheben, vielleicht auch in Ergänzung zu Frau Bernhardt. Das, was wir damals diskutiert haben, waren insbesondere die Ausrichtung und die Frage der Harmonisierung des sogenannten SGB II, wo Leistungen sanktioniert werden, und des SGB VIII, wo die Jugendberufshilfe zu Hause ist. Beide Punkte passen nicht immer zusammen. Und was haben wir jetzt? Wir diskutieren nicht, wie ich das gerne gehabt hätte, in der Sache weiter, sondern wir sind wieder bei der Finanzfrage und wir sind wieder dort, dass eine gute Institution aufgrund mangelnder Finanzierung nicht weiterarbeiten kann. Denn die Frage ist doch auch zu stellen: Warum sind von den zehn Kompetenzagenturen nur noch vier übrig? Die werden ihre Gründe haben. Möglicherweise sind sie in andere Einrichtungen übergegangen oder das Know-how hat nicht funktioniert.

Das, was wir alle haben – und deswegen, ich kann diese Wörter "Projekt" nicht mehr hören und "Innovatives Modell" –, zeigt doch wieder mal eins,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und "Wir kümmern uns" gehört noch dazu.)

ob von Bundesebene oder auch von Landesebene, wir müssen uns davon verabschieden, Projekte um der Projekte willen zu machen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Wir müssen perspektivisch schauen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Kompetenzagenturen – auch wenn sie dann eben Jugendberufsagenturen heißen oder wie die Einrichtungen heißen – die Ausrichtung haben, eine Jugendberufshilfe so zu machen, dass Jugendliche a) den Übergang von der Schule zum Beruf gut überwinden, dass sie einen Job finden, wo sie zu Hause sind, und wo jeder Jugendliche auch ein Recht hat auf eine Jugendberatung. Das haben die Kompetenzagenturen mit einer guten sozialpädagogischen Arbeit getan und ich denke, daran sollten wir anknüpfen. Wir können nicht wieder neue Strukturen hervorzaubern. Manchmal habe ich das Gefühl, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind die zukünftigen Zauberer dieser Nation,

(Andreas Butzki, SPD: Das sind die GRÜNEN schon.)

weil es kann nicht sein, dass Sie versuchen, die Jugendhilfe immer wieder durch kreative Maßnahmen zu deckeln. Die Frustrationsgrenze ist, denke ich, irgendwann erreicht.

(Torsten Renz, CDU: Das weisen wir aufs Schärfste zurück!)

Natürlich wissen wir das alle. Herr Renz.

Warum tritt denn ein Herr Littwin beispielsweise vom VSP in Schwerin immer wieder an Politiker heran? Er war sicher auch bei Ihnen und bei den Vertreterinnen und Vertretern der SPD. Der macht das doch nicht aus Jux und Tollerei, sondern der macht das, um zu sehen, wo soll die Jugendberufshilfe in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Deutschland hingehen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich nehme die Punkte auf, die die Ministerin eben genannt hat. Ich denke, es geht darum, eine Übergangslösung zu schaffen. Wir werden wieder nachfragen, und ich denke, da sind Jacqueline Bernhardt und ich auch einer Meinung, dass wir natürlich sehr zeitnah fragen: Wie läuft es denn? Was ist daraus geworden, hier eine Lösung zu finden? Das sind wir nicht nur den Jugendlichen schuldig, sondern das sind wir auch den Frauen und Männern schuldig, die jeden Tag dort ihre Arbeit leisten.

Ich hoffe, dass wir hier eine einmütige Lösung herbeiführen. Ich kann nur immer noch mal werben: Stimmen Sie für unseren Antrag, und wenn Sie das nicht tun, dann gerne auch für eine Überweisung in den Sozialausschuss!

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie noch eine andere Variante?)

Uns ist das Thema wichtig, das ist hier deutlich geworden. – Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

**Martina Tegtmeier**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Frau Bernhardt und Frau Gajek! Also, lassen Sie uns doch erst mal die Angelegenheit wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Zum einen kann man es bedauerlich finden, dass wir viele Millionen ESF-Mittel in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung haben, um sinnvolle Maßnahmen damit zu ergreifen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nachhaltig!)

man kann das auch sehr begrüßen. Man kann natürlich sagen, diese Maßnahmen sollten wir aus eigener Kraft machen, aus dem Landeshaushalt und nicht aus ESF-Mitteln.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee, man muss es verzahnen!)

Man kann aber auch sagen, es ist gut, dass uns die Mittel aus dem ESF zur Verfügung stehen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, ewige Dankbarkeit!)

um Bundesprogramme zu machen, um aber auch Landesprogramme zu machen. Nicht möglich ist es jedoch,

Bundesprogramme, wenn sie ausgelaufen sind, durch das Land weiterzuführen, weil wir uns damit selber jeglichen Gestaltungsspielraum abschneiden, um die Mittel, die wir aus den ESF-Fonds zur Verfügung bekommen, in eigene Programme umzumünzen.

Wir wissen seit geraumer Zeit, dass dieses Programm ausläuft. Wir wissen, dass es keine Anschlussförderung für die Maßnahmen aus dem alten Förderzeitraum gibt.

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist doch diese fehlende Nachhaltigkeit, Frau Tegtmeier. Das ist doch gerade dies.)

Ja, hören Sie doch mal zu Ende zu, Frau Gajek!

Und wir wissen, dass das neue Programm, das Folgeprogramm sozusagen, darauf abzielt, die Komponenten der alten Förderung zusammenzufassen in einem neuen Programm. Aber – und das ist, denke ich mal, der Knackpunkt aller Dinge hier – die Sache wird kommunalisiert, das Land ist in Zukunft raus.

## (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und trotz alledem haben wir als SPD-Fraktion immer gesagt, wir erkennen diese Arbeit natürlich an, wir schätzen das, was die Kompetenzagenturen geleistet haben, und wir haben uns klar dazu positioniert, dass in der Übergangsphase bis Juni eventuell bestehende Lücken in der Finanzierung auch durch Landesmittel kompensiert werden.

Nun haben wir eine neue Bundesregierung, die dabei ist, sich mit Europa, mit Brüssel darüber zu verständigen, wie dieses Programm aussehen kann, wie die Richtlinie dazu aussehen kann. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung nachlesen können, dass alle Elemente, die wir im letzten Programm, also in der Förderperiode 2007 bis 2013 hatten, darin auch mit aufgehen sollen, also dass die Unterstützung besonders benachteiligter Jugendlicher am Übergang von der Schule in den Beruf – wir nannten die Grundlage aus dem SGB VIII – bleiben und dabei ebenso erhalten werden soll wie die zentralen Methoden zur Unterstützung.

Die Bundesregierung selber rechnet mittlerweile damit, dass die dazu erforderliche Vereinbarung mit Brüssel überhaupt erst im Oktober erfolgreich abgeschlossen werden kann, sodass die finanztechnischen Rahmenbedingungen für die neue ESF-Förderperiode damit im Detail auch noch gar nicht feststehen können. Der Bund selbst steht in den Startlöchern, um den Beginn des Interessenbekundungsverfahrens und die damit verbundene Veröffentlichung der Förderrichtlinien so auf den Weg zu bringen, dass das Programm tagfertig am 01.01.2015 starten kann.

#### (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie die Landesregierung hier zu einer zwischenzeitlichen Lösung kommen will, hat Ministerin Hesse in ihrem Beitrag vorgetragen. Der Bund seinerseits hat auch allergrößtes Interesse daran, dass die noch bestehenden Strukturen übergeleitet werden können und nicht wegbrechen. So hat mir noch am heutigen Vormittag eine autorisierte Mitarbeiterin aus dem Bundesministerium für

Familie, Senioren, Frauen und Jugend mitgeteilt, dass auch das Bundesministerium die Länder bei der Überbrückung der Lücke von einem Förderungszeitraum zum nächsten Förderungszeitraum unterstützen wird.

(Heinz Müller, SPD: Was? Noch mal! – Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Das Bundesministerium wird das Ansinnen der Ministerin, die Überbrückung, unterstützen.

(Heinz Müller, SPD: Dann ist das Problem ja gelöst.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Damit ist Ihr Antrag erledigt.

(Heinz Müller, SPD: Überflüssig.)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

**Udo Pastörs**, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein aufschlussreiches Signal, dass offensichtlich immer mehr außerschulische staatliche Institutionen benötigt werden, um den jungen Erwachsenen den Weg in den Beruf zu ebnen oder sie überhaupt sozial kompetent in die Lage zu versetzen, eine Berufsausbildung zu beginnen.

Und wenn wir hier gehört haben – ich habe hier nur eine Diskussion verfolgen können, die sich im Kern auf Finanzen bezieht –, wenn wir uns nur auf die Fortführung, die Ausfinanzierung von einem Projekt verständigen sollen, dessen Zielsetzung noch nicht einmal definiert ist – ich spreche von den neuen sogenannten Jugendberufsagenturen, wie das jetzt heißt –,

#### (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und man weiß, dass diese sogenannten zukünftigen Jugendberufsagenturen schon in der Vergangenheit, auch wenn sie anders hießen und heißen bis jetzt, immer weniger berufsspezifisch begleitende Maßnahmen durchführen konnten, sondern immer mehr gefordert waren, die soziale Kompetenz der Problemschüler zu begleiten, auszugleichen und darüber hinaus auch finanzielle — jedenfalls den Versuch zu machen —, finanzielle Unterstützung einzutreiben im Sinne von Unterstützung der jungen Menschen, die berufliche Bildung erwerben wollen, dann sieht man, dass wir hier über etwas reden, was konkret überhaupt noch gar nicht bewertet werden kann.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da gab es einen Bericht dazu.)

Meine Fraktion wird selbstverständlich erst dann einem Antrag zustimmen – bei aller Berechtigung des Antrags –, wenn wir ganz genau ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da gab es einen Abschlussbericht der Kompetenzagenturen mit Empfehlungen.) Ja, das war aber ein Abschlussbericht einer Förderperiode und einer Methodik, die jetzt über den Haufen geworfen wird, wie wir gehört haben, und eine neue Zielsetzung ist noch gar nicht erarbeitet worden.

Wir werden aus diesem Grund natürlich sehr wohlwollend diesen Antrag hier kommentieren. Das habe ich versucht zu tun. Wir werden dem Antrag aber nicht zustimmen, sondern wir werden uns zunächst einmal enthalten und schauen, was denn, wenn es überhaupt gelingt zum 01.01.2015, die neuen Zielsetzungen klar definiert aussagen. Und erst dann, wenn wir das wissen, werden wir eventuell dieser neuen Regelung zustimmen.

Noch ein Wort zur Ministerin: Es verwundert dann schon, dass die Landesregierung hier eine Ministerin das Wort ergreifen lässt oder sie sich das Wort nimmt, noch nicht einmal in Kenntnis einer Information, die dann von einer ganz normalen Abgeordneten angeführt wird, um das Parlament darüber zu informieren, dass das, was die Ministerin sich wünschte – nämlich dass über das hinaus, was jetzt zugesagt worden ist, Finanzhilfen kommen –, von Berlin aus praktisch schon verbindlich zugesagt worden ist. So viel zur Kommunikation innerhalb der Regierungskoalition.

Wie gesagt, es ist Bedarf, es besteht die Notwendigkeit in der Jugendhilfe, in der Jugendförderung, in der Sozialbetreuung. Warum das so ist, das würde den Rahmen meines Vortrages hier sprengen, das wissen Sie ganz genau, das ist Ihre erbärmliche Bildungspolitik, das totale Versagen auf diesem Gebiet. Deswegen werden wir diesem Antrag zunächst nicht zustimmen, uns enthalten und abwarten, was Sie dem Plenum an konkreten Maßnahmen und Vorschlägen dazu unterbreiten werden. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun noch einmal die Abgeordnete Frau Bernhardt von der Fraktion DIE LINKE.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte zu einigen hier vorgebrachten Argumenten Stellung nehmen.

Frau Hesse, Sie sagten, nur vier von zehn Kompetenzagenturen haben überhaupt Anträge auf eine Finanzierung aus dem Landeshaushalt gestellt. Da frage ich mich doch als Erstes, warum das so ist.

Erstens wird der Grund darin liegen, dass es halt zum Jahresende 2013 kein positives Signal vom Landtag gab, weder in den Haushaltsberatungen noch bei der Beratung unseres Antrages, die Kompetenzagenturen aus Landesmitteln unterstützen zu wollen. Im Gegenteil, es waren Zeichen der Mittelkürzung zu sehen, dass der Landeshaushaltstitel "Jugendberufshilfe" von 220.000 Euro auf 50.000 Euro gekürzt wurde.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war erst gestrichen. Erst wars entfallen.)

Ich würde mich fragen ...

Erst war es entfallen, das hatte ich in meiner Einbringungsrede dargestellt.

Ich frage: Würden diese 50.000 Euro ausgereicht haben, hätten wirklich alle zehn Kompetenzagenturen Anträge gestellt?

Zweitens. Erst zum 16. Dezember 2013 kam das Zeichen vom Bund, weiterhin bis zum 30.06.2014 aus Restmitteln der ESF-Förderperiode die Verantwortung übernehmen zu wollen. Das war kurz vor Ende des anderen Programmes am 31.12.2013. Wie Sie alle wissen, müssen Mitarbeiter innerhalb einer bestimmten Frist gekündigt werden. Die Kündigungen waren bereits ausgesprochen. Die Unsicherheit bei den Kompetenzagenturen war groß, deshalb kann es für mich nur so zu erklären sein, dass nur noch vier der zehn Kompetenzagenturen überhaupt weiterarbeiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Alles in guten Händen.)

Und weil gesagt wurde, die Kompetenzagenturen würden sich jetzt zu Jugendberufsagenturen weiterentwickelt haben: Beide Institutionen haben unterschiedliche Ansätze und sind voneinander zu trennen. Die Kompetenzagenturen hatten die Aufgaben des Case-Managements und der sozialpädagogischen Begleitung von schwierigen Kindern und Jugendlichen. Jugendberufsagenturen haben eine Lotsenfunktion für Kinder und Jugendliche im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf. Das sieht man auch an den Beteiligten: Jugendamt, Jobcenter und so weiter. Bei den Kompetenzagenturen waren es ganz andere Träger.

Dass es einen Unterschied zwischen Kompetenz- und Jugendberufsagenturen gibt, zeigt auch der Koalitionsvertrag des Bundes, wo beide Maßnahmen genannt werden und nicht davon gesprochen wird, Kompetenzagenturen zu Jugendberufsagenturen weiterzuentwickeln. Insofern überzeugen mich diese Argumente nicht.

(Andreas Butzki, SPD: Das waren keine Argumente.)

Und, Frau Tegtmeier, weil Sie sagten, das Land ist nicht in der Verantwortung: Das Land hat bis 2013 die Verantwortung übernommen, indem es den Haushaltstitel "Jugendberufshilfe" gab, und das ist für mich ein Zeichen, dass es, wenn das Land dies will, auch die Verantwortung für diesen Bereich wahrnehmen kann. Im ESF gibt es nun die Folgeprogramme, aber es kam zu Unsicherheiten. Nun haben wir von Frau Tegtmeier erfahren, dass heute früh bekannt wurde, dass der Bund im Übergangssystem Unterstützung leisten wird, auch noch in der unsicheren Phase zwischen Juli und viertem Quartal, wo hoffentlich das neue Bundesprogramm beginnt. Wenn dem so ist, dann freut mich, dass es hier zu Sicherheiten kommt, aber ich frage mich, wie konkret ist die Unterstützung, in welcher Höhe wird sie erfolgen seitens des Bundes.

(Andreas Butzki, SPD: Abwarten!)

Und was ich mich dann schon frage, in der gemeinsamen Ausschusssitzung des Sozialausschusses und des Bildungsausschusses am 27.03.2014 war die Landesregierung nicht in der Lage, uns überhaupt benennen zu können, wie viele Kompetenzagenturen es überhaupt noch im Land gibt. Damals war die Rede von drei Kompetenzagenturen, mittlerweile, so haben wir erfahren, haben vier Kompetenzagenturen Anträge gestellt. Das

zeigt mir, dass die Landesregierung mit diesen Kompetenzagenturen doch ein bisschen nachlässig umgegangen ist.

Ich finde es auch wirklich sehr merkwürdig, dass die Informationen von Frau Tegtmeier nicht den Oppositionsfraktionen mitgeteilt worden sind,

(Heinz Müller, SPD: Das hat sie doch gerade gemacht!)

sondern dass Sie das als Herrschaftswissen benutzen. Sie hätten heute früh noch mal irgendwie ein Zeichen geben können,

(Heinz Müller, SPD: Ach?! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

bevor wir diesen Antrag behandelt haben. Das zeugt wahrlich nicht von einem guten Umgang mit der Opposition. Sie hätten einen Änderungsantrag stellen können.

(Heinz Müller, SPD: Welche Telefongespräche möchten Sie denn kurzfristig mitgeteilt bekommen? Können Sie uns das mal erzählen?)

Das alles wäre möglich gewesen, Herr Müller. Es ist nicht erfolgt. Das zeigt mir Ihren fehlenden Verantwortungswillen für die Kompetenzagenturen.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE)

Da ich diese Information nicht bestätigt bekommen habe,

(Heinz Müller, SPD: Ach, die Koalition ist ja so böse! Sie erklärt nicht jedes Telefongespräch. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass der Bund einspringen möchte, bleibt der Antrag bestehen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zurufe sind gestattet,

(Heinz Müller, SPD: Danke!)

aber bitte so, dass man den Redner noch verstehen kann,

(Heinz Müller, SPD: Den Zuruf dann auch.)

und wenn die Lautstärke der Zurufe so laut ist, dass man den Redner nicht mehr versteht, bitte ich, doch entsprechend darauf Rücksicht zu nehmen.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2937. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2937 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Agrarumweltmaßnahmen stärker auf Tierhaltung ausrichten – Umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren unterstützen, Drucksache 6/2935, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren der Nutztierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern erhalten und weiterentwickeln, Drucksache 6/2919.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Agrarumweltmaßnahmen stärker auf Tierhaltung ausrichten – Umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren unterstützen – Drucksache 6/2935 –

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren der Nutztierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern erhalten und weiterentwickeln – Drucksache 6/2919 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in unserem Antrag die Agrarumweltmaßnahmen ansprechen, dann sehen wir sie als Teil eines einheitlichen Ganzen und dieses Ganze ist die Umgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union für den Zeitraum 2014 bis 2020. Damit werden die Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Produktion und, ich betone, und den Schutz und die Erhaltung von Natur und Umwelt maßgeblich bestimmt.

Meine Fraktion und DIE LINKE insgesamt hat diesen Prozess der Erarbeitung und der politischen Ausrichtung der Leitlinien der GAP aktiv vorangetrieben und unterstützt, auch mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen im Landtag, und ich erinnere daran, dass die Bundestagsfraktion mit der Drucksache 17/8378 in dieser Richtung aktiv war. Es war und ist unser Ziel eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion, in der soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt sind und der Landwirt von seiner Arbeit leben kann.

Heute sind, allerdings mit großer Verspätung, die Grundlinien der EU-Politik weitgehend klar. Es fehlen aber zum Beispiel noch die Rechtsakte und -texte für die eindeutige Bestimmung, worin die Anforderungen für das neu eingeführte Greening bestehen. Des Weiteren hat die Sonderagrarministerkonferenz am 4. November 2013 einen einheitlichen Standpunkt zur nationalen Umsetzung gefunden. So werden unter anderem 4,5 Prozent der Mittel aus der ersten Säule, also den Direktzahlungen, in die zweite Säule umverteilt. Diese zusätzlichen Mittel sind zweckgebunden für eine nachhaltige Landwirtschaft, insbesondere für Grünlandstandorte, für Raufutterfresser, für flächenbezogene Agrar-, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, für die Stärkung von besonders tiergerechter Haltung und des Tierwohls sowie für den ökologischen Landbau und für die Ausgleichszulage in von der Natur benachteiligten Gebieten zu verwenden, so der Beschluss der Agrarministerkonferenz.

Wie dieses nun im Lande passieren soll, regelt der noch in der Erarbeitung befindliche Entwicklungsplan für den ländlichen Raum, kurz EPLR, in dem die Förderung der Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft, den Naturschutz und die ländliche Entwicklung, die aus dem ELER unterstützt werden, enthalten ist. Dieser wird dann von der EU-Kommission notifiziert, wenn er den Förderrichtlinien entspricht.

Dass dieser Plan wegen der zu spät beschlossenen EU-Regelungen noch nicht fertig ist, kann man der Landesregierung und den an der Erarbeitung beteiligten Wirtschafts- und Sozialpartnern nicht anlasten. Das wollen wir auch nicht. Trotzdem haben wir mehrfach im Landtag die Intransparenz des Verfahrens seitens der Landesregierung kritisiert. So wurde beispielsweise unter der rotroten Landesregierung im Jahre 2005 der Landtag in einer Unterrichtung über die Grundzüge des damals zu erarbeitenden EPLR 2006 bis 2013 informiert.

#### (Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dieser Planungsphase haben wir nur auf ausdrückliche Anforderung im Agrarausschuss etwas über den Planungsstand erfahren. Dafür gibt es von beteiligten Verbänden, wie von der Vereinigung der Unternehmerverbände, dem Bauernverband und den Umweltverbänden, öffentliche Kritik. Sogar der Koalitionspartner der SPD, die CDU-Fraktion, machte ihrem Unmut über die vorgesehene Einstellung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete Luft und forderte in einer Pressemitteilung von Frau Schlupp deren Weiterführung. Diese Pressemitteilung vom 1. April war wahrscheinlich kein Scherz, denn die Ausgleichszulage steht als "weiterzuführen" sogar im Koalitionsvertrag. Vielleicht hören wir ja nachher, wie dieser Streit ausgegangen ist.

Wir begrüßen ausdrücklich die geforderte und nun bestätigte Weiterführung der naturschutzgerechten Grünlandförderung für das Jahr 2014 als Übergangslösung. Offensichtlich musste sich der Minister dem Druck beugen und die bereits im Herbst abgesagte Weiterführung der Förderung für 2014 nun doch zusagen. Wir würden nun aber gerne hier hören, wo die 7,2 Millionen Euro für die Weiterführung herkommen, an welcher Stelle dieses Geld jetzt möglicherweise fehlt und welche Folgen das haben könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte entschuldigen Sie die lange Einlaufkurve, um zum konkreten Thema unseres Antrages zu kommen, aber nur so, glaube ich, kann die komplexe Problematik, um die es hier geht, richtig eingeordnet werden.

Nun zu unserem Antrag, der teilweise mit dem ersten Punkt der Antragsstellung der GRÜNEN korrespondiert. Deshalb wurde von uns auch die verbundene Aussprache vorgeschlagen. Es geht im Grunde um die immer schwieriger werdende wirtschaftliche Situation tierhaltender Betriebe im Lande. Gegenüber verbreiteten Vorurteilen ist unser Land dadurch geprägt, dass eine Vielzahl mittlerer, kleiner und kleinster Tierhaltungsanlagen und -ställe relativ wenigen großen und übergroßen gegenübersteht. Eine Regelung für die Obergrenzen von Tierhaltungsanlagen ist schwierig, aber, ich meine, überfällig. Eine Obergrenze von zwei GV pro Hektar je Betrieb ist ein akzeptabler Wert, der sowohl die Futterbereitstellung von eigener Fläche als auch die Ausbringung von Dung

und Gülle möglich macht. Jedoch reicht das alleine nicht, da sie nicht ausschließt, dass auf einer großen Betriebsfläche ein Superstall entsteht. Es braucht also auch eine Begrenzung der Stallgrößen in Abhängigkeit von den territorialen Gegebenheiten und Tierarten.

Der Trend geht offensichtlich dahin, dass Tierhaltung nur noch in großen Anlagen rentabel erscheint. Dieser Trend wird sich in der Tierhaltung in dem Maße vergrößern, wie wir uns aus der Unterstützung der Tierhalter zurückziehen. Wenn wir aber mehr Tierschutz, mehr Haltung zum Beispiel auf Stroh, mehr Auslauf, mehr Licht und Platz in den Ställen wollen, müssen wir den Bauern bei den Mehrkosten helfen. Eine wesentliche Unterstützung für tierhaltende Betriebe boten bisher die gut nachgefragten Förderungen der umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren im Land. Allein im Jahr 2010 ist von den ausgegebenen Fördermitteln in Höhe von circa 8,09 Millionen Euro der überwiegende Teil in die Rinderhaltung geflossen. 410 Unternehmen sind gefördert worden, so der Agrarbericht 2011. Es ist bisher der letzte, der uns vorliegt.

Diese Förderung wurde nach Auslaufen im Jahre 2008 ab 2009 über eine neue Richtlinie als Tierschutzmaßnahme unter dem ELER-Code 215 angeboten. Mit der Förderung umwelt- und tierartgerechter Haltungsverfahren wird das Niveau der Grundanforderungen des Tierschutzstandards deutlich erhöht. Damit wird zu mehr Tierwohl beigetragen. Mit den bisher bekannten Entwürfen für die künftigen Agrarumweltmaßnahmen ist die Weiterführung dieser Programme aber nicht mehr vorgesehen. Die Presse hat dazu berichtet, dass der Kontrollaufwand für das Ministerium zu groß wurde. In der Tat berichteten mir an diesen Förderungen teilnehmende Bauern, dass zum Beispiel sehr genaue Messungen der vergrößerten Fenster der Ställe erfolgten, bei denen sage und schreibe die Fensterkreuze herausgerechnet werden mussten. Auch Stützpfeiler im Stall müssten herausgerechnet werden, damit die förderfähige Fläche stimmt.

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Das ist viel, das ist zu viel Bürokratie für alle Beteiligten.

Auch der stellvertretende Staatssekretär Herr Dr. Buchwald hat uns während der kurzen Vorstellung des bisherigen Standes des EPLR-Entwurfes bestätigt, dass es vor allem der Personalknappheit geschuldet ist, dass dieses Programm nicht mehr angeboten werden soll. Natürlich hört man auch, dass das Programm Mitnahmeeffekte bieten würde und auch deshalb nicht weitergeführt werden soll. Analysen und Zahlen kenne ich dazu nicht, vielleicht gibt es auch gar keine. Aber ich bin mir gewiss, dass es wohl keine Förderung ohne gelegentliche Mitnahmeeffekte gibt, und wenn das Geld den benachteiligten Tierhaltungsbetrieben zugutekommt, ist das gut angelegtes Geld – so meine Meinung. Wir haben sowieso zu wenig Tierhaltung im Land, aber dazu werde ich im zweiten Teil etwas sagen.

Wir erheben hier die Forderung, lassen Sie uns über eine Weiterführung, einen Ersatz der Förderung der umweltund tiergerechten Haltungsverfahren reden! Die Tierhalter brauchen das, das Land braucht das auch.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, vor der Abgabe der Anträge zu dieser Sitzung habe ich der Koalition das Signal gegeben, dass wir sehr an einem Antrag aller demokratischen Parteien zur Unterstützung der Schaf- und Ziegenhalter im Lande interessiert sind. Vorbild hätte der gemeinsame Antrag der demokratischen Fraktionen in Brandenburg sein können, der kürzlich im Landtag beschlossen wurde. Dort geht es ebenso wie hier bei uns darum, die weiter sinkende Anzahl der Betriebe und der für die Landschaftspflege, den Naturschutz und die Deichpflege unverzichtbaren Tierbestände aufzuhalten und Schäfern auch eine Perspektive zu geben.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Schafund Ziegenhaltung haben sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Die Abschaffung der Mutterschafprämie im Jahr 2005 und die Einführung der Flächenprämie machen die Schaf- und Ziegenhalter, die kaum über eigene Flächen verfügen, zu den Verlierern der EU-Agrarreform. Ihnen steht das Wasser bis zum Hals. Produktionserlöse aus Fleisch und Wolle reichen nicht zum Überleben.

(Marc Reinhardt, CDU: Nicht?)

Mehr Schafe braucht das Land, habe ich kürzlich gefordert. Auch Minister Dr. Backhaus war bereits 2009, als er vor dem Landesschafzuchtverband sprach, dieser Meinung. Er vertrat seinerzeit die Auffassung, dass zu den damals statistisch erfassten 105.000 Schafen im Land gut und gerne noch weitere 100.000 dazukommen könnten, denn sie würden insbesondere in der Landschaftspflege gebraucht. Ich unterstreiche das und unterstütze das voll. Heute, mit dem statistischen Stand von 2013, sind es – die Zahl nenne ich zweimal – nur noch 77.000, 77.000 Schafe.

Vizepräsidentin Regine Lück: Professor Dr. Tack, Ihre Redezeit ist beendet.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Die Zahl der erfassten Schafhalter hat sich mehr als halbiert.

Ich werde die weiteren Ausführungen in meiner zweiten Rede vortragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Frau Gerkan. Bitte schön, Frau Gerkan.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war nicht nur verwundert, sondern wir waren regelrecht schockiert, als mit einem Pressebericht am 19. April dieses Jahres bekannt wurde, dass die Richtlinie zur Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren in Mecklenburg-Vorpommern in der neuen Förderperiode nicht mehr weitergeführt werden soll. Diese Richtlinie ist doch gerade erst 2010 erlassen worden!

Schockiert deshalb, weil natürlich von so einer Meldung eine fatale Wirkung ausgeht. In einer Zeit, in der die Agrarbetriebe jede Unterstützung benötigen, um den wachsenden Anforderungen an einen umfassenden Tierschutz in der Nutztierhaltung gerecht werden zu können, baut die Landesregierung die Unterstützung ab. Das ist ein schlechtes Signal und hat die Nutztierhalter des Landes zu Recht erzürnt. Wir haben uns daraufhin

entschlossen, den vorliegenden Antrag einzubringen, der in seiner Substanz noch etwas weiter geht und in seinen Forderungen konkreter formuliert ist als jener Antrag der Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion.

Mit Ihrem Antrag, sehr geehrter Herr Professor Dr. Tack, stimmen wir im Kern aber überein, doch halten wir ein stärkeren Bezug auch zum Agrarinvestitionsförderprogramm und zu der entsprechenden Förderrichtlinie mit konkreteren Vorschlägen für notwendig.

Im Zusammenhang mit der heute zur Debatte stehenden Richtlinie zur Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren glaubte ich tatsächlich – ähnlich wie Sie, Herr Tack – an einen verspäteten Aprilscherz, als ich die Begründung für ihre Abschaffung in einem Presseartikel der OZ vom 19. April lesen musste, Herr Backhaus. Sie selbst, Herr Backhaus, äußerten darin die Auffassung, dass wir uns von einem Förderinstrument verabschieden müssen – nur, weil wir es in der Umsetzung nicht mehr kontrollieren können. Die Regeln und Vorschriften für umwelt- und tiergerechte Nutztierhaltung seien inzwischen zu komplex und zu kompliziert. Der Personalbestand der Umwelt- und Landwirtschaftsverwaltung des Landes könne die notwendigen Kontrollaufgaben nicht mehr leisten.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, wenn das tatsächlich der Grund für die Einstellung dieser Förderrichtlinie sein soll, so ist dies der Offenbarungseid einer gescheiterten Verwaltungsreform, die Sie und nur Sie an dieser Stelle zu verantworten haben. Sie haben Personalmittel in der Umwelt- und Landwirtschaftsverwaltung eingespart, aber damit dafür gesorgt, dass der Staat seinen Aufgaben nicht mehr umfänglich nachkommen kann. So kommt es nun offenbar dazu, dass unser Land in der durchaus guten Absicht, tier- und umweltgerechte Nutztierhaltung zu fördern, nicht mehr alle in diesem Zusammenhang möglichen Förderinstrumente anwenden kann. Es ist offenbar kein ausreichendes und qualifiziertes Personal vorhanden, um die Förderbedingungen auch entsprechend zu kontrollieren. Es kommt in der Folge womöglich zu fehlerhaften Fördervorgängen und zu Rückforderungen der EU.

Ich frage Sie ernsthaft: Kann das denn wirklich wahr sein? Und meine Antwort lautet: Das darf nicht wahr sein! Wir sind der festen Überzeugung, dass wir nur dann zu einer tier- und umweltgerechten Nutztierhaltung kommen, wenn es fachlich qualifizierte und ausreichend ausgestattete Kontrollbehörden gibt. Alles andere zu glauben, ist einfach naiv, und diese Naivität, sehr geehrter Herr Minister, nehmen wir Ihnen in dieser Form auch nicht ab. Ihre Aufgabe ist es, für ausreichend Personal zu sorgen. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass wir mit dem Tierschutz in der Nutztierhaltung weiterkommen.

Dies ist übrigens auch ein Gebot des Verbraucherschutzes.

(Andreas Butzki, SPD: Jaja, unbedingt.)

den Sie als Gastgeber und Vorsitzender in diesen Tagen auf der Verbraucherschutzministerkonferenz in Rostock-Warnemünde vertreten wollen. Verbraucher wollen tiergerecht erzeugte Nahrungsmittel.

> (Minister Dr. Till Backhaus: Genau. Mehr denn je zuvor.)

Gerade der Aspekt der Tiergerechtigkeit ist 50 Prozent der Deutschen beim Einkauf sehr wichtig. Das ergab zum Beispiel eine Umfrage von Infratest dimap aus dem Jahr 2013. Beim Thema "Umwelt- und tiergerechte Nutztierhaltung" wird besonders deutlich, wie wenig Ehrgeiz Sie, Herr Minister Backhaus, auf diesem Gebiet entwickeln.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht wahr.)

Sichtbar wird das an dem für eine tiergerechte Nutztierhaltung verbliebenen Hauptförderinstrument, dem Agrarinvestitionsförderprogramm und der zugehörigen Förderrichtlinie. Erst auf Druck der EU-Kommission hin haben Sie, Herr Backhaus, die Anforderungen für die Nutztierhalter, die das AFP nutzen wollen, erweitert. Weiterhin gehört zur Wahrheit auch dazu, dass das, was Sie über das AFP fördern, nicht viel mehr als die Pflicht ist, die im Tierschutz in den Ställen auf Grundlage der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung sowieso zu leisten ist.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht wahr.)

Zwar gibt es den Premiumstandard der Förderung für besonders tiergerechte Haltung im AFP, doch mit Verlaub, Niedersachsen macht es dann doch wieder etwas konkreter. Im dortigen überarbeiteten AFP wird zur Bedingung gemacht, bei Ferkelkastrationen die Tiere zuvor zu betäuben.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das haben wir längst.)

In derartig wichtigen tierschutzrechtlichen Fragen verweigern Sie sich, Herr Backhaus.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das haben wir alles längst.)

Deshalb können Sie nicht für sich in Anspruch nehmen, besonders viel, ja, überdurchschnittlich viel für den Tierschutz in der Nutztierhaltung zu leisten. Unsere Forderung lautet deshalb, die Richtlinie zum AFP deutlich tierschutzrelevanter zu formulieren und nur das zu fördern, was sich deutlich von dem abhebt, was die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung ohnehin bereits fordert.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die gleiche Forderung, also die Einführung weitergehender Tierschutzkriterien, gilt dann selbstverständlich auch für eine weiterzuführende Richtlinie zur Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren.

Dann noch ein weiterer Aspekt, der uns mit diesem Antrag wichtig ist. Auch wenn das AFP die Forderung bietet, tierschutzrelevante Investitionen und Verfahren zu fördern, so darf nicht vergessen werden, dass die Richtlinie zur Förderung von Investitionen in der landwirtschaftlichen Produktion nach dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm Teil A, kurz AFP-Richtlinie, weit mehr beabsichtigt als allein die Verbesserung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung. Da geht es ebenso um Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz in einer multifunktionalen Landwirtschaft. Deshalb halten wir es für erforderlich, die Förderung im Bereich der tiergerechten Nutztierhaltung, die im Zuge des AFP ausgereicht werden soll, nicht unbegrenzt zu bewilligen. Dies soll sicherstellen, dass auch

andere Antragsinitiativen aus den genannten Handlungsfeldern Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz zum Zuge kommen und nicht mit gewaltigen Fördersummen allein gigantische Rinder-, Schweine-, Gülleställe finanziert werden,

(Andreas Butzki, SPD: Gülleställe!)

denn multifunktionale Landwirtschaft umfasst weit mehr als Tierhaltung. Da verrate ich Ihnen sicher nichts Neues. Doch wo bildet sich das bisher ab in unserer Förderpolitik?

Insgesamt – und damit möchte ich meine Antragseinbringung schließen – nutzt die Landesregierung deutlich zu wenig Förderinstrumente, um zu einer umwelt- und tierschutzgerechten Nutztierhaltung zu kommen, die ihren Namen auch wirklich verdient. Es gibt zwar noch die Förderrichtlinien für die Schaf- und Ziegenweide und für die naturschutzgerechte Grünlandnutzung, die auch dem Tierwohl dienen, doch es könnte weit mehr getan werden

Unser Antrag gibt Anlass, die Förderbedingungen für eine umweltgerechte und tiergerechte Nutztierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern zu hinterfragen und zu überarbeiten.

(Andreas Butzki, SPD: Was sagen die Bauern dazu?)

Deshalb bitten wir Sie, ihm zuzustimmen und den Agrarbetrieben weitere Unterstützung bei der Umstrukturierung in Richtung von mehr Tiergerechtigkeit angedeihen zu lassen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Backhaus.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, mir fällt es schon schwer – Frau Gerkan, Sie sind meistens leider nicht, ich habe Sie nicht allzu oft in den Agrarausschusssitzungen gesehen –,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da sitzt ja auch ein anderes Mitglied von uns.)

es fällt mir schon schwer, jetzt darauf einzugehen, aber ich werde Ihnen in den nächsten Minuten darstellen, dass Mecklenburg-Vorpommern gerade in den letzten Jahren.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hab Sie auch selten im Bildungsausschuss gesehen.)

was die artgerechtere Tierhaltung anbetrifft, was die ökologische Ausrichtung anbetrifft und was insbesondere auch die Förderung von artgerechteren Tierhaltungsmaßnahmen anbetrifft, die Vorreiterrolle gespielt hat.

Und wenn man sich die Anträge anschaut, dann will ich auch das, was von Herrn Dr. Tack hier angedeutet worden ist, natürlich deutlich machen. Es ist immer schön, zu Beginn einer neuen Förderperiode auf das zurückzublicken, was in der Vergangenheit war. Sie haben schon einen groben Fehler – um das gleich aufzudecken – hier der Öffentlichkeit vorgetragen: Die Förderung zur artgerechteren Tierhaltung ist insgesamt über zehn Jahre gelaufen. Wenn man sich das auf der Zunge zergehen lässt, dann sind da knapp 90 Millionen Euro über die beiden Verpflichtungszeiträume – über jeweils fünf Jahre zwischen 9 und 11 Millionen Euro je Jahr – bereitgestellt worden. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Diese Förderrichtlinie ist nicht 2010 neu gemacht worden, sondern sie ist insgesamt zehn Jahre alt.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da kenne ich aber ein anderes Datum.)

Und wenn man eine Förderperiode abschließt, dann ist vollkommen klar, dass man bilanziert darüber nachdenkt, was können wir besser machen und wie können wir auch die strategische Ausrichtung zum Wohle der Unternehmen verbessern.

Das ist nicht zum Lachen, sondern todernst, und Ihr Feindbild, nämlich die Landwirtschaft, das wird doch hier deutlich in dem, was Sie zum Ausdruck bringen. Ob klein oder groß, gegen Tierhaltung sind Sie generell.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt überhaupt nicht.)

Deswegen ist in diesem Land auch dieses Klima entstanden. Gehen Sie in die Dörfer, fahren Sie mit dem Agrarausschuss mit! Sie vergiften das Klima für Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern, in der Landwirtschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das wird permanent so gemacht.

(Zuruf von Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen haben wir in den letzten drei Förderperioden, Frau Gerkan, 3 Milliarden Euro an europäischen Mitteln bekommen. Der Ministerpräsident hat heute Morgen auch zu dem Thema gesprochen. Jawohl, Europa tut gut! 3 Milliarden Euro an reinen Fördermitteln der Europäischen Union sind in die Landwirtschaft, die ländlichen Räume, die Ernährungswirtschaft und in die Umwelt hineingeflossen.

Ich bin stolz darauf, dass ich – im Übrigen, die Verbraucherschutzministerkonferenz hat begonnen, auch Ihre Kolleginnen und Kollegen sind da – heute Nacht in Absprache mit Ihren Kollegen bei dem Direktzahlungsgesetz die letzten Hürden ausgeräumt habe. Was Sie hier zum Teil loslassen, ist wider jede Vernunft.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee.)

Ich sage Ihnen das: Wider jede Vernunft!

Dann rufen Sie mal Ihre Kollegin Frau Höfken an und fragen Sie, wie intensiv wir versuchen, jetzt Lösungen zu

finden, um eine artgerechte Tierhaltung, eine umweltverträgliche Landwirtschaft und vor allen Dingen auch die Entwicklung der ländlichen Räume in einen vernünftigen Prozess hineinzubringen!

# (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben keine Ahnung und Sie haben auch kein Wissen über die Details, die hier notwendig wären, um sich damit sachlich auseinanderzusetzen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber Sie!)

Allein in der Förderperiode 2007 bis 2013 wurden über den ELER insgesamt sage und schreibe 31.537 Förderfälle durch unser Haus, durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedensten Bereichen bereitgestellt. Und dass hier insgesamt 909 Millionen Euro über die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur, über unser Haus direkt für die Landwirtschaftsbetriebe, für die Land- und Ernährungswirtschaft, für die Forstwirtschaft, aber ganz besonders für die Infrastruktur der ländlichen Räume bereitgestellt wurden, ist ein Programm zum Erhalt dieses Landes, ist ein Programm des Klein- und Mittelstandes, in das im Übrigen auch die Land- und Ernährungswirtschaft aktiv mit eingebunden worden ist. Insgesamt werden wir mit Rechnungsschluss in dieser Förderperiode 1,2 Milliarden Euro in diese Bereiche hineingegeben haben.

Mir ist klar, und da bitte ich um Verständnis, dass jede neue Förderperiode Begehrlichkeiten weckt. Natürlich nehme ich zur Kenntnis – ich habe das auch auf dem Bauerntag sehr klar zum Ausdruck gebracht – natürlich ist alles das, was war, mit einem Mal gut. Am Anfang der Förderperiode war alles schlecht – im Übrigen so ähnlich, wie Sie das hier veranstalten –, und plötzlich am Ende der Förderperiode will man alte Besitzstände möglichst in die nächste Förderperiode hinüberretten. Das ist keine Strategie, das hat auch nichts mit Visionen und Zukunftsperspektiven zu tun. Auch wenn Sie meinen, dass das lächerlich ist, ich nehme das sehr, sehr ernst. Es hat permanent Rügen gegeben.

Im Übrigen weise ich noch mal ausdrücklich darauf hin, ich biete dem Agrarausschuss an, das Thema jederzeit auf die Tagesordnung zu setzen und darüber zu informieren.

Viele sehen im Übrigen auch mit einer Neuausrichtung der Agrarpolitik, der Politik für die ländlichen Räume insgesamt eine positive Entwicklung. Natürlich nehme ich zur Kenntnis, dass lieb gewordene Förderprogramme dann auch ein Problem sind, wenn man sie nicht mehr weiter anbietet. Das funktioniert aber nicht und ich hoffe auch, dass das allen bewusst ist, dass wir in eine neue, mit neuen Schwerpunkten, mit durch die Europäische Union festgesetzten Schwerpunktmaßnahmen in eine neue Förderperiode gehen.

Betrachtet man die Finanzansätze 2014/2020, dann lassen sich die vorgesehenen Verschiebungen auch erkennen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Ich will das hier ausdrücklich unterstreichen: Die Förderung der ländlichen Infrastruktur ist mir außerordentlich wichtig. Wir erhöhen im Übrigen den Budgetansatz von 368 Millionen für die ländlichen Infrastrukturen auf 384 Millionen Euro. Damit

soll dem Klein- und Mittelstand geholfen werden und damit soll insbesondere auch das Leben auf dem Lande, in den Dörfern weiter begleitet werden. Die investive Unternehmensförderung, 170 Millionen Euro in dieser Förderperiode, senken wir ab auf 123 Millionen Euro. Der investive Naturschutz wird in etwa gleich gehalten, um die 350 Millionen Euro für den investiven Naturschutz, und dass darin eingebettet ein Programm zum Erhalt der Tierproduktion ist, Herr Professor Tack, will ich hier nur im Folgenden andeuten.

Jawohl, wir haben aufgrund der Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gesammelt haben, ganz gezielt die Tierproduktion in den Fokus genommen mit dem Ziel, möglichst alles dafür zu tun, um erstens das Grünland zu stärken. Wir sind eines der wenigen Bundesländer, gehen Sie mal nach Rheinland-Pfalz, nach Nordrhein-Westfalen, nach Niedersachsen oder Schleswig-Holstein, Ihre Kollegen haben es bis heute nicht fertiggebracht, ein Grünlandumbruchverbotsgesetz vorzulegen.

# (Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Nehmen Sie das bitte mal zur Kenntnis! Vielleicht sagen Sie nachher mal etwas dazu. Sie fangen jetzt an, unser Gesetz abzuschreiben und aus den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gesammelt haben, zu lernen. Ich habe ganz besonders klar entschieden, dass das Geld, das wir in den investiven Natur- und Umweltschutz geben, um damit die artgerechtere Tierhaltung zu fördern, nämlich dass die Tiere rauskommen, frische Luft bekommen und damit das Grünland in sinnvoller Weise bewirtschaftet wird, dann auch bereitgestellt wird. Es hat noch nie in Mecklenburg-Vorpommern ein so weitreichendes Agrarumweltprogramm gegeben, wie das, was wir jetzt vorstellen werden.

Und ich sage ausdrücklich, wenn Sie hier fordern, dass die umweltgerechte Grünlandwirtschaft beibehalten wird: Die wird nicht beibehalten, wir bauen sie aus! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, Thomas Krüger wird darauf wahrscheinlich noch eingehen: Wie hoch sind die Zahlungsansprüche? Der Zahlungsanspruch für das Grünland hat sich dramatisch erhöht. Von wem kommt denn das? Wir haben heute einen gleichen Zahlungsanspruch für das Ackerland und für das Grünland, nämlich von rund 300 Euro. Und die Landwirte können sich bis zu 200 Euro dazuverdienen, wenn sie eine umweltgerechte und tierartgerechte Tierhaltung vornehmen. Das heißt, sage und schreibe können die Landwirtschaftsbetriebe pro Flächeneinheit bis zu 500 Euro über staatliche Beihilfen aus dem Agrarumweltprogramm bekommen. Ein solches Programm hat es in Mecklenburg-Vorpommern noch nie gegeben! Ich betone ausdrücklich noch mal, das gesamte Grünland ist in diese Kulisse mit einbezogen worden.

Im Übrigen – auch das ist mir wichtig – in den letzten Tagen ist es immer wieder zu Diskussionen gekommen, wie wir den Klein- und Mittelstand fördern können. Ich weise ausdrücklich darauf hin, die Naturschützer sagen, das Geld ist zu wenig, die heimische Wirtschaft, der Unternehmerverband sagt, das Geld für die Unternehmen der Wirtschaft ist zu wenig. Deswegen sage ich noch mal, ich glaube, dass wir einen Kompromiss finden werden. Für mich ist jede investive Förderung in die Infrastruktur wichtig, ob das ein ländlicher Weg ist – die Sie ja auch nicht wollen – oder ob das ein Kindergarten ist, ob das eine Schule ist oder ob das ein Dorfgemein-

schaftshaus ist, ob das die Schlösser und Herrenhäuser sind, ob das die Sportplätze sind – da mögen Sie auch gerne wieder drüber lachen –, ob das vielleicht auch Sportplätze sind, die wir über den ELER fördern. Diese Maßnahmen, die an Investitionen in die Fläche gehen, gehen in der Regel an die heimischen kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wer sich das mal in Ruhe angesehen hat, der weiß, diese Aufträge gehen in der Regel nicht über die Kreisgrenzen hinaus. Das ist ein klassisches Mittelstandsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern.

Unser Ziel ist es, in der neuen Förderperiode einen neuen Ansatz auch für den Agrarstandort weiter zu festigen und die Wertschöpfung in der Land- und Ernährungswirtschaft weiter auszubauen. Das bedeutet eben auch, den Landwirten Planungssicherheit zu geben und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine artgerechtere Tierhaltung überhaupt ermöglicht wird und in diese Bereiche investiert werden kann. Außerdem müssen ganz klar arbeitsintensive Sektoren wie der ökologische Landbau gefestigt werden. Dazu haben Sie interessanterweise gar nichts gesagt. Der Löwenanteil unseres Geldes für den investiven Umweltschutz geht in den ökologischen Landbau, der muss gefestigt werden, und wir brauchen neue Zugänge zu Märkten. Ausländische Märkte möchten Sie auch nicht bedienen, das nehme ich ebenfalls zur Kenntnis.

Bei jedem Projekt, das durch den ELER und durch die Mittel des ELER gefördert wird, landet das Geld in den Unternehmen vor Ort, die die Vorhaben umsetzen. Daher sollte man politische Wirkungen des Programms umfassend bis zum Ende betrachten, denn das ist klassische Wirtschaftsförderung beziehungsweise Infrastrukturpolitik in der Fläche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung, unser Haus setzt dabei ganz klar in der neuen Förderperiode auf zielgenaue, transparente und praktikable – und das habe ich in meinem Pressehintergrundgespräch gesagt –, auf praktikable Agrarumweltmaßnahmen. Genau dieses Prinzip ist der entscheidende Grund dafür, mehr an umwelt- und artgerechten Haltungsverfahren in diesem Lande zu entwickeln und anzubieten. Fakt ist, dass die baulichen Vorgaben für dieses Programm relativ leicht in der vergangenen Förderperiode erzielbar waren: mehr Licht, mehr Platz für die Tiere und mehr Auslauf. Das hat funktioniert.

Im Übrigen, warum haben eigentlich Ihre Kollegen in den grüngeführten Häusern solche Programme nicht angeboten? Wollte man das nicht, konnte man das nicht oder war das nicht schick genug?

(Thomas Krüger, SPD: Gute Frage.)

Fragen Sie mal Ihre Kollegen, warum man solche Programme gar nicht erst angeboten hat!

Auf der anderen Seite ging es natürlich auch darum, den Tieren ausdrücklich mehr Platz zu geben. Diese Investitionen sind abgeschlossen und diese Fördermittel sind auch gut angelegt. Im Übrigen, der Begriff der "willkommenen Mitnahmeeffekte" hat nicht nur bei uns die Runde gemacht, sondern ist auch in der Europäischen Union und in der Kommission angekommen. Deswegen sind wir auch darauf hingewiesen worden, dann höhere Standards anzudeuten und anzubieten.

Im Jahr 2009, als das Programm, Frau Gerkan, zum zweiten Mal – ich betone das noch mal –, zum zweiten Mal angeboten worden ist, ist es mit 9 Millionen Euro ausgestattet worden und war innerhalb kürzester Zeit mit Anträgen von über 11 Millionen Euro überzeichnet. Ich habe dem damals zugebilligt, dass diese Mittel bereitgestellt werden. Andersherum waren die Kontrollauflagen der Europäischen Union, Herr Tack hat darauf hingewiesen, so hoch, dass 480 teilnehmende Betriebe, waren es insgesamt – im Übrigen, damit das auch klar ist, auch an Herrn Tack, natürlich liegen uns die Zahlen vor, schreiben Sie sich die am besten auf –, 480 Betriebe haben teilgenommen ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Sie sollen sich das auch aufschreiben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er hat ein bisschen mehr Lebenserfahrung als Sie, ja.)

Ja, das ist ja ziemlich wichtig, ziemlich wichtig.

(allgemeine Unruhe)

94, 94, 94 ...

Na, hören Sie einmal bitte sachlich zu!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, sachlich! Bleiben Sie mal sachlich!)

94 Betriebe sind aus dem Programm ausgestiegen und mussten das Geld zurückzahlen.

So viel, Herr Ritter, zu dem, dass es keine Statistik gibt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hast du das endlich aufgeschrieben, damit du klarsiehst dahinten?! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich gehe davon aus, Sie können sich die Zahlen entweder aufschreiben oder merken. 94 Betriebe, das sind erhebliche Mittel, die zurückgefordert worden sind und wo wir gegebenenfalls vor einer Anlastung stehen. Auch das bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen.

In der neuen Förderperiode werden wir insofern neue Programme anbieten, die letzten Endes auch die benachteiligten Gebiete, die sind ja hier genannt worden, erreichen. Sie wissen doch ganz genau, auch Herr Tack weiß das ganz genau, dass wir Riesenprobleme in der Kulissenauswertung der Europäischen Union haben. Das mag die Fachleute noch mal interessieren: Wir bieten die benachteiligten Gebiete nicht mehr an, weil – zu der Frage, welche Flächen in die Kulisse aufgenommen werden – der Klützer Winkel als einer unserer besten Ackerbaustandorte in das benachteiligte Gebiet kommt und wir damit aus meiner Sicht keine Effekte erreichen und hier ausschließlich Mitnahmeeffekte erfolgen.

Insofern sage ich noch mal, das Grünlandprogramm des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird mit 82 Millionen Euro ausgestattet und wir haben damit einen, glaube ich, hervorragenden Ansatz und werden das ausnutzen, was uns möglich ist.

Ich will an dieser Stelle auch ausdrücklich noch mal den Antrag der Bündnisgrünen unterstreichen, was das Agrarförderprogramm, das heißt nämlich AFP, anbetrifft. Ich habe mich da auf der Bundesebene durchsetzen können, dass wir zwei Kategorien haben, einmal die Grundförderung, 25 Prozent Anteil, 25 Prozent des Investitionsvolumens, und wir haben die Premiumförderung, von der Sie gesprochen haben, 40 Prozent, und da ist die artgerechtere Tierhaltung genau integriert. Das heißt, wir haben zwei Programme für artgerechtere Maßnahmen. Das eine sind die Investitionen und das andere ist das Grünland und, was mir auch ganz wichtig ist, die Erweiterung der Fruchtfolge, dabei insbesondere und da habe ich mich heute Nacht auch durchsetzen können –, dass das Leguminosenprogramm kommen wird und im Übrigen auch und ausdrücklich ein Winterzwischenfruchtprogramm, was Ihre Kollegen eben nicht wollten. Da kann man auch mal sehen, wie fachlich das wird.

Ich halte es für wichtig, dass wir Winterzwischenfrüchte anbauen können, um der Erosion entgegenzuwirken und Restnährstoffe möglichst aufzunehmen. Wir haben uns auch durchsetzen können, dass es ein Leguminosenprogramm im Sinne der ökologischen Vorrangflächen geben wird. Ich gehe davon aus, dass ich mit Ihren Kollegen morgen in Ruhe besprechen werde, wie wir das umsetzen können. Insofern will ich noch mal an dieser Stelle unterstreichen, insbesondere in Richtung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie wollen auch die kleinen Betriebe verhindern in ihrer Weiterentwicklung,

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da verstehen Sie uns bewusst falsch.)

indem Sie so hohe Hürden aufbauen, dass überhaupt kein Landwirt mehr diese Betriebe ökonomisch führen kann. Die Landwirtschaft ist und bleibt jetzt neuerdings Ihr Feindbild Nummer eins.

Ich gehe davon aus, dass wir Sie sehen auf dem Tag des offenen Berufes, den die Landesregierung im Übrigen unterstützt und wo wir massiv für die Öffentlichkeit die moderne, nachhaltige und umweltverträgliche Landwirtschaft dokumentieren werden. Ich glaube, auch wenn ich es gutgläubig bewerte, dann haben Sie einfach das Prinzip des Agrarförderprogramms, des AFP – das ist eine Bund-Länder-koordinierte, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen abgestimmte Strategie –, nicht verstanden. Das billige ich Ihnen zu. Ich habe Ihnen schon mal angeboten, gewisse Hilfestellungen zu bekommen.

Ich will abschließend noch sagen, der ökologische Landbau hat für mich die Priorität Nummer eins, die Milchviehhaltung in Mecklenburg-Vorpommern hat die Priorität Nummer eins, die Sauen- und Ferkelhaltung hat die Priorität Nummer eins, der Obst- und Gemüseanbau muss weiter ausgebaut werden, Priorität Nummer eins, wie auch der Kartoffelanbau. Genau das wollen wir in einer bäuerlich geprägten Struktur, wo wir artgerechte Tierhaltung und letzten Endes auch eine umweltverträgliche Landwirtschaft umsetzen können.

(Stefan Köster, NPD: Das wird in der EU aber nicht möglich sein.)

Und abschließend: Die Junglandwirte werden bei der Existenzgründung – dazu hat noch niemand etwas gesagt –, auch hier habe ich mich durchsetzen können,

dass wir für die Existenzgründung für Junglandwirte erst recht Möglichkeiten schaffen werden. Damit ist das Grundprinzip auch klar, dass wir versuchen werden, die bäuerlich geprägte Landwirtschaft zu unterstützen.

Abschließend die Forderung insbesondere zu Tierarten, die vom Aussterben bedroht sind. Der Antrag geht ja auf DIE LINKE zurück. Erkundigen Sie sich bitte, auch das meine ich ganz klar vor dem Hintergrund dessen, was Sie hier gesagt haben, erkundigen Sie sich bitte über das Programm, das in Bayern europäisch gefördert worden ist. Die haben im Übrigen eine Anlastung laufen und der Verwaltungs- und Kontrollaufwand ist in dem Programm dermaßen hoch, dass die Bayern als einziges Bundesland, die das ausprobiert haben, es abgeschafft haben.

Wir fördern im Übrigen mit 50.000 Euro jährlich die vom Aussterben bedrohten Tierarten. Das läuft bei uns über die Verbände. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass wir auch geklärt haben – auch im Übrigen heute Nacht –, dass für die Schaf- und Ziegenhalter keine gekoppelte Zahlung kommen wird. Das ist ja das, was von den GRÜNEN gekommen war. Man wollte jetzt wieder eine gekoppelte Zahlung. Gerade haben wir sie abgeschafft mit Frau Künast, jetzt fängt man damit wieder an. Diese wird nicht kommen, sondern wir werden andere Flächen. die heute nicht in der Kulisse der Zahlungsansprüche drin sind - ob das die Deiche sind oder ob das Heideflächen sind -, mit Zahlungsansprüchen versehen und letzten Endes damit insbesondere auch die Ziegen- und Schafhalter oder Halter vom Aussterben bedrohter Tierarten in Richtung von Zahlungsansprüchen unterstützen.

Insofern bitte ich um Verständnis, dass man diesen Anträgen eigentlich nur eine Ablehnung erteilen kann. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

**Stefan Köster**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Brüssel bestimmt, was die Bauern wie zu bewirtschaften haben. Immer häufiger spüren die Bauern, wie intensiv die Europäische Union in ihren Alltag hineinregiert.

Wenn ein Staat eine bestimmte Landwirtschaftspolitik eigenbestimmt verfolgt, dann hat dieses fast ausnahmslos volkswirtschaftliche Gründe. Wenn aber ein überstaatliches und dazu völkerfeindliches Bündnis wie die EU den Bauern Grenzen zu setzen versucht, dann hat diese eine Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Strukturen im Sinn, und die Europäische Union will möglichst reine Großstrukturen, denn nur diese versprechen kräftige Profite. Der Tierschutz hingegen hat bei den Bürokraten und Kommissaren keinen Stellenwert. Vielmehr verfolgen diese eine beziehungsweise die vollständige Industrialisierung der Landwirtschaft.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union sollte einst, so die offizielle Begründung, dazu führen, den Kontinent Europa vor Hunger und Lebensmittelknappheit zu schützen. Grundsätzlich ein begrüßenswertes Vorhaben, doch wozu ist diese Idee heute verkommen? Zu einer von Wirtschaftsinteressen geleiteten Geldmaschinerie, die dazu genutzt wird, die nationalen

Anbaustrategien der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zu kontrollieren und zu steuern. Jedes Land in der Europäischen Union verliert jeden Tag mehr Souveränität, denn es geht der EU und ihren Kommissaren einschließlich der EU-Parlamentsspitzen schon lange nicht mehr um die Grundbedürfnisse der Bauern in den europäischen Ländern. Gingen doch nur rund 20 Prozent der Fördermittel in der vergangenen Förderperiode an Kleinbauern und kleinere bäuerliche Familienbetriebe, die restlichen 80 Prozent wurden unter Großbetrieben und der Agrarindustrie aufgeteilt. Genau daran erkennt man einmal mehr das Gesicht dieser EU-Diktatur.

Je größer die Flächen der Landwirte sind,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist eine Demokratie. Nehmen Sie das endlich mal zur Kenntnis!)

je größer die Flächen der Landwirte sind, desto mehr Förderung konnten sie erhalten.

Das ist die Realität, Herr Krüger.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist trotzdem eine Demokratie.)

Dies ist jedoch gleichbedeutend mit dem Niedergang kleinerer Betriebe mit weniger Agrarfläche. Dies heißt auch, dass diese kleineren Unternehmen unweigerlich beim Preiskampf auf den einzelnen Absatzmärkten nicht mithalten können und somit zum Untergang verurteilt sind. Und hier sind wir dann auch bei der Tierhaltung angekommen, die ja, so der fromme Wunsch von der Fraktion DIE LINKE und den GRÜNEN, artgerecht zu sein hat. Gleichzeitig verkennen Sie aber, dass die kapitalistischen Bedingungen eine artgerechte Tierhaltung kaum möglich machen, wenn der jeweilige Bauer nicht in existenzielle Nöte geraten möchte. Denn die absolut in den Vordergrund der Gemeinsamen Agrarpolitik gestellte Wettbewerbsfähigkeit zerstörte die über Generationen gewachsenen Agrarstrukturen der Mitgliedsländer der Europäischen Union.

Darüber können auch die aufgeführten Förderungen für den Umwelt- und Klimaschutz nicht hinwegtäuschen. Natürlich sind der Umweltschutz, ein Klimabewusstsein und der Erhalt sowie die Ausweitung von Tierschutzrichtlinien wesentliche Bestandteile einer jeden vernünftigen und auch nachhaltigen Agrarpolitik. Doch durch die alles bestimmende und abhängig machende Gemeinsame Agrarpolitik ist eine bewahrende und auf die Gesetze der Natur achtende Agrarpolitik kaum möglich.

In diesem Zusammenhang erinnere ich Sie gerne an dieser Stelle an eine Aussage von Herrn Dr. Norbert Röder, der am 22. August vergangenen Jahres vor dem Agrarausschuss die mangelnde Wehrkraft des Greenings veranschaulichte. Mit den Geldern, die für diese Bereiche der Gemeinsamen Agrarpolitik bereitgestellt werden, könnte man auf regionaler beziehungsweise auf nationaler Ebene sehr viel mehr und vor allem auch sehr viel zielführendere Naturschutzprogramme, insbesondere auch im Tierschutzbereich ins Leben rufen.

Die Europäische Union und ihre Gesetzeskonstrukteure in Brüssel sollten sich eher Gedanken darum machen, wie sie es schaffen, die rund drei Millionen produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe in Europa so zu stärken, dass diese sich selbstbewusst den rund 100 Ein-

kaufszentralen entgegenstellen können und somit nicht länger der Preistreiberei weniger Konzerne ausgeliefert sind – und hierum geht es im Kern. Dabei muss auch gleich ein weiterer Grundgedanke der Gemeinsamen Agrarpolitik verfolgt werden, nämlich dass die Gemeinsame Agrarpolitik wieder ihre Schutzwirkung gegen den massenhaften Import meist US-amerikanischer Futterund Lebensmittel entfaltet.

Auch wenn die heute hier eingebrachten Anträge zur Aufrechterhaltung und Verbesserung des Tierschutzes sowie zum Schutz gefährdeter Nutztierrassen einen guten Grundgedanken verfolgen, so täuschen sie über die eigentlichen Unzulänglichkeiten der Gemeinsamen Agrarpolitik hinweg. Wir wollen und wir brauchen keine Europäische Union, die uns die Förderung unseres Bauernstandes vorschreibt.

# (Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Die Belange unserer Bauern sollten auch in die Hände deutscher Politiker gelegt werden und nicht auf den Schreibtischen von EU-Bürokraten und -Kommissaren entschieden werden. Solange noch die Globalisierung die Oberhand über die europäische Agrarpolitik hat, solange wird eine ernst gemeinte Gemeinsame Agrarpolitik in Europa keine Wirkung entfalten können, zumindest keine positive.

Wir haben die Verantwortung für unsere Heimat, unsere Natur und die Lebewesen, mit denen wir zusammenleben. Erst wenn auch die politisch Handelnden erkennen, wie wesentlich es ist, im Einklang mit der Natur zu leben, wird sich etwas Grundlegendes an der Agrarpolitik und somit auch an den Haltungsbedingungen für Nutztiere ändern. Wir lehnen beide Anträge entsprechend ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krüger von der SPD-Fraktion.

**Thomas Krüger**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Gerkan, wenn man Dinge immer wieder falsch wiederholt, werden sie dadurch nicht wahr. Das ist einfach so.

Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Ich habe meine Rede erst mal beiseite gelegt. Wir reden ja über Tierhaltung/Tierschutz. Ich will einfach mal anfangen mit dem, was ich heute in der SVZ gelesen habe. In der SVZ werden Sie zitiert damit, dass die größten Stinker des Landes unter anderem, die – wie Sie sagen – Massentierhaltungsanlagen sind.

Eine Frage, die sich mir dabei aufdrängt, ist – und Schweinemastanlagen, glaube ich, haben Sie ausdrücklich genannt –, wenn wir jetzt mal einen Vergleich machen: Eine Schweinemastanlage, sagen wir mal, 3.000 Tiere, die Gülle wird aufgefangen, die Gülle geht in eine Biogasanlage und wird nach der Vergärung entsprechend auf die Felder ausgebracht. Und dann nehmen wir mal die Tierhaltung, wie Sie sie sich vorstellen: Möglichst Freilandhaltung, Schweine in Freilandhaltung, 3.000 Tiere, also die Bevölkerung muss ja versorgt werden. Jetzt sagen Sie mir mal, wo gehen mehr Lachgas, mehr Nitrate und so weiter

in die Umwelt: In der Mastanlage oder in der Freilandhaltung? Wo ist die Umwelt mehr belastet? Vielleicht beantworten Sie das mal in Ihrem zweiten Teil – einfach mal als Frage eingeworfen.

Dann haben Sie hier in einer anderen Rede, und zwar zu Petitionen – ich muss darauf zurückkommen, weil wir bleiben zwar beim Thema, aber Sie haben es in einer anderen Rede gesagt –, über Hühner gesprochen. Sie haben ausgeführt, dass wir Probleme haben in den Zuchtlinien. Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Es kann nicht gut sein, dass man Tiere hat, die innerhalb von 30 Tagen vom Schlupf bis zur Schlachtreife kommen. Das ist etwas, woran wir arbeiten müssen. Da ist Bedarf, etwas zu tun. Aber dann haben Sie ausdrücklich kritisiert, dass man mit Hybridrassen arbeitet, und das weise ich zurück. Sie wissen, dass es dort AB-Hybriden und CD-Hybriden gibt, die dann wieder gemischt werden und so weiter.

Das eigentliche Problem ist, dass die Zuchtlinien in der Hand von wenigen sind, von denen betrieben werden, dass wir schlicht und einfach nicht aus dieser Mühle herauskommen und die Landwirte immer wieder genötigt sind, bei denselben Firmen zu bestellen. Ich glaube, da ist etwas zu tun, aber das Prinzip der Hybridzucht selbst ist nicht das Problem.

## (Zuruf von Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gehen Sie nachher darauf ein! Dazu können Sie nachher noch was sagen.

Das wollte ich einfach mal klarstellen, damit das hier nicht so einfach im Raum stehen bleibt.

Meine Damen und Herren, mit den Anträgen selbst, glaube ich, geht es allen Parteien darum, am Ende mehr Tierschutz zu erreichen. Ich finde, es gehört auch dazu, hier mal ein Wort dazu zu sagen, dass uns das ja eint. Der Weg, wie wir dahin kommen, der unterscheidet uns, aber der Wunsch nach mehr Tierschutz im Stall, der eint uns. Ich finde, das muss man am Ende auch mal sagen.

Meine Damen und Herren, wenn wir mehr Tierschutz im Stall durchsetzen wollen, dann bedeutet das prinzipiell für den einzelnen Landwirt einen Mehraufwand. Die Frage ist, wie kann der Landwirt diesen Mehraufwand entsprechend einspielen. Da gibt es zwei Möglichkeiten:

Die Möglichkeit eins ist der Markt. Nehmen wir das Beispiel von eben, was ich gebracht habe, Frau Gerkan, dass der Landwirt in Freilandhaltung geht. Da hat er einen Mehraufwand, den macht er über den Preis, über den Schweinepreis wett, weil er sich wahrscheinlich eine Vermarktungsstrategie ausdenkt und das am Ende hinkriegt. Das ist eine Möglichkeit, das am Markt zu machen. Oder am Markt geht es auch, wenn wir als Gesetzgeber vorschreiben, dass bestimmte Dinge passieren. Da gibt es aber Grenzen. Wenn ich bei der Schweineproduktion bleibe und ich mache per Gesetz die Produktion von Schweinefleisch teurer, sagen wir mal, um 15 Euro pro Schwein, wohl wissend, dass man pro Mastschwein momentan eine Gewinnmarge von 10 Euro hat, dann weiß ich, dass sich da irgendwie Dinge am Markt verwerfen werden, nämlich dass aus den Nachbarländern Schweinefleisch hierher geliefert wird und unsere eigenen Schweinehalter darauf reagieren müssen: entweder

die Produktion einstellen oder effektiver arbeiten. Effektiver arbeiten heißt in aller Regel, dass es zu größeren Strukturen kommt, und wenn Sie zu größeren Strukturen kommen, kommt nämlich genau das wieder: Sie kritisieren es. Also genau da, an der Schwelle müssen wir aufpassen, dass wir den Bogen nicht überspannen. Das ist der erste Weg, über den Markt.

Der zweite Weg, den man gehen kann, um zu Verbesserungen zu kommen, das ist die Förderung. Das ist auch das, was Sie in Ihrem Antrag wollen. Sie haben diesmal den Weg der Förderung hier beschrieben und auch bei den LINKEN ist das ja entsprechend aufgeführt.

Damit würde ich gerne mal zum Bereich der Anträge direkt kommen wollen. Im Antrag der LINKEN geht es im ersten Anstrich um Angebote für umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren. Das ist auch das, was Sie in Ihrem Antrag haben, Frau Gerkan. Dass wir das anders sehen, hat der Minister bereits ausgeführt, und warum wir dahin kommen, auch. Ich muss das nicht alles wiederholen. 3 Millionen Euro sind zurückgelaufen, schlicht und einfach, weil sich bei den Kontrollen herausgestellt hat, dass die Landwirte die Bedingungen, die sie angegeben haben, am Ende nicht erfüllen konnten. Nun kann man kritisieren, dass man die Fensterkreuze rausrechnet, aber am Ende geht es darum in dem Programm, dass Tageslicht in den Stall kommt und wie viel Tageslicht in den Stall kommt. Und am Ende, wenn das nicht entsprechend rausgerechnet wird, agieren die Behörden falsch und wir laufen in Richtung einer Anlastung durch die EU. Das kann keiner wirklich wollen, meine Damen und Herren, insofern verstehe ich das. Zu den Bedingungen, die es hier gab, hat der Minister auch ausgeführt: Licht, Platz, vorhandener Auslauf und so weiter, das muss ich alles nicht mehr wiederholen.

Zudem, haben mir Landwirte gesagt, sei das Förderprogramm relativ kompliziert. Also wenn wir diese Umstände zur Kenntnis nehmen, heißt das, dass wir die begrenzten Mittel in Zukunft möglichst effizienter einsetzen wollen, und dafür gibt es das Agrarförderprogramm. Sie wissen sicherlich, dass mit unserem AFP, dem Agrarförderprogramm, Modernisierungsmaßnahmen und Neubaumaßnahmen im Bereich der Milchproduktion, der Sau- und Ferkelproduktion, der Junghennenaufzucht ökologisch und konventionell, der Elterntierhaltung bei Bruteiproduktion ökologisch oder konventionell, der ökologisch gehaltenen Mastschweine, des ökologisch gehaltenen Mastschweine, des ökologisch gehaltenen Mastgeflügels, der Schafe, Ziegen und der Rindermast möglich sind.

In der konventionellen Legehennenhaltung und der konventionellen Geflügelmast werden nur Maßnahmen gefördert, die der Modernisierung dienen, kein Neubau, und wir wissen, dass gerade Modernisierungen auch zu mehr Tierschutz geführt haben. Wir haben in einer der letzten Debatten darüber gesprochen, wo welcher Antibiotikaeinsatz ist, und haben festgestellt, dass gerade in den moderneren neuen Ställen ein geringerer Antibiotikaeinsatz stattfindet. Auch das spricht dafür, dass diese Modernisierungsmaßnahmen entsprechend wirken. Alle Maßnahmen haben gemeinsam, dass sie immer eine Verbesserung der Haltungs-, Gesundheits- und Umweltstandards mit sich bringen. Wir gehen also den Weg hin zur Investitionsförderung.

Zu dem zweiten Antrag der LINKEN möchte ich nichts mehr ausführen. Der Minister hat gesagt, wie hier geholfen wird. Ich würde das jetzt einfach nur noch wiederholen müssen. Das, glaube ich, sparen wir uns.

In dem weiteren Punkt des Antrages der LINKEN steht etwas von regionalen "Wertschöpfungsketten" weiterentwickeln, "beispielsweise zur Ablösung von Importfuttermitteln". So steht es in Ihrem Antrag. In diesem Punkt unterscheiden wir uns zumindest in Teilbereichen.

Frau Dr. Schwenke hat auf einer BUND-Kundgebung in Rostock gesprochen und hat dort ausgeführt, dass sie sich vorstellt, dass Futter möglichst in jedem Landwirtschaftsbetrieb selbst produziert werden soll. Möglichst – Sie haben das auch so eingeschränkt, also als Zielstellung. Ich glaube, dass das so ohne Weiteres nicht möglich sein wird. Wir sind uns einig darüber, dass wir mehr Futterpflanzen hier in Mecklenburg-Vorpommern selbst produzieren müssen. Das ist richtig. Wir brauchen aber weiter eine aufgabenteilige Produktion, wir brauchen Mischfutterwerke, da sehe ich keine vernünftige Alternative. Und richtig ist auch, wir brauchen mehr Leguminosen im Land, schlicht und einfach, um die Quote zu erhöhen.

Warum werden wir das nicht erreichen können? Schlicht und einfach, wir haben eine begrenzte Anbaufläche, das ist das eine. Und das Zweite ist, meine Damen und Herren, wenn wir unsere einheimischen Leguminosen mit dem momentan verwendeten Soja vergleichen, dann müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Proteine im Soja deutlich höherwertiger sind als die in unseren einheimischen Leguminosen. Das heißt, auf absehbare Zeit werden Futtermittelimporte nicht abgelöst, aber vielleicht reduziert werden können, das sollte das Ziel sein.

Die Frage zu dem, was wir hier gemeinsam parteiübergreifend mit der Eiweißstrategie gemacht haben, ist: Wo führt es am Ende hin, wenn wir wissen, dass das Soja nicht zu 100 Prozent ersetzt werden kann? Ich sage Ihnen, was wir aus meiner Sicht brauchen, ist die Europäische Union. Wir haben in der Europäischen Union Staaten, die klimatisch dafür die besten Voraussetzungen haben, Sojaanbau zu machen. Wir importieren aber aus Südamerika. Warum haben wir keine europäische Eiweißstrategie? Ich fordere ausdrücklich, dass die Europäische Union sich engagiert und eine eigene Eiweißstrategie vorlegt, die sie dann mit den Nationalstaaten abstimmt.

Das hat am Ende etwas zu tun mit dem Schutz von Regenwäldern, meine Damen und Herren, das hat etwas zu tun damit, dass wir hier auch gentechnikfreies Futter kriegen könnten, weil wir das beeinflussen können. Und das hat auch etwas zu tun mit der Ökobilanz, denn jede Tonne Soja, die wir hierher transportieren, ist eine Tonne Soja, für die Schweröl verbrannt werden musste.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Also noch mal: Ich fordere die Europäische Union auf, eine europäische Eiweißstrategie zu erarbeiten!

Damit komme ich zum Antrag der GRÜNEN. Auch Ihr Antrag beschäftigt sich ja mit Tierhaltung. Warum wir die Richtlinie zur Förderung von umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren nicht fortführen wollen, das habe ich bei dem Antrag der LINKEN bereits erläutert. Die Förderung soll investiv über das AFP erfolgen.

Zum Punkt 2 stellt sich mir allerdings die Frage – seien Sie mir nicht böse, wenn ich es so offen sage –, ob Sie das Programm richtig gelesen haben. Sie wollen, dass wir durchgängig die Anforderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung übererfüllen, sage ich mal. Wenn Sie die AFP-Richtlinie lesen, dann finden Sie unter 1.1 folgende Festlegung, ich zitiere: "Ziel der Förderung ist die Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, besonders umweltschonenden, besonders tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft."

Sie wissen, dass das AFP unter anderem durch GAK-Mittel gespeist wird. 25 Prozent GAK-Mittel sind da drin, und wenn Sie hier eine Investition vornehmen, geht das nur, wenn Sie die Dinge besonders tierschutzgerecht machen, das heißt, sie sind generell über dem Standard der Tierschutznutztierverordnung. Das heißt, der Punkt, den Sie hier drinhaben, der ist faktisch erfüllt, Frau Gerkan.

Zum dritten Absatz. Ich kann Ihrem Rechenbeispiel nicht viel abgewinnen, das wird Sie nicht überraschen. Sie wollen hier Quoten festlegen. Die Quoten heißen, dass mindestens 51 Prozent der Mittel für Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz zur Verfügung stehen und maximal 49 Prozent für tiergerechte Nutztierhaltung. Ich habe das nicht verstanden, weil Sie im ersten Punkt, so habe ich den ersten Punkt gelesen, eine Erhöhung der Mittel wollen und hier wollen Sie sie begrenzen. Aber vielleicht erklären Sie das mal. Für mich ist das ein Widerspruch in sich. Damit ist klar, Ihr Antrag ist für uns nicht zustimmungsfähig.

Noch mal, meine Damen und Herren, ich freue mich aber, dass alle Parteien hier ein Bekenntnis zu mehr Tierschutz im Stall abgegeben haben, und ich glaube, das ist eine Richtung, in die wir gemeinsam arbeiten. Über den Weg sind wir uns noch nicht einig, aber da geht die Diskussion dann auch weiter. Wir werden die Anträge ablehnen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt noch einmal Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte ja beim Abbruch meiner ersten Rede gesagt, ich werde hier wieder ansetzen, und das ist jetzt bei den Schafhaltern. Aber zuvor zwei Bemerkungen zu dem, was Minister Dr. Backhaus gesagt hat.

Ich finde in unserem Antrag überhaupt keine Aussage, dass wir uns mit vom Aussterben bedrohten Tierrassen beschäftigen. Das ist nicht Gegenstand hier bei uns gewesen. Und zum Zweiten zu den Zahlen: Es gehört zu meinen Prinzipien bei der Vorbereitung einer Rede, dass ich das genau recherchiere. Ich habe beispielsweise die Zahl 410 Betriebe genannt, die im Bereich der Rinderhaltung gefördert worden sind.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das sehe ich genauso, deswegen habe ich die Zahlen ja auch aktuell gesagt.)

Ja, also da stimmen wir schon überein.

Aber ietzt noch einmal zu den Schafen zurück. Viele Schaf- und Ziegenhalter sind eindeutig die Verlierer der Agrarreform. Wenn heute Nacht erreicht worden ist, dass eine bestimmte Lösung über die Bereitstellung von Flächen gefunden werden könnte, bitte ich aber trotzdem darum, zu überprüfen, ob das die prekäre Lage ausgleichen kann, die uns von den Schafzüchtern immer wieder dargestellt wird. Wir könnten uns auch die Wiedereinführung einer verpflichtenden Prämie ausschließlich für diesen extensiven am Markt benachteiligten Produktionszweig vorstellen. Frankreich nutzt diese Möglichkeit ja vorbildlich. Wir wollen damit, ich sage es noch einmal, überhaupt nicht generell zu einer produktfördernden Prämienpolitik zurückkommen, aber für die Schaf- und Ziegenhalter wäre das eine Möglichkeit, die aktuelle Reform der EU-Agrarpolitik mit ihren Ausnahmemöglichkeiten zu nutzen.

Das Prinzip der Flächenförderung darf kein Dogma sein. Eine Produktförderung bei Schafen kann auch nach unserer Ansicht marktkonform sein, denn beachten wir, nur etwa 50 Prozent unseres Lammfleischverbrauches wird bei uns produziert. Damit ist eine entsprechende Förderung kein Eingriff in den Markt. Aber ich habe ja gehört, dass Dinge auf dem Weg sind. Bitte lassen Sie uns abwägen, ob damit eine ausreichende Förderung für den sonst tatsächlich weiter zurückgehenden Produktionszweig gegeben ist!

Mit der jetzt erfolgenden Erarbeitung des EPLR-Programmes für unser Land werden die Weichen für die ländliche Entwicklung bis 2020 gestellt. Sie haben die Zahl genannt, Herr Minister, über 900 Millionen können dafür geplant und verwendet werden. Damit handelt es sich um eine deutlich größere und weiter reichende Entscheidung, als wir es mit dem jeweiligen Doppelhaushalt für diesen Bereich tun.

Mit dem EPLR leistet Mecklenburg-Vorpommern seinen Anteil zur Umsetzung der Agrarpolitik der EU, des Bundes und des Landes. Ich habe in meiner ersten Rede darauf hingewiesen, dass kleine und mittlere Tierhalter sowohl von der EU als auch auf der Bundesseite gegenüber den Pflanzenbauern benachteiligt sind. Wir haben das breit diskutiert am Beispiel der Schafhaltung. Es bleibt also noch eine Chance und es besteht die Möglichkeit, im Rahmen der Landespolitik positiv entgegenzusteuern. Lassen Sie uns das gemeinsam vorsehen! Das ist Gegenstand unseres zweiten Punktes im Antrag.

Beachten wir auch eines – und damit will ich wieder eine Lanze brechen für die Tierhaltung in unserem Land –: Tierhaltungsbetriebe stellen mehr Arbeitsplätze pro Betrieb zur Verfügung, als es ein reiner Pflanzenbaubetrieb tun kann. Arbeitsplätze im Stall, darauf weist der Landfrauenverband hin, sind vor allem auch Arbeitsmöglichkeiten für Frauen in den Dörfern und damit im ländlichen Raum. Wir plädieren deshalb eindeutig für eine bodengebundene Tierhaltung in mittleren Dimensionen. Nicht zuletzt ist ein Betrieb mit Tierhaltung aufgrund seiner Produktpalette, auch das ist mir wichtig, meist besser in der Lage, einen Beitrag zu einer regionalen Versorgung zu leisten. Auch das wollen wir ja. Wir wollen mehr regionale Produkte anbieten.

Natürlich kenne ich auch den Zusammenhang und die Entwicklung der umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahrensförderungen, die nach 2008 durch die nunmehr ausgelaufenen Modulationsmittel weiter finanziert wur-

den, darauf bin ich eingegangen. Ohne mich nun in die sehr komplizierte Materie der Ausfinanzierung der Fördermaßnahmen im notwendigen Mix, auch das ist mir bekannt, der Landes-, Bundes- und EU-Mittel vertiefen zu wollen oder auch zu können, verweise ich darauf, wie ich das bereits in meiner ersten Rede gesagt habe, dass die 4,5 Prozent der Direktzahlungsmittel aus der ersten Säule genau für diese Förderung eingesetzt werden sollten.

Ich will noch kurz auf den von mir noch nicht angesprochenen dritten Punkt unseres Antrages eingehen. Herr Kollege Krüger hat das bereits getan. Dort fordern wir, Zitat, "regionale Wertschöpfungsketten in der Tierhaltung, beispielsweise zur Ablösung von Importfuttermitteln anzuregen und zu fördern". Wir haben ganz sicher nicht die Vorstellung, dass eine 100-prozentige Bereitstellung des Futters aus der Region erfolgen soll, aber ein bestimmter Anteil sollte es natürlich schon sein. So hat im Rahmen der Diskussion um die Ausgestaltung der Agrarumweltmaßnahmen in der kommenden Förderperiode der Bauernverband den Vorschlag in die Diskussion gebracht, ein Programm für die Verwendung von hofeigenen Futtermitteln aufzulegen. Tierhalter könnten dadurch unterstützt werden, im Sinne der Förderung der regionalen Kreisläufe mehr, nicht alles, mehr Grund- und Kraftfutter selbst herzustellen und beispielsweise den Import von Soja zu reduzieren.

Ich finde den Vorschlag von Ihnen, Herr Kollege Krüger, auch interessant, zu versuchen, im Rahmen der EU nach den naturgegebenen Produktionsbedingungen eine Abstimmung vorzunehmen. Da wohl die meisten von uns für mehr Regionalität und Kreislaufwirtschaft sind und es hier eine reale Umsetzungsmöglichkeit gibt, dürfte einer solchen Ausrichtung im EPLR nichts im Wege stehen. Gleichzeitig wäre das ein wirkungsvoller neuer Anschub für den stagnierenden Leguminosenanbau im Land. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Einvernehmen in der Einweißfutterpflanzenfrage oder -strategie, die wir seinerzeit hier im Haus gehabt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Agrarförderprogramm, AFP, ist nicht Anliegen unseres Antrages, wohl aber des der GRÜNEN. Wir haben es bewusst aus diesem Antrag ausgeklammert. Wir haben deshalb das AFP nicht angesprochen, damit die Unterstützung der umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren und deren Weiterführung von Neuinvestitionen, um die es beim AFP in der Regel geht, thematisch besser getrennt werden können. Es sind in der Tat zwei unterschiedliche Dinge. Es ist nicht das Gleiche, auch wenn vielleicht dieser Eindruck erweckt worden ist.

Es ist auch keine Frage, dass bei jeder Neuinvestition nach den geltenden Standards am Ende immer eine Verbesserung für das Tier- und Mitarbeiterwohl stehen sollte. Das Zweite ist mir besonders wichtig, weil es natürlich auch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben geht. Das Tierwohl ist die eine Seite, das Mitarbeiterwohl, so will ich es mal nennen, ist die andere Seite. Das sollten wir immer im Zusammenhang sehen und das muss auch am Ende jeder Neuinvestition stehen. Und wenn wir über die Förderung von umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren sprechen, geht es häufig auch darum, alte und bestehende Anlagen in der Frage sozusagen auf den neuesten Stand zu bringen.

Welche Wirkungen die Ausrichtung auf eine Premiumförderung hätte, die deutlich über den gesetzlichen Standards für Tierschutz und Tierwohl liegt, kann ich in der Gesamtwirkung nicht umfassend beurteilen. Wenn sie beispielsweise dazu führt, dass kleine und mittlere Betriebe sich das trotz Förderung nicht leisten können, geht diese ganze Förderung nach hinten los. Auch das muss man mit aller Klarheit sagen, wenn die Forderung nach einer Bevorzugung der Premiumförderung aufgemacht wird.

Ebenso fällt es mir schwer, den dritten Punkt des Antrages der GRÜNEN in seiner gewollten und in seiner realen Wirkung einschätzen zu können, da beispielsweise alle Maßnahmen der Investitionsförderung eine Standardverbesserung beinhalten, die in viele Richtungen bis hin zum Verbraucherschutz wirkt. Daher habe ich meiner Fraktion empfohlen, sich zum Antrag der Fraktion der GRÜNEN der Stimme zu enthalten.

Ich habe jetzt gehört, dass Sie unseren Antrag ablehnen wollen. Ich sage Ihnen, dann ...

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir lehnen den nicht ab. Wir stimmen dem zu.)

Die Koalition habe ich jetzt angesprochen. Da habe ich jetzt eben gehört, dass Sie beide Anträge ablehnen wollen.

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, damit entscheiden Sie sich gegen die einheimischen Tierhalter, insbesondere gegen die kleinen und die mittleren, von denen wir in unserem tierarmen Land nicht genug haben, und beachten Sie auch, diese Ablehnung geschieht im Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe.

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr bedauerlich.)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt noch mal die Abgeordnete Frau Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jutta Gerkan**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Bündnisgrüne wollen durchaus mehr mittlere Tierhaltungsbetriebe im Land.

(Thomas Krüger, SPD: Hört, hört!)

Wir sind aber der Meinung, die Landesregierung nutzt viel zu wenige Förderinstrumente, um die umwelt- und tiergerechte Nutztierhaltung entsprechend voranzubringen. Ich verweise hier auf das landwirtschaftliche Sondervermögen des Landes. Das einst mit 69 Millionen Euro ausgestattete Vermögen enthielt 2012 gerade noch 35 Millionen Euro. Dieser Finanztopf wurde und wird seit Jahr und Tag zweckentfremdet und für alle möglichen Finanzlücken des Landes genutzt, so zum Beispiel aktuell für Ihr kostspieliges Prestigevorhaben, Herr Backhaus, für das Gestüt in Redefin.

(Minister Dr. Till Backhaus: Oooh, das ist kulturhistorisch. Kulturbanausen seid ihr!)

Ja, doch ursprünglich wurde dieses Sondervermögen für die Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft entworfen. Auch tiergerechte Haltungsverfahren kamen später als Förderzweck hinzu. Doch bisher wurde aus dem Sondervermögen nicht allzu viel in dieser Hinsicht bewirkt. Wir fordern, den ursprünglichen Zweck des landwirtschaftlichen Sondervermögens wieder neu zu entdecken und aus ihm eine umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft zu fördern!

Ich muss auch noch mal auf Ihre Begründung zurückkommen, Herr Minister, für das Aus der Förderrichtlinie für umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren. Da verkünden Sie als verantwortlicher Agrarminister das Aus einer Förderrichtlinie, verweisen auf komplizierte Regeln, die uns Tier- und Umweltschutz, die uns Hygiene- und Gesundheitsschutz vorgeben und haben offenbar kapituliert. Da ist nichts mehr zu hören von Ihrem Ruf nach mehr Tierwohl, von Ihrem Ruf nach Bestandsobergrenzen, von Ihrem Ruf nach einer stärkeren Berücksichtigung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung. Da landet jemand, der zuvor verbal als Tiger losgesprungen ist, wieder einmal als Bettvorleger.

Statt ein funktionierendes Organisations-, Beratungs- und Kontrollsystem aufzubauen, so, wie es auch Ihre Aufgabe ist, verkünden Sie mit einer Pressemitteilung vom 05.09.2013, dass Sie eine auf Indikatoren gestützte Eigenkontrolle und Überwachung in der Nutztierhaltung etablieren wollen. Bis heute haben Sie noch nicht dargelegt, was Sie damit eigentlich meinen, denn Ihnen fehlt offenbar nicht nur das Personal, entsprechende Kontrollaufgaben in der Nutztierhaltung durchzuführen, sondern auch für die Beantwortung unserer Kleinen Anfragen.

Mit einer solchen Kleinen Anfrage, die wir rechtzeitig vor dieser heutigen Landtagssitzung gestellt haben, um die notwendigen Informationen für diese Debatte zu erhalten, haben wir konkret nach Ihren Vorstellungen eines Eigenkontrollsystems in der Nutztierhaltung gefragt, und wir haben danach gefragt, ob Sie auf Erfahrungen in einem solchen System verweisen können. Doch Fehlanzeige, Sie haben unsere Kleine Anfrage bis zum gestrigen Tage nicht beantwortet. Damit behindern Sie massiv die Arbeit der Opposition, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit der Landesregierung zu kontrollieren.

Und auch wenn wir Ihre konkrete Vorstellung von einem Eigenkontrollsystem bis heute nicht kennen, wir halten ein solches System schon im Ansatz für falsch. Wie soll in einem profitorientierten System der Nutztierhaltung, wo es um Centbeträge geht und wo es auch deshalb immer wieder zu schlimmsten Auswüchsen im Umgang mit dem Tier kommt, eine Eigenkontrolle der Betriebe überhaupt funktionieren? Das ist ganz und gar nicht möglich und das wissen Sie sicher auch. Tier- und Umweltschutz in der Tierhaltung braucht Förderung und braucht Kontrolle von außen. Ohne eine solche Kontrolle funktioniert es einfach nicht!

Für die neue Förderperiode haben Sie, Herr Minister Backhaus, mit den Wirtschafts-, Sozial- und Naturschutz-partnern im EU-Begleitausschuss neue Förderprogramme verhandelt. In dem besagten Artikel in der OZ vom 19.04. lassen Sie Ihr Ministerium mitteilen, es kam Ihnen dabei darauf an, Programme mit einem Mehrfachnutzen

zu entwerfen, Programme, die also positive Effektive für Landwirtschaft und Umwelt bringen sollen und personell handhabbar sind.

Einen Punkt können wir hier mit Sicherheit beide unterschreiben, und das ist die Feststellung, dass ein Förderprogramm für mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung und mit einer Richtlinie zur Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren natürlich auch entlastende Wirkung für die Umwelt hätte und dass eine solche Förderung in Kombination mit einem entsprechenden Tierschutzlabel auf Lebensmitteln und der dazugehörigen Vermarktung für den ökonomischen Gewinn des Unternehmens Vorteile bringen würde.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Thema "umweltund tierschutzgerechte Nutztierhaltung" brauchen wir gemeinsam die Zahlen, die belegen, was bisher gefördert wurde und was in Zukunft gefördert werden muss. Wir müssen uns anschauen, was bisher nicht funktionierte, was sich bewährt hat, und wir müssen Kriterien für die Förderung anwenden, die als tatsächlich tiergerecht gelten.

(Thomas Krüger, SPD: Aber die Kriterien gibt es doch.)

Und da uns Minister Backhaus nicht bereitwillig berichtet, was ihn letztendlich bewogen hat, die hier zu behandelnde Richtlinie zur Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren einzustellen, müssen wir nachdrücklich mit unserem Antrag und entsprechenden parlamentarischen Fragen an die Landesregierung Antworten einfordern

Mit dem Wegfall der durch unseren Antrag behandelten Förderrichtlinie – und um die ging es hier in diesem Antrag, nicht um andere Dinge – für umwelt- und tierschutzgerechte Nutztierhaltung würde ein wichtiges Instrument für eine angepasste Nutztierhaltung, die zu unserem Land passt, verschwinden. Dies werden wir nicht zulassen! Fordern Sie deshalb mit uns die Landesregierung auf, die bisherige Förderrichtlinie zu erhalten, aber auch weiterzuentwickeln und damit wichtige Tierschutzfragen durchzusetzen. Ich bitte darum, dass der Antrag in den Agrarausschuss überwiesen wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2935. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2935 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und Fraktion der NPD und keinen Stimmenthaltungen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2919.

In der Debatte ist die Überweisung beantragt worden, deshalb lasse ich zunächst über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer dem Überweisungsantrag zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsantrag abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – und NPD? –,

(Stefan Köster, NPD: Die NPD hat dagegengestimmt.)

bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und Fraktion der NPD und keinen Stimmenthaltungen.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2919. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Dann die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2919 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und Fraktion der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Die Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Dem Sanierungsstau ein Ende setzen, Drucksache 6/2938.

# Antrag der Fraktion der NPD Dem Sanierungsstau ein Ende setzen – Drucksache 6/2938 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster.

(Der Abgeordnete Stefan Köster spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Oh, Entschuldigung.

Stefan Köster, NPD: Ja, ist kein Ding.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das können Sie ruhig auslassen, das ist kein Ding.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Alle Autofahrer sollen zahlen" - mit dieser Überschrift informierte die "Schweriner Volkszeitung" am 22. April 2014 ihre Leser über die Forderung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, dem SPD-Genossen Torsten Albig, wonach die Autofahrer eine jährliche Sonderabgabe zur Straßensanierung zahlen sollen. Man müsse, so Albig, den Bürgern klarmachen, dass, Zitat, "wir ein zusätzliches nutzerfinanziertes System für den Erhalt unserer Infrastruktur benötigen", Zitatende. Im gleichen Atemzug verlangt Herr Albig die Einrichtung eines Sonderfonds mit dem Namen "Reparatur Deutschland" - wortgewaltige Forderungen von einer Person, die über einen Dienstwagen verfügt und die nicht jene Ausgaben aufzubringen hat, die den Arbeitnehmern oder auch den vielen Selbstständigen im Land für den Weg zum Arbeitsort täglich entstehen.

Es ist nicht verwunderlich, dass der Vorstoß des SPD-Spitzenfunktionärs Albig zunächst einmal nur wenige Unterstützer fand. Herr Jan-Hendrik Dany nannte Herrn Albig im erwähnten SVZ-Artikel gar einen "Geisterfahrer". Doch es ist immer das gleiche Muster bei SPD, CDU, DIE LINKE und auch bei den GRÜNEN: Zunächst einmal wird ausgetestet, wie die Wähler reagieren, und nach der ersten Empörung wird der Bürger Stück für Stück bearbeitet. Am Ende steht dann meist als Ergebnis fest, dass die anfänglich aufgestellte bürgerfeindliche Forderung eines Einzelgängers oder gar Irregeleiteten so oder so ähnlich von den bürgerfernen Berufspolitikern umgesetzt wird.

Die derzeitige Diskussion um einen Schlaglochfonds hat aber eine besorgniserregende Ursache. Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland, um die uns viele Nationen über Jahrzehnte beneideten, pfeift aus dem letzten Loch. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern sind die Straßenschäden nicht zu übersehen. Viele Straßen im Land weisen deutliche Schäden auf. Sie gleichen nicht selten einer Buckelpiste.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Bei manchen Straßen müssen Autofahrer gar befürchten, sich Schäden am Fahrzeug zuzuziehen. Und auch immer mehr Anwohner klagen über Schäden an ihren Immobilien, die durch den zunehmenden Fernlastverkehr und die maroden Straßen entstehen. Darüber hinaus entspricht der bauliche Zustand vieler Straßen nicht mehr den Anforderungen, die beispielsweise an eine Kreisstraße gesetzt werden.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Die Konsequenz: Ein Kreis könnte nach entsprechender Anhörung der betroffenen Gemeinde die Baulast durch Antrag an die Landesregierung und deren Zustimmung auf die Gemeinde abwälzen, ohne dass die Gemeinde hier zustimmen muss. Allein dieser Sachverhalt ist ein Unding.

Deutschland benötigt schon sehr lange ein neues Programm für die Sanierung von Straßen, Brücken und Schienen. Und auch Mecklenburg-Vorpommern benötigt schon seit sehr langer Zeit ein Sanierungsprogramm für unsere Infrastruktur. Vor dem Hintergrund der vernichtenden Reaktionen auf den Vorstoß des Sozi-Albig erschallen von CDU und SPD jetzt Durchhalteparolen nach dem Motto: Sollte es Mehreinnahmen für den Bundeshaushalt geben, gehen diese in die Infrastruktur. Wer es glaubt, wird selig.

Es ist auch nicht verwunderlich, dass die gleichen Parteien wenige Stunden später bereits wieder zurückrudern und die Haushaltssanierung zur wichtigsten Aufgabe erklären. Derartige Verhaltensweisen sind dafür verantwortlich, dass das Vertrauen in die gesellschaftlichen und politischen Institutionen zunehmend schwindet. Wer glaubt und vertraut überhaupt noch diesen Damen und Herren in Berlin und hier der Landesregierung?

Dabei werden die Autofahrer seit Jahrzehnten über die Schmerzgrenze hinaus belastet. Immer dann, wenn die Bundes- und Landesregierungen Geld benötigen, standen die Autofahrer ganz oben auf der Schröpfungsliste. Die Einnahmen durch die Mineralölsteuer betrugen im vergangenen Jahr 33 Milliarden Euro. An KFZ-Steuer kamen rund 8,5 Milliarden Euro zusammen. Insgesamt fließen jährlich mindestens 53 Milliarden Euro von den Kraftfahrern – der "Focus" hat gar einen Betrag in Höhe von mehr als 67 Milliarden Euro ermittelt – in die Staats-

kasse. Allerdings lediglich 19 Milliarden Euro davon entsprechen einem Wert, wenn man die 67 Milliarden Euro des "Focus" zugrunde legt, von nicht mal einem Drittel der eingenommenen Gelder, also der entsprechenden Einnahmen, die wieder für die Erhaltung und auch den Ausbau des Straßennetzes verwendet werden.

Es ist schon lange an der Zeit, dass von jenen Geldern, die in einer Gesamthöhe von bis zu 67,3 Milliarden Euro jährlich durch die Autofahrer in den Bundeshaushalt fließen, ein höherer Anteil für die Straßen- und Brückeninstandhaltung Verwendung findet. Es ist unausweichlich, dass die Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode in Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden ein Straßenerhaltungs- und -sanierungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet.

Ebenso ist es zwingend erforderlich, dass die Landesregierung Vergaberichtlinien mit der Zielsetzung erarbeitet, die Sicherstellung der Eigenkapitalausstattung des Bauträgers festzuschreiben. Sicherlich, die Sonderverkehrsministerkonferenz hat die Einsetzung einer Kommission mit dem wohlklingenden Namen "Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung" beschlossen und am 2. Oktober 2013 einen mündlichen Bericht des Kommissionsvorsitzenden Kurt Bodewig zur Kenntnis genommen.

Wie üblich bei Ihren Arbeitskreisen und Kommissionen kommen keine für den Bürger greifbaren und verwertbaren Ergebnisse zustande. Festgestellt wurde lediglich, dass die Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger und aller Baulastträger in Deutschland unterfinanziert ist. Hierbei wurde das Defizit auf 7,2 Milliarden Euro jährlich beziffert. Spätestens ab dem Jahr 2019 droht aufgrund des Wegfalls beziehungsweise der Restrukturierung der Bund-Länder-Finanzierungsinstrumente eine Verschärfung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung.

Betrachten Sie doch bitte selbst die weiteren Ausführungen der Sonderverkehrsministerkonferenz, vor allem die Schritte des Stufenplanes! Das sind nur Worthülsen und die Problemlösung wird wieder einmal vertagt. Die politische Ebene steht aber in der Pflicht, dem Meer aus Worten endlich einmal Taten folgen zu lassen. Schon viel zu lange werden die Kraftfahrer von der politischen Klasse, den Blockparteien also, geschröpft, ohne dass die Finanzmittel zweckmäßig eingesetzt werden.

Was werden wir wohl in einer möglichen Gegenrede zu hören bekommen? SPD und CDU würden uns hier erklären, dass sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung alle Maßnahmen beschreiten, um eine gute Infrastruktur sicherzustellen. DIE LINKE wird gegebenenfalls den Weg über die Reichsautobahn suchen, um einen Bezug des Antrages zum Dritten Reich herstellen zu können.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD)

Und die GRÜNEN werden sich vermutlich gegen jede Sanierung von Straßen aussprechen und zuallererst eine Verbesserung der Schienenstruktur und vielleicht auch der Fahrradwege und der Trampelpfade fordern.

(Heinz Müller, SPD: Ach, ist das witzig!)

Sie können eine mögliche Gegenrede auch gern gleich in den Papierkorb werfen. Einerseits interessiert es uns Nationale nicht, (Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

mit welch inhaltsleerer Rede Sie die scheinbare Sinnlosigkeit unserer Forderung zu erklären versuchen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

andererseits interessieren sich auch die Bürger im Land in ihrer Mehrheit nicht für diesen Unfug, den Sie zu erklären versuchen. Die Bürger wollen stattdessen, dass die Landesregierung endlich ihrer Pflicht nachkommt und die Infrastruktur im Land in einen ordentlichen Zustand versetzt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sie haben vergessen, den Antrag zurückzuziehen.)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, das geht schneller.)

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Eifler von der CDU-Fraktion.

**Dietmar Eifler**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie immer bei Anträgen der NPD handelt es sich auch hier nur um viel heiße Luft

(Udo Pastörs, NPD: Ja. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sinn des Antrages ist es wohl allein, kurz vor der Kommunalwahl ein Thema aufzurufen, von dem gehofft wird, die Menschen zu erreichen und zu punkten.

(Michael Andrejewski, NPD: Was glauben Sie, wer hier zuschaut?)

Ich kann wirklich nur hoffen und appelliere an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sich nicht von Worthülsen, die in Ihrer Fraktion ja schon inflationär im Umlauf sind, täuschen zu lassen und sich einmal genau anzusehen, was in diesem Antrag aufgeschrieben steht. Das genau habe ich nämlich getan.

(Michael Andrejewski, NPD: Was ist denn "Europa tut gut"? Eine Worthülse! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In Punkt 1 des Antrages werden ein Straßenerhaltungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern und ein Sanierungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern gefordert. Sehen Sie genau hin! Es ist nicht ein Straßenunterhaltungs- und Straßensanierungsprogramm, wie man beim schnellen Überfliegen des Antrages meinen könnte, gefordert. Nein, das Wort "Sanierungsprogramm" steht dort allein und es fehlt der Ergänzungsstrich,

(Udo Pastörs, NPD: Oooh!)

der es inhaltlich mit dem vorhergehenden Substantiv verbinden

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und gleiche Bestandteile von Zusammensetzungen oder Ableitungen einsparen soll.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist erbärmlich.)

Aufgeschrieben steht somit hier ein Straßenunterhaltungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern und ein Sanierungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern. In der Begründung finden Sie dann aber nur Aussagen über Straßen.

(Udo Pastörs, NPD: Toll.)

Wo bleiben denn Ihre Aussagen zum Sanierungsprogramm?

(Udo Pastörs, NPD: Absolut intellektuelle Schärfe.)

Haben Sie von der rechten Fensterfront es gar nicht so gemeint, wie es hier aufgeschrieben steht, oder?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dann möchte ich Ihnen erst einmal raten, sich etwas gründlicher mit der deutschen Grammatik auseinanderzusetzen.

(Udo Pastörs, NPD: So, wie Sie das tun.)

bevor Sie hier irgendetwas hinkritzeln.

(Udo Pastörs, NPD: So, wie Sie das im Wirtschaftsausschuss tun.)

Nur noch mal für Sie an der Fensterfront zur Erinnerung: Solche Kurse bieten übrigens die Volkshochschulen an.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist so ein kleinkarierter Geist.)

Es geht Ihnen also, wie ich dann aus der Antragsbegründung geschlossen habe, um ein Straßenunterhaltungsund Straßensanierungskonzept für Mecklenburg-Vorpommern.

Sehr geehrte Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es 1.964 Kilometer Bundesstraßen, 3.268 Kilometer Landesstraßen und 1.255 Kilometer Kreisstraßen. Hinzu kommen die Kommunalstraßen und die Brückenbauwerke. Für die Unterhaltung und Instandsetzung der Bundes- und Landesstraßen zuzüglich der Kreisstraßen wurden im vergangenen Jahr 19,9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bei den gemeindeeigenen Straßen handeln die Gemeinden im Rahmen der kommunalen Selbstverwand..., -verwaltung,

(Udo Pastörs, NPD: Verwandlung, jaja.)

Selbstverwaltung eigenverantwortlich

(Udo Pastörs, NPD: Na sehen Sie, Sie schaffen es ja doch.)

und haben die Möglichkeit, selbst zu entscheiden,

(Udo Pastörs, NPD: Aber aufs hohe Pferd setzen.)

wann sie wie viel und wofür Geld ausgeben. Daher müssen und vor allem wollen die Kommunen selbst entscheiden.

(Stefan Köster, NPD: Die Kommunen können schon lange nicht mehr selbst entscheiden.)

wie sie mit dem Geld umgehen und ob sie es für Straßensanierungen ausgeben oder für etwas anderes, wie zum Beispiel für Kitas oder Schulen.

Aus der gegenwärtig guten Finanzlage des Landes heraus hat die Koalition für die Kommunen gerade erst vor wenigen Wochen zusätzliche 160 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre auf den Weg gebracht. Vergangenes Jahr hat die Koalition 100 Millionen Euro Soforthilfe zusätzlich für die kommunale Ebene zur Verfügung gestellt – Geld, welches die kommunale Ebene ganz frei und nach eigenem Ermessen einsetzen kann: für Schuldenabbau, Kitas oder eben Straßen, und das alles neben den Finanzzuweisungen nach dem FAG.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Die letzten zwei Minuten noch Gas geben.)

Ich finde, das ist eine starke Leistung unseres Bundeslandes und stärkt vor allem die kommunale Selbstverwaltung. So viel zum Punkt 1 Ihres Antrages.

Beim Punkt 2 Ihres Antrages geht es genauso unprofessionell wie unter Punkt 1 weiter. Es soll darauf geachtet werden, dass der Bauträger mit genügend Eigenkapital ausgestattet ist. Was immer Sie hier meinen, wissen Sie eigentlich, wer der jeweilige Bauträger ist? Das ist das Unternehmen, welches die Baumaßnahme ausführt.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Aber weshalb sollte sich der Bauunternehmer am Straßenbau beteiligen? Ist das etwa die Version der NPD von einer Straßenmaut?

Also musste ich wieder in die Begründung schauen. Von einem Bauunternehmen ist – sorry – keine Rede. Vielmehr sind, jetzt zitiere ich, "Landkreise und Kommunen nicht in der Lage, den Eigenanteil ... beizusteuern". Aha! Es geht gar nicht um die Bauunternehmen, es geht um die kommunale Ebene.

(Udo Pastörs, NPD: Es geht um beide.)

Das steht da zwar nicht, ist aber wohl so gemeint.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das, was Sie wohl meinen, ist der Träger der Straßenbaulast, also die Gemeinden für Gemeindestraßen, die Landkreise für Kreisstraßen, das Land für Landesstraßen und der Bund für Bundesstraßen. Aber selbst, wenn man viele Augen zudrückt und die Begründung immer danebenlegt und auslegt, auslegt, auslegt, dann liest man wieder, Landkreise und Kommunen sind oftmals nicht in der Lage, den Eigenanteil beizusteuern.

Mir als ehrenamtlichem Bürgermeister und Vertreter der kommunalen Ebene tränen dabei die Augen: Landkreise und Kommunen!

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aber Landkreise sind doch Kommunen im Sinne der Kommunalverfassung. Der Bo..., Breg..., der Begriff "Kommune"

(Udo Pastörs, NPD: Langsam! Sie schaffen das.)

umfasst allgemein die Gemeinden sowie die übergeordneten Strukturen unterhalb der Landesebene, also auch die Landkreise. Sie haben also geschrieben "Landkreise" und "Landkreise und Gemeinden". Aha! Schönes Ding.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Der ganze Antrag ist ein Beispiel dafür, wie Sie hier im Landtag arbeiten. Es geht Ihnen offensichtlich nicht um konstruktive Arbeit, denn dann hätten Sie wesentliche Begrifflichkeiten doch langsam auf dem Schirm. Aber nicht jedes Licht leuchtet hell am Nachthimmel.

Sehr geehrte Damen und Herren, also wieder alle Augen zugedrückt und den Antrag weiter ausgelegt: Die NPD ist der Ansicht, wir sollen die kommunale Ebene unterstützen, den Eigenanteil zu finanzieren. So übersetze ich mal Ihren Antrag.

Seit 2012 tut die Koalition genau dies über den Kofinanzierungsfonds. Bisher wurden rund 33 Millionen Euro für etwa 250 Projekte vor Ort bereitgestellt. Kommunen, die ihren Eigenanteil bei den verschiedenen Investitionsprogrammen der EU, des Bundes oder des Landes nicht finanzieren können, wird damit geholfen.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, und es wird weiter verschuldet.)

Effektiv wurden damit Investitionen in Höhe von etwa 140 Millionen Euro ausgelöst, also genau das, was Sie glauben, mit Ihrem Antrag fordern zu müssen.

Dafür habe ich gleich ein Beispiel aus meiner Gemeinde: Mittels der Unterstützung aus dem Kofinanzierungsfonds konnte meine Gemeinde jetzt Straßeninvestitionen in Auftrag geben. Ihr Antrag läuft bei mir also vollkommen ins Leere.

(Minister Dr. Till Backhaus: Aber nur mit unserer Hilfe. – Jochen Schulte, SPD: Das ist richtig.)

Die Koalition, natürlich, Herr Minister.

(Jochen Schulte, SPD: Eine substanzielle Anmerkung seitens des Landwirtschaftsministers.)

Es bleibt nicht vergessen, ist richtig.

Also, meine Damen und Herren, ich habe mir mit dem Antrag wirklich Mühe gegeben und unter maximaler Auslegung von Antrag und Begründung bin ich schließlich auch dahintergekommen, was die NPD mit dem Antrag wohl ausdrücken möchte.

(Jochen Schulte, SPD: Das verraten wir jetzt aber nicht der NPD.)

Inhaltlich bleibt der Antrag Humbug. Die kommunale Ebene wird gerade durch meine Fraktion erheblich unterstützt. Die erheblichen Zusatzleistungen, die wir nur aufgrund der guten Haushaltsführung der Koalition der kommunalen Gemeinschaft in den letzten Jahren zur Verfügung stellen konnten, zeigen dies deutlich.

Für mich zeigt sich im Ergebnis, dass auch dieser Antrag der NPD inhaltlich und formell nur für die Ablage im Papierkorb taugt. Sie sollten sich, bevor Sie hier im Hohen Haus einen solchen Antrag einbringen, erst einmal über die tatsächliche Sachlage informieren

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und ganz nebenbei den Antrag auch so ausformulieren, dass es nicht noch weiterer Deutungen bedarf. Die demokratischen Fraktionen lehnen Ihren Antrag inhaltlich, aber auch aus formellen Gründen ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

**Stefan Köster**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Eifler, dass Sie sich an so einem fehlenden Bindestrich aufhängen können, ist ja sehr lustig.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ich meine, ich habe von Ihnen auch nichts anderes erwartet. Von Ihnen wird hier im Landtag auch nichts erwartet. Diese Leere, die Sie gerade dargestellt haben, stelle ich bei Ihnen häufiger fest. Sie wollen doch allen Ernstes behaupten, dass die Kommunen selbst entscheiden wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Können!)

wann, womit und wie sie Straßen im Land finanzieren. In was für einer Fantasiewelt leben Sie eigentlich, Herr Eifler?

(Dietmar Eifler, CDU: In der Realität! In der Realität!)

Ich kann es Ihnen nur aus unserem Landkreis sagen: Der Landkreis Ludwigslust-Parchim hat mittlerweile eine Sanierungsliste für die Straßen, wo Kommunen schon seit mehr als zehn Jahren darauf warten, dass die nicht mehr funktionsfähigen Straßen endlich wieder in Schuss gebracht werden. Wie lange wollen Sie eigentlich die Bürger im Land noch belügen, Herr Eifler?

Und dass Sie den Punkt 2 nicht verstehen, dadurch, dass Sie ja wirklich in einer Fantasiewelt leben, dafür habe ich auch Verständnis. Viele Bauträger, und das sollten Sie vielleicht auch mal zur Kenntnis nehmen – vielleicht schauen Sie sich einfach die entsprechenden Berichte in

den Zeitungen oder auch die entsprechenden Berichte beim Statistischen Landesamt an –, viele Bauträger gehen pleite und dann haben die Kommunen letztendlich die Rote Karte und können sich darum kümmern, wie die Straße, wo sie zum Teil auch schon in Vorleistung gegangen sind, entsprechend saniert wird.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Insofern brauchen die Bauträger eine gewisse Eigenkapitalausstattung, damit die Kommunen auch sicher sein können, dass sie nicht in eine Schuldenfalle hineinlaufen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber davon haben Sie offenbar überhaupt keine Ahnung. Sie leben in Ihrer CDU-Welt irgendwo in den kapitalistischen Wolkentürmen. Und was auf der Erde passiert, scheint Sie nicht zu interessieren.

Nicht nur ich, viele Bürger haben es mittlerweile satt, immer wieder von einem Vertreter der politischen Klasse hören zu müssen, warum für die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur in unserer Heimat nur ein sehr überschaubarer Finanzbetrag zur Verfügung steht, andererseits aber jährlich Milliardenbeträge sozusagen verschleudert werden.

(Beate Schlupp, CDU: Was erzählen Sie denn für einen Schrott?)

Beispielsweise werden jährlich circa 1,5 Milliarden Euro Kindergeld an die EU-Ausländer gezahlt, deren Kinder nicht in Deutschland leben. Hinzu kommen mindestens weitere 200 Millionen Euro Kindergeld jährlich, die der Staat für die Kinder von Saisonarbeitern aufwendet, obwohl deren Kinder ebenfalls nicht in Deutschland leben.

Auch die Europäische Union kann als Verbrennungsanlage für deutsche Steuergelder bezeichnet werden.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Seit dem Jahre 1991, so ergaben Berechnungen deutscher Professoren, wurden mehr als 200 Milliarden Euro als Nettozahlungen durch Deutschland an die Europäische Union gezahlt. Und, Herr Eifler, weil Ihr Verständnis zumindest Schwierigkeiten aufweist, mache ich es Ihnen noch mal einfach: Dies bedeutet also, dass vom insgesamt gezahlten Betrag seit der Wende in Höhe von etwa 450 Milliarden Euro lediglich maximal 250 Milliarden durch die verschiedenen EU-Fördertöpfe wieder nach Deutschland zurückflossen, unter anderem auch nach Mecklenburg-Vorpommern. Bedenken Sie also künftig, Herr Eifler, wenn Sie sich mal wieder lobend über die Unterstützung der Europäischen Union bei irgendeinem Bauprojekt äußern,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das unterscheidet den Internationalisten von Nationalisten, Herr Köster.)

dass lediglich ein Teil der deutschen Steuergelder zurückfließt

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

und es sich daher nicht um eine Wohltat der Europäischen Union handelt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Kommen wir aber zurück zum Problem der Instandsetzung und Erhaltung unserer Infrastruktur. Nicht nur bei der Infrastruktur braucht Mecklenburg-Vorpommern ein Sanierungsprogramm, insofern ist der Antrag dann doch wieder richtig. Sie haben dieses Land seit dem Jahre 1990 dermaßen kaputt gewirtschaftet,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall Udo Pastörs, NPD – Beate Schlupp, CDU: Och, och och!)

dass das gesamte Land durchaus ein Sanierungsprogramm benötigt.

(Beate Schlupp, CDU: Sie haben wirklich keine Ahnung, wovon Sie reden.)

Die Sanierung, Instandhaltung, Qualitätsverbesserung und Weiterentwicklung

(Beate Schlupp, CDU: Das ist ja wohl eine Zumutung mit diesem Menschen hier.)

öffentlicher Straßen in Deutschland und somit auch in Mecklenburg-Vorpommern, muss durch den Staat organisiert und getragen werden. Deutsche Steuergelder müssen grundsätzlich dort eingesetzt werden, wo sie zum Wohle des Volkes gebraucht werden.

(Beifall Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Wie die zuvor genannten Zahlen belegen, Frau Schlupp:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

200 Milliarden Euro

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. Da wollen wir mal die Diäten von euch sparen als erstes. Schade um das Steuergeld.)

hat der deutsche Steuerzahler an die Europäische Union verloren. Das sind jährlich fast 10 Milliarden Euro, die wir der Europäischen Union schenken,

(Jochen Schulte, SPD: Nun reichts aber.)

beziehungsweise Ihre Politikfreunde

(Dietmar Eifler, CDU: Wir haben ein ganz anderes Thema.)

gegen oder ohne Zustimmung des Deutschen Volkes.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Wie die zuvor genannten Zahlen belegen, ist diese Selbstverständlichkeit den Vertretern der Blockparteien, Herr Eifler, und Sie sind auch so eine Blockflöte, aber leider schon fremd.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Sie von den Blockparteien haben im Bereich der Infrastruktur

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sprichwörtlich verbrannte Erde hinterlassen, und die Verkehrsinfrastruktur in unserer Heimat ist wahrlich ein Armutszeugnis für Ihre Politik.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ich glaube, Sie sehen nicht durch! Echt nicht!)

Als Beispiel, Herr Ringguth, sei hierbei nur der Zustand der Straßen in der Landeshauptstadt Schwerin genannt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das sind ja auch Landesstraßen, klar. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch viele Brücken im Land sind dermaßen stark sanierungsbedürftig und teilweise nur noch begrenzt nutzbar. Nein, aber die Kommunen sind gar nicht mehr in der Lage, ihre Straßen zu unterhalten

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir bauen gerade eine neue Straße.)

und deswegen ist das Land in der Pflicht, den Kommunen hier zu helfen. Überall ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: In meiner Kommune.)

In Ihrer Kommune?! Die haben Sie gekauft, ne?

(Michael Andrejewski, NPD: Ist aber noch nicht ganz abbezahlt. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Überall wird nur das Nötigste geflickt. Gleichzeitig wird den Steuerzahlern stetig massiv durch den Staat in die Taschen gegriffen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ich hab Heimat, Herr Köster.)

Es reicht, Herr Ringguth!

Der Staat ist in der Pflicht, die Infrastruktur im Land zu erhalten. Und gerade vor dem Hintergrund, dass die Bürger in Deutschland weltweit mit am meisten mit Abgaben belastet werden, ist diese Pflichtaufgabe noch ernsthafter anzupacken. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Jochen Schulte, SPD: Er hat es uns jetzt aber mal wieder gezeigt.)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Herr Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen der Beleidigung gegenüber des Abgeordneten Herrn Eifler.

Ich schließe die Aussprache.

(Heinz Müller, SPD: Das ist gut.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/2938. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Jochen Schulte, SPD: Das ist ja wieder eine Massenbewegung.)

Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/2938 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU, der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und keinen Enthaltungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

(Jochen Schulte, SPD: Wir sind nicht am Schluss, wir sind am Ende.)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 15. Mai 2014, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen einen schönen Abend!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Danke, gleichfalls!)

Schluss: 18.59 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Katharina Feike, Harry Glawe, Dr. Norbert Nieszery und Wolfgang Waldmüller.